BERNHARD SCHWERTFEGER

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

Zweiter Teil:

Der Neue Kurs



Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN

L

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Kommentar / Zweiter Band

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

von

BERNHARD SCHWERTFEGER

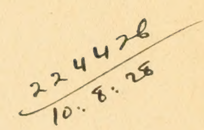
1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Zweiter Teil

Der Neue Kurs
1890–1899

(Band VII—XII)



1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

 / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Zur Einführung

Für die Bearbeitung des zweiten Bandes des „Wegweisers“ sind die gleichen Grundsätze bestimmend gewesen, die mich bei der Abfassung des ersten Teiles geleitet haben. Eine große Zahl mir zugegangener beifälliger Urteile hat meine Auffassung bestätigt, daß ein derartiges Hilfswerk für das Studium der so ungeheuer umfangreichen Aktenmasse ein unabweisliches Bedürfnis ist, und diese Überzeugung hat mir zu einer Zusammenfassung von über 2600 Seiten diplomatischer Aktenstücke den Mut gegeben.

Als wesentliche Ergänzung des „Wegweisers“ betrachte ich die synchronistische Zusammenstellung der Aktenstücke nach ihren Abfassungsdaten und nach den Nummern, unter denen sie im Aktenwerk erscheinen. Die von den Herausgebern der diplomatischen Aktenstücke gewählte Anordnung, sie nach sachlichen Gesichtspunkten zu gruppieren und unter gemeinsamen Kapitelüberschriften zusammenzufassen, hat leider zur unvermeidlichen Folge gehabt, daß viele Dokumente, besonders die umfangreicheren, geteilt worden sind und nun unter verschiedenen Kapiteln erscheinen. Für den Leser der Dokumente, der sich an die geschichtliche Reihenfolge halten möchte, ist es vielleicht noch störender, daß er bei neuen Kapiteln häufig um Monate, wenn nicht Jahre, zurückgehen muß, da sich die nach bestimmten Gruppen eingeteilten Kapitel zeitlich oft überschneiden. Durch die synchronistische Zusammenstellung, die ich auch für den ersten Band des „Wegweisers“ nachträglich beifüge, wird es möglich, für jeden einzelnen Tag, an dem eine Berichterstattung oder Willensäußerung deutscherseits vorliegt, festzustellen, wie die ganze Summe der Deutschland berührenden Fragen sich an diesem Tage dargestellt hat. Ich hoffe, mit dieser Anordnung einen Wunsch derjenigen erfüllt zu haben, die das ganze Aktenwerk oder wenigstens den „Wegweiser“ am liebsten völlig chronologisch angeordnet gesehen hätten. Zu einer derartigen Bearbeitung durfte ich aber nicht greifen, da ich dadurch den „Wegweiser“ seines ihm zugedachten Charakters entkleidet haben würde, einen zuverlässigen Wegführer durch das Aktenwerk gerade in seiner nun einmal vorliegenden Form zu bilden. Durch die synchronistische Zusammenstellung wird es möglich, Werke, die auf dem Studium der Akten des Auswärtigen Amtes beruhen, aber nicht der

Anordnung des großen Aktenwerkes folgen, wie z. B. die wertvolle Zusammenfassung von Erich Brandenburg „Von Bismarck zum Weltkriege“ [1]), in Beziehung zu der großen Publikation zu bringen.

Auch im vorliegenden Bande habe ich die fremdsprachigen Dokumente verdeutscht, obwohl ich von einer Seite darauf aufmerksam gemacht worden bin, daß es für diejenigen, die sich überhaupt mit dem Studium diplomatischer Akten befassen, einer solchen Übersetzung nicht bedürfe. Ich kann dieser Auffassung nicht beipflichten, da es im Interesse der möglichst weiten Verbreitung gerade dieser für die ganze deutsche Welt bestimmten Aktenstücke darauf ankommen dürfte, den Kreis des in Betracht kommenden Publikums nicht gar zu eng zu ziehen. Was es aber mit der Fähigkeit des deutschen Leserpublikums auf sich hat, fremdsprachige Dokumente einigermaßen zuverlässig und ohne allzu große Mühe in sich aufzunehmen, davon habe ich auf Grund meiner Erfahrungen bei der Herausgabe der belgischen Dokumente „Zur europäischen Politik“, die leider bei ihrem ersten Erscheinen [2]) der deutschen Übersetzungen entraten mußte, eine nur geringe Meinung.

Von einer Seite bin ich darauf hingewiesen worden, daß ein Teil der im ersten Bande des „Wegweisers“ von mir übersetzten Dokumente, und zwar des Briefwechsels zwischen Kaiser Wilhelm I. und dem Zaren Alexander II., schon verdeutscht vorlag, und zwar in dem von Horst Kohl bearbeiteten „Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“ [3]). Diese Tatsache war mir nicht bekannt gewesen, als ich die in Frage kommenden Briefe meinerseits übersetzte, und es fehlte auch in der amtlichen Ausgabe der Dokumente ein Hinweis darauf, daß diese Stücke schon irgendwo veröffentlicht waren. Nachdem ich von den durch Horst Kohl veröffentlichten Übersetzungen Kenntnis nehmen konnte, habe ich es nicht mehr bedauert, die Übersetzung selbst vorgenommen zu haben [4]). Kleinere fremdsprachige

---

[1]) Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1924.

[2]) Binnen kurzem erscheinen sie nunmehr nebst deutscher Übersetzung im Verlage der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes und des vorliegenden Wegweisers.

[3]) G. J. Göschen'sche Verlagshandlung, 1899.

[4]) Der Brief des Zaren Alexander vom 3./15. August 1879, der im Band III, S. 14/16, des Aktenwerkes enthalten ist — vgl. Wegweiser Band 1, S. 249/250 —, lautet im ersten Absatz der von Horst Kohl gegebenen Übersetzung:

„Lieber Oheim und Freund!

Es liegt mir am Herzen, Dir noch schriftlich für Deinen gütigen Brief vom 27. Juli zu danken, ebenso Augusta, für die Sendung, Eurerseits an beide, der entzückenden Denkmünze zur Erinnerung an Eure goldene Hochzeit, der beizuwohnen mir leider die Umstände nicht erlaubt haben, wie ich mir ein Fest daraus machte.“

Teile innerhalb der Berichte habe ich meist in der textlichen Darstellung des „Wegweisers“ deutsch wiedergegeben, soweit es mir angezeigt schien.

Noch ein Wort über die verschiedene Behandlungsart, zu der ich mich den einzelnen Kapiteln gegenüber veranlaßt sah. Der Leser wird es mir, wie ich hoffe, nicht verargen, wenn ich bei solchen Epochen, die der deutschen Politik keinen unmittelbaren Anlaß zum Eingreifen boten, mich auf eine kurze Vorlage der in Betracht kommenden Aktenstücke beschränkt habe. Andere geschichtliche Entwicklungsreihen, bei denen man die deutsche Politik im Vordergrunde des Weltinteresses erblickt, oder in denen jedenfalls ein wesentliches deutsches Interesse an dem geschichtlich-politischen Ablauf zum Ausdruck kommt, habe ich in etwas größerer Breite unter möglichst naher Anlehnung an die Sprache der Dokumente darstellen zu sollen geglaubt.

Bad Pyrmont, 26. Juni 1924

Bernhard Schwertfeger

Druckfehlerverzeichnis zum ersten Bande des vorliegenden Werkes

S. 192, Z. 7 v. o. lies „März" statt „Herbste".

S. 215 am Schluß des 3. Absatzes v. o. setze hinzu: „vorhaben, erst vollkommen erholen können" und streiche die 3. Zeile v. o. des 4. Absatzes.

S. 277 unter Artikel II, 2. Absatz, 5. Zeile v. o. lies „ihrerseits" statt „ihres Anteils".

S. 277 unter Artikel II, 2. Absatz, 7. Zeile v. o. lies „das auf dem Grundsatze" statt „der auf dem Grundsatze".

S. 277 unter Artikel III, Zeile 2 v. o. lies „deren" statt „derer".

S. 315, Nr. 1087, 2. Absatz v. o. lies „kraft des Berliner Vertrages dort erworben hat".

Inhalt

Inhaltsübersicht der Bände VII—XII

Siebenter Band

Die Anfänge des Neuen Kurses

I. Der Russische Draht

Achter Band

Die Anfänge des neuen Kurses

II. Die Stellung Englands zwischen den Mächten

Neunter Band

Der nahe und der ferne Osten

Zehnter Band

Das türkische Problem 1895

Elfter Band
Die Krügerdepesche und das europäische Bündnissystem 1896

Zwölfter Band
Erste Hälfte
Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

Zwölfter Band
Zweite Hälfte
Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

Die Anfänge des Neuen Kurses

I

Der Russische Draht

Der siebente Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 7. Bandes

Kapitel 44

Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages[1]) 1890

Am 19. März 1890 abends teilte der russische Botschafter in Berlin, Graf Schuwalow, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Herbert v. Bismarck, mit, er sei vom Zaren ermächtigt, den im Juni 1890 ablaufenden geheimen russisch-deutschen Vertrag auf sechs Jahre zu verlängern, „und zwar in der Absicht, diese Abmachung nunmehr als eine dauernde anzusehen". Er habe gleich am Tage seiner Rückkehr von Petersburg, am 17. März, sofort den Fürsten Bismarck aufgesucht, um ihm diese Eröffnung zu machen, dabei aber von dem bevorstehenden Rücktritte des Fürsten erfahren und seine Anerbietungen daraufhin zurückgezogen. Bei der Entlassung des Fürsten würde der Zar auf die Verlängerung des Geheimvertrages verzichten, „da eine so geheime Angelegenheit mit einem neuen Reichskanzler nicht verhandelt werden könne". Nr. 1366

---

[1]) Über die Bedeutung des Rückversicherungsvertrages ist auf Grund der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes bereits eine umfangreiche Literatur entstanden. Am ausführlichsten setzt sich mit dieser Frage Felix Rachfahl in seinem großen Werke „Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914", Band I: Die Bismarck'sche Aera (Stuttgart 1923, Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), auseinander. Ferner nenne ich: Erich Brandenburg, „Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege". Dargestellt auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes. 1924, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8; Dr. Otto Becker, „Bismarcks Bündnispolitik", Erster Teil: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. Berlin, Carl Heymanns Verlag 1923; Hans Rothfels, „Bismarcks englische Bündnispolitik", Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924; Veit Valentin, „Bismarcks Außenpolitik von 1871—1890, Eine Übersicht über die sechs ersten Bände der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes", Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1922; Dr. Adalbert Wahl, „Zwischen den Kriegen", Sechs Vorträge über die auswärtige Politik der Großmächte von 1871 bis 1914, Osiander'sche Buchhandlung, Tübingen 1923; Heinrich Otto Meisner, „Bismarcks Bündnispolitik 1871—1890", Preußische Jahrbücher, Dezemberheft 1922; Heinz Trützschler von Falkenstein, „Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887", dargestellt auf Grund der Bände III—VI der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes und mit Benutzung unveröffentlichter Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1924. Vergleiche schließlich noch Felix Rachfahl, „Die Umwälzung der neuesten Geschichtsschreibung durch die letzten Quellen der Bismarckzeit". (Erstes Heft der Einzelschriften zur Politik und Geschichte, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1923.)

Diese dem Kaiser Wilhelm II. durch den Grafen Herbert v. Bismarck gemachte Meldung stimmt mit dem vom Grafen Schuwalow
Nr. 1373 Anl. nach Petersburg über diese Unterredung erstatteten Berichte nicht überein. Graf Schuwalow hatte nur erklärt, angesichts der bevorstehenden Entlassung des Fürsten Bismarck erst Weisungen von seiner Regierung einholen zu müssen. Am 20. März ließ Kaiser Wilhelm II. ihn bitten, zu ihm zu kommen, und teilte ihm mit, daß er sich in der traurigen Notwendigkeit befinde, sich vom Kanzler zu trennen. Er habe nicht geglaubt, daß dieser Augenblick so nahe wäre, aber der Fürst leide seit einigen Wochen an einer derartigen Überreizung der Nerven, daß man in jedem Augenblick auf eine schwere Erkrankung gefaßt sein müsse. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der inneren Politik beständen für diese Trennung keine politischen Gründe; nur aus Gesundheitsrücksichten gebe ihm der Kaiser seine Freiheit. In den Beziehungen zu Rußland solle nichts geändert werden; „die Politik, die der Kanzler gemacht hat, war nicht die seinige, es war diejenige meines Großvaters und es ist die meinige“. Dem Zaren ließ der Kaiser durch Schuwalow mitteilen, er sei ganz bereit, auf seine Gedankengänge einzugehen. „Ich weiß“, hatte der Kaiser dem Botschafter gesagt, „daß man sich mit den militärischen Konferenzen beschäftigt, zu denen ich meine Kommandierenden Generale der Armeekorps zusammenberufen habe; abgesehen von einigen Organisationsänderungen handelt es sich dabei nur um Maßregeln für den Fall von Unordnungen, die sich aus der Erregung der Arbeiterklasse in einigen Distrikten ergeben könnten. Bei meiner Thronbesteigung hat man das Gerücht verbreitet, ich sei kriegerisch und strebe nach militärischem Ruhme; damit ist es nichts. Ich will nur den Frieden außen und Ordnung im Innern.“ Diesen Gedanken machte sich der Zar völlig zu eigen und ließ dem Grafen Schuwalow sofort telegraphisch mitteilen, er sei bereit, die Verhandlung zum Abschluß zu bringen. Eine sofortige Mitteilung dieses Zarenwunsches an den Kaiser scheint nicht erfolgt zu sein. In einem zweiten, am
Nr. 1367 20. März 1890 an den Kaiser gerichteten Schreiben, betont vielmehr Graf Herbert v. Bismarck nochmals, Schuwalow habe ihm mitgeteilt, daß russischerseits auf eine Verlängerung des Vertrages verzichtet werde, nachdem Fürst Bismarck aus seinen Ämtern entlassen sei. Der Kaiser versah diese Stelle des an ihn gerichteten Schreibens mit der Frage „Warum?“

In Berlin begannen nunmehr Verhandlungen über den Rückversicherungsvertrag, zu denen auch der Botschafter v. Schweinitz aus Petersburg herangezogen wurde. Dieser sprach sich anfangs zugunsten einer Verlängerung aus. Es gelang jedoch dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Grafen v. Berchem, und dem Vortragenden Rate v. Holstein, ihn umzustimmen.

Welche Gründe damals gegen die Erneuerung des Vertrages

geltend gemacht worden sind, erhellt aus einer ausführlichen Aufzeichnung des Grafen v. Berchem vom 25. März 1890. Seiner Meinung Nr. 1368 nach kam es darauf an, eine ruhige, klare und loyale Politik zu führen, um die Errungenschaften der letzten 26 Jahre festzuhalten. Im Rückversicherungsvertrage sah er ein gefährliches diplomatisches Wagnis und verglich ihn mit dem Westminstervertrage Friedrichs des Großen, durch den er den Siebenjährigen Krieg und seine Isolierung heraufbeschworen habe. Er empfahl daher, „die durch russische Initiative gegebene Gelegenheit, von der Abrede zurückzutreten, nicht unbenützt zu lassen"; es müsse dies in der freundschaftlichsten Weise geschehen.

Am 27. März hielten der Reichskanzler v. Caprivi und der Botschafter General von Schweinitz dem Kaiser über diese wichtige Frage Vortrag. Übereinstimmend vertraten sie die Ansicht, daß die Nr. 1369 Festsetzungen des Vertrages weniger ihrem Wortlaute als ihrem Sinne nach mit dem Dreibunde, mit dem rumänischen Vertrage und mit der deutscherseits auf England geübten Einwirkung nicht wohl in Einklang zu bringen seien. Das Bekanntwerden des Vertrages, das immerhin möglich sei, gefährde den Dreibund und sei geeignet, England von Deutschland abzuwenden. Der Kaiser beschloß hierauf, durch den Botschafter v. Schweinitz nach seiner Rückkehr auf seinen Posten in Petersburg an geeigneter Stelle aussprechen zu lassen, „wie diesseits der bestimmte Wille vorliege, nach wie vor die besten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, wie aber in dem Personenwechsel, der sich in Deutschland gegenwärtig vollzogen, und der uns das Bestreben nahelege, fürs erste uns ruhig zu verhalten und in keinerlei weitgehende Verhandlungen einzutreten, der Grund liege, weshalb wir für geratener hielten, von einer Erneuerung des Vertrages abzustehen." Bei der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages ist offenbar der Vortragende Rat v. Holstein die treibende Kraft gewesen.

Ende März kehrte Botschafter v. Schweinitz nach Petersburg Nr. 1370 zurück. Bald darauf, am Abend des 31. März, besuchte er den Außenminister v. Giers und fand ihn noch unter dem günstigen Eindrucke, den der Bericht des Grafen Schuwalow[1]) über seine Audienz Nr. 1373 Anl. beim Deutschen Kaiser hervorgerufen hatte. Nur allmählich konnte er Herrn v. Giers zu verstehen geben, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, den am 18. Juni ablaufenden Vertrag zu erneuern. Giers war darüber äußerst betroffen, da Rußland, ohne jedes Abkommen mit Deutschland oder mit irgendeiner anderen Macht, ganz allein stehen werde. Er wollte die Hoffnung nicht aufgeben, daß irgendeine andere schriftliche Abmachung möglich sei. Als der Zar am 3. April den Botschafter v. Schweinitz empfing, äußerte er sich

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 221.

allerdings befriedigt und in dem Sinne, daß er die Nachricht ohne
Nr. 1370 Befremden hingenommen habe. „Des eigenen ehrlichen Willens fest bewußt und ohne Mißtrauen gegen uns, fühlt dieser Monarch kein Bedürfnis nach schriftlichen Abmachungen," berichtete Schweinitz am
Nr. 1371 3. April dem Reichskanzler v. Caprivi. In einem an den Kaiser gerichteten Telegramm vom 3. April berichtete Schweinitz über seine Audienz noch weiter, daß der Zar sein festes Vertrauen bekundet habe, Deutschland und Rußland würden gut zusammenhalten. Hoffentlich werde Caprivi nicht wie Graf Waldersee den Krieg wünschen und herbeizuführen suchen. Schweinitz hatte dem Zaren erwidert, daß General Caprivi, obwohl er ohne Zweifel berufen sei, im Kriegsfalle eine hervorragende Rolle zu spielen, doch nur der politischen Notwendigkeit, nicht eigener Neigung oder Voreingenommenheit folgend zum Kriege raten würde. Der Zar erwiderte ihm, wenn Caprivi sich das viermal überlege, werde alles in Ordnung sein.

Herr v. Giers hielt trotz aller ihm gemachten Mitteilungen immer noch an der Hoffnung fest, daß irgendein Notenaustausch oder vielleicht ein Briefwechsel zwischen den Monarchen an die Stelle des bisherigen Vertrages treten könne. Schweinitz konnte demgegenüber
Nr. 1372 sich nur zurückhaltend und zuhörend verhalten, wie er am 15. Mai berichtete. Giers las ihm bei einem Besuche am 14. Mai das Telegramm vor, das Graf Schuwalow am 21. März über seine Audienz bei
Nr. 1373 nebst Anl. Kaiser Wilhelm II. nach Petersburg gerichtet hatte. „Ich halte es nicht für ratsam," schrieb Schweinitz an den Kanzler, „die Hand, welche der Zar nochmals ausstreckt, zurückzustoßen; dagegen scheint es mir wohl möglich, in Anbetracht der herabgeminderten Ansprüche Rußlands etwas Schriftliches zu vereinbaren, welches, selbst wenn es einmal bekannt werden sollte, nicht gegen uns verwertet werden könnte, und uns doch die Neutralität Rußlands mindestens für die ersten Wochen eines französischen Angriffskrieges sichern würde." Er fragte daher, ob er auf die erneute Anregung des Herrn v. Giers eingehen solle; hierüber bitte er eine Entscheidung des Kaisers einzuholen.

In Berlin wurde daraufhin die Frage nochmals erörtert. Eine Aufzeichnung Holsteins vom 20. Mai 1890 zeigt, daß hauptsächlich er ein
Nr. 1374 Gegner der Verlängerung des Vertrages gewesen ist. Aber auch
Nr. 1375 der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. Marschall, trat ihm bei. Für ihn war der entscheidende Punkt, daß Deutschland durch jede g e h e i m e Abmachung mit Rußland letzterem eine Waffe in die Hand gab, um in wirksamer Weise Mißtrauen bei seinen Verbündeten zu erwecken, während Rußland aus der Tatsache einer deutscherseits seinen Verbündeten geheimzuhaltenden Abmachung die Zuversicht schöpfen konnte, der Dreibund besitze nicht das Maß innerer Festigkeit, um gegebenenfalls einheitlich zu handeln.

Nr. 1376 Auch der Vortragende Rat im Auswärtigen Amte v. Kiderlen war

ein Gegner der Vertragsverlängerung, da er eine Verstimmung in London befürchtete, falls dort irgend etwas von einem solchen Vertrage bekannt würde. Auch unsere Beziehungen zu Italien hob er hervor. Der Vortragende Rat Raschdau fand vor allem, daß der Rückver- Nr. 1377
sicherungsvertrag Deutschland zu wenig biete. Er empfahl, die russischen Anregungen nicht ohne weiteres abzuweisen, sondern mit einem gewissen platonischen Entgegenkommen anzuhören.

Die weitere Behandlung der Angelegenheit geht aus einer grundlegenden Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi vom 22. Mai 1890 Nr. 1379
hervor. In dem immer aufs neue betonten Wunsche der russischen Regierung, den Vertrag verlängert zu sehen, glaubte er die Absicht zu erkennen, russischerseits den Dreibund zu sprengen und Italien ebenso wie England gegen Deutschland einzunehmen. Rußland sehe jetzt einen Zustand zu Ende gehen, der ihm Sicherheit gewährte, ohne ihm Opfer aufzuerlegen. Die Gefahr einer anderweitigen Bindung Rußlands schätzte Caprivi nicht hoch ein. Überhaupt legte er auf Bündnisse ganz allgemein weniger Wert und entfernte sich damit grundsätzlich von dem gegen Ende der Kanzlerzeit des Fürsten Bismarck übermäßig künstlich gewordenen Bündnissystem seines Vorgängers. „Was sind denn Bündnisse heutzutage überhaupt wert“, fragte er in seiner Aufzeichnung vom 22. Mai 1890, „wenn sie nicht auf Interessengemeinschaft gegründet sind? Seit die Nationen, ihre Interessen und Stimmungen, in einer soviel wesentlicheren Art als etwa im Siebenjährigen Kriege an Krieg und Frieden beteiligt sind, reduziert sich der Wert einer Allianz von Regierung zu Regierung erheblich, wenn das Bündnis nicht die Stütze in der öffentlichen Meinung findet.“

Ein Immediatvortrag beim Kaiser brachte am 23. Mai 1890 die Nr. 1378
Angelegenheit zum Abschluß. Der Kaiser entschied sich für die Gedankengänge Caprivis, die dem diplomatischen Verkehr mit Rußland in Zukunft zugrunde gelegt werden sollten. In der Antwort an den Botschafter v. Schweinitz sollte auf die „Unmöglichkeit, unserer öffentlichen Meinung gegenüber ein kompliziertes Bündnissystem auch nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck aufrechtzuerhalten“, hingewiesen werden. In diesem Sinne wurde Schweinitz am 29. Mai an- Nr. 1380
gewiesen, die Anerbietungen des russischen Ministers des Äußern „höflich und freundlich, aber definitiv abzulehnen“, ohne daß auf russischer Seite eine Verstimmung zurückbleibe.

Daß man damals auch außerhalb Berlins über den Rückversicherungsvertrag ähnlich dachte wie Caprivi, beweist ein Privatbrief des deutschen Botschafters in Wien, Prinzen Heinrich VII. Reuß, an Nr. 1381
den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall vom 4. Juni 1890, in dem er seine rückhaltlose Zustimmung zu den ihm mitgeteilten politischen Grundsätzen des Kanzlers aussprach. „Für einen unsicheren halben Verbündeten,“ meinte er, „den wir in höflicher Weise abgewiesen haben,

gewinnen wir die Sicherheit, daß unsere alten Verbündeten nur um so fester an uns halten werden."

Im Petersburger Auswärtigen Amte herrschte Enttäuschung. Herr
Nr. 1382 v. Giers kam, als Schweinitz ihm seinen Auftrag ausgerichtet hatte, immer wieder auf den Wunsch zurück, daß irgend etwas Schriftliches, sei es auch noch so allgemein gehalten, an die Stelle des abgelaufenen Vertrages treten möge. Schweinitz erinnerte demgegenüber daran, daß ja auch der Kaiser Alexander keinen besonderen Wert auf schriftliche Abmachungen lege.

Den Abschluß der Akten über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 bildet ein Schreiben des Bot-
Nr. 1383 schafters in Konstantinopel, v. Radowitz, an den Reichskanzler, in dem dieser gleichfalls diesen Entschluß billigte. Deutschlands jetzige Haltung bilde jedenfalls keine Förderung mehr für die russische Unternehmungslust auf der Balkanhalbinsel oder an den Meerengen und diene dadurch dem Frieden. „Drängt das Moskauer Slawentum trotzdem auf Abenteuer und treibt es zum Kriege, so trifft es auf um so fester gefügte Bündnisse zur Abwehr."

Am 24. Oktober 1896 ließ Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" einen Artikel „Fürst Bismarck und Rußland" erscheinen, der von geheimen, 1890 nicht erneuerten Abmachungen sprach und im
Nr. 1384 In- und Auslande großes Aufsehen hervorrief. Besonders in Österreich-Ungarn zeigte sich große Erregung in der Presse, die von den Enthüllungen eine Lockerung des Dreibundes befürchtete. Die deutsche Regierung geriet in eine peinliche Verlegenheit. Reichskanzler Fürst Hohenlohe ließ daher im „Reichsanzeiger" erklären, daß derartige diplomatische Vorgänge ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen gehörten. Die Kaiserliche Regierung müsse daher auf jede Klarstellung verzichten. Kaiser Wilhelm II. wünschte in seiner Empörung über das Verhalten des Fürsten Bismarck sofort ein Telegramm an den Kaiser von Österreich zu senden und darin auszusprechen, daß durch die jetzigen Vorgänge der Kaiser sowohl wie die Welt in dem Verständnis bekräftigt werde, warum der Kaiser 1890
Nr. 1385 den Fürsten Bismarck entlassen habe. Fürst Hohenlohe wies darauf
Nr. 1386 hin, daß ein solches Telegramm nur chiffriert an den Geschäftsträger in Wien gehen könne, da Deutschlands vertragsmäßige Verpflichtung
Nr. 1387 zur Geheimhaltung heute noch fortbestehe. Dies geschah. Die österreichische Regierung betonte ihr volles Vertrauen zu Deutschland,
Nr. 1388 und Kaiser Franz Joseph richtete in gleichem Sinne ein herzliches Telegramm an den Deutschen Kaiser.

Im November 1896 brachte im Reichstage Graf v. Hompesch eine Interpellation wegen der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages ein. In Petersburg glaubte man darauf hinweisen zu müssen, daß eine Erklärung der deutschen Regierung im Reichstag über

diesen Geheimvertrag den beklagenswertesten Eindruck machen müsse[1]. Nr. 1389
Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwiderte[2], durch Bismarcks Haltung, Nr. 1390
der seinerzeit selbst den Vertrag unterzeichnet habe, sei die Sachlage
völlig verändert. Nunmehr müsse die Regierung auf eine derartige Inter-
pellation antworten, um nicht den Parteigängern des Fürsten Bismarck
das Feld zu überlassen. Die Gründe der Geheimhaltung sollten in der
Reichstagserklärung nicht berührt werden. Tatsächlich wurde denn
auch die Interpellation am 16. November 1896 durch Hohenlohe und
Marschall im Reichstage beantwortet.

Zwei rückblickende Aufzeichnungen vom Juni 1904, die sich mit
dem Anteil des Grafen v. Berchem und des Vortragenden Rats v. Nr. 1391,
Holstein an der Ablehnung des Rückversicherungsvertrages befassen, 1392
schließen den bedeutungsvollen Abschnitt ab.

Kapitel 45

Erneuerung des Dreibundvertrages

Erste Versuche Frankreichs, Italien vom Dreibunde abzusprengen 1891

Im November 1890 weilte Reichskanzler v. Caprivi in Italien Nr. 1393
und hatte mehrere Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Crispi, 1394
dem damals ein engeres Zusammengehen Italiens mit Spanien sehr am
Herzen lag. Caprivi vertrat den Standpunkt, daß für alles, was Italien
am Mittelmeer interessiere, die englische Freundschaft die unumgäng- Nr. 1395
liche Vorbedingung bilde. Eine günstige Folgeerscheinung des Caprivi-
schen Besuches war, daß Italien sich noch enger an Österreich
binden zu wollen erklärte. Crispi hatte auch den Wunsch bekundet, Nr. 1396
den Dreibund erneuert zu sehen. Seine Gedanken über eine Handels- Nr. 1397
liga zwischen Deutschland, Italien und Österreich fanden aber in
Berlin und Wien einstweilen kein Echo. Der Gedankenaustausch Nr. 1398
zwischen dem deutschen Botschafter in Wien und dem Reichskanzler
v. Caprivi zeigt, daß man schon damals dem Gedanken einer Mit-
wirkung italienischer Streitkräfte in einem Kriege der Mittelmächte
gegen Rußland und Frankreich skeptisch gegenüberstand. Eine vor-
zeitige Erneuerung des Dreibundvertrages hielt man in Wien und Nr. 1399,
Berlin nicht für angezeigt. 1400

Am 9. Februar 1891 wurde Marquis di Rudini an Stelle Crispis Nr. 1401
Ministerpräsident und italienischer Minister des Äußern. Er versprach,
die auswärtige Politik Italiens ganz in gleicher Weise fortzusetzen

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 222.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 222.

wie seine Vorgänger. Das vermochte er bald durch die Tat zu beweisen, als im März — anläßlich des Aufenthalts der Kaiserin Friedrich in Paris im Februar 1891 [1]) — die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder gespanntere geworden waren. In Paris machte man damals verschiedene Versuche, um hinter das Geheimnis des Dreibundes zu kommen. Rudini erklärte indes, er könne nichts anderes tun, als sich auf die Erklärungen zu beziehen, die er über den Charakter des Dreibundes am 14. Februar in der Deputiertenkammer abgegeben habe. Damals hatte er ausgesprochen, Italien werde seinen Bündnissen feste und zuverlässige Treue bewahren und durch seine Haltung zeigen, daß es keine Angriffsabsichten hege; bezüglich seines Verhältnisses zu Frankreich werde es sich bemühen, jede falsche
Nr. 1402 Meinung zu widerlegen. In Deutschland würdigte man diese Haltung des italienischen Außenministers und vertrat den Standpunkt, daß Frankreich offenbar Italien erst vom Dreibunde abzusprengen, dann von England zu trennen und auf diese Weise von sich abhängig zu machen suche. Es lag daher im Interesse der deutschen Politik, daß
Nr. 1403 England seine Seestreitkräfte im Mittelmeer verstärkte und seine Beziehungen zu Italien pflegte.

Nr. 1404, 1405, 1406 Die große Rührigkeit der französischen Diplomatie Italien gegenüber ließ es vom deutschen und österreichischen Standpunkte aus im März 1891 nun doch erwünscht erscheinen, die Verhandlungen über
Nr. 1407 die Erneuerung des Dreibundvertrages zu beginnen, zumal Frankreich auf handelspolitischem Gebiete sich Italien zu nähern suchte. Es machte indes weitere Schritte davon abhängig, daß es den Inhalt des italienisch-deutschen Vertrages kennen lernen wollte. Mindestens
Nr. 1408 wünschte man in Paris zu wissen, ob Italien Deutschland Beistand zu leisten verpflichtet sei, falls Frankreich bei einem Kriege mit Deutschland Elsaß-Lothringen zurückerobern sollte. Marquis di Rudini erwiderte dem ihn ausfragenden französischen Botschafter Billot, wenn er ihm diese Fragen beantworten wollte, so würde er ihm den Schlüssel zu den Verträgen in die Hand geben; dazu habe er aber weder Lust noch Veranlassung.

Nr. 1409 In Italien wünschte man nun einen möglichst baldigen Abschluß des Dreibundvertrages, um etwaigen Machenschaften durch eine vollendete Tatsache zuvorzukommen. Der italienische Botschafter in Berlin, Graf de Launay, erhielt in diesem Sinne am 15. April 1891
Nr. 1410 ausführliche Weisungen, denen ein Vertragsentwurf beigefügt war [2]).
Nr. 1411 Der italienische Botschafter in Wien, Graf Nigra, wurde in gleichem Sinne angewiesen. Die eigentlichen Verhandlungen sollten indes in Berlin geführt werden.

---

[1]) Vgl. S. 29 ff.

[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 223 ff., 227 ff.

In Berlin wünschte man nicht, Italien gegenüber größere Verpflichtungen zu übernehmen als bisher. „Ich kann immer nur wiederholen," schrieb Reichskanzler v. Caprivi am 23. März 1891, „der militärische Wert von Italiens Bundesgenossenschaft hängt zumeist davon ab, ob England der vierte im Bunde ist und Italien die Sorgen um seine Küsten abnimmt... Ich vermeine also, daß ernstlich danach getrachtet werden muß, Italien im Bündnis zu erhalten, ohne ihm mehr zu geben." Militärisch könnten wir Italien immer nur auf eine einzige Weise unterstützen, nämlich durch den Krieg am Rhein. Über Einzelheiten des Vertrages wurde im Verlaufe des April dann noch hin und her gehandelt. Nr. 1412 Nr. 1413 Nr. 1413—1417

Frankreich hatte inzwischen in Rom einen neuen Schritt getan, um die Veröffentlichung des mit Deutschland geschlossenen Vertrages durch persönliche Einwirkung auf den König von Italien zu erreichen. Dieser erwiderte, die Veröffentlichung eines Vertrages könne nur mit Zustimmung beider Kontrahenten geschehen, man möge daher diesem Wunsche auch in Berlin Ausdruck geben. Bezeichnenderweise stellte der französische Außenminister Ribot Mitte April 1891 durch Vermittlung eines Agenten des Hauses Rothschild der italienischen Regierung eine große Geldsumme zur Verfügung, falls Italien in einer schriftlichen Erklärung die Verhältnisse und Bedingungen angebe, unter denen es sich an einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich beteiligen werde, wurde aber scharf abgewiesen. Nr. 1418

Nachdem über einige Artikel des zu schließenden Vertrages Ende April und Anfang Mai 1891 noch verhandelt worden war[1]), konnte der Staatssekretär Frhr. v. Marschall am 6. Mai melden, daß der Vertrag soeben vom Reichskanzler und den Botschaftern Österreich-Ungarns und Italiens unterzeichnet worden sei. Der neue Vertrag[2]) trat an die Stelle der bisher gültigen drei Verträge, nämlich des Vertrages zu Dreien vom 20. Mai 1882[3]), bzw. 20. Februar 1887[4]), sowie des deutsch-italienischen[5]) und des österreich-italienischen Vertrages von demselben Datum. In einem besonderen Protokoll[6]) versprachen sich — gleichfalls am 6. Mai 1891 — die drei Mächte auf wirtschaftlichem Gebiete über die Behandlung als meistbegünstigte Nation hinaus alle Erleichterungen und alle besonderen Vorteile, die mit den Anforderungen eines jeden der drei Staaten und mit ihren wechselseitigen Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten vereinbar waren. Nr. 1419—1423 Nr. 1424 Nr. 1426 Nr. 1425 Nr. 1427

---

[1]) Deutscher Wortlaut eines am 30. April 1891 überreichten italienischen Vorschlages (Nr. 1420) siehe S. 229.

[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 229 ff.

[3]) Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Bd. 1, S. 266.

[4]) Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Bd. 1, S. 280.

[5]) Deutscher Wortlaut siehe Wegweiser Bd. 1, S. 280.

[6]) Deutscher Wortlaut siehe S. 232/233.

Trotz des Wunsches der italienischen Regierung, die Tatsache
der Erneuerung der Verträge möge erst in einigen Wochen bekannt-
Nr. 1424 gegeben werden, wußte „Daily Telegraph“ schon am 8. Mai 1891 die
Nr. 1428 Unterzeichnung eines neuen Vertrages zu melden. Die deutsche Re-
gierung suchte zu dementieren, erklärte sich aber am 19. Juni damit
einverstanden, daß Marquis di Rudini im italienischen Senat den
Nr. 1429 Abschluß des Vertrages bekanntgab. Demgemäß erwiderte Marquis
di Rudini dem ihn am 29. Juni im Senat interpellierenden Grafen
Nr. 1430 Taverna, daß „bevor noch die alten Verträge verfallen sein werden,
die neuen schon seit lange in Kraft sind, weil in der äußeren Politik
keine Unterbrechungen der Fortdauer eintreten dürfen. Unsere fest
und aufrichtig aufrechterhaltenen Verträge sichern für lange Zeit den
Frieden Europas.“ Das ist in buchstäblichstem Sinne wahr geworden!

Anhang A

Aufmarsch- und Rüstungsfragen im Dreibund 1891—1892

In den Jahren, die dem Abschlusse des französisch-russischen Zweibundes vorausgingen, hat seitens der französischen Politik immer das Bestreben vorgewaltet, die anfangs nur diplomatische und wirtschaftliche Übereinstimmung zu festen militärischen Verabredungen und Aufmarschplänen auszugestalten, die ihrer Natur nach nur gegen die Dreibundmächte gerichtet sein konnten. Demgegenüber hat Deutschland allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz niemals den Versuch gemacht, Italien zu besonderen militärischen Abmachungen zu veranlassen oder einen Druck im Sinne einer Verstärkung der militärischen Rüstungen Italiens auszuüben.

Nr. 1431 Im Juni 1891 wurde über Wien der Wunsch der Italiener bekannt,
Nr. 1432 daß mit dem Truppentransport über die Alpen im Falle eines Krieges
gegen Frankreich[1]) früher begonnen werden möge, als es bisher
vorgesehen war. Deutscherseits entsprach man diesem Wunsche. Wie
Nr. 1433 wenig man aber in Deutschland daran dachte, den Abschluß des
Dreibundes zu kriegerischen Unternehmungen auszunutzen, zeigte sich
noch im Sommer 1891, als österreichischerseits der Wunsch geäußert
wurde, die Beteiligung Kaiser Wilhelms II. an den österreichischen
Manövern zu einem Kriegsrate über einen etwaigen künftigen Feldzug
gegen Rußland zu benutzen. Dieser Gedanke erschien sowohl dem
Reichskanzler v. Caprivi wie dem Chef des Generalstabes Grafen
Schlieffen überaus unerwünscht. Die Veranlassung für diesen Wunsch

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 181 ff., Kapitel 41 des Aktenwerkes.

hatte offenbar das schweigsame und, wie es den Österreichern erschien, „wenig entgegenkommende“ Wesen des Grafen Schlieffen gegenüber dem österreichischen Feldzeugmeister Beck gebildet. Der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Heinrich VII. Reuß, hielt es Nr. 1434
für erwünscht, daß die Chefs der beiden Generalstäbe sich näher kennen lernten. Einen Krieg werde Österreich niemals vom Zaune brechen, da es ihn weniger brauchen könne als irgendein anderes Reich; es hoffe aber, daß Deutschlands Heere im Kriegsfalle nicht abwarten würden, bis Österreich die erste Niederlage erlitten habe; auf ein Mehr rechne die österreich-ungarische Regierung nicht.

Wie wenig Deutschland gewillt war, auf Italien irgendeinen Nr. 1435, 1436
Druck auszuüben, zeigt das Verhalten gegenüber dem Wunsche, angesichts der mißlichen Finanzlage Italiens die italienische Armee von 12 auf 10 Armeekorps herabzusetzen. Deutschland erklärte, es der italienischen Regierung in der Hauptsache überlassen zu müssen, auf welchem Wege sie die Erhaltung der Wehrkraft Italiens und seiner europäischen Stellung mit den Bedürfnissen der gegenwärtigen Nr. 1437
finanziellen Lage in Einklang bringen wolle. Dabei war nicht zu verkennen, daß die Vorstellung der Welt von der Stärke des Dreibundes durch eine Verminderung der italienischen Armee um zwei Korps eine Einbuße erleiden mußte. Treffend hob Graf Caprivi Nr. 1438
in einem Schreiben vom 30. April 1892 hervor, daß für Italien alles auf Englands Haltung ankomme. „Nimmt ein englisch-italienischer Seesieg den Italienern die Sorge um ihre Küsten und Inseln, so können sie auch von zehn Armeekorps fünf über die Alpen schicken. Geschieht das nicht, so kommt auch von zwölfen keins.“

Dem deutschen Botschafter in Rom wurde daher große Zurückhaltung in dieser Frage angeraten. Während man in Wien auf eine direkte Anfrage der italienischen Regierung, wie man sich zu einer Herabsetzung der Armee um zwei Armeekorps stellen würde, geantwortet hatte, man möge dazu nicht raten, „weil der Eindruck auf die öffentliche Meinung kein guter sein würde“, hielt die Berliner Nr. 1440
Regierung an ihrem Standpunkte fest, Italien nicht durch Drängen Nr. 1439, 1441
irgendwelcher Art in Verlegenheit zu setzen.

Anhang B

Der erneuerte Dreibund und das italienisch-französische Verhältnis 1893—1895

Schwere Zusammenstöße zwischen französischen und italienischen Arbeitern in Aigues-Mortes bei Marseille hatten am 17. August 1893 stattgefunden; sieben Italiener waren dabei getötet und vierunddreißig verwundet worden. Da die französischen Behörden nichts taten, um

die Italiener zu schützen, entwickelte sich über diese Vorgänge ein
äußerst gereizter diplomatischer Gedankenaustausch. Der italienische
Botschafter zu Paris, Reßmann, wurde angewiesen, die Bestrafung
Nr. 1442. oder Absetzung des Maires von Aigues-Mortes zu verlangen. In
Nr. 1443 1444 Wien zeigte der Außenminister Graf Kálnoky Neigung zum Ein-
greifen in den Gedankenaustausch. Deutschland enthielt sich aber, „um
Nr. 1445 jeden Eindruck einer Pression zu vermeiden“, in Paris *jeder* Äuße-
rung.

Der italienische Botschafter Reßmann trug in dieser Zeit durch
seine pessimistische Haltung nicht unwesentlich zur Verschärfung der
Nr. 1446 Lage bei. Seiner Meinung nach war es seit Jahren das offensichtliche
Bestreben der Franzosen, Italien vom Dreibunde abzulenken. Italien
sollte nach seiner Meinung alles vermeiden, wodurch Frankreich
gereizt werden konnte. Dahin rechnete er offenbar auch den bevor-
stehenden Besuch des Kronprinzen Viktor Emanuel in Koblenz am
1. September. Der Kronprinz wollte von hier aus an den Kaiser-
manövern in der Rheinprovinz und in den Reichslanden teilnehmen.

Angesichts der deutschen Zurückhaltung wich auch Graf Kálnoky
Nr. 1447 der an ihn ergangenen italienischen Aufforderung aus, in Paris auf
die Notwendigkeit einer raschen Genugtuung hinzuweisen. Als am
22. August 1893 die italienische Regierung mitzuteilen vermochte,
der Maire von Aigues-Mortes sei durch seine Regierung vom Amte
suspendiert und eine strenge Untersuchung der Vorgänge angeordnet
Nr. 1448 worden, hielt Reßmann die Lage doch noch für besorgniserregend.
Nr. 1449 Dem deutschen Geschäftsträger in Paris, v. Schoen, sagte er, man
Nr. 1450 müsse sich angesichts der Verschlechterung der Lage Europas und
besonders Italiens nachgerade fragen, ob der Dreibund nicht besser
daran getan hätte, den nun doch einmal unvermeidlichen Krieg zu
einer günstigen Zeit zu entfesseln. Schoen antwortete, er sei von
der Unvermeidlichkeit des Krieges durchaus nicht überzeugt. Selbst ein
günstiger Krieg würde den Dreibundmächten mehr schaden als der
bewaffnete Frieden, ein unglücklicher Krieg sie aber nahezu ver-
nichten. Je mehr alle Mächte, Freunde und Gegner, auf den Krieg
rüsteten, desto unwahrscheinlicher werde sein Ausbruch. „Der Friede,
der nun seine 22 jährige Probe bestanden, werde auch ferner erhalten
werden können.“

Nr. 1451 Zum Botschafter Grafen Münster äußerte Reßmann am 26. Sep-
tember 1893, die Franzosen intrigierten nach zwei Richtungen: sie
wollten Italien finanziell ruinieren und es zur Revolution und Republik
treiben. Da sie dies nicht erreichen würden, so arbeiteten sie auf
den Krieg hin. Die deutsche Politik zog aus den Mitteilungen ihrer
Diplomaten unter ausdrücklicher Billigung des Kaisers den Schluß,
daß es notwendig sei, deutscherseits beruhigend in Italien einzu-
wirken. Das schien um so nötiger, als Reßmann anfangs Oktober 1893
in gewundener Weise andeutete, es sei in Rom erwünscht zu wissen,

wie weit man in der gegenwärtigen Lage auf Deutschlands Unter- Nr. 1452
stützung rechnen könne. Der Geschäftsträger v. Schoen erhielt darauf- Nr. 1453
hin die Weisung, ausweichend zu antworten.

Eine neue Verschärfung erfuhr die Angelegenheit dadurch, daß
Ende Dezember 1893 das Geschworenengericht zu Angoulême sämt- Nr. 1454
liche Angeklagte von Aigues-Mortes freisprach. Damit stimmte es schlecht überein, daß der Präsident der französischen Republik Carnot beim Neujahrsempfange des diplomatischen Korps die Liebe und Achtung der französischen Nation für Recht und Gesetz besonders ausdrücklich hervorhob. „Eine Gefahr in unserer Zeit", berichtete
Graf Münster am 6. Januar 1894 hierüber, „ist das Nationalgefühl, Nr. 1455
welches eine bedenkliche Richtung einschlägt und zum Nationalhaß immer mehr ausartet. Darin sehe ich die wirkliche Kriegsgefahr." Der Kaiser trat dieser Auffassung in seinen Randbemerkungen bei.

Wie der italienische Botschafter Reßmann damals die Gesamtlage würdigte, entwickelte er im Februar 1894 dem deutschen Botschafter
Bernhard v. Bülow in Rom. Italien müsse wissen, was es wolle, Nr. 1456
meinte er. Wolle es den Krieg, dann lieber heute als morgen. Die allgemeine Stimmung Frankreichs dränge zunächst nicht nach kriegerischer Entladung; man wolle doch zunächst das Ablaufen des Dreibundes abwarten und möchte beim nächsten Anlaß militärisch ganz sicher gehen. „Wie können Sie unsere Demokratie für kriegerisch halten?" hatte Carnot dem italienischen Botschafter gesagt, während der Präsident des französischen Senats Challemel-Lacour geäußert haben sollte: „Frankreich entwickelt sich derart nach der Seite des Materialismus und des Pazifismus, daß man es von Zeit zu Zeit schütteln muß, damit es nicht vergißt, was es nicht vergessen darf." Augenscheinlich war Reßmann damals nicht der geeigneteste Vertreter seines Landes, da er Frankreich gegenüber bald zu nervös und bald zu nachgiebig sich verhielt. Bülow ließ ihm jedenfalls keinerlei Ermunterung im Sinne einer scharfen Haltung gegen Frankreich zuteil werden.

Als Italien sich um die Jahreswende 1894/95 entschloß, Herrn Reßmann von Paris abzuberufen, und die Geschäfte einstweilen dem
Botschaftsrat Grafen Gallina übergab, bat Crispi um Unterstützung Nr. 1457
des neuen Botschafters durch die deutsche Botschaft. „Sie werden bemerkt haben," sagte er zum Botschafter v. Bülow, „mit welcher Heftigkeit die französische Presse und vor allem die halbamtlichen Blätter mich angreifen. Der Haß der Franzosen und der französischen Regierung gegen mich kommt daher, daß Italien sich nicht vom Dreibunde trennen wird, solange ich an der Macht bin, dafür bürge ich Ihnen. Wenn ich stürzte, würde die auswärtige Politik Italiens ihre Richtung ändern."

Sehr bald bot sich auch für die deutsche Regierung ein schwerwiegender Anlaß, sich über die französische Presse zu beklagen.

Am 1. Dezember 1894 war der Hauptmann Dreyfus unter dem Verdacht verhaftet worden, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben. Die Erörterungen über den Dreyfus-Prozeß haben Frankreich lange Jahre hindurch nicht zur Ruhe kommen lassen. Die späteren Bände der Aktenpublikation, insonderheit die Bände IX und XIII, teilen umfangreiches Material hierüber mit. Von Anfang an mußte Deutschland ebenso wie Italien sich gegen die in der französischen Presse mit leidenschaftlicher Härte ausgesprochenen Vorwürfe verteidigen, daß der deutsche und italienische Militärbevollmächtigte in der Dreyfus-Angelegenheit die Hand im Spiele gehabt hätten. Es erschien daher dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, nach Ausweis seines Erlasses an den Botschafter
Nr. 1458 Grafen Münster vom 7. Januar 1895, erwünscht, die Maßlosigkeiten der französischen Presse gegenüber der italienischen Regierung „akademisch, zur Beleuchtung der Gesamtlage, mit in die Erörterung zu ziehen". Dabei glaubte er, mit der französischen Regierung in dem Wunsche der Erhaltung des Friedens einig zu sein.

Nr. 1459 In Paris übernahm im Februar 1895 Graf Tornielli die Geschäfte des italienischen Botschafters. Diese Ernennung erfolgte in versöhnlichem Geiste. Österreich wirkte nunmehr in Paris dauernd im Sinne der Mäßigung auf Italien ein, suchte anscheinend eine dauernde politische Verbindung zwischen Italien und Spanien herzustellen und dadurch einen lateinischen Dreibund zu schaffen, in
Nr. 1460 dem „das anti-österreichische italienische Element durch Frankreich und Spanien in Ordnung gehalten würde". In Berlin bezweifelte man, daß diese Gruppierung wirklich für Österreich die gleiche Sicherheit gegen die Irrendenta bieten würde wie der Dreibund. Demgemäß
Nr. 1461 betonte auch in Wien der deutsche Botschafter Graf zu Eulenburg, daß bei der Aufnahme Italiens in den Dreibund Österreich mehr gewonnen habe als Italien bezüglich seines Verhältnisses zu Österreich. Botschafter Bernhard v. Bülow kennzeichnete das Ziel der deutschen Politik vom Standpunkte der deutschen Interessen aus damals dahin, daß wir ebensowohl einen Angriff Italiens gegen Frankreich, als ein Bündnis Italiens mit Frankreich zu verhindern hätten. Irgendwelchen
Nr. 1462 Haß gegen Frankreich wollte er auf italienischer Seite nicht bemerken. Ihm schien im Gegenteil die Sehnsucht nach einer Verständigung mit Frankreich in Italien lebhaft und weit verbreitet zu sein. Das war auch anläßlich der Ermordung des Präsidenten Carnot durch den italienischen Anarchisten Caserio zutage getreten.

Nr. 1463 Anläßlich eines von Italien im Sommer 1895 gewünschten französischen Waffeneinfuhrverbots für Djibuti und Obock ergab sich eine neue Verstimmung gegen Frankreich. Die französische Politik verfolge gegenüber Italien nur ein Ziel, sagte der italienische Minister des Äußern, Baron Blanc, zum Botschafter v. Bülow, nämlich Italien vom Dreibunde oder vielmehr von Deutschland abzusprengen.

Kapitel 46

Erneuerung des rumänischen Vertrages 1892

Die Grundlagen für die geheimen Abmachungen, die Rumänien mit den Staaten des Dreibundes verbanden, sind im 17. Kapitel — 3. Band des Aktenwerkes — und im „Wegweiser“ Band 1, Kapitel 17, S. 91 ff., klargelegt worden. Die Dauer des Vertrages war auf fünf Jahre mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der nicht rechtzeitigen Kündigung der Vertrag als auf drei weitere Jahre verlängert angesehen werden sollte [1]). Dieser Bündnisvertrag war nicht rechtzeitig, d. h. ein Jahr vor seinem Ablauf, gekündigt worden und lief daher auf drei weitere Jahre, bis Oktober 1891, weiter. Auch Italien war durch Vertrag vom 15. Mai 1888 dem Bündnis beigetreten.

Im Februar 1891 ging vom österreich-ungarischen Gesandten,
Grafen Goluchowski, in Bukarest die Anregung aus, die Erneuerung Nr. 1464
der Abmachungen ins Auge zu fassen. Hierfür war Vorbedingung, daß
der König von Rumänien für zuverlässige Minister sorgte, die den
Mut hätten, den Vertrag abzuschließen. König Karol verhielt sich zu- Nr. 1465
nächst abwartend. Mit seinem gegenwärtigen Kabinett hielt er die Nr. 1466
Erneuerung für schwer angängig. Die Dreibunddiplomaten folgerten
daraus, daß der König durch irrige Nachrichten über die Lockerung Nr. 1467
des Dreibundes von der Anlehnung an die Zentralmächte einiger-
maßen abgekommen sei. Man hielt es aber für richtig, vorläufig
abzuwarten und den König nicht allzusehr zu drängen. Nr. 1468

In Berlin sah man die Hauptursache für die rumänische Zurück-
haltung in dem feindlichen Verhalten der ungarischen Politik gegen- Nr. 1469
über den siebenbürgischen Rumänen. Die Frage des rumänischen
Bündnisses erlangte dadurch, daß von der Art ihrer Lösung die
Flankendeckung der österreich-ungarischen Verbündeten im Kriegs-
falle abhing, für Deutschland eine große Bedeutung. Ein Aufstand
in Siebenbürgen konnte Rumänien mit fortreißen. Caprivi ließ daher
Österreich darauf aufmerksam machen, daß Rumänien infolge der
Haltung der Ungarn „in die Rolle einer russischen Vorhut- und
Etappenstraße hineingeärgert werde“. Eine Feindseligkeit Rumäniens
sei aber ein nicht unerhebliches Hemmnis für die militärische Macht-
entfaltung der Doppelmonarchie. In Wien zeigte sich Graf Kálnoky Nr. 1470
über diese Ausführungen, denen er ernstlich nicht zu widersprechen
vermochte, wenig erbaut, betonte seinen geringen Einfluß auf Ungarn
und deutete an, daß Kaiser Franz Joseph bereit sei, im Sinne der
Vertragserneuerung an den König von Rumänien zu schreiben.
Deutscherseits wollte man keine drängenden Schritte tun. Das schien Nr. 1471
um so mehr angezeigt, als Graf Goluchowski mit einem derartigen
Versuche im Sommer 1891 von König Karl ziemlich deutlich zurück- Nr. 1472

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 268.

gewiesen worden war. Der damalige deutsche Gesandte in Bukarest, Bernhard v. Bülow, beschränkte sich darauf, die Vorteile der Vertragsverlängerung für Rumänien bei passender Gelegenheit immer wieder
Nr. 1473 hervorzuheben. Diesen Gedanken vertrat auch eine vom Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt v. Kiderlen herrührende Aufzeichnung vom
Nr. 1474 25. Oktober 1891.

Ende Oktober 1891 weilte der König von Rumänien in Berlin und
Nr. 1475 sprach sich mit dem Reichskanzler am 28. Oktober offen und bestimmt dahin aus, daß die Stellung Rumäniens zum Dreibunde mit oder ohne Vertrag dieselbe bleibe, und daß er persönlich dafür bürge; wenn zurzeit die Erneuerung des Vertrages nicht rätlich sei, so habe das seinen Grund lediglich in den Parteiverhältnissen. Auch gegenüber
Nr. 1476 dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall äußerte sich der König in gleichem Sinne. Die Berliner Besprechungen blieben indes nicht ohne Einwirkung auf ihn, wie sich daraus ergab, daß er gleich nach
Nr. 1477 seiner Rückkehr die Notwendigkeit erhöhter militärischer Vorsichtsmaßregeln und einer engeren Fühlung mit dem Dreibunde betonte.

Nr. 1478 Im Dezember teilte der rumänische Minister Carp dem Gesandten v. Bülow mit, daß die rumänische Regierung die Notwendigkeit des vertragsmäßigen Anschlusses Rumäniens an den Dreibund an-
Nr. 1479 erkenne. In gleichem Sinne unterhielt sich König Karl in Budapest mit dem Kaiser von Österreich. Die Angelegenheit kam aber auch im
Nr. 1480 Frühjahre 1892 immer noch nicht recht in Fluß, da der König sich nicht entschließen konnte, seinen alten Ministern die Existenz des alten Vertrages einzugestehen. Am 18. März tat er diesen für ihn schwierigen Schritt gegenüber dem Minister des Äußeren A. Lahováry,
Nr. 1481 der sich zur Erneuerung der Verträge bereit erklärte. Volle zwei
Nr. 1482 Monate später erreichte der König dasselbe Zugeständnis von seinem Ministerpräsidenten Catargi, ein Beweis dafür, wie viele Bedenklichkeiten der Rumänen schon damals angesichts der besonderen geographischen und politischen Lage ihres Landes auf dem Balkan zu überwinden waren.

Nunmehr ging die Erneuerung schnell vor sich. Am 11. Juni
Nr. 1483 konnte von dem „endlich bis zur Unterzeichnung reif gewordenen Vertragsgeschäft“ gesprochen werden, nachdem der rumänische Mi-
Nr. 1484 nister des Äußern am 8. Juni amtlich seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hatte, „den im vergangenen Herbste abgelaufenen geheimen Vertrag mit Österreich-Ungarn tel quel zu erneuern“. Nach Unterzeichnung des rumänisch-österreichischen Vertrages beabsichtigte das Wiener Kabinett, den erfolgten Vertragsabschluß zur Kenntnis des Berliner Kabinetts und der italienischen Regierung zu bringen und beide zu ersuchen, dem Vertrage in derselben Weise beizutreten, wie
Nr. 1485 dies früher geschehen war. König Karl sah nunmehr die Erneuerung der Geheimverträge als einen großen politischen Erfolg an. Lebhafte Befriedigung herrschte auch im Dreibundlager.

Am 25. Juli 1892 meldete aus Sinaia der deutsche Geschäftsträger Mumm v. Schwarzenstein, daß der geheime Bündnisvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien vorbehaltlich der Ratifikation durch die beiden Regierungen heute unterzeichnet worden sei. Deutschland vollzog seinen Beitritt durch eine Akzessionserklärung von sieben Artikeln, deren deutscher Wortlaut auf S. 233/234 abgedruckt ist. Nr. 1486 Nr. 1487

Den Abschluß der über den rumänischen Vertrag mitgeteilten Dokumente bilden zwei Denkschriften Demeter Sturdzas, eines der eifrigsten und folgerichtigsten Anhänger der Dreibundpolitik in Rumänien, über die das österreich-rumänische Bündnis so vielfach erschwerenden Streitfragen mit Ungarn. Der Gesandte B. v. Bülow übersandte eine Abschrift dieser für den König Karl aufgesetzten Aufzeichnungen am 16. Oktober 1893 dem Reichskanzler Grafen Caprivi. Nr. 1488

Kapitel 47

Französisch-Russischer Zweibund 1890—1894

Die Dokumente über die Entstehungszeit des französisch-russischen Zweibundes führen uns bis in den Sommer 1890 zurück. Nicht ganz ein Jahr vorher war Boulanger, eine geraume Zeit der Träger aller nationalistischen Hoffnungen Frankreichs, von einem Ausnahmegerichtshofe des Attentats und der Unterschlagung für schuldig erklärt und zur Deportation verurteilt worden. Damit hatte der Boulangismus sein Ende gefunden, und auch die in Rußland bis zu den höchsten Kreisen hinauf verbreitete Hoffnung, daß die boulangistische Bewegung in Frankreich schließlich zur Wiederherstellung der Monarchie führen könnte, war gescheitert. Nr. 1489

Im Juni 1890 tagte in Paris ein Gefängniskongreß. Französischerseits bot man alles auf, um aus ihm für die russisch-französische Verbrüderung möglichst viel Kapital zu schlagen. Der Geschäftsträger in Petersburg, Graf v. Pourtalès, glaubte aber nicht, daß eine Annäherung der beiden Länder von größerer politischer Bedeutung, d. h. mit Übernahme gegenseitiger Verpflichtungen, vorliege. „Die Russen wissen zu gut, daß sie, ohne sich zu engagieren, der französischen Unterstützung jederzeit, wenn sie sie brauchen, sicher sind.“ Aus Paris meldete Graf Münster am 24. Juni, daß er an dem vollzogenen Abschlusse eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland entschieden zweifle. Ein General sagte zum Grafen Münster: „Die Russen betrachten die französische Republik als eine Kokotte, die man haben kann, wenn man sie wünscht, ohne Ehe.“ Als die älteste Tochter des russischen Botschafters, Baron v. Mohrenheim, sich mit einem französischen Offizier verlobte und von verschiedenen Seiten aus diesem Anlasse lebhafte Kundgebungen im Sinne der Verbrüderung Nr. 1490

mit Rußland stattfanden, meldete Graf Münster am 26. Juli, daß er
Nr. 1491 durchaus nicht an den Abschluß einer russisch-französischen Allianz glaube. Solche Gerüchte würden von Zeit zu Zeit absichtlich verbreitet, namentlich dann, wenn die Isolierung Frankreichs besonders fühlbar sei [1]). Graf Münster benutzte die Verlobung im Hause des Barons v. Mohrenheim, um dem französischen Außenminister Ribot etwas auf den Zahn zu fühlen und sagte ihm ganz ruhig: „Ich gratuliere zur russisch-französischen Allianz." Über diese Anrede erschrak Ribot dermaßen, daß Graf Münster erst glaubte, es sei etwas daran. Ribot erholte sich erst, als der Graf ihm sagte, er habe die Mohrenheimsche Verlobung gemeint.

Wie weit die russisch-französischen Verabredungen damals schon gediehen waren, blieb dem deutschen Diplomaten anfangs verborgen, so insonderheit auch die ersten Besprechungen, die General de Boisdeffre im Sommer 1890 anläßlich einer Reise zu den russischen Manövern gehabt hatte. „Wie das Verhältnis zu Rußland steht," meldete
Nr. 1492 Graf Münster am 4. Januar 1891 an den Reichskanzler, „ist schwer zu erkennen. An den Abschluß einer festen russisch-französischen Allianz glaube ich noch immer nicht, wohl an militärische Verabredungen für den Fall des Krieges."

Von großem Interesse ist der vom Kaiser als „sehr klar und richtig" bezeichnete Bericht des deutschen Militärbevollmächtigten in
Nr. 1493 Petersburg, Generals v. Villaume, vom 5. März 1891. Danach verfolgte man in Petersburg die Anzeichen einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich, die hauptsächlich vom Kaiser ausging, mit unverhohlener Besorgnis. Man befürchtete aber andererseits damals in Rußland, daß ein plötzlicher Ausbruch des Chauvinismus in Frankreich oder das Ende der Langmut und Geduld in Deutschland zwischen beiden Ländern ernstere Verwicklungen eher herbeiführen könne, als man es wünschte; denn zurzeit gab es — nach Villaumes Ansicht — keine kriegerisch gesinnte Partei in Rußland.

Im April 1891 kamen beunruhigende Nachrichten von mehreren Seiten. In Paris hatte General Gallifet dem ihn besuchenden Komman-
Nr. 1495 dierenden General des VIII. Preußischen Armeekorps, Frhrn v. Loë, gesagt: „In beiden Nationen wünsche niemand den Krieg, aber alle vernünftigen Leute seien der Ansicht, daß er wegen Elsaß-Lothringen unvermeidlich sei. Gewiß werde Frankreich, wenn nicht ungewöhnliche und unerwartete Zwischenfälle einträten, den Krieg nicht beginnen. Wenn aber Rußland den Krieg gegen Deutschland begänne, so sei keine Regierung imstande, Frankreich zurückzuhalten. Eines

---

[1]) Es empfiehlt sich dringend, zu diesen Vorgängen die von mir herausgegebenen belgischen Dokumente „Zur Europäischen Politik" Band V, „Revanche-Idee und Panslawismus", bearbeitet von Wilhelm Köhler, zu vergleichen.

Vertrages zwischen Frankreich und Rußland bedürfe es dazu nicht.“ Über die damalige Stimmung in Rußland hatte ein auf der Durchreise in Berlin befindlicher russischer Zivilbeamter dem Generalmajor und Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade, Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, der früher in russischen Diensten gestanden hatte, mitgeteilt, die Panslawistenführer seien überzeugt, den Zaren mit sich Nr. 1496
fortzureißen, sobald sie den Moment für gekommen hielten, und dieser Moment sei der nächste Herbst. Der Zar habe es über sich vermocht, dem Präsidenten der französischen Republik den Andreasorden zu verleihen, — darüber hatte auch Graf Münster am 6. April Nr. 1494
einigermaßen besorgt berichtet, wenn er auch noch keine bestimmten Anzeichen für den Abschluß eines wirklichen Allianzvertrages zu haben glaubte —, und so werde er sich auch zum Kriege bringen lassen. Diese übertriebenen Befürchtungen teilte der Botschafter v. Schweinitz nach Ausweis seines Berichtes vom 17. April 1891 zwar Nr. 1497
nicht, wies aber darauf hin, daß die Garantie, die Deutschland in der Versöhnlichkeit des Zaren gefunden habe, jetzt weniger zuverlässig sei als früher.

Bald kamen auch über Bukarest Meldungen, die auf französische Anstrengungen im Sinne eines Allianzvertrages mit Rußland hinwiesen. „Frankreich hat alles getan, um einen Vertrag zu erhalten,“ sagte Nr. 1498
Herr v. Giers zu dem rumänischen Gesandten in Petersburg, „aber trotz der lebhaftesten Bemühungen hat es ihn keineswegs erreicht.“ Kaiser Alexander wolle sich mit Frankreich in kein festes Vertragsverhältnis einlassen, weil die republikanische Regierungsform ihm unsympathisch sei und die Ministerien in Frankreich zu häufig wechselten. Die Verleihung des Andreasordens an Herrn Carnot zähle unter die kleinen Geschenke, die die Freundschaft erhalten.

Ernster sah das Bild aus, das sich aus der Mitteilung eines nicht- Nr. 1499
deutschen Diplomaten in Berlin ergab. Danach hätte nach dem Zwischenfall bei dem Besuche der Kaiserin Friedrich in Paris[1]) die französische Regierung ihren Petersburger Botschafter mit der Frage beauftragt, ob Frankreich im Kriegsfalle auf russische Unterstützung rechnen könne. Botschafter v. Schweinitz erhielt den Auftrag, Näheres hierüber zu ermitteln, und berichtete am 24. Mai, der fran- Nr. 1500
zösische Botschafter in Petersburg, de Laboulaye, habe in der Audienz, in der er den Dank des Herrn Carnot für den Andreasorden abstattete, sich anscheinend tatsächlich in diesem Sinne geäußert. Der Zar aber habe das Gespräch auf einen anderen Gegenstand gelenkt. Auch der italienische Botschafter in Petersburg berichtete ähnlich. Nr. 1501

Am 6. Mai 1891 fand die Erneuerung des Dreibundes statt. In den politischen Kreisen Petersburgs herrschte daraufhin zeitweise eine niedergeschlagene Stimmung. Man fühlte sich in der Welt ver-

---

[1]) Vgl. hierüber S. 29 ff.

einsamt, bis durch das Eintreffen des französischen Geschwaders unter dem General Gervais am 23. Juli in Kronstadt ein völliger Stimmungsumschwung eintrat. Die Huldigungen des französischen Geschwaders steigerten das Selbstgefühl der russischen Politiker. Auch der Zar zeigte sich darüber erfreut. „In Berlin und Wien vertraue man auf die Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers Alexander," berichtete
Nr. 1502 Geschäftsträger A. v. Bülow am 30. Juli 1891 an den Reichskanzler v. Caprivi, als Warnung eines Beamten vom russischen Außenministerium. „Man möge sich aber dort nicht einbilden, daß dieselbe unerschütterlich wäre." — „Hat sich auch keiner eingebildet", schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Rand des Berichtes. — „Es könne der Augenblick kommen, wo die Neigung zum Frieden sich mit der Würde Rußlands nicht mehr vereinbaren lasse und auch der beste Wille des Monarchen den Ausbruch des großen Krieges nicht mehr zu verhindern imstande sein werde." Hierzu bemerkte der Kaiser: „Ganz richtig! Ich freue mich, durch einen Russen bestätigt zu sehen, was ich seit sechs Jahren gepredigt habe."

Der „Siegesgesang der französischen Revolution" war, wie Unter-
Nr. 1503 staatssekretär Frhr. v. Rotenhan am 7. August 1891 an den Botschafter v. Schweinitz schrieb, in Petersburg und Moskau hoffähig geworden, und die Republik fand in Rußland keine grundsätzliche Gegnerschaft mehr.

Als Botschafter v. Schweinitz am 1. August nach Petersburg zurückkehrte, fand er alle seine russischen und diplomatischen Be-
Nr. 1504 kannten unter dem überwältigenden Eindruck, den die Begeisterung der Volksmassen bei der Einfahrt der französischen Schiffe in die Newa und beim Empfange ihrer Offiziere im Stadthause hervorgebracht hatte. Der Befehl des Zaren, daß die Freundschaft mit Frankreich offen, feierlich und demonstrativ ohne Beleidigung oder Herausforderung anderer Mächte zu glänzendem Ausdruck kommen solle, war buchstäblich befolgt worden. Als Schweinitz mit Giers über den Besuch des französischen Geschwaders sprach, hatte er den Eindruck, daß man sich in Rußland nicht nur isoliert, sondern bedroht gefühlt und es als notwendig erkannt habe, „den sensationellen Erscheinungen, unter welchen die Erneuerung des Dreibundes zutage trat, eine sensationelle Manifestation gegenüberzustellen".

Auch Graf Kálnoky war übrigens der Meinung, „daß die Erneuerung der Dreibundverträge für seinen Geschmack etwas zu sehr ‚mit Pauken und Trompeten' Europa angekündigt worden sei". Dies sei aber mit Rücksicht auf die schwierige Stellung des Marquis di
Nr. 1505 Rudini geschehen. Zu dem Berichte des Gesandten B. v. Bülow in Bukarest vom 4. August 1891, der diese Bemerkungen enthielt, machte der Kaiser die Anmerkung: „Der europäische Friede ist wie ein Herzleidender. Er kann lange, sehr lange leben. Aber er kann plötzlich auf das Unerwartetste tot sein." Auf die Rückfrage des Auswärtigen

Amtes, was unter den sensationellen Erscheinungen verstanden werden solle, unter denen die Erneuerung des Dreibundes stattgefunden habe, Nr. 1506
berichtete Schweinitz am 22. August 1891, man habe in Petersburg Nr. 1507
darunter die Besuche verstanden, die der Kaiser von Österreich-Ungarn und der König von Italien am 23. Juni dem englischen Geschwader in Fiume bzw. am 6. bis 8. Juli in Venedig gemacht hätten, und vor allem die großartige Huldigung der britischen Nation für den Deutschen Kaiser im Juli 1891, als der Kaiser nebst seiner Gemahlin zum Besuche in England weilte[1]).

Immer noch blieb die Frage offen, ob es zwischen Frankreich und Rußland schon zu tatsächlichen Verabredungen gekommen sei. Im August 1891 wußten die „Times“ vom Abschlusse eines Vertrages zwischen dem Konteradmiral Gervais und den russischen Ministern des Äußern, des Krieges und der Marine zu berichten. Schweinitz bezeichnete diese Nachricht am 8. August ausdrücklich als unbe- Nr. 1508
gründet, hielt es aber für sicher, „daß eine Verständigung über strategisches und nautisches Zusammenwirken zwischen den beiderseitigen Autoritäten in der Kriegs- und Marineverwaltung längst getroffen sei“. General Obrutschew stehe mit den französischen Generalen Miribel, dem damaligen Generalstabschef, und Boisdeffre, dem damaligen Souschef des Generalstabes, in stetiger und enger Verbindung.

Wie die deutsche Botschaft in Paris damals die Sachlage beurteilte, geht aus einem ausführlichen, sehr lesenswerten Berichte des Geschäftsträgers v. Schoen vom 20. August 1891 hervor, zu dem der Nr. 1509
Kaiser eine Reihe treffender Anmerkungen gemacht hat. Der damalige Optimismus der deutschen Diplomaten in Paris, der sich auch in den Berichten des Grafen Münster wiederholt zeigt, war nicht gerechtfertigt, denn gerade damals erfolgte jener Austausch von Schreiben zwischen Giers und Ribot — am 21. und 27. August 1891 —, der in der Tatsache einem Bündnis nahezu gleichkam. Der Kaiser hegte ein berechtigtes Mißtrauen und vermerkte zu einer Stelle des Schoenschen Berichtes: „Herr v. Schoen haben die Rosabrille aufgehabt, wie mir scheint“ und weiter: „Da letzteres — nämlich eine friedliche Betätigung des nationalen Temperamentes in Frankreich — sehr unwahrscheinlich ist, so müssen wir uns nach Kräften bemühen, möglichst gestärkt und fertig zu sein, wenn der Sturm ausbricht.“

Der Gedanke des Zweibundes wurde in ganz Frankreich bald ungeheuer volkstümlich. Bei jedem Regimentsfestessen wurde, wie der deutsche Militärattaché Rittmeister v. Funcke am 30. August 1891 Nr. 1510
berichtete, der russischen Armee gedacht, und im Manövergelände schmückte man die Häuser mit russischen und französischen Fahnen. Von den Hunderttausenden von Franzosen, die in den letzten Wochen „Vive la Russie!“ gerufen hätten, habe die allergrößte Anzahl

[1]) Vgl. S. 52.

„A bas l'Allemagne!" damit gemeint, berichtete Funcke, nur daß das
Volk noch nicht den Mut habe, dies öffentlich auszusprechen.

Die Wirkungen der französisch-russischen Annäherung zeigten
Nr. 1511 sich auch bald darin, daß man russischerseits Österreich einzu-
schüchtern suchte.

Im November 1891 weilte der russische Außenminister v. Giers
persönlich in Paris und anschließend auch zwei Tage in Berlin. Die
Nr. 1512 deutsche Botschaft in Paris entnahm aus seinem dortigen Auftreten
wiederum einen gewissen Optimismus, und auch in Berlin wirkte die
Tatsache der persönlichen Anwesenheit des russischen Außenministers
nach Ausweis der darüber vorliegenden Aufzeichnungen des Reichs-
Nr. 1513–1515 kanzlers v. Caprivi und des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall in ähn-
lichem Sinne. Im Januar und April 1892 glaubte Graf Münster aus
Nr. 1516, 1517 Paris sogar schon über eine erhebliche Erkaltung der französischen
Russenliebe berichten zu können.

Im Juli 1892 erfolgte mit einem Artikel des „Figaro" vom 14. Juli
„Alliance ou flirt?" ein wohlberechneter französischer Vorstoß in
der Richtung auf einen formellen Abschluß einer französisch-russischen
Militärkonvention. Graf Münster verkannte die Bedeutung dieses Ar-
tikels, und auch der Geschäftsträger in Petersburg, A. v. Bülow, traf
Nr. 1518 kaum das Richtige, wenn er am 21. Juli 1892 berichtete, der Artikel
des „Figaro" werde nicht nur bei Hofe, sondern auch in anderen
politischen und gesellschaftlichen Kreisen sarkastisch und ablehnend
besprochen. Die tatsächliche Wirkung ist jedenfalls gewesen, daß
der damals noch in Kopenhagen weilende Zar gleich nach seiner Rück-
kehr den französischen General Boisdeffre im Hinblick auf die ge-
planten Verhandlungen zu den Augustmanövern einladen ließ. Bei
dieser Gelegenheit sind die Verhandlungen über die Militärkonvention
zum endgültigen Abschluß gebracht worden [1]), wenn auch der for-
melle und endgültige Abschluß nach Ausweis des französischen Gelb-
buches „L'Alliance Franco-Russe" erst Ende 1893 erfolgte. General
Nr. 1519 Boisdeffre war erst kurz vor seiner Reise nach Rußland zum Divisions-
kommandeur befördert worden.

Ein gewisses Aufsehen erregte es, daß im September der Präsi-
dent Carnot mit großem Gefolge nach Chamberey und Aix-les-Bains
Nr. 1520 reiste, wo er den zur Erholung weilenden Minister v. Giers durch
Ribot und Freycinet begrüßen ließ. Bei dieser Gelegenheit hat Ribot
sehr eingehend mit Giers über die russisch-französischen Verhand-
lungen, die Militärkonvention und ihre endgültige Unterzeichnung ver-
handelt, was aber den deutschen Diplomaten nicht bekannt geworden

---

[1]) Vgl. Bernhard Schwertfeger „Zur europäischen Politik. Unveröffentlichte Dokumente." Band 5 „Revanche-Idee und Panslawismus". Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes. In amtlichem Auftrage bearbeitet von Wilhelm Köhler.

ist. Selbst als französische Zeitungen von dem Abschluß eines förmlichen russisch-französischen Bündnisses zu sprechen anfingen, blieb der Geschäftsträger v. Schoen — nach Ausweis seines Berichtes vom 20. September 1892 — bei der Ansicht, daß Rußland kaum von Nr. 1521 seinem bekannten Programm der freien Hand abweichen würde. Rußland sei auch ohne Vertrag der französischen Hülfe so ziemlich unter allen Umständen sicher, das Interesse an geschriebenen Verpflichtungen bestehe daher nur auf französischer Seite. „Alle Anzeichen sprächen nach wie vor dafür, daß zwischen Rußland und Frankreich nichts anderes bestehe als ein unbestimmtes Freundschaftsverhältnis." Der Kaiser pflichtete den Ausführungen dieses Berichtes nicht bei, sondern bewahrte sich ein berechtigtes Mißtrauen.

Vom Oktober 1892 ab wurde Graf Münster etwas bedenklicher. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, berichtete er Nr. 1522 am 13. Oktober, schienen wieder intimer geworden zu sein. Bis jetzt habe er, Graf Münster, immer angenommen, der Zar würde sich der demokratischen Republik gegenüber niemals binden; jetzt sei er aber nicht mehr ganz sicher, ob nicht gewisse Abmachungen vereinbart worden seien. Das Haus Rothschild verhandele über eine 500-Millionen-Anleihe für Rußland. Die Schlußfolgerung des Grafen Münster in diesem Berichte, es werde an der faktisch seit Jahren bestehenden Lage nichts ändern, wenn wirklich ein Allianzvertrag existierte und die russische Anleihe zustande käme, scheint unter diesen Umständen kaum berechtigt.

Zweifellos ist die französische Republik durch den Mitte November 1892 ausbrechenden P a n a m a - S k a n d a l dem Zaren gegenüber aufs neue schwer bloßgestellt worden. Graf Münster war der Meinung, daß Ribot, falls er wirklich schriftliche Abmachungen mit Nr. 1523 Rußland besitze, bei diesem Anlaß zur Befestigung seiner ins Wanken geratenen Stellung sicherlich damit hervorgetreten sein würde. Da das nicht geschah, glaubte er wieder nur an das Vorhandensein von mündlichen Versprechungen. Aus Kopenhagen wurde eine verbürgte Äußerung der Königin Luise berichtet, wonach ihr Schwiegersohn, der Nr. 1524 Zar, immer in Zorn gerate, sobald in den Zeitungen von dem förmlichen Abschlusse einer franko-russischen Allianz die Rede sei. Als der französische Botschafter in Petersburg, Graf Montebello, Ende Dezember 1892 von dreimonatigem Urlaube nach Petersburg zurückkehrte, konnte auch er nur die Abschwächung des französischen Einflusses bei den russischen maßgebenden Persönlichkeiten feststellen. Die Vorgänge in Frankreich hatten den Zaren tief verstimmt. Der Nr. 1525 Wunsch wurde bei ihm rege, die vertrauensvollen Beziehungen zum Deutschen Kaiser wieder aufzunehmen. Hieraus erwuchs im Dezember 1892 die Ernennung des Generals v. Werder, der früher Militärbevollmächtigter in Petersburg und dort sehr beliebt gewesen war, zum dortigen Botschafter, nachdem General v. Schweinitz aus Ge-

sundheitsrücksichten sich Ende November genötigt gesehen hatte, seinen Abschied einzureichen [1]).

Im Januar 1893 weilte anläßlich der Vermählung der Prinzessin Margarethe von Preußen der russische Großfürst-Thronfolger mehrere Tage am Kaiserhofe in Berlin. Er berichtete, daß der Zar über den
Nr. 1526 Panama-Skandal, in den auch der russische Botschafter Baron v. Mohrenheim verwickelt sein sollte, ganz außer sich gewesen sei. Komme es zum Kriege, hatte der Großfürst erklärt, dann müsse eine Koalition wie in den Jahren 1813 bis 1815 eintreten, um Frankreich zu bekämpfen. Kaiser Wilhelm entgegnete, dieser Gedanke und keinerlei Rußland feindliche Tendenz liege dem Dreibunde zugrunde; was der Dreibund anstrebe, decke sich mit den Interessen Rußlands, indem er die Solidarität der europäischen Monarchien zum Ausdruck bringe, um die umstürzenden Tendenzen, für die von Frankreich aus Propaganda gemacht werde, zu bekämpfen. Der Dreibund könne ebensogut Vierbund usw. genannt werden, da für alle Staaten Raum sei, die den gleichen Tendenzen huldigten. Der russische Thronfolger bat, über diese Anschauungen seinem Vater berichten zu dürfen, wozu Kaiser Wilhelm II. seine ausdrück-
Nr. 1527 liche Zustimmung gab. Bei seiner Rückreise gab er ihm eine Aufzeichnung über die Ziele des Dreibundes mit, deren deutscher Wortlaut auf S. 235 abgedruckt ist.

Eine Zeitlang herrschte in Petersburg tatsächlich eine durchaus antifranzösische Stimmung. Rußland habe sich, sagte Herr v. Giers
Nr. 1528 Ende April 1893 zum Botschafter v. Werder, doch nach Bildung des Dreibundes für etwaige Fälle nach einem Verbündeten umsehen müssen; Frankreich aber würde nie einen Angriff auf Deutschland wagen, ohne der Unterstützung Rußlands sicher zu sein, und die würde ihm durch den so friedliebenden Kaiser Alexander niemals zuteil werden.

Trotzdem gelang es noch im gleichen Jahre den unermüdlichen
Nr. 1529 Anstrengungen des französischen Botschafters in Petersburg, Grafen Montebello, den seit längerem betriebenen Besuch der russischen Flotte in Toulon im Oktober durchzusetzen. Von diesem
Nr. 1530 Besuche konnten die ernstesten Folgen ausgehen. Die politische Bedeutung dieser Demonstration wurde noch dadurch unterstrichen,
Nr. 1531 daß der in Kopenhagen weilende Zar am 13. Oktober 1893, dem Festtage von Toulon, das in Kopenhagen vor Anker liegende französische Kriegsschiff „Isly“ in Begleitung des Großfürsten-Thronfolgers und des Großfürsten Michael mit seinem Besuche beehrte. Über die Festtage in Toulon und Paris berichtete Graf Münster am
Nr. 1532. 1533 17. und 30. Oktober 1893 ausführlich. Es ist von hohem Reiz, mit dieser Berichterstattung die sehr interessanten ausführlichen Dar-

---

[1]) Vgl. S. 39/40.

legungen des belgischen Gesandten in Paris, Barons Beyens, vom 7. und 30. Oktober 1893, die Berichte des Barons Greindl, belgischen Gesandten in Berlin, vom 14. und 25. Oktober 1893 und die Ausführungen des belgischen Gesandten Baron de Vinck vom 30. Oktober 1893 zu vergleichen, die in den von mir veröffentlichten Dokumenten „Zur europäischen Politik“ enthalten sind[1]).

Die wieder sehr optimistisch gewordene Auffassung des deutschen Botschafters in Paris wurde von seinem Petersburger Kollegen nicht geteilt. Am 27. November 1893 berichtete Werder, er müsse den Nr. 1534
Erfolg, den die Franzosen durch diesen Empfang bei den Russen erzielt hätten, nochmals hervorheben. Es unterliege keinem Zweifel, daß die russisch-französische „Entente“[2]) in ein innigeres Stadium getreten sei. Er, Werder, könne daher der Behauptung der franko-russischen Presse, daß der Friede nunmehr endgültig gesichert sei, nicht zustimmen; ganz im Gegenteil sehe er in dieser innigen Verbrüderung eher eine Gefahr für den Frieden. „Angesichts der Charaktere der Franzosen und der Russen steht zu befürchten, daß sie sich bei etwaigen politischen Komplikationen im Vollgefühl ihrer vereinten Kräfte zu Schritten hinreißen lassen werden, welche ernste Folgen haben könnten.“ Diese prophetischen Worte des Botschafters v. Werder haben sich im Juli und August 1914 erfüllt. Kaiser Wilhelm II. trat den Auffassungen des Botschafters durchaus bei. Der Minister v. Giers war jederzeit bereit, die franko-russischen Ovationen Nr. 1535
zu tadeln und Abhülfe zu versprechen; es blieb aber stets alles beim alten.

Die deutsche Botschaft in Paris hielt, allen diesen Anzeichen zum Trotz, an ihrer optimistischen Auffassung fest. „Wenn mich meine Beobachtungen nicht täuschen,“ schrieb Graf Münster am 29. Januar Nr. 1536
1894, „so ist die hiesige öffentliche Meinung Rußland gegenüber entschieden viel kühler geworden. Wieweit die Regierung selbst ernüchtert ist, läßt sich noch nicht erkennen.“ Die politische Lage Frankreichs nach außen, berichtete er am 17. März, sei auch nicht Nr. 1537
glänzend. Seit den letzten zehn Jahren sei die ganze Politik allein auf eine Allianz mit Rußland und auf das Zusammengehen der beiden Nationen, die nichts Gemeinsames hätten als den Haß gegen Deutschland, begründet gewesen. Von beiden Seiten habe man den Nationen vorgeschwindelt, daß ein Einverständnis, eine Allianz, bestehe. Jetzt sei durch den Abschluß des deutschen Handelsvertrages[3]) mit Rußland manche Illusion zerstört, und Frankreich beginne wieder zu

---

[1]) Band V „Revanche-Idee und Panslawismus“, bearbeitet von Wilhelm Köhler.

[2]) Im Aktenwerk ist auf S. 254 des Bandes VII, 1. Zeile des 2. Absatzes, irrtümlich „deutsch-französische“ statt „russisch-französische Entente“ gesetzt.

[3]) Vgl. S. 43.

fühlen, daß es politisch allein stehe. Indes mußte Graf Münster nach
Nr. 1538 dem Tode des Kaisers Alexander III. in einem Berichte vom 27. November 1894 zugeben, das ganze republikanische Frankreich habe, dem Beispiele von Paris folgend, den verewigten Zaren als Friedensfürsten und Erretter Frankreichs betrauert und so gefeiert, wie es einen eigenen beliebten Monarchen nicht hätte feiern können; die politische Tragweite derartiger Kundgebungen sei durchaus nicht zu unterschätzen.

Kapitel 48

Deutsch-Französische Beziehungen 1890—1894[1]

Von Beginn seiner Regierung an hatte Kaiser Wilhelm II. sozialen Fragen, insonderheit der Arbeiterschutzgesetzgebung, sein Hauptaugenmerk zugewendet. Im Bestreben, auch auf diesem Gebiete möglichst einen Ausgleich der Gegensätze zu Frankreich zu bewirken, ließ er im Februar 1890 die französische Regierung zur Teilnahme an der geplanten internationalen Arbeiterschutzkonferenz einladen. Der französische Außenminister Spuller im Kabinett Tirard
Nr. 1539 war in einiger Verlegenheit, dankte am 12. Februar einstweilen für die Aufforderung, wollte sich endgültig aber erst äußern, nachdem er dem Ministerrate die Frage unterbreitet hatte. Am 27. Februar erfolgte die grundsätzliche, aber erst am 7. März die endgültige An-
Nr. 1540 nahme der Einladung, nachdem Spuller am 6. März in der Deputiertenkammer sehr geschickt nachgewiesen hatte, daß das demokratische Frankreich sich da nicht ausschließen könne, wo über das Wohl der Arbeiter verhandelt werden solle. 480 Stimmen bejahten, nur 4 verneinten den Antrag des Ministers.

Als Ende März 1890 Graf Münster von einer Reise nach Paris wieder zurückkehrte — das Kabinett Tirard war inzwischen durch ein Kabinett Freycinet mit Ribot als Außenminister ersetzt worden —,
Nr. 1541 besuchte ihn Freycinet und sprach von der Wirkung des Rücktrittes des Fürsten Bismarck. Man habe ihn für den Erhalter des Friedens gehalten und in Paris einen Augenblick gefürchtet, daß es jetzt anders werden könne. Er, Freycinet, habe diese Befürchtung nicht geteilt, und hege das größte Vertrauen zum Deutschen Kaiser, der nur das Wohlergehen seiner Untertanen aller Klassen wolle; das aber sei mit kriegerischen Tendenzen unvereinbar. Von der Arbeiterschutzkonferenz berichtete Ribot, daß der französische Delegierte Jules Simon sehr befriedigt von dort zurückgekehrt sei. „Er ist ganz als Deutscher zurückgekehrt", meinte Ribot. In diesem Zusammenhange brachte er sodann die Aufhebung des Paßzwanges für Elsaß-

---

[1]) Der Leser wird bei der zeitlichen Überschneidung der Kapitel 47 und 48 gut tun, die synchronistische Zusammenstellung, S. 181 ff., zu Rate zu ziehen.

Lothringen zur Sprache, die er dringend wünschte, da der Paßzwang von Anfang an dazu beigetragen habe, die Stimmung gegen Deutschland zu verbittern. Graf Münster erwiderte, diese Maßregel sei durch die von Paris systematisch betriebene Agitation gegen Deutschland veranlaßt worden. Auch Präsident Carnot betonte, er wünsche nichts aufrichtiger, als ein nachbarliches Einvernehmen mit Deutschland. Als bald darauf Gerüchte über eine Aufhebung der reichs- Nr. 1542
ländischen Paßkontrolle auftauchten, ließ das Auswärtige Amt dem entgegentreten.

Inzwischen schien sich zwischen England und Frankreich eine Verständigung in der ägyptischen Frage anzubahnen, während auch Italien sich Frankreich gegenüber entgegenkommender verhielt. „Beide Länder sehen, oder glauben zu sehen,“ schrieb der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, v. Kiderlen, an den Grafen zu Eulenburg[1], Nr. 1543
der mit dem Kaiser darüber sprechen sollte, „daß wir mit Frankreich kokettieren, und glauben nun natürlich, auf Frankreich allerlei Rücksicht nehmen zu müssen.“ Deshalb gebärde sich die französische Presse auf einmal so freundlich gegen Deutschland und spreche von Aufhebung der Paßkontrolle und ähnlichen Dingen.

Beim Neujahrsempfange beim Präsidenten der Republik 1891 gewann Graf Münster den Eindruck, an dem er, wie er am 4. Januar Nr. 1544
1891 meldete, unverändert festhielt, „daß von französischer Seite ein Krieg noch nicht gewünscht, nicht beabsichtigt und von hier nicht ausgehen wird.“ Steige aber der Hochmut der Grande Nation noch mehr, als er im Jahre 1890 schon gewachsen sei, so könne bei Komplikationen von anderer Seite Frankreich jetzt mehr geneigt sein, mit einzugreifen, als es bisher der Fall war.

In Berlin fing man nun an, die französischen, für eine versöhnlichere Haltung gegen Deutschland eintretenden Pressestimmen Nr. 1545
fortlaufend sammeln und von Paris einsenden zu lassen. Veranlassung hierzu hatte die bevorstehende Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris vom 18. bis 27. Februar 1891 gegeben. Graf Münster ließ es Nr. 1546
sich angelegen sein, die Symptone einer sich vollziehenden Annäherung an Deutschland, die er bereits feststellen zu können glaubte, sorgsam zu beachten.

Am 18. Februar 1891 traf die Kaiserin Friedrich mit ihrer Tochter, der Prinzessin Margarethe, auf ihrer Reise nach England inkognito in Paris ein und nahm beim deutschen Botschafter Grafen Münster Wohnung. Leider dauerte dieser Besuch der Erregbarkeit der Nr. 1548
Chauvinisten zu lange, obwohl die Regierung sich korrekt benahm. Nr. 1547
Graf Münster, der am 26. Februar die Weisung erhalten hatte, auch die deutschfeindlichen Presseerzeugnisse zu sammeln und nach Berlin einzureichen, berichtete am 27. Februar ausführlich darüber an den Nr. 1549

[1]) Damals noch preußischer Gesandter in Oldenburg.

Reichskanzler. Es war schließlich dahin gekommen, daß Déroulède
und andere Chauvinisten Versammlungen abhielten, in denen gegen
die Künstler, die die Berliner Ausstellung beschicken wollten, gegen
die Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris und gegen das
„bevorstehende Hierherkommen“ des Deutschen Kaisers Protest er-
hoben wurde. Die Kaiserin war nirgends belästigt worden, aber die
Chauvinisten hatten in ihrem Kampfe gegen die Beschickung der
Berliner Ausstellung durch französische Künstler gesiegt. Graf
Münster zog aus den Vorgängen die Nutzanwendung, „daß die Fran-
zosen in Dingen, welche auch nur einigermaßen die Politik berühren,
unberechenbar sind, daß das laute und das stille Wirken einiger be-
rufsmäßiger Störenfriede genügt, um Regierung und öffentliche
Meinung zur Verwirrung und Verirrung zu bringen, die Stimme der
Nr. 1550 Vernunft und bessere Regungen zu ersticken.“ Das Berliner Aus-
wärtige Amt unternahm wegen der angedeuteten Vorgänge keinerlei
Nr. 1551 amtliche Schritte. Ein ausführlicher Bericht des Grafen Münster vom
Nr. 1552, 1553 28. Februar gibt weitere Einzelheiten über den Besuch der Kaiserin
in Paris, Berichte der Botschafter in Wien und London schildern den
dortigen Eindruck der Vorgänge. Am 2. März 1891 suchte in Berlin
Nr. 1554 der französische Botschafter den Staatssekretär des Äußern auf und
sprach die Erwartung der französischen Regierung aus, daß die Be-
ziehungen zwischen beiden Ländern durch die jüngsten Vorgänge nicht
getrübt werden würden. Eine Wirkung der Vorgänge war aber doch,
daß bis auf weiteres von jeder Milderung in der praktischen Hand-
habung des bestehenden Paßzwanges deutscherseits abgesehen und
Nr. 1555, 1557 dies im „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht wurde. Die Beschickung
der Berliner Ausstellung durch französische Künstler kam gleichfalls
Nr. 1556 nicht mehr in Frage; Graf Münster wurde angewiesen, sich in dieser
Frage zurückhaltend, und wenn er um Vermittlung angegangen würde,
ablehnend zu verhalten.

Die französische Regierung benutzte jeden Anlaß, um dem Grafen
Nr. 1558, 1559 Münster ihr Bedauern über die Haltung der Presse während des
Aufenthalts der Kaiserin Friedrich zum Ausdruck zu bringen.

Bald erregte eine neue Frage die öffentliche Aufmerksamkeit.
Nr. 1560 Für den Herbst 1891 waren französische Manöver an der Ostgrenze
Nr. 1561 geplant, und es war in der Presse von beabsichtigten Probemobil-
Nr. 1562 machungen in größerem Maßstabe die Rede. Deutscherseits wurde der
Militärbevollmächtigte mit Nachforschungen betraut, der die Gerüchte
über Probemobilmachungen als gänzlich unbegründet erklärte. Graf
Münster sprach auch den Kriegsminister de Freycinet selbst darauf an,
der ihm sagte, die französischen Manöver erschienen dieses Jahr
Nr. 1563 deshalb bedeutender, weil die Korps nicht einzeln, sondern im Zu-
sammenhange von zwei und dann von vier Korps manövrieren sollten,
damit die Generale sich an die Handhabung größerer Truppenmassen
gewöhnten.

Diese Auskunft bestärkte den Grafen Münster in seiner Überzeugung, daß für den Sommer 1891 ernstere Komplikationen nicht Nr. 1564
zu erwarten seien. Durch dieses Urteil zog er sich die ernste Mißbilligung Kaiser Wilhelms II. zu, der während eines Besuches in Nr. 1565
Darmstadt mit dem Großherzoge von Baden über die Lage gesprochen und von diesem die Ansicht gehört hatte, daß Frankreich sich nicht mehr scheuen werde, zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte selbst die Offensive zu ergreifen. Der Kaiser hatte auch den bisherigen Militärattaché in Paris, Major Frhr. v. Hoiningen gen. Huene, der damals als Generalstabsoffizier der 29. Division in Freiburg stand, kommen lassen und nach seinen Ansichten gefragt. Der Kaiser bildete sich danach ein für den Botschafter Grafen Münster sehr ungünstiges Urteil, sprach in einem an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramm von dem letzten „an Naivität und kindlichem Ver- Nr. 1565
trauen alles übersteigenden Bericht Münsters aus Paris", und bat den Staatssekretär des Auswärtigen, der neulichen Verabredung gemäß dem Grafen zu Münster die Eröffnung zu machen, daß auf seine Botschafterdienste nicht mehr gerechnet werde, und den Grafen v. Wedel nach Paris zu berufen.

Dieser Vorgang bietet einen sehr interessanten Beleg für die Entscheidung der Frage, ob und in welchem Maße die kaiserlichen Randbemerkungen im Auswärtigen Amt beachtet worden sind. Eigentlich enthielt das Telegramm des Kaisers vom 9. Mai einen unwiderruflichen Befehl zur Abberufung des Grafen Münster und zur Ernennung des Grafen Wedel. Im Auswärtigen Amte aber äußerten sich sowohl der Vortragende Rat Raschdau wie auch Herr v. Hol- Nr. 1566
tein, letzterer in einer längeren Aufzeichnung vom 11. Mai, in einem der kaiserlichen Willensmeinung entgegengesetzten Sinne und erreichten dadurch, daß die für die Führung der Politik maßgebenden Persönlichkeiten auf die vom Kaiser gewünschte Abberufung des Botschafters nicht eingingen. Einen auf kaiserlichen Befehl vom Major Frhr. v. Hoiningen gen. Huene an das Auswärtige Amt erstatteten Bericht vom 15. Mai 1891 behandelte besonders Holstein ziemlich Nr. 1567
geringschätzig. Der Reichskanzler ließ diesen Bericht dem Botschafter Grafen Münster zur Äußerung zugehen, und dieser fand dadurch Gelegenheit, sich am 27. Mai in der schärfsten Weise dagegen zu äußern. Nr. 1568
Der Major habe in unberechtigter und unverantwortlicher Weise die Alarmglocke geläutet, und zwar auf Grund oberflächlicher Gespräche. „Glaubte Major v. Huene selbst an seine Alarmnachrichten," schreibt Münster wörtlich, „dann würde er, der sehr gut schreiben kann, anders geschrieben haben, als dieser seinen Fähigkeiten nach ganz elende Bericht es zeigt . . . Das Verbreiten solcher Nachrichten hinter dem Rücken seines früheren Botschafters und seines an seine Stelle kommandierten Nachfolgers ist ein Benehmen, welches ich nicht näher qualifizieren will." Energisch wahrte Graf Münster seinen Stand-

punkt: „So lange ich die Ehre habe, der Botschafter Seiner Majestät des Kaisers hier auf diesem verantwortlichen Posten zu sein, ist es nicht allein meine Pflicht, aber auch die Pflicht der mir beigegebenen Beamten und Offiziere, auf alles sorgfältig zu achten, was hier auf politischem und militärischen Gebiete vorgeht. Diese Pflicht geht vor allem dahin, die Kriegsgefahr beizeiten richtig zu erkennen, aber auch dafür zu sorgen, daß unbegründete Alarmnachrichten auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Meine Berichterstattung während fast sechs Jahren zeigt, daß ich in den schwierigsten, gefährlichsten Zeiten — ich verweise dabei auf die Zeit des Generals Boulanger — stets richtig gesehen und die Tatsachen meinen Voraussagungen stets recht gegeben haben."

Dieser Bericht tat seine Wirkung. Von einer Abberufung des Botschafters war keine Rede mehr, und in einem abschließenden
Nr. 1569 Schreiben des Botschafters vom 21. Juni, in dem er auf das Verstummen der Kriegsgerüchte hinwies, finden sich nur einige nach Form und Inhalt gemäßigte Randbemerkungen des Kaisers.

Im Sommer 1891 kam es zu einer *anderweitigen Regelung der Grenzbeziehungen* zwischen Frankreich und Deutschland. Es war immer schon ein lebhafter Wunsch der Franzosen gewesen, den Paßzwang beseitigt zu sehen[1]). Auch Caprivi teilte diesen Wunsch, dem aber das Verhalten der Franzosen und insbesondere die Gründung einer geheimen Gesellschaft in Nancy im
Nr. 1570 Wege stand. Caprivi bat daher den Statthalter in Elsaß-Lothringen, ihm alle für Deutschlands auswärtige Beziehungen wichtigen Vorgänge aus den Reichslanden rechtzeitig mitzuteilen. Den Pariser
Nr. 1571 Wünschen auf Aufhebung des Paßzwanges begegnete die deutsche Botschaft mit dem Hinweise, der Paßzwang sei bereits einmal dem Erlöschen nahe gewesen, als die Vorgänge anläßlich des Besuches der Kaiserin Friedrich die Lage wieder verschärft hätten. Auch die
Nr. 1572 neue „Ligue de la revanche" in Nancy wirke ungünstig. Am 7. August
Nr. 1573 verzeichnete Caprivi, daß er sich des Tages freuen würde, an dem die Paßverordnung aufgehoben werden könne, und verständigte am
Nr. 1574 2. September den Statthalter in Elsaß-Lothringen, daß er, sein Einverständnis vorausgesetzt, der Frage näherzutreten gedenke, ob und wie der Paßzwang in Elsaß-Lothringen durch andere Maßregeln ersetzt werden könne. In Berlin fanden daraufhin Verhandlungen statt, und am 21. September erfolgte von Straßburg aus eine „Verordnung betreffend die Milderung des Paßzwanges". Mit dieser Maßregel war ein für die Entspannung der Beziehungen zwischen den Nachbarländern wesentlicher Schritt, und zwar wiederum durch
Nr. 1575, 1576 Deutschlands Entgegenkommen, getan. Die zusammenfassenden Be-

1) Vgl. S. 28.

richte des Botschafters Grafen Münster vom 2., 5. und 14. Oktober Nr. 1577 zeigen deutlich den damaligen Stand der Beziehungen. Die Rand- Nr. 1578, 1579 bemerkungen des Kaisers zu diesen drei Berichten erweisen, daß er sie zwar immer noch für zu optimistisch hielt, sich aber mit der Berichterstattung des Grafen Münster ganz wieder abgefunden hatte.

Im Frühjahr 1892 drohten neue Verwicklungen. Für den 5. Juni war das Bundesfest der französischen Turner nach Nancy ausgeschrieben. Die Studentenschaft der Universität Nancy wollte damit eine große internationale studentische Feier verbinden und lud alle ausländischen Universitäten mit Ausnahme der deutschen ein. Geplant war auch anläßlich dieses Festes ein Ausflug in die Nr. 1580 Vogesen über Gérardmer bis unmittelbar an die deutsche Grenze. Caprivi ließ anfragen, ob die französische Regierung für die Respektierung der deutschen Grenze Sorge tragen wolle. Sehr bald be- Nr. 1581 mächtigte sich die Presse des bevorstehenden Festes, dessen Deutschfeindlichkeit laut hervorgehoben wurde, während die französische Nr. 1582 Regierung den Standpunkt vertrat, daß der Ausflug nach Gérardmer besser unterbliebe. Finde er aber statt, so werde die französische Nr. 1583 Regierung alle nötigen Maßnahmen treffen.

In Berlin sah man die Lage immerhin für so ernst an, daß Caprivi Nr. 1584 das Auswärtige Amt um eine Denkschrift darüber ersuchte, welche Mittel uns zur Verfügung ständen, „um, falls in Nancy Ausschreitungen stattfinden, welche wir nicht ruhig hinnehmen können, Frankreich unser Mißfallen zum Bewußtsein zu bringen, ohne den Krieg zu erklären“. Staatssekretär Frhr. v. Marschall entledigte sich dieses Auftrages unter Verwendung eines Entwurfes von der Hand des Vor- Nr. 1585 tragenden Rats Raschdau am 26. Mai. Tags darauf erstattete der Reichskanzler dem Kaiser einen zusammenfassenden Bericht über das geplante Nancyer Fest. In der französischen Presse legte sich Ende Nr. 1586 Mai die Erregung, da man einsah, daß die Klagen über deutsche Nr. 1587 Herausforderungen und unbefugte Einmischung in innere französische Dinge sich nicht begründen ließen.

Das Fest wäre auch wohl ohne politische Nachwirkungen verlaufen, wenn nicht unerwartet der russische Großfürst Konstantin in Nancy eingetroffen wäre und dadurch große Kundgebungen für Rußland, den Zweibund und Elsaß-Lothringen hervorgerufen hätte. Die französische Regierung mißbilligte dieses Verhalten des Großfürsten Nr. 1588 sehr scharf. Einer der Minister sagte sogar zum Grafen Münster: „Der einzige, ein wenig bedauerliche Zwischenfall ist der Besuch des Großfürsten Konstantin gewesen, auf den weder der Präsident noch einer der Minister gefaßt war und der zu Demonstrationen Anlaß gegeben hat, die wir sicherlich nicht wollten; aber die Großfürsten haben die Leidenschaft, ihre Nase überall hineinzustecken, wo sie nichts zu tun haben.“

Mitte September 1892 regte die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes mittelst einer Denkschrift beim Reichskanzler an, in der Frage der Sicherung des Hinterlandes von Kamerun gegen das französische Vorgehen zu protestieren, Deutschlands Ansprüche aber durch Entsendung einer Expedition unter Führung des
Nr. 1589 Botanikers Dr. Preuß zu unterstützen. Caprivi lehnte diesen Gedanken rundweg ab und zeigte sich dabei als Realpolitiker, der vor allem auf die Sicherung der deutschen Kontinentalstellung den Hauptnachdruck seiner Politik zu legen wünschte. Wörtlich schrieb er am 19. September 1892: „Solange wir die Abrechnung über Elsaß-Lothringen noch vor uns haben, werden wir gut tun, Situationen zu vermeiden, die, um fragwürdigen kolonialen Besitzes wegen, zu Verwickelungen mit Frankreich führen können, bei denen die Stellung unserer Bundesgenossen und vollends Englands mindestens ungewiß wäre. Kommt es zum Kriege am Rhein, so entscheidet dessen Erfolg über die Kolonien mit; siegen wir, so werden wir die Auswahl haben, werden wir geschlagen, so ist es mit unserer Kolonialpolitik überhaupt zu Ende. Sehr viel wird bei dem Zukunftskriege auf die mise en scène ankommen, ich wüßte aber kaum eine unglücklichere, wie wenn der Schauplatz des ersten Aktes Adamaua wäre. Daraus folgere ich, daß es auch im vorliegenden Falle gut sein wird, Händel mit Frankreich zu vermeiden, auf die letzten Mittel der großen Politik nicht zu rechnen, und unsere Ziele mit unseren zurzeit verfügbaren kolonialen Mitteln in Einklang zu halten. Ich bitte also unsere Ansprüche in Afrika Frankreich gegenüber auf diplomatischem Wege so gut zu wahren, als es, ohne einen Konflikt zu provozieren, möglich sein wird."

Mitte November 1892 begann der Panama-Skandal ganz Frankreich leidenschaftlich zu erregen. Die französische Presse bezichtigte die diplomatischen Vertreter des Dreibundes der Beteiligung
Nr. 1590 an den Angriffen gegen Baron v. Mohrenheim in der Panama-Sache und nannten hierbei offen den österreichisch-ungarischen Botschafter
Nr. 1591 Grafen Hoyos. In Berlin erwog man, mit der Abberufung des Bot-
Nr. 1592, 1593, schafters zu drohen. Französischerseits lenkte man ein und erklärte
1594. 1595 sich sogar zu einem amtlichen Dementi wegen der gegen Graf Hoyos
Nr. 1596 gerichteten Preßangriffe bereit.

Am 30. März 1893 kam in Paris das Kabinett Ribot zu Fall und wurde durch ein Kabinett Dupuy ersetzt; Develle übernahm das
Nr. 1597 Ministerium des Äußeren. Graf Münster stellte Ribot ein schlechtes Abgangszeugnis aus. Bei jeder Gelegenheit habe er gegen Deutschland intrigiert, und alle entstandenen Schwierigkeiten seien immer auf ihn zurückzuführen gewesen.

Nr. 1598 Die Dokumentensammlung enthält sodann ein Schriftstück vom 15. Juli 1893, aus dem hervorgeht, daß die Anregung zu einer deutsch-französischen Verständigung über die Interessengebiete von Deutsch-Kamerun und Französisch-Kongo von deutscher Seite ausgegangen ist.

Eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen wurde dadurch eingeleitet, daß Kaiser Wilhelm II. nach dem Tode des Marschalls Mac Mahon den Grafen Münster beauftragte, in Nr. 1599
seinem Namen einen Kranz auf dem Grabe des Marschalls niederzulegen. Dabei betonte der Kaiser, daß Mac Mahon als Präsident der Republik ihm, dem Kaiser, 1878 seinen Inkognitobesuch in Paris erleichtert habe. Nun herrschte im Herbst 1893 in Frankreich große nationale Erregung über den Besuch des russischen Geschwaders in Toulon[1]), so daß der Vortragende Rat v. Holstein den kaiserlichen Nr. 1600
Schritt für nicht unbedenklich hielt. Graf Münster entledigte sich des Nr. 1601
ihm gewordenen Auftrages durch ein Telegramm an die Witwe des Marschalls[2]) und konnte am 20. Oktober melden, daß die Kund- Nr. 1602
gebung des Kaisers in Paris sehr gut aufgenommen sei. In einem Schreiben vom 25. Oktober schilderte Graf Münster ausführlich das Nr. 1603
Leichenbegängnis und hob hervor, daß der Gedanke des Kaisers, den verstorbenen Marschall durch eine Beileidskundgebung zu ehren, einen „ganz vorzüglichen Eindruck" hervorgebracht habe.

Im Dezember 1893 fand in Paris schon wieder ein Regierungswechsel statt, indem das Kabinett Dupuy dem Kabinett Casimir Nr. 1604
Périer Platz machen mußte. Am 12. Februar 1894 berichtete Graf Münster, daß man in Frankreich jetzt die tatsächliche Bedeutung des deutsch-russischen Handelsvertrages[3]) zu würdigen beginne, und daß die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens sich dadurch gebessert hätten. „Wenn Rußland den Krieg nicht will, beginnt ihn Frankreich nicht. Die Republik befestigt sich. Die gemäßigten Elemente scheinen Einfluß zu gewinnen." Der Kaiser hatte seine Auffassung über den Botschafter inzwischen so weit geändert, daß er diesen Bericht mit der Schlußbemerkung „völlig einverstanden" versah.

Am 24. Juni 1894 fiel Präsident Carnot in Lyon einem italienischen Anarchisten zum Opfer. Sein Nachfolger wurde am 27. Juni Casimir Périer. Kaiser Wilhelm II. beauftragte den Grafen Münster, Nr. 1605
bei der Leichenfeier für Carnot einen Kranz niederzulegen, dem neuerwählten Präsidenten nochmals seine Teilnahme an dem Schmerze Frankreichs zu bezeugen und ihm außerdem mitzuteilen, daß er Befehl gegeben habe, die in Kiel vor einem Jahre wegen Spionage verhafteten Marineoffiziere Degouy und Delguey-Malavas am Beisetzungstage Carnots wieder freizulassen. Dieser Vorgang ist ein starker Beweis für die immer wieder betätigte ritterliche Absicht des Kaisers, die denkbar besten Beziehungen zu Frankreich herzustellen.

---

[1]) Vgl. S. 26.

[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 235.

[3]) Vgl. S. 43.

Nr. 1606 Die Wirkung blieb nicht aus. Casimir Périer gab dem Botschafter, nachdem er seinen Auftrag ausgerichtet hatte, tiefbewegt die Hand und sagte: „Melden Sie Seiner Majestät, daß dieser Gnadenakt den graden Weg zum Herzen der französischen Nation findet.“ Der Minister des Äußern fügte hinzu: „Diese edle Handlung hat eine große politische Tragweite.“ Daß dies nicht lediglich Worte herkömmlichen Dankes gewesen sind, vermochte der Botschafter dem
Nr. 1607 Kaiser in einem Telegramm vom 1. Juli mitzuteilen; der Eindruck sei ein noch größerer gewesen, als er selbst erwartet habe. In einem
Nr. 1608 Schreiben vom 5. Juli an den Reichskanzler führte er sogar aus, seine Erwartung sei bei weitem übertroffen worden, „und wenn der ‚Figaro‘ sagte, daß am Sonntag abend unser Kaiser der populärste Mann in Paris gewesen sei, so ist das richtig.“ Auch seine persönliche Stellung als Botschafter habe dabei sehr gewonnen. Dennoch wisse er, daß solche Stimmungen umschlagen könnten. Von seiten beider Regierungen müsse alles getan werden, damit dieses nicht geschehe. „Die Zeit gleicht am besten Gegensätze aus. So geht es auch mit unseren Beziehungen zu Frankreich.“ Der Wert der russischen Freundschaft wurde damals in Frankreich, nach Ansicht des Grafen Münster, wieder geringer eingeschätzt. In Rußland aber war man mit der Botschaft des Präsidenten Casimir Périer wenig zufrieden, besonders nach Münsters Ansicht, nicht mit dem Satze, in dem es hieß: „Sicher in sich selbst, voll Vertrauen auf seine Armee und seine Marine, kann Frankreich erhobenen Hauptes seine Friedensliebe versichern.“

Kapitel 49

Der Draht nach Rußland 1890—1892

A. Äußere Politik

Nach der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages kam für die deutsch-russischen Beziehungen und bei der Eigenart der russischen
Nr. 1609 Autokratie sehr viel darauf an, wie sich Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Zaren stellen würde. Der für Mitte August 1890 geplante Kaiserbesuch am russischen Hofe wurde deshalb im Auswärtigen Amt gründlich vorbereitet. Auch in Petersburg fanden vorherige grund-
Nr. 1610 legende Besprechungen zwischen Giers und dem Botschafter v. Schweinitz statt.

Am 17. August 1890 traf der Kaiser zum Besuche des Zaren in Narwa ein. In seiner Begleitung befand sich u. a. auch der Reichskanzler v. Caprivi. Am 22. August begaben sich die beiden Monarchen

nach Peterhof, von wo am 23. August die Abreise des Kaisers erfolgte. Über das durchaus befriedigende Ergebnis der Besprechungen zwischen den Monarchen und den maßgebenden Staatsmännern geben uns die Dokumente Nr. 1611—1614 genauen Aufschluß. Kaiser Wilhelm II. Nr. 1611—1614
hat sich in ausführlicheren Randbemerkungen gleichfalls dazu geäußert.

Für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Herrscherhäusern mußte die Persönlichkeit des russischen Thronfolgers von wesentlicher Bedeutung sein. In die Dokumentensammlung ist aus diesem Grunde eine ausführliche Aufzeichnung des Botschafters Nr. 1615
v. Schweinitz vom 9. November 1890 aufgenommen, in der er sich über die Einflüsse äußert, denen der Thronfolger von Jugend auf ausgesetzt gewesen war.

Daß man auf russischer Seite den Mangel eines jeden vertragsmäßigen Bandes mit Deutschland bedauerte, zeigte sich bei verschiedenen Gelegenheiten, so auch in einer Unterredung des Bot- Nr. 1616
schafters Grafen Schuwalow am 29. Januar 1891 mit dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall. Das russische Publikum verstand unter dem „neuen Kurs“ in Deutschland nach einem Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew soviel, daß das Deutsche Reich der Auflösung ent- Nr. 1617
gegentreibe. Bedenklich war vor allem für die österreich-russischen Beziehungen, daß Rußland immer stärkere Truppen an der öster- Nr. 1618
reichischen Grenze zusammenzog. Auch der Oberprokurator des heiligen Synods Pobedonowszew unterhielt sich mit dem Botschafter Nr. 1619
v. Schweinitz darüber und betonte, daß man in Rußland den Krieg fürchte und nur deshalb Truppen nach dem Westen schiebe, um gegen überraschende Angriffe gesichert zu sein. Daß man aber in Wien gar nicht daran dachte, auf kriegerische Abenteuer aus- Nr. 1620
zugehen, zeigt ein Bericht des Botschafters Prinzen Heinrich VII. Reuß vom 9. Februar 1892 mit Deutlichkeit. Deutscherseits sah man die Zustände in Rußland als gefahrdrohend an, zumal in den inneren Verhältnissen völlige Verwirrung herrschte. In diesem Sinne äußerte sich auch am 10. Februar 1892 der König von Sachsen zu dem Nr. 1621
preußischen Gesandten Grafen v. Dönhoff.

Als anfangs Februar 1892 der Konprinz von Schweden nach einem vorherigen Besuche in Petersburg nach Berlin kam, schilderte Nr. 1622
er die Verhältnisse in Rußland sehr trübe. Die Furcht vor einem deutschen Angriffe sei weit verbreitet, und die Überzeugung von der Ohnmacht Rußlands trete deutlich zutage. Beunruhigend war auch, daß der Zar sich immer noch nicht zur Erwiderung des deutschen Kaiserbesuches vom August 1890 entschließen konnte. Am 25. September 1891 war das russische Kaiserpaar von Kopenhagen kommend durch Berlin gefahren, am 31. Oktober hatte es Danzig berührt, ohne eine dieser beiden Gelegenheiten zu einem Besuche am deutschen Kaiserhofe auszunutzen.

Eine zusammenfassende gründliche Darstellung der damaligen Zustände und Auffassungen in Rußland gab der Botschafter v. Schweinitz in seinen ausführlichen Berichten vom 12. und 20. Februar 1892. Anscheinend auf polnische Einflüsse zurückgehend erhielt sich dort das Gerücht, Deutschland arbeite auf einen Krieg gegen Rußland hin. Der in Deutschland damals begonnene polnische „Versöhnungskurs" wurde in der russischen Öffentlichkeit vielfach als russenfeindlich angesehen. Eine eigentliche Kriegspartei bestand in Rußland kaum, wohl aber wurde von einzelnen Militärs das Mißtrauen des Zaren gegen Deutschland und Österreich künstlich wachgehalten.

Nr. 1623. 1624 — Nr. 1625

B. Handelspolitische Beziehungen

Seit Herbst 1890 wurde zwischen Deutschland und Österreich über einen Handelsvertrag verhandelt und im Mai 1891 ein solcher zum glücklichen Abschluß gebracht. In Rußland verfolgte man diese Dinge mit großem Interesse und wünschte deutscherseits die Erleichterung hauptsächlich für Getreide und Holz. In Berlin hatte
Nr. 1626 Graf Schuwalow im Dezember 1890 selbst die Initiative in diesem Sinne ergriffen. Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwiderte ihm, Deutschland habe den besten Willen, Rußland entgegenzukommen, müsse aber auf Grund des bisherigen Verhaltens der russischen Handelspolitiker zunächst skeptisch sein. In Petersburg äußerte sich
Nr. 1627 Herr v. Giers dem deutschen Botschafter gegenüber gleichfalls im Sinne handelspolitischer Erleichterungen. Über den weiteren Gang der
Nr. 1628—1631 Verhandlungen in Berlin unterrichten die Dokumente Nr. 1628—1631.

Am 23. Mai 1891 fragte der österreich-ungarische Botschafter
Nr. 1632 Graf Széchényi im Berliner Auswärtigen Amte vertraulich an, ob an den vielfachen Zeitungsnachrichten, wonach zwischen Deutschland und Rußland Handelsvertragsverhandlungen schwebten, irgendetwas Wahres sei. Marschall erwiderte ihm, es sei bisher nur von einer Verständigung über einzelne Punkte zur Anbahnung eines besseren handelspolitischen Verhältnisses zwischen den beiden Mächten gesprochen worden.

Nr. 1633 Einen wichtigen Gesichtspunkt brachte Herr v. Giers am 25. November 1891 in Berlin dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall gegenüber zur Sprache. Er wies darauf hin, daß vor einigen Jahren, als der Zar in Berlin zu Besuch gewesen sei, Fürst Bismarck das Lombardverbot für die russischen Papiere gerade an demselben Tage erlassen habe[1]. Giers glaubte nicht an die Maxime des Fürsten Bismarck, daß man politisch gut stehen und sich wirtschaftlich bekriegen könne. Marschall erwiderte, das Lombardverbot sei nur eine Antwort auf zahlreiche uns schwer schädigende Maßregeln der russi-

[1]) Band V, Kapitel 36, Anhang A. — Vgl. Wegweiser Band 1, S. 161/162.

schen Regierung gewesen. Österreichischerseits war man sehr interessiert, den Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland kennen zu lernen und zu erfahren, ob der Reichskanzler geneigt sei, das Lombardverbot aufzuheben. Nr. 1634

Kapitel 50

Der Draht nach Rußland 1892—1894

A. Äußere Politik

Unter Einwirkung des Königs von Dänemark hatte sich der Zar entschlossen, im Juni 1892 seinen Gegenbesuch beim Deutschen Nr. 1635
Kaiser zu machen[1]). Die Begegnung fand am 7. Juni in Kiel statt Nr. 1636
und verlief in der befriedigendsten Weise. Von Politik wurde nicht gesprochen. Kurz vor der Galatafel ernannte der Kaiser den Zaren zum Admiral à la suite der deutschen Flotte. In Berlin hatte man den Eindruck, daß die Kieler Zusammenkunft zwar an der politischen Lage nichts Wesentliches ändere, daß aber die persönliche Annäherung beider Monarchen eine neue bedeutsame Friedenssicherung bilde Unterstrichen wurde dieser Eindruck noch dadurch, daß die Kieler Zusammenkunft gerade während des Nancyer Festes[2]) stattfand. Auch der Kaiser von Österreich äußerte sich über den Kieler Nr. 1637
Besuch sehr befriedigt. In gleichem Sinne wirkte ein im November stattfindender Besuch des russischen Thronfolgers in Wien, wenn Nr. 1638
auch der junge Mann sich aus großer Verlegenheit dort sehr unbeholfen und verlegen gezeigt hatte.

Am 28. November 1892 reichte General v. Schweinitz sein Abschiedsgesuch ein und wurde durch den in Petersburg schon von der Zeit her, wo er dort Militärbevollmächtigter gewesen war, sehr be- Nr. 1639
liebten General v. Werder als Botschafter ersetzt[3]). Der Zar selbst hatte einen dahingehenden Wunsch geäußert. Der Reichskanzler trug keine Bedenken, und so konnte Kaiser Wilhelm II. dem als sein Jagd- Nr. 1640
gast in der Göhrde bei ihm weilenden Großfürsten Wladimir die Nr. 1641
Ernennung persönlich mitteilen. Dieser äußerte sich sehr erfreut. Die Hoffnung des Kaisers, es werde dem General v. Werder bei dem unbegrenzten Vertrauen des Zaren zu ihm sehr bald gelingen, den Zaren aus dem französischen Fahrwasser herauszubringen, ging vielleicht etwas zu weit, da die Dinge zwischen Frankreich und Rußland schon zu weit gediehen waren. Immerhin fühlte sich der Zar veranlaßt, dem Kaiser, noch nach dem Jagdschloß Göhrde, tele- Nr. 1642
graphisch mit folgendem Wortlaute zu danken:

---

[1]) Vgl. S. 37.
[2]) Vgl. S. 33.
[3]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 42 u. a. a. O.

Telegramm in Klarschrift. Ausfertigung.

Gatschina, den 18. November 1892.

Bin sehr glücklich über die gute Nachricht, die Du mir gibst und sehr empfänglich für diesen neuen Beweis Deiner Liebenswürdigkeit, in dem Du W(erder) nach Petersburg ernennst, wovon Du wußtest, daß es mir Freude machen würde. Tausend Grüße.

Alexander.

Trotzdem erhielt sich beim Kaiser Alexander III. anscheinend
Nr. 1643 immer noch der Gedanke, daß der Dreibund in erster Linie gegen Rußland geschlossen worden sei. Hierin bestärkte ihn auch die vom Reichskanzler Grafen v. Caprivi am 23. November 1892 eingebrachte große Militärvorlage.

Nr. 1644 Als der neue Botschafter v. Werder am 12. Januar 1893 dem Zaren seine Kreditbriefe überreichte, fragte jener ihn alsbald, wie es mit der Militärvorlage stände. Der Zar sprach sich über diese Vorlage, die auch den Übergang zur zweijährigen Dienstzeit in sich schloß, ganz objektiv aus, schloß aber die Unterhaltung mit dem Botschafter doch damit ab, daß er sagte, er sehe sehr schwarz und glaube, das zwanzigste Jahrhundert werde uns große Katastrophen bringen. Kaiser Wilhelm II. bemerkte zu dem Berichte des Botschafters v. Werder: „Das Entrée ist so günstig, wie man nur wünschen kann. Ich vertraue Werder, daß er es zum Heile unserer Beider Häuser und Länder gut ausnutzen wird. Der Friede Europas ruht nicht zu einem geringen Teil in seinen Händen.“

Sehr bald ergaben sich aus den Äußerungen des Reichskanzlers über die Militärvorlage im Reichstage, besonders am 11. Januar 1893,
Nr. 1645 wo er von der Möglichkeit des Zweifrontenkrieges und der Wahrscheinlichkeit militärischer Abmachungen zu Wasser und zu Lande zwischen Frankreich und Rußland sprach, neue Besorgnisse des Zaren. Er erkannte zwar an, daß Caprivi kein Parlamentarier, sondern Soldat wäre und im Wunsche, die Vorlage durchzubringen, vielleicht etwas zu weit gegangen sei, blieb aber doch besorgt. Anscheinend um die günstige Wirkung eines Besuches des russischen Thronfolgers am Berliner Hofe vom 24. bis 28. Januar 1893 auf-
Nr. 1646 zuheben, erschienen damals in der französischen, englischen und österreichischen Presse Nachrichten, daß im Frühjahr ein russischer Angriff auf Deutschland bevorstehe. Großfürst Sergius sei in Frankreich gewesen, um festzustellen, ob Frankreich zu einem Kriege im Frühjahr hinlänglich vorbereitet sei. In Petersburg konnte Werder
Nr. 1647 immer wieder nur feststellen, daß der Zar ebensowenig wie Kaiser Wilhelm II. an den Krieg dachte, und im Ausbruch eines solchen ein furchtbares Unglück sah. Nur die Umsturzparteien würden Vorteil daraus ziehen.

Als der russische Thronfolger Berlin verließ, hatte, wie schon erwähnt[1]), Kaiser Wilhelm II. ihm eine Aufzeichnung über die Ziele des Dreibundes mitgegeben[2]). Diese Aufzeichnung übersandte der Kaiser offenbar nebst einer ausführlichen Schilderung des Besuches des Thronfolgers dem Kaiser Franz Joseph, der sich dafür am 5. Februar 1893 bedankte, dabei aber doch der Besorgnis Ausdruck Nr. 1648 gab, daß dem Dreibunde Enttäuschungen und schwere Prüfungen nicht erspart bleiben würden. Als der Thronfolger nach Petersburg zurückgekehrt war, sprach er sich zum General v. Werder über Nr. 1649 seine Berliner Eindrücke nur zurückhaltend aus, so daß Werder annahm, er sei wohl dahin instruiert gewesen, sich in Berlin sehr reserviert zu verhalten. Dem widersprach aber Kaiser Wilhelm II. und stellte in einer Randbemerkung fest, der Thronfolger habe sich mit ihm über alles so offen ausgesprochen, wie noch nie ein Großfürst.

Der freimütige und rein militärische Ton einiger am Geburtstage des deutschen Kaisers in Deutschland gehaltenen Generalsreden, in denen von der Möglichkeit eines Zukunftskrieges gesprochen wurde, erregte Anfang Februar in Rußland erhebliches Aufsehen. Die „Moskauer Nachrichten" machten den Anfang mit Nr. 1650 neuen Angriffen gegen Deutschland. Auch ein vom Kaiser Wilhelm II. am 22. Januar 1893 anläßlich der Anwesenheit des Herzogs von Edinburgh in Berlin ausgebrachter Trinkspruch auf die englische Flotte wirkte in gleichem Sinne. Graf v. Caprivi legte derartigen Verstimmungen nur verhältnismäßig geringe Bedeutung bei. Wenn eine solche augenblickliche Verstimmung über einige in Nr. 1651 Deutschland gefallene Äußerungen genügen könnte, um alle Beweise des Entgegenkommens des Kaisers Wilhelm II. umzustoßen, dann scheine es, als wenn man das Wohlwollen Rußlands dauernd nur dadurch gewinnen könne, daß man die deutsche Politik, wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts, ganz in den Dienst der russischen stelle. In welcher Weise das Schicksal der großen deutschen Militärvorlage die deutsch-russischen Beziehungen damals beeinflußt hat, zeigen die Dokumente Nr. 1652—1654. Nr. 1652—1654

Am 29. April 1893 hatte Botschafter v. Werder ein ausführliches Gespräch mit Herrn v. Giers, der ungeachtet seines körperlichen Nr. 1655 Verfalls vor kurzem in Wien gewesen war. In seiner Unterhaltung mit Werder tat Giers interessante Äußerungen über den Fürsten Bismarck, der Rußland, besonders auch durch seine Finanzmaßregeln, in die Arme Frankreichs getrieben habe. Mit diesem Lande bestände keine Allianz; nach Bildung des Dreibundes aber hätte Rußland sich doch für etwaige Fälle nach einem Verbündeten um-

[1]) Vgl. S. 26.

[2]) Anlage zu Nr. 1527 (Band VII, S. 244); deutscher Wortlaut siehe S. 235.

sehen müssen. Frankreich würde aber nie einen Angriff auf Deutschland wagen, ohne der Unterstützung Rußlands sicher zu sein, und die würde ihm durch den so friedliebenden Zaren niemals zuteil werden. Giers sprach auch von der steten Vermehrung der stehenden Heere und erwog die Frage, „ob die Staaten bei den eminenten Friedensaussichten nicht einen Vertrag schließen könnten, durch welchen die Heeresmacht eines jeden Staates festgestellt würde". Hier taucht bei einer amtlichen russischen Persönlichkeit plötzlich der Gedanke einer allgemeinen Abrüstung auf. Über die Besprechungen
Nr. 1656 des Herrn v. Giers in Wien werden wir durch einen Bericht des Botschafters Prinzen Heinrich VII. Reuß vom 1. Mai unterrichtet.
Nr. 1657 Eine Aufzeichnung des Geschäftsträgers Prinzen Max v. Ratibor vom 9. Juni 1893 gibt dazu weitere Ergänzungen. Man war dort in Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Herrn v. Giers auf ernstere Fragen kaum eingegangen.

Im September 1893 nahm Kaiser Wilhelm II. an den österreich-ungarischen Manövern teil und besuchte vom 22. bis 27. September den Kaiser Franz Joseph als Jagdgast. Einige Äußerungen, die er vielleicht bei den österreichischen Manövern getan hatte — etwa in dem Sinne, daß wir mit solchen Truppen keinen Feind zu fürchten brauchten, — hatten bei Kaiser Franz Joseph die Ansicht bewirkt, als unterschätze der Kaiser vielleicht die russische Armee. Prinz
Nr. 1658 Heinrich VII. Reuß konnte ihn darüber beruhigen. Kaiser Wilhelm II. war über dieses Mißverständnis geradezu betroffen und betonte in einer Randbemerkung zu dem Berichte des Prinzen Heinrich VII. Reuß mit vollem Rechte, daß er ganz anders denke.

Im Herbste 1894 warf der mit Sicherheit erwartete baldige Tod des Kaisers Alexander III. seine Schatten voraus. Schon seit Sommer
Nr. 1659 1894 litt der Zar an einer unheilbaren Nierenerkrankung. Am 30. Oktober telegraphierte der Thronfolger, der Zustand habe sich verschlimmert. Der Kaiser ließ dem Zaren den am 29. Oktober eingetretenen Kanzlerwechsel mitteilen, — Fürst Chlodwig von Hohenlohe war an die Stelle des Grafen Caprivi getreten —, und beabsichtigte, im Falle des Ablebens des Zaren nach Petersburg zur Beisetzung zu
Nr. 1660 reisen. Botschafter v. Werder riet indessen, diese Reise einstweilen zu unterlassen und die Anknüpfung intimerer Beziehungen zu dem jungen Zaren auf eine spätere Zeit zu verschieben.

B. Handelspolitische Beziehungen

Am 25. Juni 1893 führte die russische Regierung, die am 17. Juni eine Handelskonvention mit Frankreich abgeschlossen hatte, einen
Nr. 1661 doppelten Zolltarif ein und drohte der deutschen Regierung mit Maßnahmen gegen alle Waren deutschen Ursprungs, falls Deutschland

ihr nicht einstweilen vorläufig gewisse Vergünstigungen zubilligte. Man drohte, zum 1. August einen Maximaltarif für alle deutschen Waren einzuführen. Deutscherseits lehnte man diese Drohung kurzer- Nr. 1662
hand ab und ließ der russischen Regierung mitteilen, man werde die Einführung des russischen Maximaltarifs gegen Deutschland durch Nr. 1663
Erhöhung der Steuern auf die Einfuhr russischer Produkte beantworten. Caprivi wünschte aber nach wie vor das Zustandekommen Nr. 1664
eines Vertrages mit Rußland aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen dringend.

Anfang Oktober begannen, einem Vorschlage der deutschen Regierung gemäß, in Berlin die Verhandlungen über Zollangelegenheiten Nr. 1665
und nahmen einen guten Fortgang, über deren weiteren Verlauf im Archiv des Auswärtigen Amts nur wenig Akten vorhanden sind. Das ausführliche Kronratsprotokoll vom 18. Februar 1894 gibt aber einen Nr. 1666
guten Überblick über die damals geleistete Arbeit. Am 16. März 1894 konnte Kaiser Wilhelm II. dem Zaren mitteilen[1]), daß der Handels- Nr. 1667
vertrag nunmehr durch den Reichstag beschlossen worden sei. Der Zar dankte telegraphisch tags darauf[2]). Nr. 1668

In Österreich erblickte man in dem Abschluß des Handelsvertrages einen erfreulichen Schritt. In Rußland selbst herrschte die Nr. 1669
lebhafteste Genugtuung. Die Sprache der russischen Blätter zeigte Nr. 1670
seit Abschluß des Vertrages eine wesentlich geringere Begeisterung für Frankreich. Als vollends die Verlobung des Großfürsten-Thron- Nr. 1671
folgers mit der Prinzessin Alix von Hessen am 20. April 1894 in Koburg erfolgt war, trat eine erhebliche Ernüchterung des chauvinistischen Panslawismus ein. Eine freundlichere Stimmung Deutschland gegenüber war unverkennbar. Ob allerdings dieser Umschwung zum Besseren sich als dauerhaft erweisen würde, war eine andere Frage.

Am 26. Oktober 1894 erfolgte sodann, wie schon im V. Bande des Aktenwerkes mitgeteilt worden ist[3]), die Aufhebung des Lom- Nr. 1143
bardverbotes durch Deutschland. Damit ging der Wunsch des Grafen v. Caprivi in Erfüllung, der russischen Nation und Regierung in ihrer durch das schwere Leiden des Zaren verursachten Bedrängnis einen Sympathiebeweis zu geben, und die feste Absicht Kaiser Wilhelms II. zu bekunden, für den Nachfolger des Zaren „die Wege freundschaftlichen Nebeneinanderlebens mit Deutschland zu ebnen".

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 235/236.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 236.
[3]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 161/162.

Die Anfänge des Neuen Kurses

II

Die Stellung Englands zwischen den Mächten

Der achte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 8. Bandes

Kapitel 51

Erster Annäherungsversuch Deutschlands: Der Helgoland-Sansibarvertrag. Französische Gegenwirkung 1890.

Im März 1889 hatte Graf Herbert Bismarck aus London noch berichten können, alle maßgebenden Persönlichkeiten Englands wünschten aufrichtig, mit Deutschland nur die besten Beziehungen zu unterhalten. Man zeigte damals in England nicht nur Entgegenkommen in kolonialen Fragen, sondern Chamberlain, der ehemalige Handelsminister im Kabinett Gladstone, regte von sich aus an, England könne für Deutschlands Entgegenkommen in Afrika vielleicht Helgoland an Deutschland abtreten[2]). Die Angelegenheit war damals aber schließlich nicht weiter verfolgt worden, da Bismarck den Augenblick für den Erwerb Helgolands noch nicht für gekommen hielt. Der Besuch des Deutschen Kaisers in England anläßlich der englischen Flottenrevue Anfang August 1889 hatte politisch günstig gewirkt.

Am 7. Dezember 1889 meldete nun der Londoner Botschafter Graf v. Hatzfeldt, in kolonialen Fragen habe sich jetzt, nicht nur in Nr. 1672
den beteiligten geschäftlichen Kreisen, sondern im großen Publikum, eine gewisse Mißstimmung gegen Deutschland eingeschlichen. Man war der Ansicht, Sansibar, das man als eine rein englische Schöpfung ansah, durch die Schwäche der Regierung verloren zu haben, und außerdem durch den deutschen Handel dort geschädigt zu werden. In einem vertraulichen Gespräche mit Lord Salisbury gab Hatzfeldt der Meinung Ausdruck, alle kolonialen Fragen zwischen Deutschland und England könnten binnen einer Stunde geregelt werden, wenn Vertreter beider Regierungen sich guten Willens an einem Tische zur Beratung zusammenfänden. Ein Teil der damaligen englischen Verstimmung wurde durch die Überlassung von Waffen an den Sultan von Witu bewirkt. Man befürchtete, die deutsche ostafrikanische Gesellschaft wolle den Sultan später gegen englische Interessen ins Feuer schicken.

Staatssekretär Graf Herbert Bismarck wies diese Beschwerde einer Waffenlieferung an den Sultan in Witu als unbegründet zurück, Nr. 1673
da der Sultan diese Waffen lediglich zu dem Zwecke erhalten habe, sich der Somalistämme zu erwehren. Im übrigen ließ er Lord Salis-

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, Kapitel 29, S. 131 ff.

[2]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 132.

bury sagen, daß die vertrauensvollen und intimen Beziehungen der
Kabinette stets über Verstimmungen der beiderseitigen öffentlichen
Meinungen erhaben bleiben würden.

In London ergriff Lord Salisbury nunmehr die Gelegenheit zu
Nr. 1674 einer entgegenkommenden Aussprache mit dem Grafen Hatzfeldt.
Es sei doch sehr wünschenswert, meinte er, einige der schwebenden
kolonialen Differenzen, namentlich in Sansibar, durch eine gleichzeitige
Verständigung aus der Welt zu schaffen. Dabei regte er den Gedanken
eines Schiedsspruches an. Deutscherseits ging man auf diesen
Gedanken bereitwillig ein und war durchaus damit einverstanden, daß
der Leiter der kolonialen Angelegenheiten im Foreign Office, Sir
Nr. 1675 Percy Anderson, nach Berlin kommen sollte, um dort alles weitere
zu klären. Anderson traf aber erst Anfang Mai in Berlin ein und
verhandelte dort mit dem deutschen Kommissar Dr. Krauel.

Die Aussprache zwischen den beiden Ländern wurde wesentlich
Nr. 1676 durch eine vertrauliche Zusammenkunft gefördert, die zwischen Lord
Salisbury und dem Grafen Hatzfeld im Mai 1890 im Foreign Office
stattfand. Salisbury formulierte die englischen Wünsche, die im besonderen
auch die Übernahme des Protektorats über die Insel Sansibar
enthielten, und versprach dagegen die Abtretung der Insel Helgoland
durch einen Parlamentsbeschluß und die Übergabe der deutschen
Gebietsteile an der festländischen Küste von Sansibar in den end-
Nr. 1677–1679 gültigen deutschen Besitz. Beiderseits wurde nun über verschiedene
Wünsche hin und her gehandelt. Entscheidend für Deutschlands
Nr. 1680 Stellung war dabei, den Erwerb von Helgoland nicht durch Unnachgiebigkeit
in anderen Fragen zu gefährden. Graf Hatzfeldt sollte im
Nr. 1681 Auge behalten, daß der Besitz der Insel weitaus der wichtigste
Gegenstand bei der ganzen Verhandlung sei. Um so größeren Wert
mußte er daher darauf legen, Lord Salisbury, der bis jetzt Helgoland
Nr. 1682 als ein in Wirklichkeit für Deutschland ziemlich wertloses Objekt
ansah, über die wahre Bedeutung dieses Handels nicht zu früh
aufzuklären.

Ende Mai begannen sich neue Schwierigkeiten einzustellen. Lord
Nr. 1683 Salisbury schien den Wunsch zu hegen, die schwebenden Fragen,
Nr. 1684 besonders wegen des Protektorats über Sansibar, noch zu vertagen.
Nr. 1685 Deutscherseits herrschte der entgegengesetzte Wunsch, und am 5. Juni
Nr. 1686 einigte man sich auf ein gemeinsames Programm über die Gebietsveränderungen
in Afrika. England sollte das Protektorat über Sansibar
und Pemba erhalten, Helgoland an Deutschland abgetreten werden.
Hierbei verlangte Lord Salisbury eine Bestimmung, wonach die allgemeine
Dienstpflicht für die Helgoländer nicht sofort eingeführt
und den Einwohnern das Recht der Option gewährt werden sollte.
Nr. 1687 Deutschland stimmte zu, und am 10. Juni erklärte sich auch der
Nr. 1688 englische Ministerrat unter gewissen Voraussetzungen mit den Verabredungen
einverstanden. Hierbei kam nicht zur Sprache, daß der

Übergang der Insel in deutschen Besitz voraussichtlich die Miß-
stimmung der Franzosen gegen England wesentlich erhöhen mußte,
sondern nur, daß Helgoland im Falle eines immerhin möglichen
Krieges mit Deutschland der englischen Flotte einen wertvollen Stütz-
punkt geboten haben würde. Am 1. Juli 1890 wurde das deutsch-
englische Abkommen endgültig abgeschlossen, nachdem die Königin Nr. 1689
ihre Zustimmung schon Mitte Juni gegeben hatte. Die Grundzüge des
Abkommens waren schon am 17. Juni bekanntgegeben worden.

Bereits zwei Tage später meldete Botschafter Graf Münster aus Nr. 1690
Paris, die Veröffentlichung des deutsch-englischen Vertrages und
namentlich die Abtretung Helgolands habe in Paris alle Kreise über-
rascht und sehr verstimmt. Die französische Regierung gab alsbald
in London zu verstehen, daß sie eine Kompensation erwarte, da die
Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar 1862 zwischen Frankreich
und England vertraglich festgelegt worden sei. Lord Salisbury vertrat Nr. 1691
den Standpunkt, die Zustimmung Frankreichs sei nicht erforderlich.

Auch von Deutschland verlangte Frankreich Kompensationen. Am Nr. 1693
18. Juli 1890 überreichte der französische Botschafter Herbette in Nr. 1692
Berlin eine Note[1]), in der auf die Abtretung der Insel Mafia und
der vom Sultanat von Sansibar abhängenden Festlandsgebiete an das
Deutsche Reich hingewiesen und ein Gedankenaustausch über diese
Frage angeregt wurde. Herbette fügte hinzu, es gebe für alles
Kompensationen. Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts Nr. 1694
wünschte, Frankreich gegenüber mit England Hand in Hand zu gehen.
Herr v. Holstein, der damals stellvertretend das Auswärtige Amt Nr. 1695
leitete, war aber anderer Ansicht und sah keinen Anlaß, eine Ver-
ständigung mit der großbritannischen Regierung über das der fran-
zösischen Forderung gegenüber einzunehmende Verhalten herbeizu-
führen. Graf Hatzfeldt erhielt die französische Note zur Kenntnis. Nr. 1696

Am 23. Juli wurde der Botschafter Graf Münster angewiesen, den
französischen Einspruch als unbegründet zurückzuweisen. In England Nr. 1697
empfand man die französische Einspruchspolitik als Ungeschicklichkeit, Nr. 1698
da sie nur dazu führen könnte, England vollständig in die Arme von
Deutschland zu treiben. Den Anschein einer Herausforderung Frank- Nr. 1699, 1700
reichs wünschte man dort jedoch unbedingt zu vermeiden, ging aber
mit Deutschland jetzt gern gemeinsam vor, womit der Reichskanzler Nr. 1701
sich einverstanden erklärte. Eine gewisse Rolle spielte bei den deut-
schen Verhandlungen mit Frankreich damals die tunesische Frage, Nr. 1702
über die im 53. Kapitel[2]) nähere Angaben enthalten sind. Es ging
damals das Gerücht, daß Frankreich mit dem Bey von Tunis einen
Erbvertrag abgeschlossen haben solle, eine Nachricht, die nicht ver- Nr. 1703
fehlte, besonders auch in Italien großes Aufsehen zu machen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 236.
[2]) Vgl. S. 63.

Den Abschluß der Verhandlungen über Sansibar enthalten die Dokumente Nr. 1704 und 1705. Am 17. November 1890 sandte der französische Botschafter in Berlin Herbette dem Staatssekretär Frhrn.
Nr. 1704 v. Marschall eine Note [1]), die ihm noch am gleichen Tage durch Marschall amtlich bestätigt wurde. Die Kaiserliche Regierung sprach
Nr. 1705 ihr Einverständnis mit den französischen Erklärungen aus. Frankreich erhob keinen Einspruch gegen den Erwerb der festländischen Besitzungen des Sultans von Sansibar und der Insel Mafia durch Deutschland; dagegen erkannte Deutschland die Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen Folgen an.

Kapitel 52

Auf dem Wege zur Quadrupelallianz
Der Dreibund und die Entente à trois

A. Unter dem Kabinett Salisbury
1890—1892

Über die Grundlagen der Entente à trois zwischen Italien, England und Österreich sind im 28. Kapitel des IV. Bandes [2]) schon die notwendigen Mitteilungen gemacht worden. Lord Salisbury hatte schon damals, als es sich um den Beitritt Englands zu der in Konstantinopel entworfenen Vereinbarung der drei Mächte über die Orientfragen handelte, den größten Wert darauf gelegt, daß die Verständigung zwischen Österreich, England und Italien durchaus geheim-
Nr. 938, 940 gehalten werden müsse. Sie war damals nur durch einen Notenaustausch erfolgt [3]).

Ende März 1891 sprach sich der italienische Botschafter in
Nr. 1706 London, Graf Tornielli, in einem Privatbriefe an den Marquis di Rudini dahin aus, das mit England bestehende geheime Abkommen genüge weder zur Deckung der italienischen Interessen, noch entspreche es der Wichtigkeit Italiens für die englische Politik. Graf Tornielli empfahl, durch deutsche Vermittlung in London weitergehende und bestimmte Verpflichtungen zu verlangen. Rudini wünschte England
Nr. 1707 vor allem dazu zu bewegen, auch Abmachungen über Mittelmeer-
Nr. 1708 fragen zu treffen. In Berlin wünschte man durchaus, eine englisch-italienische Annäherung zu fördern.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 237.

[2]) Siehe Wegweiser Band 1, S. 127 ff.

[3]) Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 938 und 940 siehe Wegweiser Band 1, S. 293 ff.

In welcher Richtung Italiens Wünsche gingen, erfuhr man bald über Wien, wo die italienische Regierung ihren Wunsch ausgesprochen hatte, England möge sich auch für den westlichen Teil des Mittel- Nr. 1709 meeres Italien gegenüber verpflichten. Lord Salisbury stand der Anregung nicht unfreundlich gegenüber, betonte aber, daß er keinen Vertrag schließen könne. Deutscherseits glaubte man, Lord Salisbury Nr. 1710 durch Mitteilung der soeben erfolgten Verlängerung des Dreibundes Nr. 1711, 1712 vielleicht den italienischen Wünschen geneigter machen zu können.

Der weitere Gang der Verhandlungen geht aus dem Dokument Nr. 1713 und besonders den Anlagen zu den Dokumenten Nr. 1714[1]) und 1715[2]) hervor. Der deutsche Botschafter in Rom, Graf zu Solms-Sonnenwalde, übermittelte die italienischen Wünsche nach Berlin, von wo sie nach London weitergeleitet wurden. In London übernahm es Nr. 1716 Graf Hatzfeldt, die italienischen Wünsche Lord Salisbury zunächst in Nr. 1717 allgemeinerer Form mitzuteilen.

Sehr bald ergab sich aufs neue die Gebundenheit der englischen Politik gegenüber dem Parlament. Ebenso wie wenige Monate nach dem erwähnten Notenaustausch im Dezember 1887 der Führer der radikalen Linken im Unterhause, Labouchère, angefragt hatte, ob die englische Regierung ein Abkommen mit Italien oder irgendeiner anderen Macht eingegangen sei, worauf der Regierungsvertreter ausweichend geantwortet hatte[3]), ebenso fragte Labouchère am 2. Juni 1891 wiederum an, ob tatsächlich 1887 Vereinbarungen eingegangen worden seien, die Frankreich, selbst falls es auf Rußland zählen könne, von einem Eroberungskriege abhalten würden; im italienischen Parlament hatte sich am 14. Mai nämlich der Abgeordnete Chiala in Nr. 1718 diesem Sinne geäußert. Der englische Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Sir James Fergusson, erwiderte, die von Labouchère gestellten Fragen seien bereits 1888 genau erörtert worden, und die Regierung habe ihren damals gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen, da sich die politische Lage seitdem nicht verändert habe. Die englische Regierung sei keinerlei Ver- Nr. 1719 pflichtungen eingegangen, die die Armee oder die Flotte Englands an irgendeine andere Macht bänden, und habe sich für alle nur denkbaren Verhältnisse ihre volle Entschlußfähigkeit bewahrt.

Auf Lord Salisbury hatte diese Interpellation naturgemäß die Nr. 1720 Wirkung, ihn Italien gegenüber noch zurückhaltender zu machen. Dazu fühlte er sich um so mehr veranlaßt, als anfangs Juni der „Figaro“ einen Brief des französischen Deputierten Millevoye an Labouchère veröffentlichte, in dem Äußerungen des Königs Humbert von Italien zu dem im März 1891 verstorbenen Prinzen Jérome Napoleon über

[1]) Anlage zu Nr. 1714. Deutscher Wortlaut siehe S. 237/238.
[2]) Anlage zu Nr. 1715. Deutscher Wortlaut siehe S. 238/239.
[3]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 130.

die Natur der englisch-italienischen Vereinbarungen enthalten waren. König Humbert sollte gesagt haben: „Ich habe für die Sicherheit der italienischen Küsten nichts zu befürchten. Ich habe vom Kabinett von St. James das formelle Versprechen, daß sich die englische Flotte gegebenenfalls mit der meinigen vereinigen wird, um Italien gegen jede Unternehmung zur See zu decken . . . Mehr habe ich Ihnen nicht zu sagen. Was ich Ihnen bestätigen kann, ist, daß die englische und italienische Regierung Depeschen mit genauen Verpflichtungen ausgewechselt haben, und ich habe volles Vertrauen zu dem geschriebenen
Nr. 1721 Worte der englischen Regierung[1].“ Als in Paris Ribot den italienischen Botschafter Grafen Menabrea auf diese Enthüllungen anredete, erwiderte dieser sehr energisch, ob schriftliche Abmachungen beständen, sei gleichgültig, denn falls Frankreich versuche, das Gleichgewicht im Mittelländischen Meere zu stören, so würden auch ohne solche Abmachungen die englische und italienische Flotte sich zusammenfinden. Auch der „Standard“ hatte sich im Juni in ähnlichem Sinne geäußert.

Nr. 1722 Lord Salisbury wurde daraufhin nur um so zurückhaltender und bat den um die Vermittlung der italienischen Wünsche bemühten Grafen Hatzfeldt, noch etwas zu warten. Er ist dann aber tatsächlich
Nr. 1730 auf die ganze Sache nicht mehr zurückgekommen. Auch Versuche,
Nr. 1723 die Italien über Wien unternahm, konnten ihn von dieser Haltung nicht abbringen.

Vom 4. bis 13. Juli weilte Kaiser Wilhelm II. in England[2]. Dieser längere Aufenthalt nahm einen für die Entwicklung der Beziehungen Deutschlands zu England sehr günstigen Verlauf. Der Kaiser benutzte die Gelegenheit einer Besprechung mit Lord Salisbury,
Nr. 1727 um ihm möglichstes Entgegenkommen gegen die italienische Regierung und eine wohlwollende Haltung gegen den Sultan zu empfehlen, ohne aber irgendwie zu drängen. Der Staatssekretär des Äußern, Frhr. v. Marschall, hatte den Kaiser begleitet und bei dieser Gelegen-
Nr. 1724 heit auch eine eingehende Aussprache mit Lord Salisbury über alle Fragen der hohen Politik. Hierbei kamen auch die französischen Machenschaften in Marokko[3] zur Sprache, die den englischen Minister etwas beunruhigten. Marschall erwiderte, irgendein direktes Interesse bestehe für uns in jenen Gegenden nicht; unsere diplomatische Unterstützung stehe also unseren Freunden zu Gebote, und wir würden uns lebhaft freuen, wenn England dort Hand in Hand mit Spanien und Italien ginge.

Noch während der Anwesenheit des Deutschen Kaisers in England erfolgte im englischen Parlament seitens der Opposition ein neuer

---

[1]) Französischer Wortlaut siehe Band VIII, S. 58.
[2]) Vgl. Band IX, Dokument Nr. 2111, S. 63 ff.
[3]) Hierzu siehe Näheres Kapitel 53, S. 68.

Angriff gegen die Regierung wegen ihrer Stellung zum Dreibunde. Nr. 1725
Labouchère erhob Einspruch dagegen, daß in Italien noch länger die Illusion genährt werde, als wenn Lord Salisburys Erklärungen auch für seine Nachfolger bindend seien. Sir James Fergusson erwiderte, die sogenannte geheime Verständigung zwischen England und Italien bestehe lediglich in einem Austausche von Ansichten über die Erhaltung des europäischen Friedens und des Status quo im Mittelmeer; die guten Beziehungen zwischen England und Frankreich seien durch die Politik der Regierung keineswegs verändert worden, Englands Sympathien seien aber auf seiten der Mächte anzutreffen, die den Frieden zu erhalten strebten und die internationalen Verträge rückhaltlos anerkännten. Diese Erklärungen machten damals um so stärkeren Eindruck, als wenige Tage vorher, am 6. Juli 1891, König Humbert in Venedig der englischen Mittelmeerflotte einen Besuch abgestattet hatte.

Auch in Petersburg verfolgte man diese Vorgänge mit Besorgnis
und fand, daß der nunmehr erneuerte Dreibund einen für Rußland Nr. 1726
bedrohlicheren Charakter annehme. Die Rede des Deutschen Kaisers in der Guildhall zu London, die auch in England einen ausgezeichneten Eindruck machte, wirkte indes beruhigend. Der Kaiser hatte darin u. a. gesagt: „Dem Beispiele Meines Großvaters und unvergeßlichen Vaters folgend werde ich stets, soweit es in Meiner Macht steht, die historische Freundschaft zwischen diesen unseren beiden Nationen bewahren, welche man so oft zum Schutze der Freiheit und Gerechtigkeit nebeneinander gesehen hat.“

Wenige Wochen später erfolgte der Besuch der französischen Flotte in Kronstadt[1]. Schon im Mai hatte die französische Regierung der englischen die Absicht dieses Besuches mitgeteilt und gefragt, ob es den Engländern genehm sein würde, wenn das Geschwader auf dem Rückwege von Kronstadt einen englischen Hafen anliefe. Von London aus hatte man sich zustimmend geäußert, und die Königin erklärte sich bereit, die französischen Offiziere in Osborne zu empfangen.

Der geplante Besuch fand vom 19. bis 26. August 1891 in Nr. 1728
Portsmouth statt. Die Königin Viktoria gab am 20. August den Offizieren in Osborne ein Festmahl, bei dem sie, ebenso wie vor ihr der Zar in Peterhof, die Marseillaise stehend anhörte, und stattete am 21. August der Flotte selbst einen Besuch ab. Deutsche Besorgnisse über diesen demonstrativen Empfang der Franzosen in England
wurden durch den Hinweis auf die innerpolitische Bedeutung dieser Nr. 1728
Vorgänge für England beschwichtigt. Nach Ansicht des deutschen Geschäftsträgers Grafen v. Metternich lag dem Empfange der Franzosen die englische Absicht zugrunde, die Welt von der völligen Nr. 1729
Aktionsfreiheit Englands zu überzeugen und der etwaigen Annahme

[1] Vgl. S. 22.

den Boden zu entziehen, als ob England nach der einen oder anderen Seite hin in seinen Entschließungen für die Zukunft gefesselt sei. Trotzdem sei, meint er, die Popularität Deutschlands und des Dreibundes in England im Steigen begriffen.

B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892—1895

Im Juli 1892 ergaben die englischen Parlamentswahlen eine Majorität für die liberale Partei und entschieden damit auch über das Schicksal des Kabinetts Salisbury, das aber noch bis Mitte August im Amte blieb.

Nr. 1731 In Berlin war man besorgt, dieser Wechsel könne die kontinentale Politik Englands, besonders sein Verhalten zu Italien und zur Türkei,
Nr. 1732 beeinflussen. Graf Hatzfeldt berichtete am 19. Juli, ein endgültiges Urteil werde erst möglich sein, wenn feststehe, ob Lord Rosebery in das Kabinett eintrete. Lord Salisbury war der Meinung, die auch Hatzfeldt teilte, daß Gladstone größere Freundlichkeit für Frankreich zeigen werde. Über die damaligen Auffassungen des deutschen Aus-
Nr. 1733 wärtigen Amtes unterrichtet uns eine ausführliche Aufzeichnung des Vortragenden Rates Raschdau vom 20. Juli 1892. Bezüglich Italiens
Nr. 1734 versicherte Salisbury, daß er in den Beziehungen zu diesem Lande den Schlüssel zur ganzen auswärtigen Politik Englands erblicke und daher Lord Rosebery in die geheime Abmachung mit Italien [1]) einweihen wolle.

Nr. 1735 In Italien stand man einer Ernennung Roseberys zum Außen-
Nr. 1736 minister günstig gegenüber, zumal er betonte, daß er die Stabilität der auswärtigen Politik Englands sichern wolle. Für schriftliche Zu-
Nr. 1737 sicherungen an die Italiener war er nicht zu haben, betonte aber,
Nr. 1738 Italien habe keinen Grund zur Beunruhigung. Diesen Eindruck ge-
Nr. 1739 wann auch Graf Hatzfeldt. Doch wünschte Lord Rosebery, daß in einem Schriftsatze über seine Besprechungen mit dem Grafen Hatz-
Nr. 1738 feldt, den dieser als mündliche Äußerung zu verwerten ermächtigt worden war, auf die Friedensliebe der englischen Nation besondere Rücksicht genommen werden möchte.

Nr. 1740 Graf Hatzfeldt sandte diese Aufzeichnung am 11. September nach Berlin [2]). Aus ihr ging hervor, daß Lord Rosebery die Auffassung seines Vorgängers in bezug auf Italien teilte und die italienische Regierung hierüber soweit zu beruhigen suchte, als dies ohne Gefährdung seiner Stellung damals möglich war. In diesem Sinne
Nr. 1741 wurde sie auch in Italien bewertet. Doch wünschte der Minister Brin

---

[1]) Von 1887. Vgl. Wegweiser Band 1, S. 127 ff.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 239.

zu erfahren, ob Italien unter allen Umständen, wenn es von Frankreich Nr. 1742
angegriffen werde, auf England rechnen könne. In Paris stellte damals
Graf Münster fest, daß das Mißtrauen zwischen den auswärtigen Nr. 1743
Ministerien Frankreichs und Englands anscheinend noch größer geworden sei als zu Zeiten Salisburys.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen mußte bei der Eigenart der englischen Regierungsverhältnisse die persönliche Stellung des Botschafters zu dem neuen Außenminister Lord Rosebery werden. Graf Hatzfeldt hat sich über die Entwicklung dieser Beziehungen in mehreren Berichten ausführlich ausgesprochen. Von vornherein sah er in Lord Rosebery Nr. 1744
dasjenige Element des Kabinetts, auf dessen Erhaltung und Befestigung es für Deutschland ankam, weil Rosebery das einzige Gegengewicht zu den mehr oder weniger franzosenfreundlichen Neigungen Gladstones bildete. Seine Meinung, es sei nicht nützlich, Lord Rosebery zu irgendwelchen Äußerungen zu drängen, wurde vom Staatssekretär Frhrn. v. Marschall durchaus geteilt.

In dieser Beziehung wäre Italien, das dem neuen englischen Nr. 1745
Außenminister gleichfalls sympathisch gegenüberstand, gern etwas weiter gegangen. Vom deutschen Standpunkt aus schien es richtig,
Lord Rosebery an Deutschlands gute Gesinnungen für seine Person Nr. 1746
glauben zu lassen, ihn aber doch in einer gewissen Unsicherheit darüber zu erhalten, ob und wie weit Deutschland sich gegebenenfalls zu einer Unterstützung dieses Kabinetts entschließen werde.

Auch in Wien war man mit dem englischen Ministerwechsel Nr. 1747
zufrieden. Die Beziehungen Englands zu Österreich schienen so erfreulich, daß der in den Ruhestand versetzte englische Botschafter in Wien, Sir Augustus Paget, am 13. Mai 1893 Österreich als den „natürlichen Alliierten" Englands zu bezeichnen vermochte. Zeitweise befürchtete Lord Rosebery, Italien könne sich in Orientfragen Rußland
nähern. Deutscherseits begrüßte man die Tatsache, daß Lord Rosebery Nr. 1748
sich dadurch veranlaßt sah, Italiens Sympathien immer mehr auf die Seite Englands zu ziehen und so die italienische Politik von anderweitigen Verbindungen abzuhalten.

Im Juli 1893 kam es nach verschiedenen Zwischenfällen zu einem französisch-siamesischen Konflikt. Frankreich forderte ultimativ das ganze linke Mekongufer. In England herrschte große Erregung, da Frankreich früher wiederholt erklärt hatte, die Integrität Siams achten zu wollen. Für England war es „beinahe unannehmbar", Frankreich in Birma zum Grenznachbarn zu erhalten. Zeitweise schien es zum
Kriege kommen zu sollen. Lord Rosebery neigte zu einer festen Nr. 1749
Haltung Englands, fürchtete aber die Haltung seiner Regierungskollegen. Es setzten nun verschiedene Versuche ein, Deutschland in den Konflikt mit hineinzuziehen. In Berlin befleißigte man sich demgegenüber der größten Zurückhaltung. Nr. 1750, 1751

Gerade in den kritischen Tagen weilte Kaiser Wilhelm II. — vom 27. Juli bis 8. August — zur Teilnahme an der Regattawoche
Nr. 1752 in Cowes. In der Nacht zum 31. Juli wurde er durch ein Telegramm der Königin von England alarmiert, wonach die französische Regierung die Zurückziehung der bei Bangkok liegenden englischen Kanonenboote verlangte. Lord Rosebery hatte dies verweigert und wünschte den deutschen Botschafter sogleich zu sprechen. Da Graf Hatzfeldt erkrankt war, mußte ihn Graf Metternich vertreten, der vom Grafen Hatzfeldt den Auftrag erhielt, mitzuteilen, daß Deutschland sich in die siamesische Frage nicht einmischen könne.

Der über die damaligen Vorgänge erstattete Bericht des zur
Nr. 1753 Erholung in Cowes weilenden Grafen Hatzfeldt vom 31. Juli 1893 bildete für den Reichskanzler Grafen Caprivi die Veranlassung zu einigen grundlegenden Betrachtungen für den Fall des Kriegsausbruchs. „Für uns ist der wünschenswerteste Beginn des nächsten großen Krieges, vermerkte er zu dem Berichte des Grafen Hatzfeldt, wenn der erste Schuß von Bord eines englischen Schiffes fällt. Wir haben dann die Sicherheit, die Tripel- zu einer Quadrupel-Allianz erweitern zu können. Wir müssen es vermeiden, Italien allein vorzuschicken; das holt sich Schläge, und nachher haben wir es um so schwerer. Also: erst England unwiderruflich engagieren, dann aber auch — je nach dem Rußland mitspielt oder nicht — alle Dreibundmächte oder Italien mit Deutschland auftreten lassen. Das ist das militärisch Richtige, und danach muß diplomatisch agiert werden.“ Militärisch sei uns ein etwa eintretender Krieg jetzt ebenso recht wie später.

Es kam aber nicht zum Kriege, da England gern Entgegenkommen
Nr. 1754 zeigte, nachdem die französische Regierung die Unterwerfung Siams unter die ihm gestellten Bedingungen angenommen hatte und erklärte, die Blockade wieder aufheben zu wollen. Allgemein wurde damals diese Haltung Englands als ein Zurückweichen vor den französischen
Nr. 1755 Drohungen aufgefaßt, und auch in Italien äußerte man Verstimmung darüber, daß Lord Rosebery erst den Mund so voll genommen und von Allianzen mit den Dreibundmächten gesprochen habe, wenn es ihm mit der Sache so wenig ernst gewesen sei.

Für Deutschland ergab sich aus dem Vorgange ein starkes Mißtrauen gegen England. Ein grundlegendes Schreiben des Staats-
Nr. 1756 sekretärs Frhrn. v. Marschall an den Grafen Hatzfeldt vom 2. August 1893 belehrt uns darüber, daß man in Berlin ernstlich befürchtete, die englische Regierung denke nicht daran, bei der Verteidigung englischer Interessen selber mitzuwirken; daß sie vielmehr nur den Augenblick herbeisehne, wo der Dreibund allein „per procura“ diese Verteidigung übernehme. Graf Hatzfeldt wollte versuchen, die maß-
Nr. 1757 gebenden englischen Staatsmänner von der Notwendigkeit zu überzeugen, bei herannahender Kriegsgefahr sich rechtzeitig durch eine

bindende Abmachung zu sichern. Auch die Italiener hatten — nach Meldungen über Wien — das Vertrauen zu dem englischen Freunde Nr. 1758 etwas verloren und fürchteten, gegebenenfalls von ihm im Stich gelassen zu werden.

Eine für Deutschland erfreuliche Wirkung der siamesischen Verwicklung war ein vollständiger Umschwung in der öffentlichen Nr. 1759 Meinung Englands. Überall in England zeigte man sich über die französischen Rücksichtslosigkeiten entrüstet und mit dem ehemals beängstigenden Gedanken einer Annäherung an den Dreibund und besonders an Deutschland vertraut. Ungünstig wirkte bald darauf nach Ansicht des Grafen Hatzfeldt die Haltung der unter dem Einflusse und der Leitung des Fürsten Bismarck stehenden Blätter, in denen England der Vorwurf einer selbstsüchtigen Politik gemacht wurde. „Der Schaden," berichtete Hatzfeldt am 19. September 1893, Nr. 1760 „der durch jene Erörterungen in der Presse angerichtet wird, ist um so bedauerlicher, als . . . die hiesige öffentliche Meinung sich infolge der aggressiven Politik Frankreichs in der letzten Zeit immer mehr mit dem Gedanken befreundet hatte, in der Anlehnung an das befreundete Deutschland und seine Bundesgenossen ein Gegengewicht gegen die von Frankreich drohenden Gefahren zu suchen." Andererseits betonte Hatzfeldt aber auch den englischen Staatsmännern gegenüber Deutschlands Besorgnis, daß man in England Deutschlands Unterstützung Nr. 1761 im gegebenen Falle zwar ausnützen, ihm aber nachher überlassen würde, die dadurch geschaffenen Schwierigkeiten allein zu überwinden. „Was wir während der letzten acht Wochen von englischem Tun wahrnahmen," schreibt Staatssekretär Frhr. v. Marschall am 24. Oktober 1893, „ist geeignet, uns in derjenigen Vorsicht zu Nr. 1762 bestärken, die schon bisher Pflicht war einer Politik gegenüber, welche nicht Verbündete, sondern Blitzableiter sucht." Deutschland habe in der letzten Zeit kein Zutrauen zur englischen Kameradschaft gewinnen können.

Unter diesen Verhältnissen kam es auch nicht zu der von Italien so sehr gewünschten festen Abmachung mit England.

Nr. 1763, 1764

Am 5. März 1894 hatte Rosebery für den aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Gladstone das Amt als Premierminister übernommen. Seine bisherige Stellung als Staatssekretär des Äußern übernahm Earl of Kimberley, der bisherige Staatssekretär für Indien. Bald darauf hatte Deutschland Anlaß, sich über die unfreundliche Haltung zu beklagen, die Lord Rosebery in kolonialen Fragen Deutschland gegenüber beobachtete [1]). Schon in der Samoafrage, von der später die Rede sein wird [2]), hatte England wenig Entgegenkommen

---

[1]) Vgl. Dokument Nr. 2036, Band VIII, S. 432/433.

[2]) Vgl. Kap. 54, B.

gezeigt. Das von ihm mit dem Kongostaate abgeschlossene Abkommen, über das weiter unten Näheres mitgeteilt wird[1]), bekundete nach der Auffassung des deutschen Auswärtigen Amtes die feindselige Absicht der englischen Regierung, die deutschen Besitzungen in Ostafrika zu umzingeln, um den Handel von ihnen abzulenken. Man suchte nun in dem Sinne auf Italien einzuwirken, daß es England
Nr. 1765 keinen Zweifel darüber lassen solle, es werde eine gegen Deutschland gerichtete Politik in Afrika niemals unterstützen. Auch sollte Italien versuchen, die englischen Staatsmänner zur Wiederherstellung der verletzten Rechte Deutschlands anzuhalten. Die italienischen Staats-
Nr. 1766 männer glaubten damals, ein immer stärkeres Einlenken der englischen Politik Frankreich gegenüber feststellen zu müssen.

Nr. 1767 Den deutschen Standpunkt in der Kongofrage legte Botschafter B. v. Bülow in Rom deutlich klar. Er führte aus, daß Englands bisheriges Verhalten in der Kongofrage einen schweren Verstoß gegen die geltenden Verträge bedeute[2]). Die früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England könnten nur dann wieder aufleben, wenn letzteres seinen Irrtum einsähe und Abhilfe eintreten lasse. Am 22. Juni 1894 konnte B. v. Bülow in Rom die Beilegung der Kongostreitfrage mitteilen, was dort große Genugtuung erregte.

Nr. 1768 Naturgemäß blieb Italiens Wunsch immer der gleiche, England näher an den Dreibund heranzuziehen und von einem zu engen Zusammengehen mit Frankreich abzuhalten. Das Scheitern des Gedankens einer englisch-französischen Entente war denn auch, wie
Nr. 1769 Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 24. November 1894 feststellte, damals wesentlich das Verdienst der italienischen Politik. Auch diese
Nr. 1770 sah die Haltung des damaligen englischen Kabinetts als unberechenbar an, und fand die Haltung des Kabinetts Rosebery kurzsichtig, widerspruchsvoll und kleinlich. Trotzdem wünschte man nach wie vor das
Nr. 1771 Zusammengehen Englands mit dem Dreibunde und beklagte daher aufrichtig die Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und England.
Nr. 1772 Englischerseits betonte man in Rom, daß die englische Intimität mit Italien gute Beziehungen Englands zu Frankreich nicht ausschließe; die Aufrechterhaltung der italienischen Großmachtstellung im Mittelmeer sei für England eine Notwendigkeit. Trotzdem erhoffte man in Italien lebhaft einen englischen Ministerwechsel. Das Kabinett
Nr. 1773 Rosebery, äußerte König Humbert, habe die Rücksichtnahme auf Frankreich bis zu einem Grade getrieben, der nur noch als Furchtsamkeit bezeichnet werden könne. Hoffentlich komme bald Lord Salisbury wieder ans Ruder. Italien sei weit entfernt, unruhige oder übertriebene Forderungen an England zu stellen; es wolle nur, daß England sich selbst und seinen Traditionen treu bleibe.

[1]) Vgl. S. 70 ff.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 239/240.

Dieser Wunsch nach einem Ministerwechsel in England ging schon am 26. Juni 1895 in Erfüllung. Salisbury übernahm wieder
die Leitung, und am 31. August 1895 meldete Graf Hatzfeldt nach Nr. 1774
Berlin, die Neigung Lord Salisburys gehe nach wie vor dahin, mit dem Dreibunde in Übereinstimmung zu bleiben. Die Verstimmungen während der Zeit des Ministeriums Rosebery wollte Lord Salisbury zum Teil der deutschen Haltung in der Kongofrage und bei anderen Anlässen zur Last legen, was Hatzfeldt zurückwies.

Kapitel 53

Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte

A. Die Ägyptische Frage

Über die ägyptische Frage ist eine große Anzahl von Dokumenten aus den Jahren 1890 bis 1895 — es sind nicht weniger als 87 — mitgeteilt. Es würde zu weit führen, den Inhalt jedes einzelnen Stückes hier, wo es nur auf die Gewinnung des Überblickes ankommt, zu kennzeichnen.

Deutlich heben sich aus den mitgeteilten Dokumenten einige Leitgedanken heraus.

Zunächst war es ein dringender Wunsch der Türkei, Ägypten Nr. 1775
von den Engländern wieder geräumt zu sehen, sobald die Ruhe in den Gemütern und das Gleichgewicht in den Finanzen hergestellt und die ägyptische Wehrkraft hinreichend gestärkt sein würde, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Immer wieder zeigte sich
das Bestreben des Zweibundes, im besonderen Frankreichs, zur Ein- Nr. 1776
mischung. England hingegen wünschte nicht nur, Ägypten zu be- — 1778
halten, sondern möglichst auch die alten, an die Madhisten verloren
gegangenen ägyptischen Provinzen im Sudan wiederzuerhalten und Nr. 1778
sich ganz von der türkischen Bevormundung freizumachen. Frank- — 1783
reich war hierüber verstimmt, Deutschland aber vertrat, wie stets in Nr. 1784
allen ägyptischen Angelegenheiten, den englischen Standpunkt. 1780, 1785 1786, 1787

Im Jahre 1891 schuf die Einmischung der Engländer in die
ägyptische Justizverwaltung eine neue Verstimmung der Franzosen. Nr. 1788
Deutschland bewahrte seine Zurückhaltung und wünschte unverändert Nr. 1789,
eine Verständigung der Türkei mit England. 1796

Daraus ergab sich ein gewisser Gegensatz gegen die Bemühungen Nr. 1797,
Frankreichs, während Deutschland durch seinen ausgezeichneten Bot- 1798

schafter in London, den Grafen Hatzfeldt, dauernd in dem gleichen
Sinne, nämlich im Sinne einer Verständigung mit England, zu wirken
Nr. 1799, suchte. Dasselbe geschah auch in Konstantinopel. Die Türkei unter-
1800 nahm daher einen neuen Schritt bei der englischen Regierung und
Nr. 1801– suchte zu einer Räumungskonvention zu gelangen, zeigte aber —
1803 hauptsächlich auf Deutschlands Veranlassung — ein gewisses Ein-
Nr. 1804, 1805 lenken. Graf Hatzfeldt vermittelte und unterstützte die Verhandlungen
Nr. 1806 durch Entwurf eines eigenen Vorschlages, der aber in London nicht
Nr. 1807 ohne weiteres Aufnahme fand, da Gladstone ein unabhängiges
Ägypten, also vom türkischen Standpunkte aus eine Verschlechterung
Nr. 1808 des damaligen Zustandes, verlangte.

Das Jahr 1892 zeigte in der ägyptischen Frage immer noch keine
Nr. 1809 wesentliche Entspannung. Deutschland hielt es für geraten, sich von
weiteren Schritten in Konstantinopel oder London zurückzuhalten,
nachdem der Sultan die deutschen Ratschläge einer rechtzeitigen
Verständigung mit England so wenig beachtet hatte. Am Goldenen
Nr. 1810, Horn zögerte man in der Hoffnung auf einen für die Türkei günstigen
1811 Ministerwechsel in England. Auch in Wien ließ Staatssekretär Frhr.
Nr. 1812 v. Marschall mitteilen, daß Deutschland stets dem Sultan ein freund-
liches Verhältnis zu England und eine Verständigung über Ägypten
angeraten hätte; er müsse aber die Räumungsfrage vorläufig beiseite
Nr. 1813 lassen. Frankreich, das in der gleichen Frage dauernd in england-
feindlichem Sinne zu wirken suchte, hatte damit wenig Erfolg.

Nr. 1814 Als die ägyptische Regierung sich im Dezember 1892 an die
Vertreter der Großmächte wendete, um die Erlaubnis zu erhalten,
die Armee um zwei Bataillone und zwei Schwadronen erhöhen zu
Nr. 1814, dürfen, trat auch Deutschland unter der Voraussetzung für diesen
1815 Anspruch ein, daß auch England dafür sei. Dieser Standpunkt wurde
im Januar 1893 deutscherseits vorübergehend aufgegeben, da England
in Konstantinopel in kleinasiatischen Eisenbahnbaufragen eine un-
Nr. 1816 freundliche Haltung gegen Deutschland angenommen hatte. Auch
Nr. 1817 Frankreich verweigerte seine Zustimmung zur beantragten Vermehrung
der ägyptischen Streitkräfte. Nunmehr lenkte England ein. In London
Nr. 1818 bemerkte Lord Rosebery, Deutschlands veränderte Haltung in Ägypten
erschwere ihm die Anlehnung Englands an den Dreibund.

Neue ägyptische Schwierigkeiten entstanden im Januar 1893 durch
einige sehr selbständige und England nicht genehme Maßnahmen
Nr. 1819 des soeben zur Regierung gelangten jungen Khediven Abbas II.
Hilmi. Die englische Regierung erhob Einspruch, worauf wiederum
Nr. 1820, Frankreich sich einzumischen begann. Die englische Regierung erklärte
1821 daraufhin amtlich ihren Entschluß, die englischen Garnisonen in
Ägypten zu verstärken. Als der türkische Botschafter in Berlin darüber
sprach, wurde ihm vom Staatssekretar Frhrn. v. Marschall erwidert,
Deutschland könne nur den der Türkei schon so oft gegebenen Rat
Nr. 1821 wiederholen, sich mit England zu verständigen und die französischen

Ratschläge nicht zu befolgen. Botschafter Fürst Radolin erklärte Nr. 1822
daraufhin am 27. Januar 1893 in Konstantinopel, als der Oberzeremonienmeister des Sultans, Munir Pascha, ihm gegenüber andeutete, von französischer Seite werde der Sultan gedrängt, gegen die Übergriffe der Engländer wenigstens zu protestieren, er, Radolin, habe hierüber keine Instruktionen, seine Ansicht gehe aber dahin, der Sultan möge sich nicht durch die französischen Insinuationen beirren lassen.

Nun tauchte in London der Gedanke auf, ob England im Falle weiterer Schwierigkeiten in Ägypten und eines weiteren Einspruches
Frankreichs die ägyptische Frage den Mächten zur Entscheidung Nr. 1823
vorlegen solle. Lord Rosebery hoffte, in diesem Falle den Dreibund
auf seiten Englands zu sehen. Deutschland riet ab, Lord Rosebery Nr. 1824
aber hatte schon von sich aus auf den Gedanken verzichtet. Am Nr. 1825
besten schien auch von englischem Standpunkte aus eine unmittel-
bare Verständigung mit dem Sultan, der französischerseits bedrängt Nr. 1826
wurde, die Intervention der Mächte in der ägyptischen Frage anzurufen. In London gab aber Lord Rosebery dem französischen Botschafter unzweideutig zu verstehen, daß England nur dem Sultan als
dem Souverän oder der Gesamtheit der Großmächte, nicht aber Nr. 1827
Frankreich allein über seine ägyptische Politik Rechenschaft schuldig
sei. Mit Frankreich insonderheit wünschte es nicht zu verhandeln, Nr. 1828
hätte aber gern seinem Lande die Rolle als Mandatar des Sultans in Ägypten verschafft.

Ein ausführliches Schreiben des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt, der seinen Ruf als einer der besten Diplomaten aus der Bismarckschen
Schule auch hier bewährte, vom 5. Februar 1893 vermittelt uns einen Nr. 1829
zusammenfassenden Überblick über den damaligen Stand der Dinge. Klar geht aus diesem Schreiben hervor, daß von einer Räumung Ägyptens durch die englischen Truppen unter keinen Umständen die Rede sein konnte. England erblickte jetzt die Hauptgefahr für seine
ägyptische Politik in der unsicheren Haltung des Khediven. Die Nr. 1830
deutsche Regierung enthielt sich eines jeden Eingriffes, zeigte aber England auch weiterhin seine wohlwollende Haltung. In Konstan-
tinopel ließ sie erklären, daß der Sultan, wenn er die Frage den Nr. 1831
Mächten vorlege, damit rechnen müsse, die Neutralisation Ägyptens aufgebracht und durchgesetzt zu sehen.

Endlich im April 1893 entschloß sich Lord Rosebery, dem Sultan
seinen Wunsch einer unmittelbaren Verständigung in der ägyptischen Nr. 1832
Frage aussprechen zu lassen. Wenn die Türkei auch einzulenken Nr. 1833
schien, so bildete doch ihre unsichere Haltung für Deutschland die
Veranlassung, sich ganz aus der Sache herauszuhalten. Diese Haltung Nr. 1834
erwies sich bald als berechtigt, denn der Sultan zögerte seine Antwort
so lange hinaus, daß Lord Rosebery am 14. Juni 1893 dem türkischen Nr. 1836
Botschafter in London erklärte, die öffentliche Meinung Englands

wende sich immer mehr gegen die Türkei, und es sei jetzt zu spät,
auf die beabsichtigte Verständigung zurückzukommen. Bemerkens-
Nr. 1837 wert ist, daß man damals auch in Ägypten selbst Zweifel an der
Festigkeit der auswärtigen Politik Englands hegte.

Am 8. Juli 1893 ließ der Sultan dem türkischen Botschafter in
Nr. 1838 London den Entwurf einer mit England abzuschließenden Konvention
Nr. 1839 zugehen. England verhielt sich abweisend, worauf Deutschland den
Standpunkt vertrat, England möge nicht durch zu scharfe Behandlung
Nr. 1840, des Sultans ihm die Rückkehr zu England noch erschweren. Deutsch-
1842 land war auch damals bereit, England in der ägyptischen Frage zu
unterstützen, solange England selbst seine dortige Stellung nicht
Nr. 1841 aufgab und sie mit der erforderlichen Energie verteidigte.

Im Juli 1893 regte der ägyptische Khedive beim Sultan an, sich
an die Mächte zu wenden. Deutscherseits fand man den damaligen
Nr. 1843– Augenblick, wo eine große maritime Machtentfaltung der gegnerischen
1845 Mächte im Mittelmeer bevorstand, für einen derartigen Schritt un-
geeignet und riet dringend davon ab. England blieb auch weiterhin
Nr. 1846 unnachgiebig und wollte sich mit dem Sultan auf eine Verhandlung
über Ägypten überhaupt nicht mehr einlassen.

Im Frühjahr 1894 schlug die ägyptische Regierung eine Schulden-
konversion vor. Da damals unfreundliche Erörterungen zwischen
Berlin und London über koloniale Fragen im Gange waren [1]), sprach
sich Deutschland nicht im Sinne dieses Planes aus und befand sich
Nr. 1847 dabei in Übereinstimmung mit Frankreich. Scharf verwahrte man
Nr. 1848 sich in Berlin dagegen, daß England den deutschen Standpunkt nun-
mehr in Kairo und London angriff; Deutschland sei für englische
„Drohungen" nicht zugänglich. Der neue englische Außenminister
Nr. 1849 Lord Kimberley lenkte ein, worauf sich die Lage wesentlich ent-
spannte. Die deutsche Politik bewahrte in dieser Frage nunmehr
Nr. 1852 eine vorsichtige Zurückhaltung, tat aber auch nichts, um sich in einen
Nr. 1851 „fortgesetzten klaren Antagonismus" zu England zu setzen. „Die
Selbständigkeit unserer Politik", schrieb Unterstaatssekretär Frhr.
Nr. 1850 v. Rotenhan am 29. Juni 1894 an den deutschen Generalkonsul in
Kairo, „sind wir berechtigt, uns unter allen Umständen zu wahren,
aber deren Betätigung in Ägypten, wo die englischen, französischen
und italienischen Interessen im Vordergrunde stehen, können wir
ohne Beeinträchtigung unseres nationalen Selbstgefühls auf ein Mini-
mum beschränken." In diesem Sinne wurde der Generalkonsul an-
gewiesen, alles zu vermeiden, was als antienglische Voreingenommen-
Nr. 1853 heit gedeutet werden könnte. Botschafter Graf v. Hatzfeldt erhielt
die Ermächtigung, in London zu sagen, wir würden nach wie vor in
Nr. 1854 den ägyptischen Fragen mit England auf dessen Wunsch gern Hand

---

[1]) Vgl. Kapitel 54, S. 69 ff.

in Hand gehen, müßten uns aber vorbehalten, im einzelnen Falle unser eigenes Interesse dabei zu prüfen. Die Konversion der vier- Nr. 1855
prozentigen ägyptischen Schuld wurde als für Deutschland unerwünscht bezeichnet.

Als im August 1894 die Türkei wieder mit England zu verhandeln wünschte, legte Lord Kimberley, der immer besorgt die Nr. 1856
französische Haltung prüfte, keinen Wert mehr darauf. Der englische Premierminister Lord Rosebery schwankte damals in seiner ägyptischen Politik. Deutschland aber enthielt sich jedes Rates. Der Argwohn des Nr. 1857
Sultans richtete sich im Herbst 1894 auch weniger auf England als Nr. 1858
auf Italiens Vorgehen im Sudan.

Eine neue Mißstimmung der englischen Beamten und Offiziere in Ägypten gegen den Khediven leitete das Jahr 1895 ein. Als es so Nr. 1859
schien, als wenn der deutsche Generalkonsul in Kairo, Frhr. v. Heyking, für den Khediven und gegen die Engländer Partei nehme, wurde Nr. 1860
ihm eröffnet, daß Deutschland heute ebensowenig Anlaß habe wie im Jahre 1882, sich zum Vorteil des Vizekönigs und seiner Paschas mit einer europäischen Macht zu verfeinden. Heyking erwiderte, daß er sich in Kairo in gleichem Sinne betätigt und jeder anderen Meinungs- Nr. 1861
äußerung enthalten habe.

B. Die Tunis- und die Tripolisfrage

Deutschlands Mittelmeerpolitik zu Anfang der neunziger Jahre war, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen darf, eine durchaus zurückhaltende. Sie war stets bestrebt, bei angemessener Vertretung der italienischen Wünsche das Gefüge des Dreibundes zusammenzuhalten und dabei möglichst mit England zusammenzugehen.

Im Mai 1890 erregte die Nachricht, Frankreich beabsichtige aus dem tunesischen Biserta einen großen Kriegshafen zu machen, starke Nr. 1862
Besorgnisse bei den Italienern. Für Deutschland hatte es, nach Caprivis Ansicht, kein direktes Interesse, wer Herr im westlichen Teile des Mittelmeeres war, obwohl auch Deutschland durch seine Kolonialpolitik mehr als früher auf die Offenhaltung des kürzeren Weges nach Ostafrika und Polynesien Wert legen mußte. Seine Befürchtung war, Italien könne, wenn es bei seinen nordafrikanischen Wünschen vom Dreibunde im Stiche gelassen werde, in die Arme Frankreichs getrieben werden.

Sehr bald tat die italienische Regierung amtliche Schritte wegen Biserta. Deuschland wünschte sich zurückzuhalten, wirkte im Sinne Nr. 1863
der Mäßigung auf Italien und suchte zu erreichen, daß die englische

und italienische Regierung bei ihren Vorstellungen in Paris nicht über
das von beiden als notwendig erkannte Maß akademischer Warnung
hinausgingen. In England aber glaubte man gar nicht ernstlich daran,
Nr. 1864 daß Biserta, selbst als Kriegshafen, eine wirkliche Basis für französische Operationen bilden könne. Caprivi wünschte sich nicht
weiter zu engagieren und ließ, als die Frage einer etwaigen Entschädigung für Italien auftauchte, den deutschen Standpunkt dahin
Nr. 1865. 1867 klären, falls ein Kompensationsobjekt von England an Frankreich für
erforderlich erachtet werde, möge dies in Madagaskar und nicht in
Nr. 1866 Tunis gesucht werden. Nach Ansicht des Botschafters Grafen Münster
entsprach das auch dem Wunsche der französischen Politik.

Im Juli 1890 trat Frankreich mit dem Wunsche hervor, die Frage
Nr. 1868 des englischen Protektorats in Sansibar mit französischen Ent-
Nr. 1869 schädigungen in Tunis zu verbinden. Hierauf ging aber Lord Salisbury,
der im übrigen Entgegenkommen zeigte, nicht ein.

Als im Juli 1890 die italienische Regierung sichere Nachricht
darüber zu besitzen behauptete, es sei vor einigen Tagen ein Vertrag
zwischen der französischen Regierung und dem Bey von Tunis ge-
Nr. 1870 schlossen worden, wonach Tunis nach erfolgtem Ableben des Beys
von Frankreich annektiert werden solle, warf Italien die Frage auf,
wie Lord Salisbury sich zu der geheimen Abmachung zwischen Italien,
Nr. 1871 Österreich und England vom Jahre 1887 stelle[1]). Deutschland hielt
sich zurück. Caprivi befürchtete, daß Italien zu weit gehen könne und
für diesen Fall auf den casus foederis für den Dreibund rechne. In
Nr. 1872 einer grundlegenden Aufzeichnung vom 17. Juli 1890 sprach er sich
mit der ihm eigenen militärischen Klarheit und Folgerichtigkeit über
die Unmöglichkeit aus, etwa um Tunis einen Präventivkrieg zu führen.
„Wir müssen vielmehr danach trachten," schloß er seine Aufzeichnung,
„Italien zu beruhigen, England zu einer diplomatischen und im Notfall
militärischen Unterstützung Italiens zu ermuntern, uns selbst aber
zunächst abwartend zu verhalten." In diesem Sinne berichtete er dem
Nr. 1873 Kaiser, der seiner Meinung völlig beitrat.

Nr. 1874, 1875 Auch in England hielt man einen Krieg wegen der tunesischen
Nr. 1876 Frage für unmöglich. Der deutsche Botschafter in Rom wurde angewiesen, in abwartendem und beruhigendem Sinne auf den Ministerpräsidenten Crispi einzuwirken. In England wünschte man vor allem
Nr. 1877 nicht, durch das Anschneiden der tripolitanischen Frage das ganze
orientalische Problem in Fluß zu bringen. Andererseits wollte man
aber auch Crispi die notwendige Unterstützung nicht versagen. In
Nr. 1878 gleichem Sinne wirkte Deutschland auch in Wien ein.

Die Hauptsache war, zu erfahren, ob ein geheimer Vertrag

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1. Deutsche Übersetzungen der Dokumente Nr. 859, S. 280 ff., Nr. 887 und Nr. 890 S. 282—284.

zwischen Frankreich und Tunis wirklich bestand. Hierüber suchte Nr. 1879
Caprivi vor allem in Paris selbst Klarheit zu gewinnen. Botschafter
Graf Münster sollte, „gleichsam nebenbei und ohne den erhaltenen Nr. 1880
Auftrag zu erkennen zu geben", den französischen Außenminister
über das tunesische Gerücht befragen. In Rom wurde behauptet, Nr. 1880
die Nachricht vom Vertrage mit Frankreich stamme vom Hofe des Nr. 1881
Bey; schreite Frankreich zur Annexion von Tunis, so bedeute das den Krieg, falls keine Entschädigung für Italien stattfände. Man könne ihn nur vermeiden, wenn die befreundeten Mächte in Paris vorstellig würden und auf eine Kompensation hinarbeiteten. Frankreich sei zu einer solchen in Tripolis geneigt, und damit würde man in Italien einverstanden sein.

England zeigte sich zwar bereit, mit Deutschland zu gehen, doch erwies sich aus der Haltung des Lords Salisbury immer wieder, daß die Leiter der englischen auswärtigen Politik niemals Versprechungen für die Zukunft eingehen wollten. So hatte auch jetzt wieder Lord
Salisbury nur den Wunsch, einer Überstürzung der Angelegenheit Nr. 1882
durch Italien vorzubeugen.

In Frankreich dementierte man ernstlich das Gerücht eines mit
dem Bey von Tunis geschlossenen Abkommens. Deutscherseits nahm Nr. 1883
man diese Erklärung mit Befriedigung auf, und Graf Münster wurde Nr. 1884
angewiesen, sich so zu verhalten, daß Frankreich „nicht noch unnütz gekränkt werde". Auch in Italien entschloß man sich, weitere Schritte
Frankreichs, worunter nur die Besitzergreifung von Tunis verstanden Nr. 1885
sein konnte, abzuwarten, ehe man weiterging.

Der italienischen Auffassung, daß Tunis für die italienische Machtstellung in Nordafrika große militärische Bedeutung habe, stand der
Reichskanzler v. Caprivi ablehnend gegenüber. Der Gedanke der Nr. 1886
Italiener, sich für die Schaffung eines französischen Kriegshafens in Biserta ein Gegengewicht in Tripolis schaffen zu wollen, schien ihm erst dann berechtigt, wenn die italienische Flotte eine ganz andere Stärke erreicht habe. „Von einer Freiheit der Bewegung auf dem Mittelmeere kann nur für denjenigen die Rede sein, welcher in der entscheidenden Seeschlacht der Sieger geblieben ist. Diesen Sieg zu erringen, ist die Aufgabe der italienischen Flotte; kann sie das nicht, so ist das Dasein von Biserta ihr gleichgültig." Die aktiven Streitkräfte seien das Entscheidende, und Italien habe alle Ursache, seine Streitkräfte zur See durch eigene Kraft oder durch die Allianz Englands zu erhöhen.

Trotzdem drängte Crispi immer wieder und wünschte eine so-
fortige Besitzergreifung von Tripolis. Mit Recht befürchtete man in Nr. 1887
Berlin, daß die Balkanhalbinsel nicht ruhig zu halten sei, wenn Italien Nr. 1888
und Frankreich sich anschickten, Tripolis zu teilen, wünschte aber
unter allen Umständen, bei keiner Mittelmeer- und Orientfrage ins Nr. 1889

Nr. 1890 Vordertreffen zu kommen. Man suchte daher Italien zu beruhigen,
Nr. 1891 indem man ihm für gewisse Fälle eine Unterstützung für Tripolis
in Aussicht stellte. Hierüber wollte sich Deutschland mit England und
Österreich verständigen, und zwar in dem Sinne, daß Tripolis jeden-
Nr. 1892 falls keiner anderen Macht zufallen sollte. Im Vordergrunde der deut-
schen Politik stand der Wunsch, dem Caprivi in seinem Schreiben vom
Nr. 1892 5. August an den Botschafter Grafen Hatzfeldt Ausdruck gab, den
Weltfrieden zu erhalten. „Was . . . die gewaltsame Abtrennung Tripo-
litaniens von der Türkei mitten im Frieden betrifft, so wird sich dazu
nur der entschließen, der sich nicht scheut, bewußterweise den all-
gemeinen Brand durch eine Handlung zu entfachen, bei der Recht und
Moralität nicht auf seiner Seite sind, auch nicht dem Scheine nach."
Nr. 1893 England trat dieser Auffassung bei, und Deutschland verhielt sich
im weiteren Verlaufe vorsichtig so, daß England nach Möglichkeit
Nr. 1894. die Vorhand weiterer zu unternehmender Schritte verbleiben sollte.
1895 Das schien auch Italien gegenüber um so eher möglich, als Lord
Nr. 1896 Salisbury anerkannte, daß Tripolitanien über lang oder kurz in den
Besitz Italiens übergehen müsse.

Nr. 1897 Im November 1890 tat Italien neue Schritte in England. Wieder
Nr. 1898 behauptete man eine angebliche Bedrohung von Tripolis durch Frank-
reich und wünschte sich dagegen zu sichern. Deutschland ließ darauf
in Paris auf die Gefahr hinweisen, der die Ruhe Europas durch den
„neuerdings mit Eile und unnötigem Geräusch betriebenen Bau"
des Kriegshafens von Biserta ausgesetzt werde. Gelegentlichen Wün-
schen der Franzosen, in den Grenzgebieten Berichtigungen zu ihren
Nr. 1899 Gunsten bei der Türkei durchzusetzen, trat der Sultan in Fühlung
mit den Dreibundmächten entgegen. Ein abschließendes Urteil über
die Vorgänge vermittelt uns ein ausführlicher Bericht des Grafen
Nr. 1900 v. Hatzfeldt vom 6. Januar 1891. Wir erkennen daraus die vorsichtige
und kluge Haltung dieses Diplomaten, der es im Sinne der Berliner
Weisungen zu erreichen wußte, daß England sich in mäßigendem
Sinne in Rom einsetzte.

Angebliche französische Übergriffe auf türkisches Gebiet im
Nr. 1901 Hinterlande von Tripolitanien erregten im Frühjahr 1891 aufs neue die
europäische Diplomatie. Deutschland ging indes, vorsichtig wie bis-
Nr. 1902, her, über die Betonung seiner Solidarität mit Italien nicht hinaus.
1903

Nr. 1904 Über zwei Jahre später, im Frühjahr 1893, ergaben sich neue
Streitigkeiten über die Grenze zwischen Tunis und Tripolis. Deutsch-
Nr. 1905 land bewahrte auch jetzt seine Zurückhaltung, gab aber der Türkei
den Rat, ihr Besitzrecht, soweit dasselbe unzweifelhaft sei, im Wege
militärischer Besetzung zu wahren. Den Versuchen Italiens, Deutsch-
Nr. 1906 land in seine Auseinandersetzungen mit Frankreich und der Pforte
Nr. 1907 hineinzuziehen, versagte sich die deutsche Politik. Dies schien um so

mehr angezeigt, als auch die Türkei die Verhandlungen mit Frankreich an der tripolitanisch-tunesischen Grenze nicht wieder aufnahm. Nr. 1908

Im Juni des nächsten Jahres — 1894 — drohte eine neue diplomatische Aktion der Italiener wegen angeblicher französischer Übergriffe in Tripolitanien. Deutschland hielt sich wiederum zurück, wobei Nr. 1909 die unfreundliche Haltung Englands, besonders in der Kongofrage [1]), mitbestimmend war. Italiens damalige Haltung gegenüber Deutschland erhellt aus einem Briefe des italienischen Außenministers Barons Blanc an den deutschen Botschafter in Rom, der im Dokument Nr. 1910 wörtlich abgedruckt ist [2]). Er lautet in deutscher Übersetzung: Nr. 1910

„Persönlich

Mein lieber Botschafter!

Lanza [3]) fürchtet ebenso wie Tornielli [4]), daß wir uns allzusehr mit England verständigen könnten, daß dieses uns die Kastanien aus dem Feuer holen läßt, daß dieses uns verleiten könnte, in den afrikanischen Angelegenheiten eine mit den deutschen Interessen, die gegenwärtig mit denen Frankreichs nicht im Widerstreit stehen, wenig übereinstimmende Haltung einzunehmen. Ich habe nicht nötig zu sagen, daß wir durchaus keine Lust haben, etwas Derartiges zu tun; hauptsächlich nicht bei dieser Krise, die Leute an die Macht zurückbringen kann, die niemals an eine englisch-italienisch-deutsche Verständigung geglaubt haben.

Ganz der Ihrige

(gez.) Blanc"

Italien wünschte zwar, weiterhin mit England zusammenzugehen, im Falle von deutsch-englischen Schwierigkeiten aber sich tunlichst nach Deutschland zu richten. Englands Haltung blieb zweifelhaft, Nr. 1911 während in Italien jede aus Tripolis kommende Nachricht Crispi aufs Nr. 1912 äußerste erregte. Zeitweise befürchtete man, Italien könne sich vom Dreibunde abwenden, dem es sich hauptsächlich aus dem Grunde angeschlossen habe, „um nach dem Verlust von Tunis eine weitere Vergrößerung Frankreichs an der Südküste des Mittelmeeres zu ver- Nr. 1913 hindern. Nach dem Zerreißen ihrer afrikanischen Träume würde die italienische öffentliche Meinung, die leicht von einem Extrem ins andere übergeht, vielleicht nur noch an Triest und an Trient denken." Deutscherseits vertrat man den Standpunkt, die Erfüllung der ita-

[1]) Vgl. Kapitel 54, B.
[2]) Französischer Wortlaut siehe Band VIII, S. 287/288.
[3]) Lanza war italienischer Botschafter in Berlin.
[4]) Tornielli war italienischer Botschafter in London.

lienischen Wünsche sei um so wahrscheinlicher, je mehr sich Italien einer besonnenen und abwartenden Haltung befleißige.

C. Die Marokkofrage

Für die deutsche Marokkopolitik in der ersten Hälfte der neunziger Jahre enthalten die Akten ein sehr reiches Material in den
Nr. 1914–1971 Dokumenten Nr. 1914—1971. Eine einzelne Analysierung der in diesen Schriftstücken zum Ausdruck kommenden politischen Bestrebungen der am Mittelmeer hauptsächlich interessierten Mächte erscheint hier nicht notwendig und darf um so mehr der Spezialforschung überlassen bleiben, als politische Geschehnisse von erheblicher geschichtlicher Bedeutung darin nicht verzeichnet sind. Immer handelt es sich um einen Ausgleich der italienischen Wünsche mit der für Italien in allen Mittelmeerfragen hauptsächlich in Betracht kommenden Großmacht England. Dieses wiederum hält mit starrer Beharrlichkeit den Grundsatz fest, die jeweils an der Macht befindlichen Politiker nicht Verpflichtungen übernehmen zu lassen, die von ihren Nachfolgern eines Tages eingelöst werden müssen. Daher zeigt sich gerade in diesen auf die Behandlung der marokkanischen Frage bezugnehmenden Dokumenten immer wieder England in vorsichtiger Zurückhaltung, die gelegentlich so weit geht, daß sie Italien ernstlich verstimmt. Dahinein spielen die Interessengegensätze Spaniens, das die englische Besetzung Gibraltars immer noch nicht verwinden kann, und Englands, das den größten Wert darauf legen muß, Tanger nicht in der Hand einer anderen Macht zu wissen, um nicht den Schlüssel zum Mittelmeer zu verlieren.

Inmitten aller dieser Fragen bewahrt Deutschland eine zweckmäßige Zurückhaltung und betont stets, daß es in Marokko keine unmittelbaren Interessen habe. Auch in der Frage des französischen Vordringens auf Tuat bleibt Deutschland unbeirrt im Hintergrunde der diplomatischen Erörterungen. Im Vordergrunde seiner Politik steht der Wunsch, Italien von einer allzu stürmischen Vertretung seiner afrikanischen Interessen im Sinne der Aufrechterhaltung des Weltfriedens abzuhalten. Allen Versuchen Italiens, Deutschland auch in Mittelmeerfragen den Vortritt aufzudrängen, hat die deutsche Politik in den in Frage kommenden Jahren erfolgreich widerstanden.

Aus den erwähnten zahlreichen Dokumenten sei besonders das grundlegende Telegramm des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom
Nr. 1933 4. November 1891 an den deutschen Botschafter in Rom hervorgehoben, das für die Genesis diplomatischer Einwirkungen sehr lehrreich
Nr. 1948 ist, und die zusammenfassende Darlegung des Ministerresidenten in Tanger, Grafen v. Tattenbach, vom 27. Juli 1892. Zu den Dokumenten
Nr. 1924 Nr. 1924 — 20. Oktober 1891 — und Nr. 1966 — Rom, 30. No-
Nr. 1966 vember 1894 — findet der Leser die Verdeutschungen auf S. 240 ff.

Kapitel 54

Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte

A. England und Italien

Massaua — Kassala — Zeila

Die Beziehungen zwischen dem Dreibunde einerseits und England andererseits sind durch die italienischen Wünsche seiner Afrikapolitik dauernd auf das stärkste beeinflußt gewesen. Italien suchte seine Vormachtstellung in Abessinien immer weiter über den eigentlichen Herrschaftsbereich des Königs Menelik hinaus auszudehnen und erstrebte Einfluß im Tigré, dessen Hauptstadt Adua es im Februar 1890 besetzte, aber bald wieder räumen mußte. Die deutsche Politik gegenüber Italien in den Jahren 1890 bis Frühjahr 1895 wird durch eine Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu einem Berichte des Londoner Botschafters Grafen v. Hatzfeldt vom 26. März 1890 Nr. 1972
trefflich gekennzeichnet. Danach sollte der deutsche Botschafter in Rom beruhigend auf den italienischen Ministerpräsidenten Crispi einwirken, „und stets seine Aufmerksamkeit auf Freundschaft mit England im Mittelmeer wieder hinlenken". Hiernach hat die deutsche Politik dauernd gehandelt.

Ein näheres Eingehen auf den Inhalt der zahlreichen, Deutschlands Politik nur in zweiter Linie angehenden Schriftstücke erscheint — ebenso wie im vorigen Kapitel — überflüssig. Hingewiesen sei Nr. 1972—2016
auf den zusammenfassenden Bericht des deutschen Botschafters in Rom, Grafen zu Solms-Sonnenwalde, an den Reichskanzler v. Caprivi vom 8. April 1890, der einen guten historischen Überblick über die Nr. 1974
bisherigen Ereignisse bietet; auf die Belege für die deutsch-italienische Kontroverse über das deutsch-französische Abkommen vom 4. Februar/15. März 1894 betreffend das Hinterland von Kamerun, Nr. 1992—1995
in denen gleichfalls ein guter historischer Überblick gegeben ist; auf das Telegramm des Botschafters B. v. Bülow vom 3. Januar 1895 Nr. 1999
nebst seiner deutschen Übertragung auf S. 242 und auf das Dokument Nr. 2002 vom 4. Januar 1895 nebst der deutschen Übertragung auf Nr. 2002
S. 243.

Insbesondere die Dokumente aus dem Anfange des Jahres 1895, die sich mit der italienischerseits gewünschten Abtretung von Zeila befassen, zeigen, in wie hohem Maße italienische und englische Wünsche hier aufeinander prallten. In London bewährte bei allen diesen Auseinandersetzungen der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt sein Nr. 2010
hohes diplomatisches Geschick. Seinem Einflusse hauptsächlich gelang es, die auftauchenden Schwierigkeiten immer wieder zu überwinden.

B. England und Deutschland

Samoa — Kongo

Handelte es sich in den vorhergehenden Kapiteln um Fragen,
bei denen ein unmittelbares Interesse Deutschlands weniger vorlag, so
Nr. 2017–2072 führt uns die Dokumentenreihe Nr. 2017—2072 in ein Gebiet hinein,
wo die Wünsche der jungen deutschen Kolonialpolitik sich an den
Interessen anderer Mächte, besonders Englands, zu stoßen begannen.

Ein schwerer Gegensatz ergab sich im Frühjahre 1893 schon
anläßlich der Kämpfe zwischen der deutschen Schutztruppe in Süd-
westafrika und dem Hottentottenhäuptling Hendrik Witboi.
Deutschland wünschte Kanonen in der vom deutschen Schutzgebiet
Nr. 2017 umschlossenen Walfischbai auszuschiffen und erfuhr hierbei den Wider-
stand der Behörden der englischen Kapkolonie, ohne daß die englische
Regierung sich gemüßigt gesehen hätte, dort im Sinne der deutschen
Wünsche einzugreifen. In London brachte Graf Hatzfeldt daraufhin
zur Sprache, in wie hohem Maße Deutschland bisher immer die
englische Politik in Ägypten unterstützt habe, und erreichte durch
seine Geschicklichkeit das Eingehen auf Deutschlands Wünsche.

Bald entstanden indes zwischen England und Deutschland neue
Nr. 2018 Gegensätze in der Frage der Anwerbung von chinesischen Kulis in
Nr. 2019, 2020 Singapore für die Pflanzungsunternehmungen der Neu-Guinea-
Kompagnie.

Im November 1893 gelang der Abschluß eines deutsch-englischen
Abkommens über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären
in Kamerun. Es beseitigte, wie Staatssekretär Frhr. v. Marschall
Nr. 2021 dem Kaiser am 16. November 1893 berichtete, die jahrelangen Zwistig-
keiten zwischen den deutschen und englischen Unternehmern und
gewährte dem deutschen Unternehmungsgeiste ein reiches Feld der
Nr. 2022, 2023 Tätigkeit. Offensichtlich beherrschte die deutsche Politik damals immer
das Bestreben, die Gemeinschaft der Interessen, wie sie in Europa
zwischen Deutschland und Großbritannien bestand, auch in Afrika
zur Geltung zu bringen.

Ernstliche Auseinandersetzungen ergaben sich im April 1894 aus
dem deutschen Wunsche, Samoa an Deutschland abgetreten zu
sehen. Bisher teilten sich Amerika, England und Deutschland in die
Verwaltung der Inselgruppe. Amerika wünschte nun zurückzutreten,
Nr. 2024 und sein Austreten aus dem Samoavertrage schien für Deutschland
eine gute Gelegenheit, in den Alleinbesitz zu gelangen. Graf Hatz-
feldt wurde angewiesen, diesen Wunsch in London zu vertreten. Er
Nr. 2025, 2026 entledigte sich dieses Auftrages mit der bei ihm gewohnten Geschick-
Nr. 2027 lichkeit. England lehnte indes jedes Entgegenkommen ab, worauf
Nr. 2028 Deutschland sich afrikanischen Wünschen Englands gegenüber zurück-
haltender zeigte. Reichskanzler Graf v. Caprivi holte nunmehr die

Willensmeinung des Kaisers ein, der sich dahin entschied, man solle abwarten, wie Amerika verfahre; scheide dieses aus dem Vertrage Nr. 2029 aus, so solle er für Deutschland auch nicht mehr als bindend angesehen und der Versuch gemacht werden, „in Unterhandlungen mit England die deutschen Ansprüche an Samoa in möglichst weitem Umfange zur Geltung zu bringen“ (14. Mai 1894).

Schwierigkeiten zwischen Frankreich und dem Kongostaate hatten schon seit längerer Zeit die internationale Atmosphäre belastet. Sie steigerten sich, als im April 1894 eine Besprechung Delegierter Frankreichs und des Kongostaates in Brüssel ergebnislos abgebrochen wurde. Auch Deutschland hatte als Nachbar des Kongostaates Ver- Nr. 2030 anlassung, sich mit diesen Fragen zu befassen. Die Nachricht, daß zwischen England und dem Kongostaate ohne Verständigung Deutschlands eine Vereinbarung über eine Ausdehnung des Kongostaates ab- Nr. 2031 geschlossen worden sei, wirkte daher in Berlin alarmierend. Man entschloß sich dort sofort, vom Kongostaate eine schriftliche Erklärung zu erwirken, daß eine im Artikel III des erwähnten Vertrages an England Nr. 2032 abgetretene Straße sich mindestens 20 km von der deutschen Grenze fernzuhalten habe. König Leopold von Belgien war zu einer solchen Nr. 2033 Erklärung sofort bereit. Deutschland vertrat ihm gegenüber den Standpunkt, an der Existenz des Kongostaates kein Interesse mehr zu Nr. 2034 haben und die französische Nachbarschaft vorzuziehen, falls der Kongostaat sich im Widerspruch mit seiner Neutralität dazu hergebe, der englischen Aggresivpolitik in Afrika Vorschub zu leisten.

Inzwischen war die Samoafrage immer noch nicht endgültig entschieden, so daß der Reichskanzler Graf v. Caprivi am 28. Mai 1894 Nr. 2035 in einem grundlegenden Schreiben an den Botschafter Grafen v. Hatzfeldt die Frage erörterte, ob es angezeigt sei, im ganzen sechs Kriegsschiffe nach Samoa zu entsenden. England gegenüber wurde ein sehr viel schärferer Ton angeschlagen und offen mit Gegenwirkungen Nr. 2036, 2037 gedroht.

In der gleichzeitig laufenden Kongofrage erhielt der Staatssekretär des Kongostaates in Brüssel, Graf de Grelle-Rogier, am 1. Juni 1894 Nr. 2038 die Mitteilung, daß die deutsche Regierung vor Überlassung des Landstreifens an Großbritannien von der Regierung des Kongostaates so rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden müsse, daß sie ihre Rechte zu wahren in der Lage sei.

Ein grundlegendes Privatschreiben des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt vom 1. Juni 1894 an den Reichskanzler vermittelt uns eine Nr. 2039 historisch-interessante Zusammenfassung der bisherigen deutsch-englischen Auseinandersetzungen über Samoa und andere Fragen. Graf Nr. 2039 Hatzfeldt bedauerte es lebhaft, daß sich eine Rückwirkung der kolonialen Mißhelligkeiten auf die deutsch-englischen politischen Beziehungen nicht ganz ausschließen lasse. Er empfahl daher, zur Erreichung der deutschen Ziele einen wirklich fühlbaren Druck an ver-

schiedenen Punkten auf England auszuüben. Der Kaiser trat seinen Auffassungen völlig bei und befürwortete, diesen Druck zunächst in der ägyptischen Frage anzuwenden, wo er auch für England tatsächlich am fühlbarsten sein mußte.

Die Auswirkung dieser neuen Politik gegenüber England zeigt
Nr. 2040–2046 sich in den Dokumenten Nr. 2040—2046. In London war Lord Kimberley, der Staatssekretär des Äußeren im Kabinett Rosebery, auf das ernsteste verstimmt, und die Wirkung der deutschen Haltung wurde noch wesentlich durch ein freimütiges Gespräch unterstrichen, das Kaiser Wilhelm II. am 10. Juni 1894 mit dem englischen Bot-
Nr. 2047 schafter Sir E. Malet in Berlin über den Kongostaat führte, und über das er dem Reichskanzler tags darauf ausführlich berichtete. Dieses Gespräch des Kaisers wurde sofort nach London berichtet, wo Graf Hatzfeldt alsbald den Versuch feststellen zu können glaubte,
Nr. 2048 eine Verständigung mit Frankreich über afrikanische Fragen unter der Bedingung herbeizuführen, daß Frankreich dabei Ägypten aus dem Spiele ließ. Hieraus hätte sich eine Isolierung Deutschlands
Nr. 2049 ergeben können, der deutscherseits durch eine Annäherung an Frankreich in der Kongofrage entgegenzuarbeiten versucht wurde.

Die Kongofrage selbst wurde durch eine scharfe, an den Staatssekretär des Kongostaates in Brüssel gerichtete Aufforderung der
Nr. 2050 deutschen Regierung vom 13. Juni 1894 ihrer Erledigung näher-
Nr. 2051 gebracht. In London wurde erklärt, Deutschland verlange keine Kompensation, sondern stehe auf dem Boden seines vertraglichen Rechtes; Sache Englands sei es, die durch seine einseitigen Verhandlungen mit dem Kongostaate geschaffene Vertragsverletzung wieder gutzumachen.

Eine ganz neue Wendung erhielt die deutsch-englische Spannung
Nr. 2052 durch ein erneutes ausführliches Gespräch des deutschen Kaisers mit dem englischen Botschafter Sir E. Malet, bei dem er am 13. Juni 1894 zum Diner weilte. Hier vertrat der englische Botschafter durchaus den Standpunkt Deutschlands und gab die Politik des Lords Rosebery mehr oder weniger preis. In London ließ Graf Hatzfeldt durchblicken, falls der mit dem Kongostaate abgeschlossene Vertrag nicht gelöst
Nr. 2053 werde, müsse Deutschland für das Anschneiden der ägyptischen Frage — vielleicht auf einer Konferenz — die Verantwortung ablehnen.

Nr. 2054 In Wien bedauerte man das Zerwürfnis zwischen England und Deutschland um so lebhafter, als man sich in allen Balkan- und Mittelmeerfragen auf ein Zusammengehen mit England angewiesen
Nr. 2055 fühlte. Man begann daher im Sinne einer Verständigung in London
Nr. 2056 einzuwirken und erzielte damit auch den Erfolg, für die Beseitigung des Kongokonflikts einen ausgleichenden Vorschlag zu finden. Lord Rosebery lenkte ein, da er vor allem ein Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich scheute. Der König von Belgien erklärte zwar,
Nr. 2057 ohne England, von dem er abhinge, nicht handeln zu können, erklärte
Nr. 2058 sich aber am 16. Juni bereit, sofort mit der englischen Regierung in

Unterhandlung zu treten, um den von der deutschen Regierung beanstandeten Artikel III des Vertrages aufzuheben. In London war Nr. 2059, 2060
man dazu bereit, und deutscherseits lag ein Anlaß, auf diese Lösung nicht einzugehen, um so weniger vor, als auf eine nachdrückliche Unterstützung der Kongowünsche durch Frankreich anscheinend nicht Nr. 2061
zu rechnen war. So erweist es jedenfalls die ausführliche Aufzeichnung der französischen Regierung, die der Botschafter Herbette am 17. Juni 1894 in Berlin dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall überreichte [1]).

Die Dokumente Nr. 2062—2064 zeigen den endgültigen Abschluß Nr. 2062, 2064
des Kongostreites. England ließ Artikel III des Vertrages fallen, eine Nr. 2065
Lösung, von der Staatssekretär Frhr. v. Marschall der französischen Regierung sofort loyale Mitteilung machte. Man hoffte in Paris, die Nr. 2066
Engländer würden nunmehr nicht umhin können, auch die französischen Forderungen zu berücksichtigen.

In Italien und Österreich war man über die Beilegung des Kon- Nr. 2069 Nr. 2063, 2068
fliktes äußerst erfreut. Zeitweise schien es sogar, als wenn man in England geneigt sei, auf eine Konferenz über die Kongofragen ein- Nr. 2067
zugehen. Auch Rußland hatte sich in London und Brüssel gegen den Kongovertrag ausgesprochen, vielleicht in dem besorgten Wunsche, das Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs nicht zu weit Nr. 2069
gehen zu lassen.

Mit einer Konferenz über die Frage des Kongoabkommens war man deutscherseits wenig einverstanden. Lord Rosebery aber fand Nr. 2070
sich zu seiner bisherigen Politik der Anlehnung an den Dreibund zurück, da er an eine politische Verständigung mit Frankreich nicht glaubte und weder in der Samoa- noch in der Kongofrage einen Grund für eine Änderung seiner Politik erblickte. Auf eine Konferenz Nr. 2071
verzichtete auch er.

Das diesen Abschnitt abschließende Dokument Nr. 2072 zeigt Nr. 2072
den Wunsch der italienischen Politik, England und Deutschland miteinander versöhnt zu sehen. Deutscherseits versah man daher auch gern den römischen Korrespondenten der „Times“ mit Material zur Darstellung der englisch-deutschen Beziehungen in deutschfreundlichem Sinne.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 243 ff.

Der nahe und der ferne Osten

Der neunte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 9. Bandes

Kapitel 55

Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte

Für die Stellung der europäischen Großmächte zu einander ist ihre Haltung in der „Frage der Meerengen“ wesentlich mitbestimmend gewesen. Während der ganzen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. bis zum Ausbruche des Weltkrieges hat die türkische Frage niemals aufgehört, eine europäische zu sein.

Im März 1890 war viel von russischen Kriegsvorbereitungen im Nr. 2073
Schwarzen Meere die Rede. Auch Österreich äußerte sich besorgt, Nr. 2074
glaubte aber nicht an russische Kriegsabsichten noch in diesem Jahre,
wie die österreichische Außenpolitik überhaupt damals Rußland gegen- Nr. 2075
über sich verhältnismäßig ruhig und gleichgültig zeigte. Auch in England nahm man einen ruhigen Standpunkt ein und gab auch in Bulgarien Ratschläge zur Mäßigung. Österreichischerseits hegte man
die Hoffnung nicht mehr, daß England für den Schutz Bulgariens zu Nr. 2077
interessieren sei, glaubte indessen an eine Erwärmung der englischen Politik für den Fall, daß Rußland die Meerengen ernstlich bedrohen sollte.

Unbestreitbar hatte Rußland damals den überwiegenden Einfluß Nr. 2078
auf dem Balkan, und die Türkei befürchtete, diesen Einfluß sich auch
auf Bulgarien ausdehnen zu sehen. Deutschland bewahrte seine Zu- Nr. 2079
rückhaltung, blieb aber mit England in enger Fühlung hinsichtlich Nr. 2080, 2081
einer von der Haltung Bulgariens für den Frieden auf dem Balkan zu
befürchtenden Gefahr. Lord Salisbury vertrat damals den Standpunkt, Nr. 2082
daß Rußland, wenn es einmal zum Einschreiten entschlossen sein sollte, seinen Vorstoß unmittelbar auf den Bosporus und Konstantinopel richten würde.

In der Türkei wünschte man damals nichts sehnlicher als einen
unbedingten Anschluß an den Dreibund. Nr. 2083

Ein wesentliches Moment der Beunruhigung bildete nach wie
vor[1]) die bulgarische Frage, da der Zar mit der Persönlichkeit des Nr. 2084
Fürsten Ferdinand nicht einverstanden war, wenn er auch gewaltsame
Unternehmungen zu dessen Sturz ablehnte. Deutscherseits hielt man Nr. 2085
sich an Bismarcks Grundsatz, russische Wünsche bezüglich Bulgariens zu unterstützen, nicht aber eine den russischen Wünschen ent-

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 147 ff.

Nr. 2086 sprechende Initiative zu ergreifen. Die Erhaltung des europäischen Friedens wurde bei allen diesen Erwägungen immer in den Vordergrund geschoben.

Einen breiten Raum nehmen vom Frühjahre 1890 ab in den Erörterungen der Diplomaten die türkischen Befestigungen an den Dardanellen und am Bosporus ein. Nach einer Aufzeichnung des Reichs-
Nr. 2087 kanzlers v. Caprivi vom 11. Mai 1890 hatte Deutschland nur dann eine Veranlassung, auf eine Verbesserung der türkischen Verteidigungs-
Nr. 2094 mittel am Bosporus hinzuwirken, wenn England über seine Entschlossenheit keinen Zweifel ließ, „aus eigener Initiative gegen jeden russischen Landungsversuch auf dem Boden der europäischen Türkei einzuschreiten". Die Wirksamkeit englischen Auftretens im Orient werde nicht durch die Befestigung der Dardanellen und dergleichen gelähmt, sondern durch Englands Mangel an militärischer Kraft und entschiedenem militärischen Willen. Deutschland aber hatte kein Interesse, die englischen Kastanien aus dem Feuer zu holen.

In diesem Sinne wurde Botschafter Graf Hatzfeldt verständigt.
Nr. 2088 Englands Besorgnisse, durch die Befestigung der Dardanellen an einem
Nr. 2089 etwaigen Eingreifen seiner Flotte verhindert zu sein, wurden deutscher-
Nr. 2090, 2091 seits entkräftet.

Aufmerksam verfolgte man damals im Lager des Dreibundes die
Nr. 2092 Vorgänge auf der Balkanhalbinsel, die auf das Vorhandensein einer
Nr. 2093 geheimen politischen Verständigung zwischen Griechenland, Serbien und Montenegro hindeuteten. Die Türkei schien damals immer mehr
Nr. 2095 unter den Einfluß Rußlands zu geraten. Dafür sprach auch, daß der
Nr. 2096 Sultan wiederholt russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen gestattete.

Nr. 2098 Diese Tatsache wünschte Lord Salisbury in Konstantinopel zur
Nr. 2097 Sprache zu bringen. Das veranlaßte die deutsche Politik zu erhöhter
Nr. 2099 Aufmerksamkeit. Ihr schien dieser Schritt etwas weitgehend, und
Nr. 2100 Deutschland wollte sich jedenfalls an einem Proteste in Konstantinopel nicht beteiligen, dessen Spitze sich unmittelbar gegen Rußland richten
Nr. 2101 mußte. England schob seinen Einspruch deshalb auf. Über das weitere Verfahren Englands herrschte nun einige Wochen lang ziemliche
Nr. 2102, 2103 Unklarheit. Auch Österreich vertrat den Standpunkt, der englische
Nr. 2104 Protest werde besser unterlassen, da er den angestrebten Zweck doch nicht erreichen würde.

Die dauernd beunruhigenden Verhältnisse in der Türkei brachten
Nr. 2105 im Herbst 1890 wieder einmal den Gedanken einer Aufteilung des türkischen Gebietes in den Vordergrund. Dieses Mal ging der Gedanke von Italien aus. Deutschland hielt sich zurück, da es nicht Italien zuliebe einem Teilungsplane zustimmen wollte, ehe sich die anderen Hauptinteressenten dazu geäußert hätten.

Im Frühjahr 1891 erregte der Plan einer von der Südküste des Schwarzen Meeres nach dem Inneren Kleinasiens anzulegenden Bahn

die Aufmerksamkeit der Diplomatie. Reichskanzler v. Caprivi ließ den Nr. 2106
Standpunkt vertreten, daß ein solcher Bahnbau aus strategischen und Nr. 2107, 2108
politischen Gründen nicht unbedenklich sei.

Anschließend daran wurde zwischen England und Deutschland die Frage erörtert, ob die englischen Streitkräfte im Mittelmeer zur gleichzeitigen Bewältigung der dortigen Aufgaben im Falle einer europäischen Krisis tatsächlich genügen würden. Entscheidend hier- Nr. 2109
für war, ob der Sultan bei einer russischen Bedrohung den Engländern die Dardanellen zu öffnen gewillt war. Nahm er in einem solchen Falle die englische Hilfe in Anspruch, so erklärte sich Lord Salisbury bereit, einem solchen vertragsmäßig begründeten Rufe des Sultans Folge zu leisten. Zeigte sich der Sultan geneigt, sich mit England über Ägypten zu verständigen, so konnte er vielleicht neue Garantien Nr. 2110
für den Schutz Konstantinopels und der Meerengen von England erreichen.

Als Staatssekretär Frhr. v. Marschall im Juli 1891 den Kaiser nach Nr. 2111
England begleitete, hatte er eine ausführliche Aussprache mit Lord Salisbury über nahezu alle Fragen der damaligen europäischen Lage. Lord Salisbury betonte hierbei, die englische Flotte werde, vielleicht noch durch die italienische Flotte verstärkt, zeitig genug zur Stelle sein können, um einen Handstreich der Russen auf Konstantinopel zu verhüten. Marschall sprach aus, England könne stets auf Deutschlands Sympathie und Unterstützung rechnen, wenn es für Erhaltung und Festigung seines Einflusses im Orient eintrete, immer vorausgesetzt, daß England geneigt sei, seine Interessen im entscheidenden Augenblicke auch selbst zu wahren. Hinsichtlich Bulgariens waren sich die beiden Staatsmänner darüber einig, dem — wenn auch illegalen — Regiment des Prinzen Ferdinand in Sofia seine Lage nicht zu erschweren. Österreich sah in Bulgarien nach wie vor den Angelpunkt der Orientfrage. Nr. 2112

Im Herbste 1891 erregte der Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und der Türkei über die freie Durchfahrt der sogenannten „Freiwilligen Flotte" durch die Dardanellen die Besorgnis Englands. Deutschland hielt sich zurück, was um so richtiger erschien, als Nr. 2113
Rußland der ganzen Frage nur geringe Bedeutung beimaß. Die Türkei Nr. 2114
stand auf dem Boden ihres Rechtes und machte den in Konstantinopel Nr. 2115
beglaubigten Vertretern der Großmächte Mitteilung von dem Abkommen mit Rußland. Die Vertreter Österreich-Ungarns, Italiens und Englands erhielten nunmehr von ihren Regierungen den Auftrag, darauf hinzuweisen, daß alle Begünstigungen, die der Sultan *einer* Macht gewähre, allen anderen zugute kommen müßten. Deutschland schloß sich diesem Schritte nicht an, wenigstens nicht in schriftlicher Nr. 2116
Form.

Eine grundlegende Aufzeichnung des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt vom 28. Oktober 1891 vermittelt uns die damalige Auffassung Nr. 2117

der englischen Politik und den Wunsch des Lords Salisbury nach
Abschluß einer Konvention über Ägypten und einer politischen Ver-
Nr. 2118 ständigung mit dem Sultan. Während Rußland Bulgarien sich immer
Nr. 2119 mehr selbst zu überlassen schien, ließ Lord Salisbury die Türken
wissen, daß die englische Flotte bei einer Bedrohung des Bosporus
durch die Russen sich auf Wunsch des Sultans sofort in der Besikabai
versammeln werde.

Das Jahr 1892 begann mit einer bulgarisch-serbischen Spannung.
Nr. 2120 In Rußland rechnete man auf den mäßigenden Einfluß Österreich-
Nr. 2121 Ungarns auf Bulgarien. Deutschland vertrat zwar den Standpunkt,
an den Balkandingen nicht unmittelbar beteiligt zu sein, wollte aber
Nr. 2122 in orientalischen Fragen in jedem Einzelfalle seine Mitwirkung be-
sonders erwägen.

Auch bei dem französisch-bulgarischen Konflikt, der im Dezember
Nr. 2123 1891 aus der zwangsweisen Entfernung eines französischen Korrespon-
denten aus Sofia sich ergeben hatte, bewahrte Deutschland seine
Nr. 2124 Zurückhaltung. Es wünschte, eine Verständigung vor allem mit Ruß-
land immer im Bereich der Möglichkeit zu erhalten, solange es ohne
Schädigung der eigenen Wünsche oder der Treue gegen seine Ver-
Nr. 2125 bündeten möglich war. Im Februar 1892 trat daher in Rußland eine
Beruhigung ein. Der deutschen Rücksichtnahme auf Rußland ent-
Nr. 2126 sprach auch die Ablehnung eines Besuches des Prinzen Ferdinand von
Koburg in Berlin, den er vertraulich dort hatte ankündigen lassen.

Der englisch-russische Gegensatz erfuhr im November 1892 eine
neue Beleuchtung durch die englischen Erwägungen über eine etwaige
Nr. 2127 Verteidigung Indiens durch ein Vorgehen im Schwarzen Meere. Bot-
schafter Graf Hatzfeldt wurde ersucht, sich über diese Frage zu
Nr. 2128 äußern, und tat dies in einem ausführlichen Berichte vom 24. No-
vember 1892, der für die Beurteilung Salisburys als Staatsmann und
Charakter von historischem Wert ist.

Das Jahr 1893 wurde mit Erörterungen über eine im Hinblick
auf die Konfession des Fürsten von Bulgarien angenommene Ver-
Nr. 2129 fassungsänderung der Sobranje eingeleitet. England zeigte sich hier-
über beunruhigt, da Rußland protestierte. Es geschah aber nichts
Nr. 2130 Weiteres von seiner Seite. Deutschland hielt sich auch in dieser Frage
Nr. 2131 zurück und weigerte sich daher, im April 1893 den bulgarischen
Ministerpräsidenten Stambulow in Berlin zu empfangen, wohin er
Nr. 2132 gelegentlich einer Reise im Gefolge des Fürsten Ferdinand nach Wien
Nr. 2133 gern gekommen wäre. In Wien hatte man Bulgarien zur Vorsicht
ermahnt. Bei einer persönlichen Besprechung mit dem Grafen Kálnoky
Nr. 2134 erklärte Herr v. Giers am 23. April 1893, Rußland werde das undank-
bare Bulgarien sich selbst überlassen: es habe von dem Wohlwollen
Rußlands nichts mehr zu erwarten.

Im Spätherbste 1893 ergab sich eine Veränderung der Orientlage aus dem Gerüchte, daß England seiner Herrschaft im Mittelmeer kein Nr. 2135
vitales Interesse mehr beizumessen scheine und sogar eine russische Nr. 2136
Besetzung Konstantinopels ertragen würde. Man brachte das gelegentlich mit den englisch-französischen Schwierigkeiten in der Siamfrage in Verbindung. Als Graf Hatzfeldt am 5. Dezember 1893 mit Lord Nr. 2137
Rosebery darüber sprach, ließ dieser keinen Zweifel daran, daß England seine Rolle in der europäischen Politik aufrechtzuerhalten beabsichtige.

Im Dezember 1893 weilte der damalige preußische Gesandte in München, Graf zu Eulenburg, vorübergehend in Wien und hatte dort verschiedene Besprechungen mit dem Grafen Kálnoky. Dabei berührten die beiden Diplomaten die Gesamtheit der damals schwebenden Fragen, und der vom Grafen zu Eulenburg daraufhin an Caprivi er- Nr. 2138
statte Bericht gefiel dem Kaiser so gut, daß er ihn in einer Schlußbemerkung als „den ersten vernünftigen und interessanten Bericht, der lange aus Wien gekommen“ sei, bezeichnete. Damals offenbar entstand beim Kaiser der Wunsch, den Grafen auf einen wichtigeren Posten versetzt zu sehen, und am 26. April 1894 ernannte er ihn zum Botschafter in Wien. Der Haupteindruck des erwähnten Berichtes bestand darin, daß auch Österreich in England das Gefühl der Interessensolidarität mit Italien zu erwecken bemüht war, aber auch Nr. 2139
bereits zu erwägen anfing, was zu tun sei, falls England als politischer Faktor ausfiele. In Wien wünschte man, daß England durch Nr. 2140
eine regere Betätigung seiner Mittelmeerinteressen dem zunehmenden russisch-französischen Einflusse im Mittelmeere ein Gegengewicht biete. Mit Besorgnis verfolgte man Englands Gleichgültigkeit an der Dardanellenfrage, denn bisher hatte es als Evangelium gegolten, daß sich England einer Öffnung der Meerengen für Rußland unter allen Nr. 2141
Umständen widersetzen werde.

In England erkannte man nun auch die Notwendigkeit, die Mittelmeerinteressen — besonders in der Türkei — stärker als bisher zu vertreten. Man entschloß sich, den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Sir Philip Currie, als Botschafter nach Konstantinopel zu ent- Nr. 2142
senden. Sein Auftrag ging unzweifelhaft dahin, „den Einfluß Eng- Nr. 2143
lands herzustellen und sich in allem mit den Vertretern des Dreibundes zu verständigen“. In Wien blieb man aber nach wie vor besorgt, ob England gegebenenfalls in den Meerengen Rußland ein „quos ego“ Nr. 2144
zurufen würde. Man wünschte dort die Erhaltung des „Status quo“, fühlte sich aber ohne Englands Unterstützung allein nicht in der Lage, den russischen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben, und erwog Nr. 2145
für diesen Fall, ob man nicht besser tun würde, sich mit Rußland über diese Frage zu verständigen.

Tatsächlich nahm England nach Eintreffen seines neuen Bot- Nr. 2146
schafters in Konstantinopel eine entschiedenere Haltung ein und Nr. 2147

erklärte sich entschlossen, „den Kampf gegen Rußland, falls derselbe
Nr. 2148 wegen der von letzterem verlangten freien Durchfahrt durch die Meer-
engen notwendig werde, aufzunehmen und allein im Mittelmeer
Nr. 2149 mit der englischen Flotte zu führen“. Seine Flotte sei hierzu stark
genug, auch ohne die Mithilfe Österreich-Ungarns und Italiens. Mit
Österreich unterhielt England damals einen lebhaften Gedankenaus-
Nr. 2150 tausch.

Auch in Deutschland beschäftigte man sich eingehend mit der
Nr. 2151, Dardanellenfrage. Zwei Aufzeichnungen des Reichskanzlers Grafen
2152 v. Caprivi vom 8. März 1894 zeigen, daß die deutsche Politik nicht
Nr. 2152 gewillt war, sich in dieser Frage vorschieben zu lassen. „Wir müssen
am Dreibunde“, schrieb Caprivi, „solange es geht und immer an
Österreich-Ungarn, das in seiner Großmachtstellung zu erhalten, auch
ein deutsches Bedürfnis ist, festhalten; wir dürfen es nicht Ruß-
land in die Arme treiben . . . Wir dürfen Österreich-Ungarn
in seinem Versuch, sich mit England zu verständigen, nicht entmutigen,
wir müssen aber im Auge behalten, daß für uns eine friedliche Lösung
der Meerengenfrage vorzuziehen ist.“ Die gleiche vorsichtige Politik
beweist auch ein Schreiben des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall an
Nr. 2153 den Botschafter Grafen v. Hatzfeldt vom 28. März 1894. Der Kaiser
Nr. 2154 vertrat gleichfalls diesen Standpunkt. Von Wien aus wurde immer
Nr. 2155 betont, wie wichtig es für die Machtstellung des Dreibundes sei,
wenn Europa die Überzeugung gewönne, daß auch England im
Ernstfalle als Vierter im Bunde gezählt werden könnte.

Als Ende Mai 1894 in Bulgarien das Kabinett Stambulow durch
das russenfreundlichere Kabinett Stoilow ersetzt wurde, und sich
Nr. 2156 daraus neue Verwirrungen zu ergeben drohten, blieb die deutsche
Politik ihrer bisherigen vorsichtigen Haltung getreu und enthielt sich
jeder Stellungnahme zu den dortigen Vorgängen.

Vom 5. bis 16. August 1894 weilte Kaiser Wilhelm II. in Eng-
land. Österreich bekundete den Wunsch, der Kaiser möge die eng-
lischen Staatsmänner bei dieser Gelegenheit auffordern, bei ihrer
Nr. 2157 traditionellen Orientpolitik zu verharren. Deutscherseits lehnte man
Nr. 2158 es aber ab, sich durch Österreich-Ungarn „zur Übernahme von Ver-
pflichtungen drängen zu lassen, welche in dem Dreibundvertrage nicht
Nr. 2159 vorgesehen sind“. Englands Haltung blieb nach wie vor zweifelhaft;
auf bestimmte Zusicherungen in der Meerengenfrage war nicht zu
rechnen.

Die Verstimmung Deutschlands gegen England in der Kongo-
frage [1]) überschattete damals die deutsch-englischen Beziehungen. Nach
Nr. 2160 ihrer Beilegung griff eine freundlichere Stimmung Platz. Einen aus-
gezeichneten Überblick über den damaligen Stand der Dinge vermittelt
Nr. 2161 ein ausführlicher Bericht des Grafen v. Hatzfeldt vom 11. November

---

1) Vgl. S. 71 ff.

1894, zu dem der Kaiser eine Reihe von treffenden Randbemerkungen gemacht hat. Nach Hatzfeldts Ansicht empfand Lord Rosebery sehr wohl die aus der Isolierung Englands drohende Gefahr. Anscheinend stand ein Ausgleich mit Rußland über die Abgrenzung in Asien bevor, und dann verhinderte eine endgültige Verständigung der beiden Mächte nur die von Rußland gewünschte freie Durchfahrt durch die Dardanellen. Graf Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß England auch hierin schließlich nachgeben würde, „wenn damit die Zusage Rußlands verbunden wäre, die gegen englische Interessen im Mittelmeer gerichteten Bestrebungen Frankreichs nicht mehr zu fördern, und sich dort, falls es zum Kriege zwischen Frankreich und England käme, jeder Unterstützung der französischen Flotte zu enthalten".

Auch der englische Militärbevollmächtigte in Berlin, Oberst Swaine, sprach sich dem Kaiser gegenüber in gleichem Sinne aus.
Nach der Ansicht des Staatssekretärs v. Marschall mußte England Nr. 2162
durch diese einseitige Nachgiebigkeit noch mehr an seinem historischen Prestige einbüßen. Bald ergab sich auch, daß von einer weiter-
gehenden Verständigung zwischen Rußland und England nicht die Nr. 2163
Rede war. In Deutschland war man durchaus damit einverstanden,
wenn diese beiden Mächte sich einander näherten. Nr. 2164

Im November 1894 erfolgte in Frankreich ein auffallender Um- Nr. 2165
schwung der öffentlichen Meinung zugunsten Englands. Offenbar hoffte man auf eine englisch-russische Allianz, die aber in weitem Felde lag. Seitens des Dreibundes bestand nach wie vor — wenigstens bei Österreich und Italien — der Wunsch, ein bindendes Abkommen
mit England zu schließen. Deutschland betonte indes, daß von ihm Nr. 2166
in großen wie in kleinen, in europäischen wie in kolonialen Fragen ohne Gegenseitigkeit von den Engländern nichts zu erlangen sei.

Während in Berlin der englische Botschafter aussprach, wie sehr die englische Regierung wünsche, alle aufkommenden Fragen mit
Deutschland freundschaftlich zu besprechen, beobachtete Deutschland Nr. 2167
die scheinbare russisch-englische Annäherung kühl abwartend. Besorgniserregend schien gelegentlich die Richtungsänderung und Er-
regung der englischen öffentlichen Meinung, da sie bestimmend auf Nr. 2168
die Entschließungen des Ministeriums einzuwirken vermochte.

In der Dardanellenfrage vertrat Deutschland mit ausdrücklicher Billigung des Kaisers den Standpunkt des Berliner Vertrages, der nicht einseitig aufgehoben werden könne. „Das Ziel des Dreibundes",
schrieb Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 13. Dezember 1894 an Nr. 2169
den Botschafter Grafen zu Eulenburg, „ist vor allem die Erhaltung des Territorialbestandes der drei verbündeten Monarchien." Der Gedanke einer russisch-englischen Verständigung zu Zweien ohne Frankreich sei noch in der Kindheit, und eine russisch-französisch-englische Verständigung liege wohl noch in weitem Felde.

In Wien war man dauernd besorgt, daß aus den deutsch-eng-

Nr. 2170 lischen Kolonialschwierigkeiten sich ernstere Verwicklungen ergeben könnten, und wünschte die Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses mit England, das für den europäischen Frieden und für die
Nr. 2171 Existenz des Dreibundes von größter Bedeutung sei. Italien wünschte im Orient mit Deutschland, in Afrika mit England zu gehen. Dem
Nr. 2172 Wunsche des Kaisers entsprach es, daß Deutschland auch im Orient für die Interessen seiner beiden Bundesgenossen tunlichst eintreten möge.

Bald ergab sich, daß eine englisch-russische Verständigung nur
Nr. 2173 über asiatische Angelegenheiten — Pamirfrage — stattgefunden hatte.
Nr. 2174 In Wien hielt man eine Verständigung mit Rußland auf der Grundlage der Wahrung des Besitzstandes der europäischen Türkei nur noch für eine Frage der Zeit.

Kapitel 56

Der Armenische Dreibund
Das Zusammenwirken von England, Rußland und Frankreich
1890—1895

Am 4. Juni 1878 hatte sich die Türkei in der sogenannten Zypern-Konvention zunächst gegen England allein, sodann durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 gegen alle Signatarmächte des Berliner Kongresses verpflichtet, Reformen zur Besserung des Loses der Christen in der Türkei und besonders in Armenien einzuführen. Da aber nichts Ernstliches geschah, hatte die englische Regierung im Juni 1880, im Herbst 1881, im Mai 1883 und im August 1886, von der öffentlichen Meinung gedrängt, mit steigendem Nachdruck die armenische Frage wieder aufgenommen. 1890 verschlimmerte sich die Lage derart, daß die Mächte sich mit der Frage aufs neue beschäftigen mußten.

Am 27. Juli 1890 kam die Mißstimmung der Armenier durch
Nr. 2175 einen Tumult im Patriarchat zu offenem Ausdruck. Der Patriarch hätte dabei beinahe das Leben verloren, und in einer solchen Revolte, sogar in der Hauptstadt der Türkei, lag eine Gefahr für alle in der
Nr. 2176—2180 Türkei wohnenden Christen. Die Dokumente Nr. 2176 bis 2180 erweisen, daß weder Rußland noch England, die in erster Linie zum Einschreiten Veranlassung gehabt hätten, etwas Ernstliches taten. So blieb in der Hauptsache alles beim alten.

Über zwei Jahre später, im Frühjahr 1893, lebte die armenische Frage aufs neue auf. Die armenischen Zustände machten, besonders in England, viel Aufsehen, und Lord Rosebery sah sich genötigt, der

armenierfreundlichen Haltung der liberalen Partei Rechnung zu tragen.
Deutschland bewahrte auch bei diesem Anlasse seine Zurückhaltung. Nr. 2181–2183
Im November 1894 brachen in Armenien neue Unruhen aus.
Deutschland warnte in Konstantinopel, hielt sich aber zurück. Der Nr. 2184
Sultan beschloß, eine besondere Kommission nach Armenien zu Nr. 2185
schicken, die am 27. November 1894 auch tatsächlich dorthin abging. Nr. 2186
In England stellte man weitere Forderungen, und auch in Deutschland Nr. 2187
sah man eine Untersuchung gegen die armenischen Übeltäter nicht Nr. 2188
als ausreichend an. Dem gegenüber bemühte man sich in Konstanti-
nopel, die Nachrichten über türkische Ausschreitungen gegen die Nr. 2189
Armenier als übertrieben hinzustellen.

Im Dezember 1894 erfolgte ein entscheidender Schritt der Mächte.
Die englische Regierung lud die russische und die französische ein, Nr. 2190
gemeinsame Schritte zur Klärung der armenischen Frage zu tun.
Trotzdem wünschte das englische Kabinett keine Verwicklungen im Nr. 2191
Orient. Rußland stand den Versuchen Englands, es in die armenische Nr. 2192
Frage hineinzuziehen, anfangs kühl und mißtrauisch gegenüber. Zeit-
weise ging das Gerücht, Rußland wolle das türkische Armenien be- Nr. 2193, 2194
setzen. Italien schien, durch Englands bisherige Haltung verstimmt,
sich der russischen Politik nähern zu wollen, was deutscherseits nicht Nr. 2194, 2195
als erwünscht angesehen wurde.

Mißtrauisch betrachteten die Botschafter der verschiedenen Mächte
in Konstantinopel die weitere Entwicklung, bis endlich Ende Dezember Nr. 2196–2198
1894 eine Verständigung zwischen Rußland, Frankreich, England und Nr. 2191
der Türkei stattfand. Italien war nicht beteiligt worden; man be- Nr. 2199
trachtete es deutscherseits für Italien als gute Lehre, daß es immer
bessere Geschäfte machen würde, wenn es sich in seiner diploma-
tischen Haltung von den übrigen Dreibundmächten nicht trennte. Nr. 2200
Das erkannte man auch in Rom an. An eine intime Verständigung
zwischen England, Frankreich und Rußland glaubte man in Deutsch- Nr. 2201
land nicht. Eine entscheidende Besserung der Verhältnisse in Ar- Nr. 2202
menien war bei der türkischen Korruption nicht zu erzielen gewesen.

Im Frühjahr 1895 setzten türkische Versuche ein, Deutschland
aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszulocken. Der Sultan ent-
sandte den türkischen Unterstaatssekretär der indirekten Steuern, den
ehemaligen preußischen Steuerrat Bertram nach Deutschland, um die
Intervention des Kaisers für den Fall anzurufen, daß England, Frank-
reich und Rußland in der armenischen Frage Wünsche ausspräche, Nr. 2203
deren Erfüllung gegen Souveränitätsrechte des Sultans oder gegen
türkische Staatsinteressen verstoße. Der Kaiser lehnte diesen Ver- Nr. 2204
such des Sultans schroff ab.

In Konstantinopel überreichten im Mai 1895 die Botschafter von
Großbritannien, Frankreich und Rußland der Pforte eine Denkschrift Nr. 2205
mit den Reformvorschlägen für Armenien. Obwohl England in drohen-
dem Tone eine Antwort verlangte, antwortete die türkische Regierung Nr. 2206

ausweichend. England erwog die Entsendung seiner Mittelmeerflotte
Nr. 2207 nach der Besikabai und witterte hinter der türkischen Haltung die
Nr. 2208 heimliche Unterstützung der Türkei durch Rußland.

Nr. 2209–2212 Die weiteren Dokumente — Nr. 2209—2212 — zeigen, daß die armenische Frage auch jetzt noch nicht gelöst wurde, da eine volle Einmütigkeit der Großmächte nicht zu erzielen war.

Kapitel 57

Der „Ostasiatische Dreibund“ Das Zusammenwirken von Deutschland, Rußland und Frankreich in Ostasien 1894—1895

Das 57. Kapitel führt uns nach dem fernen Osten und zeigt das Zusammenwirken Deutschlands mit Rußland und Frankreich anläßlich der Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges. Dieser Zeitabschnitt ist für die Beurteilung der deutschen Politik insofern wichtig, als er unbestreitbar den Ausgangspunkt für Japans Entfremdung gegen Deutschland gebildet hat.

Am 1. August 1894 war die Kriegserklärung Japans an China erfolgt. Schon vorher hatten die beiden Mächte anläßlich eines im
Nr. 2213 Süden von Korea entstandenen Aufruhrs Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung nach dem Festlande entsandt. Als dieser Zweck erfüllt war, weigerte sich die japanische Regierung, ihre Truppen zurückzuziehen, bevor nicht die koreanische Regierung in ihrem Lande Reformen eingeführt hätte, die die Wiederkehr ähnlicher Aufstände verhüten sollten. China rief auch die deutsche Regierung an, damit sie in Japan im Sinne einer Räumung Koreas vermitteln möchte. Schon vorher hatte die englische Regierung in Berlin angeregt, Deutschland möge sich einer Intervention der Mächte behufs eines friedlichen Ausgleichs der entstandenen Gegensätze anschließen. Damals vertrat das deutsche Auswärtige Amt den Standpunkt, in Korea seien in erster Linie England und Rußland interessiert, und eine Intervention deutscherseits komme daher nur in Frage, sobald auch die übrigen europäischen Großmächte in friedlichem Sinne einwirkten.

Die schwere Niederlage der Chinesen zu Lande und zu Wasser
Nr. 2214 rief im Innern des großen Reiches eine wachsende Gärung hervor, so daß man in Europa zeitweise an eine Gefährdung der in China weilenden Fremden dachte. Von England ging die Anregung aus, ob
Nr. 2215 Deutschland gewillt sei, sich mit England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten zu einer Intervention zwischen Japan und China zu vereinigen [1]). In Berlin hielt man die Anregung für verfrüht,

---

[1]) Deutsche Übersetzung siehe S. 245.

glaubte auch, mit Sicherheit auf eine Ablehnung Japans rechnen zu Nr. 2216
müssen. England schloß sich dieser Auffassung an. Als der chinesische Nr. 2217
Gesandte in Berlin am 12. November 1894 die Bitte aussprach, Nr. 2218
Deutschland möge auf der Grundlage der Unabhängigkeit Koreas und der Zahlung einer noch näher zu bestimmenden Kriegsentschädigung vermitteln, wurde dies Ersuchen höflich, aber bestimmt abgelehnt.

Hatte bis jetzt die deutsche Regierung eine für Japan durchaus freundliche Haltung beobachtet, die den bisherigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern durchaus entsprach, so ist vom November 1894 ab ein Wechsel in der Haltung Deutschlands festzustellen.
Den Beginn machte ein Telegramm des Kaisers an den Reichskanzler Nr. 2219
Fürsten v. Hohenlohe vom 17. November 1894. Hierin war die Vermutung ausgesprochen, daß England wahrscheinlich demnächst im Orient aktiv zu werden beginne; vielleicht werde es sich ohne Vereinbarung mit anderen Mächten in den Besitz von Schanghai und einiger strategisch wichtiger Punkte setzen. Die Folge würde sein, daß Rußland und Frankreich gleichfalls wichtige Punkte in China erstrebten. Hierbei dürfe Deutschland nicht zu kurz kommen, da es gleichfalls eines festen Punktes in China bedürfe. Der Kaiser hielt den Erwerb von Formosa, das auch von Frankreich erstrebt werde, für wünschenswert.

Auch bei diesem Anlasse erlauben die Akten des Auswärtigen Amts die Feststellung, daß den Wünschen des Kaisers keineswegs immer unmittelbar Folge geleistet worden ist. Der Staatssekretär Frhr. v. Marschall hielt den Erwerb von Formosa nicht für ein erstrebens-
wertes Ziel, glaubte auch nicht daran, daß England durch irgendeine Nr. 2220
Handlung das Signal zur Aufteilung des Chinesischen Reiches zu geben beabsichtige. Er empfahl daher, einstweilen abzuwarten. Die Verschiebung der Seestreitkräfte in Ostasien sollte indes sorgfältig beob-
achtet werden. In einem Berichte hierüber erwähnte am 23. November Nr. 2221
1894 der Gesandte in Peking, Frhr. Schenck zu Schweinsberg, zum ersten Male den Erwerb der Kiautschoubai als ein für Deutschland erstrebenswertes Ziel.

Über die Möglichkeit eines etwaigen Besitzerwerbs in Ostasien Nr. 2222–2224
wurden im Februar 1895 wiederholt Erwägungen angestellt. Anfangs
März bat die chinesische Regierung Deutschland vertraulich, sich bei Nr. 2225
Japan im Sinne maßvoller Friedensbedingungen einsetzen zu wollen. Deutschland gab diese Anregung am 6. März mit dem Bemerken an
Japan weiter, die europäischen Großmächte seien von China zur Nr. 2226
Intervention aufgefordert: für Japan sei es deshalb am vorteilhaftesten, den Frieden bald abzuschließen; eine japanische Forderung von Gebietsabtretungen auf dem Festlande würde besonders geeignet sein, ein Einschreiten der Mächte hervorzurufen.

Diese deutsche Mahnung ließ die japanische Regierung einstweilen unberücksichtigt und beschwor dadurch tatsächlich die Inter-

vention der Großmächte herauf. Bald darauf ergab es sich, daß England, um seine Beziehungen zu Japan nicht zu verschlechtern, sich von jedem gewaltsamen Drucke auf Japan fernhielt, und den anderen Großmächten nicht allein völlig die Initiative überließ, sondern sich ganz zurückhielt. Über das Verhalten Deutschlands, Rußlands und Frankreichs gegenüber Japan enthalten die Akten eine große
Nr. 2227–2306 Fülle von Dokumenten, die im ganzen folgendes Bild gewähren: Rußland und Frankreich vertreten den Standpunkt, daß die japanischen Forderungen an China übertrieben seien, und daß insonderheit die Besitzergreifung der Halbinsel Liaotung mit Port Arthur durch Japan nicht geduldet werden könne. Im Berliner Auswärtigen Amt hatte man zur Bearbeitung der ostasiatischen Frage den langjährigen deutschen Gesandten in Peking, Max v. Brandt, hinzugezogen. Seine
Nr. 2238 Denkschrift vom 8. April 1895 ist für die weitere Stellung Deutschlands zu der Frage des chino-japanischen Friedensschlusses maßgebend geworden.

Brandt ging von der Auffassung aus, daß ein Zusammengehen Deutschlands mit Rußland in dieser asiatischen Angelegenheit von nicht zu unterschätzendem Einflusse auf die Stellung Rußlands zu Deutschland in Europa sein müsse. Schließe sich Frankreich von einer Beteiligung an den von Rußland angeregten Schritten aus, so ergebe sich hieraus eine Lockerung der französisch-russischen Beziehungen von selbst. Auch liege in einem gemeinschaftlichen Vorgehen mit Rußland für Deutschland vielleicht die einzige Möglichkeit, von einem d a n k b a r e n China die Abtretung oder Pachtung eines Platzes für eine Flotten- oder Kohlenstation zu erhalten.

Nr. 2240 Rußland habe, führte der Gesandte v. Brandt am 9. April 1895 nachdrücklich aus, das einzige, auch an Panzerschiffen, starke Geschwader in den ostasiatischen Gewässern, und es sei daher wünschenswert, sich an dieses anzuschließen. In Deutschlands Interesse liege es, Rußland nach dem Osten hinzuweisen, wo seine wahren Aufgaben lägen. Man entschloß sich daher in Berlin, falls England an seiner Ablehnung festhielt, mit Rußland und Frankreich gemeinsam
Nr. 2242 vorzugehen. Den gleichen Entschluß bekundete Frankreich. Maßgebend für die deutsche Haltung war der Wunsch, durch das Zusammengehen mit Rußland die deutsche Ostgrenze zu entlasten und dadurch vielleicht ein zu enges Zusammengehen Rußlands und Frankreichs zu verhindern.

Unglücklicherweise befand sich damals als Vertreter Deutschlands der Gesandte Frhr. v. Gutschmid in Tokio, der den Japanern geradezu feindlich gegenüberstand und alle ihm zugehenden Weisungen seiner Regierung mit unverkennbarem Vergnügen so scharf wie möglich ausführte. Eine grundlegende Weisung des Auswärtigen Amts vom
Nr. 2244 17. April 1895 schrieb ihm vor, sobald der russische und französische Gesandte in Tokio Anweisung zum Eingreifen erhielten, sich sodann

gegenüber der japanischen Regierung in gleichem Sinne zu äußern. „Die jetzigen japanischen Friedensbedingungen sind übertrieben,“ wurde ihm am 17. April 1895 nach Tokio telegraphiert. „Sie ver- Nr. 2245
letzen europäische, auch deutsche Interessen, wenn schon letztere in geringerem Maße. Wir sind daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren, und werden, falls erforderlich, auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen.“ In einem weiteren Telegramm vom 23. April Nr. 2250
1895 schrieb Staatssekretär Frhr. v. Marschall dem Gesandten Frhrn. v. Gutschmid vor, er möge stets von neuem hervorheben, daß beiden Teilen Unannehmlichkeiten erspart worden wären, wenn die japanische Regierung den freundschaftlichen Rat Deutschlands vom 6. März 1895 befolgt[1]) und ihre Bedingungen gemäßigt hätte, statt leere Redensarten zu machen.

Der entscheidende Schritt der drei Botschafter in Tokio erfolgte am 23. April 1895. Zuerst sprach der russische, dann der französische Nr. 2251,
Gesandte und schließlich der deutsche, dieser aber in so scharfer 2252
Tonart, daß der japanische Vizeminister Hayashi davon ganz betroffen war. Gutschmid ging so weit, seine mündlichen Äußerungen durch eine schroffe schriftliche Erklärung, die er dem japanischen Vizeminister übergab, noch zu übertrumpfen. Hierin hatte er verschiedene Formulierungen aus Schriftstücken des Auswärtigen Amts, die nur zur Regelung seiner Sprache ihm telegraphisch zugegangen waren, wörtlich mit verwendet. Verhängnisvoll wirkte in diesem Zusammenhange besonders die wörtliche Verwendung des vom Vortragenden Rat v. Holstein entworfenen Telegramms vom 17. April 1895[2]), in Nr. 2245
dem es hieß: „Wir sind daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren, und werden, falls erforderlich, auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen. Japan muß nachgeben, da Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos.“

Triumphierend berichtete Gutschmid am 23. April 1895: „Meine Nr. 2251
Sprache machte augenscheinlich Eindruck.“

Die weitere Entwicklung der Dinge bis zur endgültigen Ausführung der Friedensbedingungen von Schimonoseki geht aus der Dokumentensammlung mit vollster Deutlichkeit hervor. Dem Spezialstudium dieser Frage eröffnet sich in den hier mitgeteilten Akten ein lohnendes Ziel. Für unsere Zwecke ist es nur nötig, auf die deutschen Übertragungen der Dokumente Nr. 2272, 2274, 2287, 2294, 2305[2]) hinzuweisen. Man erkennt aus dem Gesamtverlauf, daß nicht einmal die vom Gesandten v. Brandt ausgesprochene Hoffnung, Deutschland werde mit Rußland zu vertrauensvolleren Beziehungen gelangen und dadurch seine europäische Lage erleichtern, in Erfüllung ging. Die deutsche Politik geriet vielmehr in dieser ost-

---

[1]) Vgl. S. 87 (Dokument Nr. 2226.)

[2]) Siehe S. 245/246, 246/247, 247, 247/248, 248/249.

asiatischen Frage sehr bald in eine zunehmende Isolierung hinein, wie sich besonders bei der Frage der chinesischen Anleihe zur Bezahlung der Kriegskosten an Japan herausstellte.

Japans freundschaftliche Empfindungen für Deutschland waren nachhaltig zerstört. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich dies aus dem zwölf Jahre nach den Vorgängen erstatteten, durch seine Rückblicke wertvollen Berichte des deutschen Botschafters Frhrn. Mumm v. Schwar-
Nr. 2307 zenstein vom 13. Juni 1907. Der Botschafter hatte eine ausführliche Unterredung mit dem Vicomte Hayashi über die unfreundliche Haltung der japanischen Presse gegen Deutschland. Die japanische Stimmung gegen Deutschland, meinte darauf Hayashi, stamme noch immer aus der Zeit der Beteiligung Deutschlands an der Intervention der drei Mächte im Jahre 1895. Ein Unglück sei es gewesen, daß damals gerade der sehr heftige Baron Gutschmid deutscher Vertreter gewesen sei, der mit Freuden die Gelegenheit ergriffen habe, Japan zu demütigen. Im Auswärtigen Amt ließ auf Grund dieses Berichtes Reichskanzler Fürst Bülow Ermittlungen nach den damals schon zwölf Jahre zurückliegenden Vorgängen anstellen und auch die Botschaftsakten in Tokio daraufhin durchsehen. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß das schroffe Auftreten Gutschmids tatsächlich den Absichten der deutschen Regierung nicht entsprochen hatte, daß es nunmehr aber nicht mehr angezeigt sei, auf eine Erörterung der heiklen Frage den japanischen Staatsmännern gegenüber zurückzukommen.

Die Auswirkung der damaligen Ungeschicklichkeit eines deutschen Vertreters haben wir im Weltkriege büßen müssen, obwohl noch 1896, also in dem auf den Frieden von Schimonoseki folgenden Jahre,
Nr. 2306 die japanischen Staatsmänner rückhaltlos anerkannt hatten, was Japan dem deutschen Einflusse und im besonderen die japanische Armee der deutschen Ausbildung verdanke.

Kapitel 58[1])

Die Deutsch-Russischen Beziehungen und die Französisch-Russische Allianz 1894—1895

Die Dokumente des 58. Kapitels behandeln ihrem geschichtlichen Inhalte nach die Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus am 1. November 1894, den Tod des russischen Ministers des Äußeren v. Giers

---

[1]) Der Leser wird gut tun, für das 58. Kapitel die synchronistische Zusammenstellung heranzuziehen, da die in ihm behandelten Gegenstände vielfach mit dem Inhalt des 57. und 59. Kapitels — Ostasiatische Vorgänge und Beziehungen zu Frankreich — durcheinander gehen.

und dessen Ersatz durch den bisherigen russischen Botschafter in Wien, Fürsten Lobanow, sowie die mit dieser Ernennung zusammenhängende Abberufung des deutschen Botschafters in Petersburg, v. Werder, und die Ernennung des Fürsten v. Radolin an seiner Stelle. Fürst Lobanow war ursprünglich als Botschafter an Stelle des Grafen Schuwalow nach Berlin bestimmt gewesen. Aus seiner Ernennung zum russischen Außenminister, die ohne eine vorherige Benachrichtigung des Deutschen Kaisers durch den jungen Zaren erfolgte, ergab sich eine persönliche Verstimmung Kaiser Wilhelms II., die in der Abberufung des Botschafters v. Werder ihren Ausdruck fand.

Die mitgeteilten Dokumente Nr. 2308—2328 kennzeichnen die deutsch-russischen Beziehungen im Zusammenhange mit den soeben kurz skizzierten persönlichen Vorgängen. Nr. 2308—2328

Zunächst berichtet der Geschäftsträger in Petersburg Graf Rex Nr. 2308
ausführlich über die Person des jungen Zaren und schildert den Einfluß seiner Umwelt, insonderheit der Großfürsten, auf ihn. Der Zar sei einstweilen noch stark unter dem Einflusse seiner Mutter und außerdem von Franzosenfreunden umgeben.

Die folgenden Dokumente beschäftigen sich mit der Persönlichkeit Nr. 2309, 2310
und der voraussichtlichen Politik des Fürsten Lobanow und mit der Wirkung der Abberufung des Generals v. Werder. In Wien schien Nr. 2311
man zu hoffen, daß es nunmehr möglich sein würde, sich mit Ruß- Nr. 2312
land auf der Grundlage der Wahrung des Besitzstandes der europäischen Türkei zu verständigen.

Eine neue Phase der deutsch-russischen Beziehungen kündigte sich an, als der neu ernannte russische Botschafter zu Berlin, Graf v. der Osten-Sacken, auf dem Wege von Petersburg in Wien mit dem dortigen Botschafter, Grafen zu Eulenburg, sich aussprach und Nr. 2313
dabei den Gedanken vertrat, Rußland werde den Frieden an Deutschlands Grenze garantieren, wenn Kaiser Wilhelm seine dominierende Stellung — zugleich als Hort des Friedens — aufrechterhalte. Dem jungen Zaren sei außerordentlich viel daran gelegen, mit Kaiser Wilhelm II. in den allerbesten Beziehungen zu bleiben. Das herrschende Einvernehmen mit Frankreich habe auch für Deutschland einen unzweifelhaften Wert, nämlich den Druck Rußlands im Sinne des europäischen Friedens.

Die Randbemerkungen des Kaisers zu diesem Berichte des ihm befreundeten Botschafters bilden ein Glaubensbekenntnis seiner politischen Überzeugung. Zu seiner Kennzeichnung als „Hort des Friedens" vermerkte er: „Ja, soweit mir Gott hilft!" und als Schlußbemerkung fügte er dem Berichte hinzu, Deutschland habe ein Interesse daran, mit Rußland als der gewaltigsten Macht Asiens vor China und Japan vereint zu stehen; Rußland werde, offen unterstützt,

den deutschen Wünschen gerecht werden, England aber selbst im günstigsten Falle nur Deutschland auszunutzen versuchen und es dann im richtigen Augenblicke sitzen lassen. So zeige sich der Welt das so erwünschte Bild von einem Zusammengehen Rußlands mit dem Dreibunde.

Leider erwiesen die Vorgänge in Ostasien alsbald, daß der Kaiser sich über die Zuverlässigkeit der russischen Politik getäuscht hatte. In Petersburg aber sprach man alsbald mit Bewunderung von der
Nr. 2314 Politik des Deutschen Kaisers, die diese Annäherung hervorgebracht habe.

Eine politisch und historisch wertvolle Darlegung vermittelt uns
Nr. 2315 das Dokument Nr. 2315 in einem ausführlichen Telegramm des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein. Hatzfeldt sprach sich über den Zweibund in dem Sinne aus, daß jede große Krisis in Europa Rußland und Frankreich mit oder ohne schriftliche Abmachung immer vereinigt finden werde. Das habe Fürst Bismarck immer klar erkannt und nur deshalb nicht gefürchtet, weil er geglaubt habe, die russische Neutralität bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich sogar noch im letzten Augenblick erkaufen zu können, wenn er Österreich preisgäbe und den Russen den Orient überließe. Fürst Lobanow sei keineswegs ein Freund Deutschlands, und die russische Rücksichtslosigkeit in der Frage der chinesischen Anleihe dürfe Deutschland nicht vergessen [1]).

In Paris hielt der deutsche Botschafter, Graf Münster, immer noch
Nr. 2316 an einem nicht gerechtfertigten Optimismus in bezug auf die Tragweite des Zweibundes fest, wenn er es als zweifelhaft erscheinen ließ, ob eine Allianz wirklich bestehe.

Von besonderem Interesse sind für die Beurteilung der russisch-deutschen Beziehungen die Dokumente vom Sommer 1895 ab, da sie das Entstehen der engen persönlichen Freundschaft zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm II. zeigen.

In Rußland war man wesentlich selbstbewußter geworden und
Nr. 2317 hoffte, mit der Zeit die Weltherrschaft zu erlangen. Um so lebhafter
Nr. 2318 war der Wunsch Kaiser Wilhelms II., „Rußland in Ostasien festzunageln, damit es sich weniger mit Europa und dem europäischen Orient beschäftige. Rußland müsse, unter Verwertung der Macht der orthodoxen Kirche und der Moskauer Kreise, als Vorkämpfer des orthodoxen Christentums und des Kreuzes, als Hort der Zivilisation gegen die drohende Gefahr eines durch Japan mobilisierten chinesischen Ansturms vorgeschoben werden.“ Diesem Gedankengange entsprach im September 1895 die Überbringung der vom Kaiser entworfenen allegorischen Zeichnung mit der Unterschrift

---

[1]) Vgl. die Dokumente Nr. 2280 und 2283.

„Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter" durch den Flügeladjutanten, Oberst v. Moltke, von Rominten nach Petersburg[1]). Nr. 2321, 2322

Ein Besuch des Reichskanzlers Fürsten v. Hohenlohe in Petersburg im September 1895, der in seinen etwa möglichen politischen Nr. 2319 Auswirkungen schleunigst durch einen sofort darauf folgenden Aufenthalt des Fürsten Lobanow in Frankreich abgeschwächt wurde, Nr. 2320 beleuchtet die damals reichlich unklaren deutsch-russischen Beziehungen. So oft die französische Regierung sich nicht sicher fühlte, berichtete der Geschäftsträger v. Schoen am 20. September 1895 nach Nr. 2320 Berlin, zog sie, um ihre eigene Stellung zu befestigen, wieder an der nie versagenden russischen Notleine.

Auf der Rückreise von seinem Aufenthalt in Frankreich besuchte Fürst Lobanow den Deutschen Kaiser in Hubertusstock. In Eberswalde holte ihn im Auftrage des Kaisers der Botschafter Graf zu Nr. 2323 Eulenburg ab und sprach sich während der Wagenfahrt nach Hubertusstock ausführlich mit dem russischen Minister aus. Den Hauptnachdruck legte er auf die Verurteilung der englischen Politik und entlockte dadurch dem Fürsten Lobanow das Zugeständnis, daß man auch in Frankreich sehr gegen England eingenommen sei. England wolle „alle Tore der Welt", Rußland aber werde unter keinen Umständen zugeben, daß England sich der Dardanellen bemächtige.

Auch Kaiser Wilhelm II. sprach sich dem Fürsten Lobanow gegenüber wenig freundlich über England aus. Als der Fürst am 14. Oktober den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall in Berlin besuchte, bekundete er auch diesem gegenüber sein Mißtrauen gegen Englands Nr. 2324 Pläne, die friedlichste Gesinnung Rußlands gegen Deutschland und versuchte, die Nützlichkeit der franko-russischen Entente auch für Deutschland zu erweisen. Die damaligen russischen Presseäußerungen zeigten alsbald, wie sehr es Rußland darum zu tun war, Deutschland Nr. 2325 an seiner Seite zu wissen, um Italien zum Anschluß an die russisch- Nr. 2326 französische Gruppe zu bringen und England kopfscheu zu machen. Nach Petersburg zurückgekehrt, sprach sich Lobanow über seine Nr. 2327 französischen und deutschen Eindrücke sehr befriedigt aus.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall bewahrte sich eine ruhige Skepsis. Seiner Ansicht nach konnte auf dauernde Freundschaft Nr. 2328 zwischen Staaten ebensowenig gerechnet werden wie zwischen Individuen, zumal wenn sie beiderseits herrsch- und habsüchtig und außerdem empfindlich waren. Angesichts der russischen Politik schien es ihm für Deutschland am wichtigsten, den Dreibund zu erhalten, bis Rußland vielleicht einmal wünschte, ohne Frankreich sich mit Deutschland und seinen Freunden zu vereinigen. „Bis dahin haben

---

[1]) Vgl. hierzu die ausführlichen Briefe des Obersten v. Moltke an seine Gattin: Generaloberst Helmuth von Moltke, Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916. Stuttgart 1922. S. 187 ff.

wir zwar nicht Rußland, aber die franko-russische Gruppe als eine Gefahr zu betrachten und müssen es als besonders wünschenswert ansehen, wenn neben dem Dreibunde sich speziell für die Vertretung von Mittelmeerinteressen ein englisch-italienisch-österreichisches Zusammengehen mehr und mehr akzentuiert.“

Kapitel 59

Deutsch-Französische Beziehungen
Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895

Das Schlußkapitel des neunten Bandes führt in die Zeit des deutschen Kanzlerwechsels hinein [1]). Am 29. Oktober 1894 hatte der „Reichsanzeiger“ die Ernennung des Fürsten v. Hohenlohe zum Reichskanzler mitgeteilt. Diese Ernennung machte in Paris, wo Fürst v. Hohenlohe 1874—1885 Botschafter gewesen war, den allerbesten
Nr. 2329 Eindruck. Man glaubte, darin ein erneutes Zeichen der Friedensliebe des Deutschen Kaisers erblicken zu können.

Die folgenden Dokumente unterrichten uns über die ersten Anfänge des Dreyfus-Prozesses, der ganz Frankreich für Jahre hinaus leidenschaftlich erregen sollte. Unter dem Verdachte, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben, wurde
Nr. 2330 der französische Artilleriehauptmann Dreyfus am 1. November 1894 verhaftet. Die französische Presse erhob alsbald heftige Vorwürfe gegen den deutschen und den italienischen Militärbevollmächtigten in Paris.

In ganz Frankreich lebte die Krankheit der Spionenriecherei fieberhaft auf. Der „Matin“ ging so weit, die Abschaffung der Militärattachés zu fordern, und bezeichnete die deutsche Botschaft als die Zentralstelle der deutschen Spioniererei in Frankreich. Der Pressekrieg gegen die Militärattachés und selbst gegen die Botschaft wurde
Nr. 2331 nach einem Berichte des Grafen Münster vom 13. Dezember 1894 mit einer Unverschämtheit geführt, die an die schlechteste Boulanger-
Nr. 2332 zeit erinnerte. Es gelang aber dem persönlichen Auftreten des Botschafters, eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Re-
Nr. 2333 gierungen zu verhindern. Die deutsche Regierung forderte schließlich ein Dementi in der französischen Presse, zu dem die französischen
Nr. 2334—2341 Staatsmänner sich nur ungern entschlossen. Endlich am 9. Januar 1895 fand sich die französische Regierung bereit, in der „Agence Havas“
Nr. 2342 eine kurze Erklärung in diesem Sinne abzugeben [2]).

---

[1]) Vgl. die synchronistische Zusammenstellung.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 249.

Eine ernstliche Trübung der deutsch-französischen Beziehungen trat nicht ein, wie daraus hervorgeht, daß der Deutsche Kaiser im Februar 1895 entgegenkommender Weise die französische Regierung Nr. 2343 zur Entsendung von Kriegsschiffen anläßlich der geplanten feierlichen Eröffnung des Nordostseekanals einladen ließ. In Frankreich war Nr. 2344 man in Verlegenheit, nahm aber nach mannigfachen Bedenken am 8. März 1895 die Einladung an. Als Gegenwirkung hierzu verdoppelte Nr. 2345 die chauvinistische Agitation in Frankreich ihre Tätigkeit und auch Nr. 2346, 2351 die Patriotenliga Déroulèdes lebte wieder auf. Der französische Verstand, sagte der französische Botschafter Herbette im April 1895 zum österreich-ungarischen Botschafter in Berlin, billige ja das Zu- Nr. 2347 sammengehen mit Deutschland und Rußland, aber dem französischen Gemüte sei es schrecklich, daß in dem deutschen Erinnerungsjahre an den Krieg von 1870 französische Kriegsschiffe mit deutschen gemeinsam operieren sollten. Lebhaft bedauerte man in Paris, daß es nicht zu einer russisch-englisch-französischen Allianz über Ostasien Nr. 2348–2350 gekommen war.

Im Mai 1895 bat Hanotaux um die Mitteilung des endgültigen Programms für die Kieler Feier. Die öffentliche Meinung in Frank- Nr. 2352 reich rege sich darüber auf, daß etwa die beiden deutschen Schiffe „Weißenburg" und „Wörth" in Kiel anwesend sein könnten. Kaiser Wilhelm II. erblickte in dieser Anfrage eine grobe Taktlosigkeit. Das Nr. 2353 Auswärtige Amt teilte dem Grafen Münster mit, daß Schiffe vom Nr. 2354 Tiefgange der „Weißenburg" und „Wörth" aus technischen Gründen an der Feierlichkeit der Kanaldurchfahrt nicht mit teilnehmen würden. Der damalige Notenwechsel über diese Angelegenheit wirft ein grelles Schlaglicht auf die damalige Überempfindlichkeit der Franzosen. Der Nr. 2355, 2356, 2357 öffentlichen Meinung Frankreichs gegenüber hielt es Hanotaux für angezeigt, sich am 10. Juni 1895 in einer Kammerdebatte auch über Nr. 2358 die Beziehungen Frankreichs zu Rußland deutlicher als bisher auszusprechen [1]).

Im Juni 1895 wurde im deutschen Auswärtigen Amt die Frage erörtert, ob man sich in der Togofrage mit Frankreich allein oder Nr. 2359, 2360 auch mit England verständigen solle. Diese Verständigung kam aber erst wesentlich später, nämlich am 23. Juli 1897, eine entsprechende Verständigung mit England erst am 14. November 1899 zustande.

Auch in der Frage einer deutschen Flottendemonstration, die anläßlich der Ermordung eines deutschen Kaufmannes in Marokko erfolgt war, ließ sich die französische Presse zu heftigen Angriffen gegen Deutschland verleiten. Es erfolgte aber im Juli 1895 hierüber bald Nr. 2361, 2362 eine Beruhigung.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 250.

Die zahlreichen deutschen Kriegsgedenkfeiern, die aus Anlaß der
Nr. 2363. fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Jahrestage des deutsch-französischen
2365, 2367 Krieges stattfanden, erregten in Frankreich peinliches Aufsehen.
Nr. 2364 Doch war Hanotaux offensichtlich bestrebt, gute Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Kaiser Wilhelm II. tat alles in gleichem
Nr. 2368 Sinne, wie daraus hervorgeht, daß er — trotz aller Vorgänge des Jahres 1895 — dem Präsidenten der Republik, Felix Faure, zum Weihnachtsfeste 1895 sein Bild überreichen ließ.

Das türkische Problem 1895

Der zehnte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 10. Bandes

Kapitel 60

Salisbury's Aufteilungsplan. Cowes 1895

Der zehnte Band führt in die Schwierigkeiten der italienischen Politik am Roten Meer ein.

In Rom befürchtete man im Juli 1895, daß eine unangenehme Entwicklung der Dinge in Äthiopien schwere Folgen für die Regierung haben könnte. Der italienische Außenminister Baron Blanc sprach sich zu dem Botschafter B. v. Bülow am 14. Juli 1895 rückhaltlos darüber Nr. 2369 aus[1]. Frankreich und Rußland waren bestrebt, Italien in Afrika Schwierigkeiten zu bereiten, um es auf diese Weise einzuschüchtern oder lahmzulegen. Die italienische Politik hatte nun den Wunsch, auf den Dreibund und das Wohlwollen Englands gestützt, zu einer aktiveren Politik überzugehen. Der italienische Minister des Äußeren, Baron Blanc, arbeitete eine Denkschrift aus[1], die Botschafter B. Nr. 2370 v. Bülow alsbald nach Berlin sandte, und die von hier aus dem Grafen v. Hatzfeldt nach London mitgeteilt wurde. Dieser ließ sie Lord Nr. 2371 Salisbury lesen. Die Wirkung der italienischen Anregungen auf Lord Salisbury war, daß er den Gedanken einer Teilung der Türkei ins Auge faßte und erwog, ob man nicht den Italienern, statt sie bei ihren sterilen Unternehmungen in Afrika zu fördern, die türkischen Provinzen Albanien und Tripolis geben sollte.

Lord Salisbury, der nach dem Rücktritt des Kabinetts Rosebery wiederum als Premier- und Außenminister zur Regierung gelangt war, glaubte der Türkei eine lange Lebensdauer nicht mehr zusprechen zu können. Er sprach sich darüber mit dem deutschen Botschafter Grafen Nr. 2372 v. Hatzfeldt vertraulich aus. Die Schwierigkeit war nur, ob sich eine gütliche Teilung unter den Interessenten des türkischen Erbes bewerkstelligen lassen werde. Eine Zuweisung Albaniens und Tripolitaniens an Italien konnte jedenfalls nicht ohne Rückwirkung auf Österreich bleiben.

Für den Bestand des Dreibundes dämmerten damit gewisse Ge- Nr. 2373 fahren herauf. Die deutsche Politik hielt sich daher in dieser Frage Nr. 2374, 2375 vorsichtig zurück. Man war in Berlin der Meinung, England dürfe sich nicht zu sehr zurückziehen, denn das vollständige Verschwinden

[1]) Deutscher Wortlaut der dem Botschafter B. v. Bülow übergebenen Aufzeichnungen des italienischen Außenministers Baron Blanc siehe S. 250 ff.

Nr. 2376 des englischen Machtfaktors aus dem Mittelmeer würde voraussichtlich
den Anschluß Italiens an die russisch-französische Gemeinschaft her-
beiführen. Solange die österreichische und italienische Erbschafts-
Nr. 2377 quote, meinte der Vortragende Rat v. Holstein, nicht unter englischer
Beteiligung zwischen den beiden Mächten vereinbart sei, müsse
Deutschland — wenn nötig zusammen mit Rußland, Frankreich und
Österreich — alle stürmischen anglo-italienischen „Reformvorschläge“
in Konstantinopel bekämpfen. In London machte Graf Hatzfeldt Lord
Nr. 2378 Salisbury eindringlich auf die Gefahren seines neuesten Programms
aufmerksam. Deutschland selbst wollte am Mittelmeer nichts haben:
Nr. 2379 also sollten sich die Mächte untereinander verständigen, die dort
etwas haben wollten, und das waren England, Italien und Österreich.

Vom 5. bis 16. August 1895 war Kaiser Wilhelm II. in Cowes
Nr. 2380 anwesend [1]). Er teilte durchaus den Standpunkt der Zurückhaltung
und ging auf Salisburys Pläne anfangs nicht ein. Als sich ergab, daß
Nr. 2381. 2382 Salisbury auch die Absicht verfolgte, Rußland durch wesentliche Zu-
geständnisse zu befriedigen und Frankreich zu isolieren, erhielt Graf
Nr. 2383. 2384 Hatzfeldt indes die Weisung, diese Fragen zunächst rein persönlich
mit Lord Salisbury weiter zu besprechen.

Die mitgeteilten Akten erbringen historisch sehr bemerkenswerte
Nr. 2385 Einzelheiten über den Besuch des Kaisers in Cowes und über seine
Besprechung mit Lord Salisbury bei diesem Anlasse. Es wird darin
klargestellt, wie es zu der tiefen Verstimmung des Kaisers gegen
Salisbury kam, der ihn zwei bis drei Stunden vergeblich auf sein Ein-
treffen hatte warten lassen, da er zur Königin befohlen worden war
und dadurch die Zeit versäumte. Sein aus diesem Grunde an den
Nr. 2386 deutschen Botschafter gerichteter Entschuldigungsbrief findet sich auf
S. 254 in deutscher Übertragung.

Nach einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein vom 31. Oktober 1901 [2]) ist die bei diesem Anlasse erzeugte Stimmung des Kaisers auf seine Haltung zur Zeit des Jameson-Einfalles, somit auch auf die Entstehung des sogenannten Krügertelegrammes [3]) nicht ohne Einwirkung gewesen.

Aus den Akten wird unwiderleglich bewiesen, daß der Gedanke
Nr. 2387—2390 einer Aufteilung der Türkei von Lord Salisbury und nicht von deut-
scher Seite ausgegangen ist. Die mitgeteilten Urkunden aus diesem
Zeitabschnitt besitzen einen erheblichen Persönlichkeitsreiz. Lord
Salisbury vertrat seinen einmal ausgesprochenen Gedanken mit Nach-
druck und betonte in einer sensationellen Rede im Oberhause am
Nr. 2391 15. August 1895 bei der Erörterung der türkischen und armenischen
Frage, daß er an dem dauernden Bestande des Türkischen Reiches

[1]) Vgl. S. 82 (Besuch im Sommer 1894).
[2]) Siehe Band X, S. 26.
[3]) Vgl. S. 117 ff.

ernste Zweifel hegen müsse. Die deutsche Regierung ließ aber die englische nicht im Zweifel darüber, daß die bisherige unsichere Politik Nr. 2392,
Englands fast überall in Europa Mißtrauen hervorgerufen habe, und 2393
daß niemand mehr an bestimmte Ziele der englischen Politik und an ihre folgerichtige Durchführung glaube.

Kapitel 61

Salisbury und die Armenische Frage Juli bis Dezember 1895

A. Vom Antritt des neuen Kabinetts Salisbury bis zur Annahme des Armenischen Reformplanes Juli bis Oktober 1895

Die öffentliche Meinung Englands hatte sich im Sommer 1895 der armenischen Frage [1]) wieder nachdrücklich zugewendet. Lord Salisbury wünschte, die Türkei möge aus eigenem Antriebe etwas Nr. 2394–
tun, vielleicht schlechte Gouverneure durch gute ersetzen, sonst müßte 2398
England zu anderen Mitteln greifen, um endlich den nicht endenden Beschwerden abzuhelfen. Lenkte der Sultan nicht ein, so war mit Nr. 2399,
einer für Österreich bedrohlichen Aufrollung der Orientfrage zu rechnen, 2400
die auch Rußland auf den Plan bringen mußte. Deutschland empfahl daher der Türkei in ihrem eigensten Interesse Nachgiebigkeit Nr. 2401–
gegen England. Den Schritten der Mächte in Konstantinopel sollte 2423
sich der deutsche Botschafter anschließen.

Die Lage für die Türkei war ernst, da Lord Salisbury in seiner schon erwähnten Rede im Oberhause am 15. August erklärt hatte, die vom Sultan beobachtete Taktik der Verschleppungen und Entschuldigungen müsse schließlich ein Eingreifen Europas herbeiführen und die Unabhängigkeit der Türkei gefährden. In der Türkei selbst gewann der Wunsch Boden, den Sultan Abdul Hamid durch einen Nr. 2435
anderen Herrscher zu ersetzen.

Im September 1895 kam es aus Anlaß armenischer Demonstrationen in Stambul zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Nr. 2424
Anfangs Oktober machten daraufhin die Dragomans der Botschaften Nr. 2425
der Pforte sehr scharfe Vorstellungen und forderten energische Maß- –2427
regeln, damit der barbarischen Metzelei der muselmanischen Bevölkerung gegen die Armenier endlich Einhalt getan werde. Angesichts des religiösen Fanatismus der Moslems wurde die Lage für die armenische Bevölkerung so ernst, daß schließlich alle Großmächte

---

[1]) Vgl. S. 84 ff.

Nr. 2428– in Mitleidenschaft gezogen wurden. Den gemeinsamen Schritten der
2433 Botschafter in Konstantinopel schloß sich daher auch der deutsche Botschafter an. Eine Wirkung dieses Verhaltens war, daß der Sultan
Nr. 2434, sich — wie schon so oft — zu Reformen entschloß und dies den Bot-
2435 schaftern der Großmächte bekanntgab.

Unverkennbar ergab sich während dieser Zeit aus den Vorgängen in der Türkei eine Verschlechterung der deutschen Beziehungen zu
Nr. 2436, England, dem man in Deutschland einen Teil der Schuld dafür beimaß,
2437 daß die Dinge in der Türkei sich so verhängnisvoll entwickelt hatten.

Der aufs neue bekundete türkische Reformwille schuf vorüber-
Nr. 2439 gehend eine Entspannung der Lage. Der Sultan ließ sich beim Deutschen Kaiser für den ihm gewordenen Beistand bedanken, und auch England erkannte die Unterstützung an, die Deutschland der zu-
Nr. 2440 friedenstellenden Beendigung der armenischen Angelegenheit gewidmet
Nr. 2441, habe. Lord Salisbury ließ seinen Teilungsplan nunmehr fallen. Nach
2442 Ansicht des deutschen Botschafters in Petersburg, Fürsten v. Radolin, lag es übrigens nicht im Interesse der Türkei, die Beseitigung des
Nr. 2443 Sultans Abdul Hamid zu wünschen.

Wie wenig aber damals von einer wirklichen und endgültigen Besserung der armenischen Lage gesprochen werden konnte, beweist der den Schluß des Kapitels bildende Bericht des österreichisch-
Nr. 2444 ungarischen Generalkonsuls in Trapezunt vom 10. Oktober 1895 über die dortigen blutigen Ereignisse am 8. Oktober. Kaiser Wilhelm II. sprach über diese Vorgänge seine tiefe Entrüstung aus.

B. Das Fiasko des Armenischen Dreibundes

Die im Kapitel 56[1]) mitgeteilten Dokumente hatten mit der Feststellung geendet, daß der armenische Dreibund — England, Frankreich, Rußland — nicht zu endgültigen Ergebnissen gelangt war, da es an einer wirklichen inneren Einmütigkeit der drei Mächte fehlte.
Nr. 2445 Russischerseits wurde im Oktober 1895 mit Genugtuung betont, daß die enge Verbindung der drei Mächte in der armenischen Angelegenheit nunmehr beendigt sei. Rußland benutzte die hochgradige Unpopularität Englands in der Türkei geschickt dazu, die Pforte zur Anlehnung an Rußland zu veranlassen. Fürst v. Radolin berichtete
Nr. 2446 aus Petersburg, die russische Regierung habe schon vom Frühjahre 1895 ab dem Sultan alle möglichen beruhigenden Winke geben lassen, die armenischen Reformen nicht zu ernst zu nehmen, während sie äußerlich und offiziell mit den Engländern Hand in Hand ging, eine Haltung, die dem loyalen Sinne Kaiser Wilhelms II. — nach Ausweis einer von ihm gemachten Randbemerkung — durchaus widerstrebte.

---

[1]) S. o. S. 84 ff.

Am 1. November telegraphierte der deutsche Botschafter in Konstantinopel Frhr. v. Saurma, daß die Nachrichten von neuen Metze- Nr. 2447
leien in Erzerum sich bestätigten. Am gleichen Tage berichtete er, Nr. 2448
die unnatürliche Verbindung zwischen Rußland und England in der armenischen Frage sei nun wieder gelöst, und von jetzt an dürfte die traditionelle Politik der beiden Mächte wieder aufgenommen werden: „von Rußland, gerichtet auf Schwächung und Zersetzung der Türkei, um einst, wenn der Augenblick günstig, mit größtmöglichster Aussicht auf Erfolg die Türkei zu überfallen; von England, dahin zielend, die Türkei möglichst zu stärken, um sie in die Lage zu setzen, sich gegen diesen russischen Überfall möglichst gut zu wehren." England konnte aber, schon in Rücksicht auf seine öffentliche Meinung, die armenische Frage nicht völlig fallen lassen. Nr. 2449

Über neue Metzeleien berichtete Botschafter Frhr. v. Saurma am 5. November und zugleich über einen gemeinsamen Schritt der Bot- Nr. 2450
schafter beim Sultan. Die türkische Bevölkerung war gegen den Sultan Abdul Hamid derart erregt, daß Saurma jeden Augenblick den Nr. 2451, 2456
Ausbruch einer Revolution befürchtete. Kaiser Wilhelm II. wendete sich daher in einem Telegramm an den Zaren mit der Bitte, ihm seine Nr. 2452
Ansicht über die weitere Entwicklung der Dinge mitzuteilen[1]). Der Zar antwortete telegraphisch[2]), wenn das Leben von Christen bedroht Nr. 2453
sei, sollten alle Botschafter in Stambul Maßnahmen ergreifen, um weiterem Blutvergießen vorzubeugen. Mit Recht konnte der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe in einer Aufzeichnung vom 12. November Nr. 2455
1895 darauf hinweisen, daß der Zar damit den vom Kaiser gewünschten Meinungsaustausch zu Zweien ablehne; das sei kein Zeichen besonderen Vertrauens. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel war ohnehin bereits angewiesen, sich auch ohne vorherige Anfrage beim Nr. 2454
Auswärtigen Amt an allen denjenigen gemeinsamen Schritten zu beteiligen, die sämtliche Botschafter als durch die Lage der Verhältnisse geboten erachteten.

Der Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren ließ nach Ansicht des Fürsten v. Hohenlohe erkennen, daß die deutschen Beziehungen zu Rußland damals keine gesicherten waren, und daß es daher nicht angezeigt sein konnte, irgendwelche anderen freundschaftlichen Beziehungen um Rußlands willen aufs Spiel zu setzen.

Über die weitere Entwicklung der Dinge in der Türkei unter- Nr. 2457—2460
richten uns die Berichte des Botschafters Frhrn. v. Saurma vom 11. bis 14. November 1895. Den Deutschen Kaiser erfüllten die dortigen Vorgänge mit unverkennbarer Entrüstung. Trotzdem mäßigte England seine Haltung gegenüber dem Sultan. Nr. 2461

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 255.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 255.

Inzwischen hatten die Botschafter in Konstantinopel, wie Frhr.
Nr. 2462 v. Saurma am 19. November 1895 berichtete, dem Sultan auf sein
Ersuchen mitgeteilt, auf welche Schritte die Großmächte zur Wiederherstellung
der Ordnung und Ruhe in den von der Anarchie ergriffenen
Provinzen Kleinasiens besonderen Wert legten.

Wieder tauchte in dieser Episode das Gerücht auf, England denke
an eine Aufteilung der Türkei. In diesem Zusammenhange ist das
Nr. 2463 ausführliche Telegramm des Kaisers Wilhelm II. vom 21. November
1895, in dem er über eine Unterhaltung berichtet, die er mit seiner
Mutter, der Kaiserin Friedrich, über ihre in London gewonnenen
Eindrücke gehabt hatte, von großem persönlichen und geschichtlichen
Interesse. Die Kaiserin hatte ihrer Meinung Ausdruck gegeben, daß
ihr Sohn einen Kongreß nach Berlin einberufen solle. Die Türkei
könne nicht lange mehr zusammenhalten, es müsse zu einem allgemeinen
Zusammenbruch kommen. In diesem Sinne deutete sie an, die
einzige Rettung aus dieser Schwierigkeit sei die Aufteilung der Türkei.
Der Kaiser schloß aus ihren Darlegungen, daß diese wohl in der
Hauptsache den Anschauungen der Königin von England und des
Lords Salisbury entsprechen würden, und verständigte sogleich tele-
Nr. 2464 graphisch den Reichskanzler. Dieser schrieb sofort dem am 22. November
in der Göhrde weilenden Monarchen, er halte die vom Kaiser
gegebene Aufklärung für höchst wertvoll; offenbar wolle Lord Salisbury
in allen Mittelmeerfragen gern den Kabinetten von Rom und
Wien den Vortritt überlassen. Er folgerte daraus, die Dreibundmächte,
die ihre Zukunft durch die franko-russische Gruppe bedroht sähen,
müßten sich die Aufgabe stellen, „akute Konflikte mit jener Gruppe
möglichst so lange zu vermeiden, bis England an die äußerste Grenze
seiner philosophischen Duldsamkeit zurückgedrängt ist und die Notwendigkeit
sieht, wirklich mitzufechten“. Deutschlands Dreibundfreunde
müßten sich die Politik der freien Hand in Balkan- und Meerengenfragen
so lange wahren, wie England sich nicht vertragsmäßig
oder tatsächlich festgelegt habe. Bis England ein weiteres Überwuchern
der franko-russischen Macht als unvereinbar mit seinen
eigenen Existenzbedingungen finde, müsse die deutsche Politik ihre
Aufgabe darin sehen, „daß in Erwartung dieses Augenblicks die
Kabinette von Wien und Rom weder die Geduld noch auch das Zutrauen
zum Dreibund verlieren“. Diesen Auffassungen trat der Kaiser
rückhaltlos bei. Auf einen Kongreß wollte er keineswegs eingehen
und schrieb an den Schluß des Hohenloheschen Schreibens: „Der
Berliner Kongreß war ein folgenschwerer Fehler; ich werde nie in
einen zweiten willigen“.

In Konstantinopel vermied hinfort der englische Botschafter jede
Nr. 2465, 2466 Schärfe. Der Sultan schien nachgiebiger zu werden, und die englische
Nr. 2467 Regierung fühlte sich veranlaßt, Deutschlands Mitwirkung in Konstantinopel
behufs Wiederherstellung der Ruhe mit Dank anzuer-

kennen[1]). In England dachte man Ende November nicht mehr an
eine Aufteilung der Türkei, wohl aber an die Absetzung des Sultans. Nr. 2468
Dieser hatte, von der Haltung des deutschen Botschafters in Kon-
stantinopel beeinflußt, aber gerade damals weiteres Entgegenkommen Nr. 2469
gezeigt.

Anfangs Dezember 1895 wurden neue Schritte in Konstantinopel Nr. 2470
nötig, da neue Metzeleien stattgefunden hatten, über die Frhr. v.
Saurma am 11. Dezember 1895 berichtete. Wiederum bemühte sich Nr. 2471
der englische Botschafter, seine Kollegen zu aktiven Schritten in Nr. 2472
der armenischen Frage anzuspornen. Im Berliner Auswärtigen Amte
glaubte man hierin Englands Bestreben zu erkennen, für den Fall des
Zusammenbruches der Türkei „einen Krieg der Kontinentalmächte
untereinander anzuregen, bei welchem Englands Betätigung in dessen
Belieben gestellt wäre". Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Nr. 2474
wurde daher angewiesen, sich gegenüber den englischen Anträgen,
die darauf hinausgingen, an dem morschen türkischen Staatsbau zu
rütteln, ablehnend zu verhalten.

Auch in Wien und Rom suchte England damals auf das Eingreifen Nr. 2473,
dieser Dreibundmächte in die armenische Frage hinzuwirken. Bei 2475, 2476
beiden Mächten fand es Ablehnung. Lord Salisbury, der in Rücksicht Nr. 2477
auf die öffentliche Meinung Englands die armenische Frage nicht
aufgeben konnte, schien nunmehr jedes eigenmächtige Handeln ver-
meiden und sich eng an die gemeinschaftlichen Schritte der Mächte
anlehnen zu wollen. Ein neues Aufleben der alten armenischen Frage
konnte in der Tat die mühevoll erreichte Entente der Mächte über
den Haufen werfen und noch schwierigere Lagen schaffen, als bisher
zu überwinden gewesen waren. Diese Auffassung entwickelte in Wien
Graf Goluchowski dem ihn besuchenden englischen Botschafter. Trotz-
dem drängte der englische Botschafter in Rom dort nochmals im Sinne Nr. 2478
des Eingreifens in die armenische Frage.

Der den Abschnitt über das Fiasko des armenischen Dreibundes
abschließende Bericht des Botschafters Frhrn. v. Saurma vom 16. De- Nr. 2479
zember 1895 endet mit einem unbefriedigenden Ausblick. Die Einig-
keit unter den Vertretern der Großmächte in ihrer Haltung gegenüber
dem Sultan war immer fraglicher geworden. England drängte immer
wieder auf energische Schritte gegen den Sultan, und gewisse ver-
dächtige Anzeichen deuteten darauf hin, daß man sowohl in Bulgarien
wie in Griechenland und vielleicht auch in Serbien sich für eine im
nächsten Frühjahr in Szene zu setzende Unternehmung vorzubereiten
begann.

---

[1]) Deutscher Wortlaut eines vom englischen Geschäftsträger in Berlin dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall übergebenen Schreibens vom 23. November 1895 siehe S. 255.

Anhang

Die Episode von Zeitun

Die Armenier von Zeitun, einer Bergstadt im Taurus, hatten sich, um einem drohenden Blutbade vorzubeugen, mit den Waffen gegen die türkische Regierung erhoben, und am 30. Oktober 1895 den türkischen Gouverneur nebst der Besatzung der türkischen Kaserne gefangen genommen. Eine Armee von 50000 Mann wurde nunmehr gegen Zeitun aufgeboten, der es aber nicht gelang, die von den Armeniern tapfer verteidigte Stadt zu erobern. Auf den Rat des deutschen Botschafters nahm nunmehr der Sultan das Angebot der Mächte an, durch die Konsuln von Aleppo zwischen den Aufständischen und der türkischen Regierung eine gütliche Vereinbarung herbeizuführen.

Nr. 2480–2487 Die mitgeteilten Dokumente Nr. 2480—2487 zeigen den Anteil der deutschen Politik an dieser Vermittlung, die in einer Konferenz
Nr. 2485 der Botschafter vom 28. Dezember 1895 beschlossen wurde. Am 3. Januar 1896 konnte der Botschafter Frhr. v. Saurma melden, die Pforte habe die angebotene Vermittlung angenommen. Am 30. Januar 1896 trafen die Konsuln aus Aleppo in Zeitun ein und schlossen am 10. Februar einen Vertrag ab, der den Zeituniaten völlige Amnestie, Steuererlaß für einige Jahre, eine christliche Gendarmerie und einen christlichen Gouverneur bewilligte.

Nr. 2486 Am 13. Februar 1896 meldete Saurma telegraphisch die Beendigung der Vermittlung zwischen den Aufständischen in Zeitun und der Pforte. Dreißigtausend Armenier waren durch die freundschaftliche Intervention der deutschen und der englischen Regierung, denen sich
Nr. 2487 später auch die Regierungen der übrigen Großmächte angeschlossen hatten, von dem nach menschlicher Berechnung sicheren Tode gerettet worden.

Kapitel 62

Versuche einer Neugruppierung der Mächte Graf Goluchowskis Fiasko. 2. Hälfte 1895

A. Goluchowskis Balkanpolitik

Die Dokumente Nr. 2488—2501 führen uns in den politischen Gedankenkreis des neuen österreichischen Außenministers Grafen Goluchowski ein. In dem Grafen hatte Kaiser Franz Joseph einen Minister gefunden, der in den Fragen der österreichischen Außen-

politik aus eigener Überzeugung den Standpunkt des Kaisers vertrat. Der Monarch aber war, wie Botschafter Graf zu Eulenburg am 8. August 1895 berichtete, am Schluß seines vielgeprüften Lebens Nr. 2488 ängstlich darauf bedacht, dasjenige zu sichern, was ihm als Äquivalent für die verlorenen italienischen Länder und für die Vorherrschaft in Deutschland zugefallen war. Hierzu gehörte die Aufrechterhaltung seines Einflusses auf dem Balkan neben Rußland, also — was der von Bismarck immer vertretenen Interessenteilung auf dem Balkan zwischen Österreich und Rußland widersprach — auch in Bulgarien. Das aber lag durchaus nicht in den Wünschen der deutschen Politik, und Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe sprach in einer Weisung vom Nr. 2489 19. August 1895 mit Entschiedenheit aus, „daß sich weder vor der deutschen öffentlichen Meinung noch vor dem deutschen Reichstage eine Politik mit Erfolg vertreten ließe, welche darauf abzielt, behufs Verhinderung der Wiederherstellung des früher in Bulgarien bestandenen russischen Einflusses den Frieden mit Rußland zu stören“.

Graf Goluchowski fing nun an, die Unterstützung seiner Orientpolitik, die er bei Deutschland nicht fand, bei England zu suchen. Hierüber erstattete der deutsche Geschäftsträger in Wien, Prinz von Lichnowsky, am 28. und 30. Oktober 1895 sowie am 2. November Nr. 2490–2492 1895 mehrmals Bericht und vertrat dabei den Standpunkt, daß Graf Goluchowski die Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen lebhaft beklagte und seinerseits eine Verständigung mit dem Kabinett von St. James suchte. Salisbury kam diesem Wunsche der öster- Nr. 2493 reichischen Politik entgegen, ohne sich aber irgendwie zu binden. Trotzdem bewahrte Goluchowski einstweilen sein Vertrauen auf England.

Dem österreich-ungarischen Botschafter v. Szögyény-Marich, der ihn am 4. November 1895 in Berlin aufsuchte, entwickelte Staats- Nr. 2494 sekretär Frhr. v. Marschall ausführlich die Stellung der deutschen Politik gegenüber den Orientfragen. Er zeigte dabei, wie dringend notwendig es sei, daß Österreich nicht im voraus isoliert seine Orientpolitik festlege. Es müsse vorsichtig vorgehen, denn bei einer gegen Deutschlands Rat unternommenen Aktion würde es immer noch von Deutschlands Ermessen abhängen, „den Zeitpunkt und die Modalitäten des Einschreitens zu bestimmen“. Der Kaiser billigte diese vorsichtig zurückhaltende Politik.

Auch Rußland gegenüber wurden die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen weiter gepflegt. Nur für den Fall, ließ Fürst v. Hohenlohe am 5. November 1895 dem Botschafter Grafen zu Eulen- Nr. 2495 burg schreiben, daß die jetzige demonstrative franko-russische Zärtlichkeit in Taten umgesetzt würde, wenn aus dem Zarentum und der Republik wirklich eine Gruppe mit festen politischen Zielen würde, müßte die russische Politik auch von deutscher Seite eine andere Beurteilung erfahren.

Die weiteren Dokumente erweisen, daß England Österreich gegen-
Nr. 2496 über zwar eine freundliche Stellung einnahm, sich aber in keiner Weise auf feste Bindungen einließ, was den Grafen Goluchowski bei
Nr. 2497, 2498 seiner Auffassung der Orientlage außerordentlich verstimmte. Es gab übrigens damals auch österreichische Diplomaten, so den Botschafter
Nr. 2499 in Paris Grafen Wolkenstein, die von einer Anlehnung an England, das doch keine Garantien zu geben imstande sei, nichts wissen wollten. Graf Wolkenstein befürwortete für Österreich eine fast willenlose Anlehnung an Deutschland. Dann brauche man auch Italien nicht, denn dieses bedeute eine unmögliche, ja geradezu verderbliche Zugabe für Österreich. „Ein Bündnis mit Italien", sagte er zum Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, „ist nur in Friedenszeiten denkbar. Verliert der Dreibund die Schlacht, so büßen wir unsere italienischen Lande ein." In Deutschland aber wollte man diese Beurteilung des italienischen Bündnisses nicht gelten lassen.

Von Wichtigkeit sind die beiden diesen Abschnitt abschließenden
Nr. 2500, 2501 Dokumente Nr. 2500 und 2501. Es ergibt sich aus ihnen, daß der Kaiser von Österreich durchaus auf dem Balkan den Status quo erhalten und Konstantinopel in der Hand der Türkei belassen sehen wollte. Unter keinen Umständen sollte etwa Rußland in den Besitz der türkischen Hauptstadt gelangen. Deutschland aber hatte seinerseits den Wunsch, sich in der Orientfrage die Freiheit seiner Entschließungen zu bewahren. „Ich präzisiere diesen Satz dahin:", schrieb
Nr. 2501 der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 11. November 1895 nach Wien: „wir haben in Wien zur Vorsicht zu raten und klarzustellen, daß Österreich-Ungarn jede Aktion gegen Rußland aus Anlaß der Meerengenfrage auf eigenes Risiko unternimmt . . . Im übrigen haben wir uns freie Hand zu wahren und jede Äußerung zu vermeiden, welche Österreich-Ungarn und Italien abhalten könnte, sich mit England über die Orientfrage zu verständigen und gegebenenfalls dessen rechtzeitiges Eintreten in die Aktion sicherzustellen".

B. Österreichs Vorstoß in der Orientfrage und Englands Zurückweichen

Flottendemonstration und Stationärfrage

Die Geschehnisse in der Türkei im November 1895 ließen bei dem
Nr. 2502 italienischen Außenminister Baron Blanc den Wunsch zu einem tatkräftigeren Vorgehen Italiens entstehen. Kaiser Wilhelm II. fürchtete
Nr. 2503 mit Recht, daß Italien sich von England vorschieben lassen könne,
Nr. 2504 und trat dafür ein, Italien eine vorsichtige und abwartende Haltung gegenüber der orientalischen Entwicklung zu empfehlen.

Nr. 2505 Auch in Österreich hielt man auf Grund ernster Nachrichten aus Konstantinopel ein tatkräftigeres Vorgehen für angezeigt. Man erwog die Entsendung von Kriegsschiffen nach den Meerengen, ein Vor-

schlag, der auch ausgeführt wurde, deutscherseits aber nur mit einem Schiffe, da ein weiteres bei dem damaligen Stande der deutschen Flotte dafür nicht verfügbar gemacht werden konnte.

Die weiteren Vorgänge gehen aus den Dokumenten Nr. 2506 bis 2529 hervor. Darin kommen auch alle Schwankungen in der Haltung der Großmächte deutlich zum Ausdruck. Nr. 2506—2529

Damit auch Deutschland an der Flotten-Demonstration einen größeren Anteil nehmen könne, wollte der Kaiser das Kriegsschiff „S. M. S. Kaiser" von Asien abberufen und nach Port Said beordern. „Ich bedauere," telegraphierte er am 23. November 1895 bei der Nr. 2530
Rückkehr von einer Hofjagd in der Göhrde an den Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, „daß bei den geradezu himmelschreienden Zuständen in unserer Marine und ihrer völligen Unzulänglichkeit in jeder Hinsicht dieses die einzige Art ist, in welcher ich den Wünschen Euerer Durchlaucht betreffs unserer Flagge im Mittelländischen Meere entgegenkommen kann." Als nunmehr der Kanzler dringend bat, von der Herbeiholung dieses Schiffes abzusehen, wurde der bereits an Nr. 2531
den kommandierenden Admiral gerichtete Befehl wieder zurückgenommen, so daß Deutschland nur mit einem Schiffe an den Dardanellen vertreten blieb.

Um so lebhafter beteiligte sich der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Frhr. v. Saurma, durch diplomatische Einwirkungen an der Beilegung der dortigen Schwierigkeiten. Nr. 2532—2537

C. Versuche einer Aktivierung der Entente à trois

Das letzte Kapitel des zehnten Bandes zeigt uns in seinen Dokumenten den Versuch einer Wiederbelebung der Mittelmeer-Entente zwischen Italien, England und Österreich in Anlehnung an die Abmachungen von 1887 [1]).

Aus der Gesamtheit der Schriftstücke geht wiederum hervor, mit welcher Vorsicht England allen seine Haltung in der Zukunft beeinflussenden Festlegungen auszuweichen wußte, während andererseits Italien und auch Österreich großen Wert darauf legten, die Mittelmeerabmachungen von 1887 in irgendeiner Form bestätigt zu sehen. Zwischen den Dreibundmächten nahm Deutschland eine auch in dieser Beziehung vorsichtig abwägende Haltung ein und suchte seine Dreibundgenossen immer in dem Sinne zu beeinflussen, daß sie sich nicht gegen unsichere Versprechungen Englands zu unvorsichtigen Schritten ihrer Mittelmeer- und Balkanpolitik hinreißen ließen.

Von besonderem Interesse sind aus der Zahl der hier mitgeteilten Dokumente Nr. 2538—2569 einige Äußerungen des Deutschen Kaisers Nr. 2538—2569

---

[1]) Vgl. Band IV und Wegweiser Band 1, S. 127 ff.

Nr. 2542 vom 13. November 1895. Er bekundete dem Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber seine Überzeugung, daß Rußland und Frankreich untrennbar verbunden seien, um ihre Zwecke gemeinsam zu verfolgen, und daß Frankreich, indem es seine Politik und seine Macht in Rußlands Dienste stelle, im letzten Ende die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen im Auge habe. Kaiser Nikolaus aber werde über die letzten Ziele der russisch-französischen Entente von seinen Ratgebern geflissentlich im unklaren gehalten. Mit der Erhaltung des Status quo im Orient zeigte sich der Kaiser durchaus einverstanden und auch damit, daß Österreich und Italien auf der Grundlage der Verständigung von 1887 mit England in einen Gedankenaustausch träten; Deutschland werde dabei in zweiter Reihe hinter den drei Mächten stehen und Österreich vor einem bewaffneten Konflikt mit Rußland namentlich dann warnen, wenn England noch nicht fest engagiert sei. Falls die Großmachtstellung Österreich-Ungarns ohne Provokation seinerseits bedroht werde, könne sich Kaiser Franz Joseph auf ihn, den Deutschen Kaiser, verlassen.

Bald darauf sah sich aber der Staatssekretär Frhr. v. Marschall zu einer gewissen Einschränkung veranlaßt, wie aus seinen Weisungen
Nr. 2555 vom 3. Dezember 1895 [1]) an den Botschafter in Rom, B. v. Bülow, hervorgeht. „Am vorsichtigsten müssen wir", schrieb er dem Botschafter, „mit Wien sein, da beim Grafen Goluchowski der Gedanke, daß Österreichs Großmachtstellung bei Deutschland ihre festeste Stütze findet und in jeder Lage finden muß, mehr hervortritt, als uns angenehm ist und in den Rahmen unserer Orientpolitik paßt." Marschall machte sich hiermit ganz den Standpunkt des Fürsten Bismarck zu eigen, den er in einem Erlaß nach Wien am 26. Februar 1888 ausgesprochen hatte und in dem es hieß: „Solange Österreich mit England den gleichen Strang zieht, ist auch Italien ziemlich sicher. Die Bundesgenossenschaft des letzteren ist am leichtesten und wirksamsten via London zu pflegen und zu erhalten. Sie würde zweifelhaft von dem Augenblick an werden, in welchem Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Österreich zutage träten."

Die Blicke des italienischen Ministers des Äußeren waren, wie
Nr. 2556 Botschafter B. v. Bülow am 3. Dezember 1895 berichtet, vor allem nach London gerichtet, weil die fernere Richtung der italienischen Orient- und Mittelmeerpolitik in erster Linie von dem Verhalten Englands
Nr. 2557 abhing. Deutschland bewahrte demgegenüber seine vorsichtige Zurückhaltung. Der italienische Außenminister betrachtete nach wie
Nr. 2558 vor das Zusammenwirken des Dreibundes mit England als die Verwirklichung seines politischen Lebensprogramms.

---

[1]) Deutscher Wortlaut eines am 3. Dezember 1895 dem Botschafter B. v. Bülow in Rom mitgeteilten Telegramms des italienischen Außenministers an den italienischen Botschafter in Berlin (Dok. Nr. 2555) siehe S. 256.

Frankreich hielt sich in der Orientfrage ziemlich stark zurück. Nr. 2559
Die Stimmung der maßgebenden Persönlichkeiten in Paris neigte dahin,
sich im Orient von allen kriegerischen Unternehmungen fernzuhalten, Nr. 2560
komme es aber zum Kriege, dann ihn zu lokalisieren und den europäischen Krieg zu vermeiden.

Italien tat trotz der deutschen Mahnungen zur Vorsicht im De- Nr. 2561
zember 1895 in London Schritte zur Anbahnung eines Ideenaustausches über die Abmachungen von 1887. Deutscherseits hielt man
sich um so mehr zurück, als die Engländer der deutschen Politik Nr. 2562,
damals wenig Vertrauen entgegenbrachten. Italiens Haltung wurde 2563
aber damals in Berlin doch schon als so bedenklich angesehen, daß der
Reichskanzler am 17. Dezember 1895 in einem ausführlichen Erlasse Nr. 2564
an den Botschafter in Rom auf die Folgen eines Abfalles Italiens vom Dreibunde hinzuweisen sich veranlaßt sah. Italien habe davon lediglich die Zerstückelung des Reiches und die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zu erwarten.

Österreichische Verständigungsversuche mit England, über die Nr. 2565—
von den deutschen Diplomaten eingehend berichtet wurde, beenden 2568
den Abschnitt. Deutschland begleitete die Abmachungen, welche die ihm befreundeten Mittelmeerstaaten in ihrem Interesse abschließen zu sollen glaubten, mit seinen besten Wünschen, hielt aber, wie Marschall
am 23. Dezember 1895 an den Botschafter Grafen zu Eulenburg Nr. 2569
schrieb, den damaligen Beitritt Englands zum Dreibunde für praktisch nicht durchführbar.

Anhang

Ein russisch-englisches Kondominium in Konstantinopel?

Am 17. Dezember 1895 verzeichnete Staatssekretär Frhr. v. Mar-
schall, daß der russische Botschafter ihm gegenüber die Unklarheit Nr. 2570
und Unaufrichtigkeit der englischen Politik beklagt habe. In diesem Zusammenhange erwähnte er, das englische Kabinett habe vor kurzem in Petersburg den Gedanken ausgesprochen, Konstantinopel zu einem russisch-englischen Kondominium zu machen. Der russische Außenminister Fürst Lobanow habe diesen Gedanken mit Entrüstung zurückgewiesen und erklärt, unverbrüchlich an dem Berliner Vertrage festhalten zu wollen.

Für die deutsche Politik war dieser neue englische Schritt nur
ein weiterer Beweis für die überall herumtastende Politik des eng- Nr. 2571
lischen Kabinetts. „Die Geschichte der Kondominia in Ägypten wie in Schleswig-Holstein lehrt," schrieb Frhr. v. Marschall am 19. Dezember 1895 an den Botschafter Grafen v. Hatzfeldt, „daß dieselben, wenn

nicht mit Krieg, so doch mit ernstlicher Verfeindung enden." Rußland könne sich, solange die nördliche Einfahrt des Bosporus unbefestigt bleibe, schon heute tatsächlich als Mitbesitzer von Konstantinopel ansehen. Der Schritt Englands könnte als ein geschickter politischer Zug nicht betrachtet werden, denn er gebe Rußland eine Handhabe, um in Wien und Rom Mißtrauen gegen England zu erregen.

Am 20. Dezember 1895 fand in Berlin im Hause des Prinzen Wilhelm von Hohenzollern bei Gelegenheit eines Frühstücks eine ausführliche Besprechung des Kaisers Wilhelm II. mit dem englischen Militärattaché Oberst Swaine statt[1]). Der Kaiser sagte offen heraus,
Nr. 2572 ob England immer noch nicht das Gewissen schlage wegen der heillosen Wirtschaft, die es durch sein unqualifiziertes Verhalten in Kleinasien für die Armenier hervorgerufen, und über die Unruhe, die es in Europa unter die Mächte gebracht habe. Die ganze Welt sei der der festen Überzeugung gewesen, England mache Ernst, nachdem einmal sein Mittelmeergeschwader vor den Dardanellen erschienen sei. England aber habe Italien und Österreich den Vortritt überlassen. Nun seien die Dreibundmächte stutzig geworden. England habe das Wort und müsse nicht mit einer Macht allein hinter dem Rücken der anderen, sondern mit allen Mächten gleichmäßig und offen sprechen, wie das unter kontinentalen Mächten Sitte sei. Die Zeiten seien vorüber, wo auf dem Kontinent eine Macht sich fände, die für englische Interessen ins Feuer ginge. Der Kaiser hatte dem englischen Militärattaché erlaubt, von seinen freundschaftlichen Äußerungen in vertraulicher Weise in London Gebrauch zu machen, und ließ den Inhalt des Gespräches sämtlichen deutschen Botschaftern mitteilen. Die Wirkung dieses Gespräches war, daß der englische Botschafter in Berlin, die freundschaftlichen Gefühle des Kaisers für England anerkennend, sein Mißtrauen gegen das englische Kabinett zu zer-
Nr. 2573 streuen suchte. Von dem Angebote eines russisch-englischen Kondominiums in Konstantinopel wisse er nichts.

Der englische Botschafter wendete sich an seine Regierung, und Lord Salisbury ermächtigte ihn in einem Telegramm[2]), den Plan eines solchen Kondominiums kategorisch in Abrede zu stellen. Lord Salisbury bezeichnete die Behauptungen, die der Kaiser dem Obersten Swaine gegenüber wiederholt gemacht habe, in einem Briefe vom März 1896[3]) als „emphatische" (emphatic statements) und erklärte, danach habe ihn das Telegramm an den Präsidenten Krüger nicht mehr erstaunt.

---

1) Vgl. S. 118 (Dokument Nr. 2579).

2) Deutscher Wortlaut siehe S. 256.

3) Vgl. Dokument Nr. 2779, Band XI.

Auch Fürst Lobanow erklärte dem deutschen Botschafter in Nr. 2575
Petersburg, daß ihm gegenüber England den Gedanken eines Kondominiums in Konstantinopel niemals angeregt habe. Wie die Sache sich wirklich verhalten hatte, blieb ungewiß, da die erste Nachricht von einem solchen Plane doch von dem russischen Botschafter in Berlin ausgegangen war [1]. In Wien glaubte man nicht, daß England diesen Schritt getan habe, und dachte eher an ein neues Lügengewebe des Fürsten Lobanow, der sich aus den armenischen Vor- Nr. 2576
schlägen eine solche Anfrage konstruiert haben könnte.

[1] Vgl. Nr. 2570.

Die Krügerdepesche und das europäische Bündnissystem 1896

Der elfte Band des Aktenwerkes

Inhaltsübersicht

des 11. Bandes

Kapitel 63

Die Krüger-Depesche und ihre Rückwirkung auf das Deutsch-Englische Verhältnis 1896

Die Akten beginnen mit einer Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom 1. Februar 1895. Danach hatte der englische Nr. 2577 Botschafter in Berlin, Sir Edward Malet, sich mit ihm über einen Trinkspruch unterhalten, den der Präsident der südafrikanischen Republik auf den Deutschen Kaiser ausgebracht hatte. Nach Ansicht Englands sprächen mancherlei Anzeichen dafür, daß die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der südafrikanischen Republik dort eine Stimmung hervorrufe, die mit der internationalen Stellung der letzteren nicht vereinbar sei. Sie sei verpflichtet, internationale Verträge nur nach vorher eingeholter Zustimmung der englischen Regierung abzuschließen. Letztere aber könne sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß allmählich in Transvaal die Überzeugung Platz greife, man könne dort unbedingt auf die Unterstützung durch Deutschland zählen. In dieser Beziehung sei England sehr empfindlich.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwiderte, die englische Regierung möge doch, statt mehr oder minder versteckte Vorwürfe gegen die deutsche Regierung zu richten, sich zunächst an den Premierminister der Kapkolonie, Sir Cecil Rhodes, wenden, der durch seine Politik allein die Ursache für den behaupteten Stimmungswechsel in Transvaal bilde; für Deutschland gebe es keine Transvaalfrage.

Etwa acht Monate später wurde Sir Edward Malet von Berlin abberufen, um durch den bisherigen englischen Botschafter in Petersburg, Sir Frank Lascelles, ersetzt zu werden. Als Sir Edward Malet, kurz vor seinem Abgange, am 14. Oktober 1895 den Staatssekretär Nr. 2578–2580 Frhrn. v. Marschall bei einem Diner beim Reichskanzler traf, bezeichnete er, wenn auch in sehr freundlicher Form, die deutsche Haltung gegenüber Transvaal als auf die Dauer für England unerträglich und meinte, die Fortsetzung dieser Haltung gegenüber Transvaal könne zu ernsten Verwicklungen führen. Herr v. Marschall erwiderte mit Offenheit und Nachdruck, wir müßten es als eine schwere Verletzung unserer Interessen ansehen, wenn Transvaal die ihm garantierte Selbständigkeit verliere und zu einem Bestandteile des großen „Rhodesia“ herabsänke. Ein Sturm der Entrüstung würde sich über

Deutschland verbreiten, wenn wir etwa in dieser Frage ebenso wie in der der Eisenbahnlinie Pretoria—Lorenzo Marques vor englischen Drohungen den Rückzug anträten. England werde zu bedenken haben, ob es auf der Welt so viele Freunde besitze, daß es leichthin zum Bruche mit Deutschland treiben könne.

Auch der Kaiser war gegen England sehr aufgebracht und sprach dies am 24. Oktober 1895 dem englischen Militärbevollmächtigten Obersten Swaine gegenüber mit rückhaltloser, vielleicht etwas zu weitgehender Offenheit aus. Er beschwerte sich darüber, daß England wegen ein paar Quadratmeilen voll Neger und Palmbäume seinen einzigen wirklichen Freund, den Deutschen Kaiser, den Enkel der Königin von Großbritannien und Irland, mit Krieg bedroht habe. Ein solches Verhalten Englands zwinge Deutschland geradezu, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Rußland zu machen. England könne aus seiner jetzigen völligen Isolierung nur durch ein rückhaltlos offenes Eintreten entweder auf seiten des Dreibundes oder gegen denselben herausgelangen.

Nr. 2579 Das in den Akten enthaltene Kaiserliche Diktat vom 25. Oktober 1895 über diese Unterredung ging dem Botschafter Grafen v. Hatzfeldt nach London zu. Hatzfeldt fand die Äußerungen des Kaisers „vielleicht etwas schroff"; sie stimmten aber ausweislich eines Privattelegramms Hatzfeldts vom 27. Oktober 1895[1]) mit dem überein, was er, Graf Hatzfeldt, in etwas freundlicherer Form in London gesagt habe, und sie würden daher, wie Graf Hatzfeldt meinte, zur Klärung beitragen. Bedenklich erschien ihm nur die vom Kaiser angedeutete Alternative: sofortiges verbindliches Abkommen oder nichts. Ersteres sei in England formell nicht möglich. Wir würden also die Engländer dazu drängen, das zweite zu wählen und anderweitige Verständigung und Anlehnung zu suchen.

Nr. 2580 Noch vor Eingang des Kaiserlichen Diktats vom 25. Oktober in London hatte Graf Hatzfeldt dort eine Besprechung mit Lord Salisbury, der es auf das bestimmteste in Abrede stellte, den Botschafter Sir Edward Malet zu derartigen Äußerungen ermächtigt zu haben. Um so
Nr. 2581 mehr hielt es Kaiser Wilhelm II. für berechtigt, die „Insolenz" Sir Edward Malets zurückzuweisen.

Oberst Swaine hatte über die Unterredung mit dem Deutschen Kaiser sofort nach England berichtet. Seine Äußerungen waren dort gedruckt und an alle Mitglieder des Kabinetts verteilt worden. In London erklärte nunmehr Lord Salisbury, er habe den Botschafter Sir
Nr. 2580–2582 Edward Malet zu den fraglichen Äußerungen nicht beauftragt und er erblicke in der Transvaalfrage nicht einen „schwarzen Punkt" zwischen England und Deutschland. Der neue englische Botschafter, Sir Frank

---

[1]) Siehe Band XI, S. 10/11 (Anmerkung *).

Lascelles, erhielt Auftrag, dem Kaiser zu sagen, daß Sir Edward Malet zu seinen Äußerungen keinerlei Auftrag gehabt habe. Auch in London entschuldigte man sich. Nr. 2583, 2584

Für die Beurteilung der Vorgänge in Pretoria, die bald darauf die Aufmerksamkeit aller Welt erregten, war durch die vorhergehenden Auseinandersetzungen der Boden also in ungünstigster Weise vorbereitet. Eine gewisse Gereiztheit auf deutscher Seite war zurückgeblieben, wenn auch Lord Salisbury sein aufrichtiges Bedauern über Nr. 2584 das durch das Vorgehen des englischen Botschafters in Berlin geschaffene Mißverständnis hatte aussprechen lassen.

Am Weihnachtstage 1895 meldete der deutsche Konsul in Pre- Nr. 2585–2587 toria, v. Herff, daß Nachrichten aus Johannisburg dortige Unruhen erwarten ließen. Am 30. Dezember berichtete er, daß 800 Mann be- Nr. 2588 waffneter Truppen der Chartered Company auf Johannisburg zögen, und daß der Präsident der Burenrepublik den Befehl gegeben habe, ein weiteres Vordringen der feindlichen Truppen mit Waffengewalt zu verhindern.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall wußte nunmehr eine starke Nr. 2589, 2590 Politik England gegenüber durchzusetzen. Präsident Krüger wurde zum Widerstande ermutigt, das Landungskorps des Kreuzers „See- Nr. 2591 adler“ zum Schutze des Konsulats zur Verfügung gestellt. Über die weiteren Schritte enthält das Aktenwerk alles nötige Material[1]). Das ist gerade bei dieser Frage um so wertvoller, als in dem amtlichen, Nr. 2592–2609 am 12. Februar 1896 nach vorheriger Verständigung mit der englischen Regierung unter dem Titel „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik“ ausgegebenen Weißbuche der deutschen Regierung wichtige Stellen der Schriftstücke verändert oder in verkürzter Form wiedergegeben sind. Es wird somit erst jetzt möglich sein, die wirklichen amtlichen Vorgänge in voller historischer Treue festzustellen.

Über die Entstehung des sogenannten Krügertelegramms, das in England eine heillose Entrüstung hervorrief und die Beziehungen des Inselreiches zu uns nachhaltig auf das ungünstigste beeinflußt hat, liegen bekanntlich ausführliche Bekundungen Kaiser Wilhelms II. vor, die er in seinem 1922 erschienenen Buche „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918“ gemacht hat. Die nunmehr mitgeteilten Akten des Auswärtigen Amtes beweisen gleichfalls unwiderleglich, daß das Krügertelegramm vom 3. Januar Nr. 2610 1896 tatsächlich nicht einer impulsiven Aufwallung des Kaisers entsprungen ist, sondern daß es einen wohlerwogenen Akt des Aus-

---

[1]) Vgl. das Telegramm Salisburys vom 31. Dezember 1895 an den englischen Botschafter in Berlin (Nr. 2594). Deutscher Wortlaut siehe S. 256.

wärtigen Amtes darstellte[1]). Es ist auch nicht richtig, daß der Staatssekretär Frhr. v. Marschall die ursprüngliche Fassung des Krügertelegramms in manchen Ausdrücken gemildert habe. Der Kaiser hat seine schweren Bedenken gegen die Absendung des Telegramms in der gemeinsamen Besprechung mit dem Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, dem Admiral Hollmann und dem Freiherrn v. Marschall geltend zu machen versucht. Nur Admiral Hollmann vertrat seinen Standpunkt und warnte vor der Absendung des Telegramms, das als eine „impulsive" Handlung des „jugendlichen" Kaisers aufgefaßt werden würde. Der Reichskanzler und der Staatssekretär bestanden aber auf der Unterzeichnung des Telegramms unter Betonung ihrer Verantwortlichkeit für die Folgen. Der Monarch gab ihnen nach.

Nr. 2611–2613 Aus den mitgeteilten Berichten des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt aus London ersehen wir, welche ungeheure Wirkung das Krügertelegramm bei der Mentalität des englischen Volkes auf dieses ausgeübt hat. Diese Wirkung ging über die einer zeitlich beschränkten Verstimmung hinaus, sie öffnete vielen Engländern, ihrer Auffassung Nr. 2614–2639 nach, zum ersten Male die Augen für die Erkenntnis einer dem englischen Handel und der englischen Vormachtstellung von Deutschland drohenden Gefahr. Daß die Spannung zwischen den amtlichen Behörden und den diplomatischen Persönlichkeiten allmählich nachließ und im März 1896 englischerseits als beseitigt bezeichnet wurde, änderte nichts an der Tatsache, daß ein unheilvoller, in die Zukunft weiter wirkender Schritt geschehen war.

Die Akten des Auswärtigen Amtes über das Krügertelegramm zeigen eindringlich den Wert dieser einzigartigen Publikation für die Geschichtsschreibung. Viele Veröffentlichungen einzelner Persönlichkeiten werden an der Hand der Dokumente ernstlich nachgeprüft werden müssen.

Kapitel 64

Kontinentalliga gegen England? 1896

Über eine sehr bemerkenswerte Phase der deutschen Politik des neuen Kurses unterrichten uns die Dokumente Nr. 2640—2658. Sie zeigen uns die Auswirkung eines politischen Gedankens des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein und vermitteln uns

---

[1]) Vgl. hierzu den Aufsatz von Otto Hammann im Heft 2 des „Archivs für Politik und Geschichte" vom März 1924, S. 203 ff. und vor allem den in den „Europäischen Gesprächen" Hamburg im Juni 1924 erschienenen Aufsatz von Dr. Friedrich Thimme, wonach der Kaiser noch weitergehende Pläne gehabt haben soll und von diesen durch das Telegramm abgebracht worden wäre.

dabei einen tiefen Einblick in die Schaffenswerkstatt der damaligen deutschen Diplomatie und in das Entstehen diplomatischer Pläne überhaupt.

Die deutsch-englische Spannung in der Transvaalfrage und die tiefe Mißstimmung der italienischen Staatsmänner gegen England wegen seiner mehr oder weniger verhüllten Weigerung, den Abmachungen über das Mittelmeer von 1887 [1]) aufs neue beizutreten und sich vor allem in einer nachhaltigeren Form zu ihnen zu bekennen, hatten bei Holstein den Gedanken ausgelöst, ob es für Deutschland nicht möglich sei, mit Italien den Anschluß an die franko-russische Gruppe zu suchen. Dadurch hoffte er, einerseits Italien von einem vorzeitigen Abspringen vom Dreibunde zurückzuhalten, andererseits aber auch England den Wert guter Beziehungen zum Dreibunde recht deutlich vor Augen zu führen. Wenn er von den Fragen, über die er eine Verständigung zwischen diesen vier Mächten gegen England für möglich hielt, den ganzen ägyptischen Fragenkomplex ausdrücklich ausschloß, so war das ein Beweis dafür, daß er nicht daran gedacht hat, eine Kontinentalliga gegen England für alle Fälle zusammenzubringen. Ihm schwebte vielmehr vor, den Dreibund geschlossen zusammenzuhalten, mit ihm unter Deutschlands Führung eine Politik der freien Hand zu treiben und dadurch England, wenn möglich, zu einer dem Dreibunde freundlicheren Politik zurückzuführen. Vorgreifend darf hierzu schon bemerkt werden, daß in dem Ausschlusse der ägyptischen Frage eine Halbheit des von Holstein erdachten politischen Planes zu erkennen ist, denn ganz besonders Frankreich mußte seine Stellung zu England von dessen Haltung in der ägyptischen Frage abhängig machen.

Eine Aufzeichnung Holsteins vom 30. Dezember 1895 zeigt seinen Nr. 2640
Gedanken, daß es möglich sein müsse, Österreich dem Dreibunde zu erhalten, zugleich aber Deutschland und Italien sich zeitweise mit der franko-russischen Gruppe zur Erreichung bestimmter Ziele vereinigen zu lassen. Indien mit seinen Zugängen — Ägypten, Persien — sollte aber von jeder etwaigen Vereinbarung ausgeschlossen bleiben.

Der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe ging anfangs auf Holsteins Gedanken ein und ließ den Botschafter in Paris, Grafen Münster,
wissen — Berlin, 1. Januar 1896 —, daß unter Umständen eine ge- Nr. 2641
meinsame Aktion Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich mancher außereuropäischer Fragen denkbar und leicht erreichbar sein würde. Die englische Politik gehe zielbewußt und unbeirrt ihren Weg in der Überzeugung, daß die beiden großen kontinentalen Gruppen durch gegenseitiges Mißtrauen davon abgehalten seien, sich gegen die allmähliche außereuropäische Ausbreitung Englands zu wehren. Das führe schließlich „zur allmählichen Konfiskation der noch nicht unter

---

[1]) Vgl. Wegweiser, Band 1, S. 124 ff.

europäischer Herrschaft stehenden Teile des Erdballs durch England". Dabei bestand keinerlei Aussicht, „England jemals zu gemeinsamer Verteidigung von Dreibunds- und englischen Interessen mit heranzuziehen". Graf Münster sollte mit dem Präsidenten Faure in akademischer Form über den Grundgedanken einer kontinentalen Verständigung über einzelne genau bestimmte Zwecke sprechen. Graf Münster hat den Gedanken offenbar von vornherein verworfen, denn er ist in seiner Berichterstattung niemals darauf zurückgekommen und ist auch von Berlin aus in dieser Hinsicht nicht erinnert worden.

Auch beim Botschafter B. v. Bülow in Rom fand der Holsteinsche Gedanke wenig Anklang. Seiner Ansicht nach mußte Italien fürchten,
Nr. 2642 „daß ein zu tief verletztes Großbritannien sich à tout prix mit Frankreich auf Kosten Italiens verständigen könnte". Die italienische Zukunft im Mittelmeer, besonders die Anerkennung der italienischen Ansprüche in Nordafrika standen nach seiner Überzeugung immer im Vordergrunde der italienischen Politik und erlaubten keine entschiedene Wendung gegen England.

Nr. 2643, 2644 Die Dokumente Nr. 2643 und 2644 zeigen, daß es in der Hauptsache der Gedanke eines einzelnen Mannes, eben des Vortragenden Rats v. Holstein, gewesen ist, der hier mit den in Frage kommenden
Nr. 2645 deutschen Auslandsvertretern erörtert wurde. Auch Graf zu Eulenburg in Wien hatte Bedenken dagegen, da Graf Goluchowski nicht geneigt schien, sich an einer Koalition der Kontinentalmächte gegen England zu beteiligen. In Frankreich aber benutzte man die Gelegenheit, um auf der einen Seite Deutschland gegen England aufzustacheln, anderer-
Nr. 2646 seits aber eine englisch-französische Verständigung gegen Deutschland zu erzielen. In diesem Sinne wirkte besonders der sehr rührige französische Botschafter Baron de Courcel in London.

Als am 15. Januar 1896 Botschafter B. v. Bülow in Berlin an-
Nr. 2647 fragte, ob er den bewußten neuen Gedanken jetzt mit dem Minister-
Nr. 2648 präsidenten Crispi erörtern dürfe, und dazu sofort ermächtigt wurde, mußte er den Gedanken des Festhaltens am Dreibunde durchaus in die vordere Linie rücken. In Rom war man über das Zerwürfnis zwischen England und Deutschland auf das äußerste besorgt, und der Außenminister Baron Blanc deutete wiederholt an, „daß eine
Nr. 2649 dauernde Entfremdung zwischen Deutschland und England Italien an die Seite Frankreichs und Rußlands drängen müsse".

In Paris verfolgte man die zunehmende Feindseligkeit Englands
Nr. 2650 gegen Deutschland mit unverhohlener Schadenfreude. Die französische Presse führte nachdrücklich aus, daß Transvaal nicht geeignet sei,
Nr. 2651 die Aufmerksamkeit Frankreichs von Elsaß-Lothringen abzuwenden. Die französische Politik wurde vor „unnatürlichen Allianzen" gewarnt. Nunmehr erkannte Staatssekretär Frhr. v. Marschall die Verfehltheit des Holsteinschen Gedankens, und zwar hauptsächlich an der Haltung Frankreichs.

In diesem Zusammenhange sei vorgreifend gleich auf die Schlußfolgerung hingewiesen, die Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe aus Frankreichs Haltung in dieser Epoche am 20. Mai 1896[1]) in einem Nr. 2735
nach Petersburg gerichteten Erlasse gezogen hat. Innerhalb 10 Jahren, hieß es darin, hätten zwei verschiedene deutsche Regierungen zweimal versucht, ein politisches Zusammenwirken mit Frankreich in solchen Fragen herbeizuführen, die außer Verbindung mit dem Frankfurter Frieden ständen. „Die Erfahrungen, welche wir jedesmal gemacht haben, sind nicht geeignet, uns, wie die Dinge einmal liegen, zu einem dritten Versuch zu ermutigen. Wir müssen aus dem Erlebten den Schluß ziehen, daß Frankreich alle Fragen der einen Revanche-Idee unterordnet.“

Nach Petersburg ließ Marschall am 19. Januar 1896 mitteilen, daß Nr. 2651
Deutschland die durch die Haltung der englischen Politik geschaffene Weltlage bedauere, daß aber an ihr vorläufig nichts zu ändern sei. In Petersburg versuchte Fürst Lobanow, die deutschen Besorgnisse vor Nr. 2652—2654
Frankreich möglichst zu entkräften.

Sehr bedeutsam ist in dieser Zeitepoche die große Sorge Deutschlands um die Erhaltung Italiens beim Dreibunde. Wiederholt fühlte sich Bülow veranlaßt, seiner Besorgnis Ausdruck zu geben, daß eine Entfremdung zwischen Deutschland und England die Italiener in die Arme Frankreichs treiben könne. Obwohl Italien bei allen seinen Anliegen von England immer nur Abweisungen erfuhr, leistete es ihm immer wieder erbetene und unerbetene Liebesdienste. Der Reichs- Nr. 2655
kanzler Fürst v. Hohenlohe mußte daher den deutschen Botschafter in Rom zu der unangenehmen Aufgabe ermächtigen, die Folgen des Abfalls Italiens vom Dreibunde zu besprechen. Solange es Deutschlands Verbündeter bleibe, werde dieses für die Erhaltung seiner unverminderten Machtstellung Sorge tragen; trenne sich aber Italien vom Dreibunde, so behalte sich Deutschland volle Handlungsfreiheit vor. Bülow sprach sich in Rom mehrfach in diesem Sinne vorsichtig Nr. 2656
aus, konnte aber immer nur feststellen, daß Italien die deutsch-eng- Nr. 2658
lischen Verstimmungen mit großer Sorge betrachtete. Auch war man in Rom überzeugt, daß Frankreich jeder Annäherung an Italien auch in Einzelfragen aus dem Wege gehen werde, solange nicht eine Nr. 2657
Trennung von Deutschland stattgefunden habe[2]).

Den Abschluß der für die Beurteilung der allmählich zutage tretenden inneren Brüchigkeit des Dreibundes besonders wichtigen Schriftstücke bildet ein ausführlicher vertraulicher Bericht Bülows an den Reichskanzler vom 18. Februar 1896. Wohl nur der Not ge- Nr. 2658

[1]) Band XI, S. 188 ff.
[2]) Deutsche Übersetzung eines vom italienischen Außenminister, Baron Blanc, am 4. Februar 1896 an den Botschafter B. v. Bülow gerichteten Briefes siehe S. 257.

horchend hatte der italienische Außenminister Baron Blanc den Willen des römischen Kabinetts bekundet, seine Haltung in auswärtigen und besonders in orientalischen Fragen künftig ausschließlich nach derjenigen Deutschlands zu regeln. Italien halte fest am Dreibunde, es möchte aber den Anschein vermieden sehen, als ob nicht allein Rußland, sondern die franko-russische Gruppe auf der ganzen Linie triumphiere. In der italienischen Kammer werde die Frage aufgeworfen werden, welchen Nutzen Italien aus seinen Bündnissen ziehe. Bülow machte dagegen geltend, daß nicht die franko-russische Gruppe, sondern der Dreibund und vor allem Deutschland das Heft der Weltpolitik in der Hand hielten. Der Dreibund könne als solcher künftighin die Politik der freien Hand treiben, bei der England bisher seinen Vorteil gefunden habe. Bei festestem Zusammenschluß in sich könne sich der Dreibund nach außen freie Hand bewahren. Bei einer solchen Politik werde auch Italien seine Rechnung finden, wenn es nur nicht durch Ungeduld, Unstätigkeit und Unvorsichtigkeit sich seine Chancen selbst verderbe.

Der Kaiser trat den Gedankengängen des Botschafters nachdrücklich bei. Damit war die Politik der freien Hand als maßgebende Richtschnur auch seinerseits anerkannt. Von dem Gedanken, in Einzelfragen ein Zusammengehen Deutschlands und Italiens mit der franko-russischen Gruppe ins Auge zu fassen, war man völlig wieder zurückgekommen.

Mehr noch als in den anderen Kapiteln ist es bei den soeben geschilderten Vorgängen nötig, den Zusammenhang mit den Geschehnissen der Gesamtpolitik, insonderheit mit den Transvaal-Ereignissen, durch Heranziehung der synchronistischen Zusammenstellung herzustellen.

Kapitel 65

Englands Absage an die Entente à trois

In Österreich legte man schon immer großen Wert auf die Erneuerung des 1887 mit Lord Salisbury abgeschlossenen Abkommens von 1887 über Mittelmeerfragen [1]). Der österreich-ungarische Bot-
Nr. 2659 schafter in London erhielt im Januar 1896 Auftrag, die Frage beim
Premierminister anzuregen. Deutscherseits sah man den Versuch,
Nr. 2660 England zu einer festen Abmachung für den Kriegsfall zu bewegen,
Nr. 2661 als aussichtslos an und fürchtete, durch Beteiligung an derartigen

[1]) Vgl. Kapitel 28 (Wegweiser Band 1, S. 127 ff.).

Verhandlungen in eine zweideutige Stellung zu kommen. Auch in Italien hielt man den Augenblick für die Einleitung solcher Verhand- Nr. 2662
lungen noch nicht für gekommen.

Ohne die Dreibundmächte zu verständigen, unternahm Österreich in London den erwähnten Schritt, fand aber, wie zu erwarten gewesen Nr. 2663
war, nur geringes Entgegenkommen. Lord Salisbury hatte darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung Englands über die Türkei Nr. 2664
ihm nicht gestatten würde, eine Verpflichtung zum Schutze Konstantinopels gegen die Russen einzugehen; die englische Regierung könne sich nicht binden.

In Wien bestand anfangs nur geringe Neigung, die Dreibund- Nr. 2665
genossen über diese Londoner Vorgänge aufzuklären, obwohl der österreichische Botschafter in London seinen deutschen Kollegen in tiefstem Vertrauen bereits eingeweiht hatte. In Berlin verhielt man sich daher abwartend und hatte nur den Wunsch, daß das Wiener Kabinett seine Orientpolitik nicht in russenfeindlichem Sinne festlegen möge.

Auch in Italien erfuhr man alsbald, daß Lord Salisbury die Nr. 2666
früheren Abmachungen Englands mit Österreich und Italien nicht geradezu verleugnete, aber keine neuen oder engeren Verpflichtungen übernehmen wollte. Graf Goluchowski war über das Scheitern seiner Bemühungen sehr verstimmt und gab nunmehr nach London die Nachricht, daß er es als Aufgabe der österreichischen Politik auch fernerhin auffasse, alle den Orient betreffenden Fragen mit der englischen Nr. 2667
Regierung in freiem und freundschaftlichem Zusammenhange fortlaufend zu erörtern, im übrigen aber ruhig abzuwarten. Nr. 2668

Aus Wien telegraphierte am 24. Februar 1896 der Botschafter Graf zu Eulenburg abschließend, Graf Goluchowski sehe die englische Ablehnung jetzt als vollkommen endgültig an, aber es werde un- Nr. 2669
zweifelhaft die Zeit kommen, wo England wieder eine Anlehnung an Österreich-Ungarn suche.

Kapitel 66

Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen

In die ersten, schon durch die Auseinandersetzungen Österreichs mit England und Italien belasteten Monate des Jahres 1896 fallen auch Erörterungen über Österreichs Politik innerhalb des Dreibundes.

Aus Wien berichtete am 31. Januar 1896 der Botschafter Graf Nr. 2670
zu Eulenburg unmittelbar an Kaiser Wilhelm II. über ein Gespräch, das er mit dem Chef des österreichischen Generalstabes, Feldmarschalleutnant Frhr. v. Beck, gehabt habe, und in dem er die Frage

zu klären versucht hatte, inwieweit Österreich-Ungarn etwa bei Verwickelungen im Balkan auf die Unterstützung durch Deutschland rechne. Im Vordergrunde stand die Frage, ob Deutschland zur Bundeshilfe verpflichtet sei, falls bei einer zum Schutze der Dardanellen gegen Rußland geschlossenen Abmachung zwischen Österreich und England der Einmarsch der Russen in Konstantinopel den casus belli bilde. Graf zu Eulenburg hatte sofort die Ansicht vertreten, den Österreichern dürfe militärisch kein Zweifel darüber belassen werden, daß Deutschland eine russische Okkupation Konstantinopels nicht als casus foederis betrachten könne. Feldmarschalleutnant Frhr. v. Beck hatte sodann die Frage erörtert, wo wohl der Punkt sei, bei dem Deutschland anerkennen müßte, daß Österreichs Existenz bedroht sei. Eulenburg erwiderte ausweichend, dies sei im voraus schwer zu bestimmen, und empfahl dem Kaiser, militärischerseits den österreichischen Generalstabschef einige Mitteilungen machen zu lassen, die diesen in die Lage versetzten, sie für etwaige zu weitgehende Verbindlichkeiten mit England als Dämpfer zu gebrauchen.

Einem Wunsche des Botschafters entsprechend gab der Kaiser
Nr. 2671 den an ihn gerichteten Brief unmittelbar dem Reichskanzler. Dieser äußerte sich am 2. Februar 1896 ausführlich zu der wichtigen Frage, wie sich Deutschland zu dem Wunsche Österreichs stellen solle, eine bestimmte Erklärung über die Haltung Deutschlands im Falle einer russischen Besetzung der Meerengen zu erlangen. Ganz wie es in England auch immer geschah, vertrat Fürst v. Hohenlohe den Grundsatz, „daß zukünftige Ereignisse, deren Eintritt völlig ungewiß ist, nicht Gegenstand bindender Entscheidungen sein können“. — „Die Gründe,“ heißt es in dem staatsmännisch durchdachten Schriftstück, das uns einen Vergleich mit Deutschlands Lage gegenüber Österreich vor Ausbruch des Weltkrieges sehr nahelegt, „welche uns seinerzeit veranlaßt hatten, die auf den Orient und das Mittelmeer bezüglichen Fragen aus den Bündnisverträgen auszuscheiden und den casus foederis mit Österreich-Ungarn auf den Fall eines gegen dieses Reich gerichteten Angriffs Rußlands zu beschränken, bestehen unverändert fort. Wollten wir über die ausdrücklichen Bestimmungen jener Verträge hinaus Österreich-Ungarn unsere Unterstützung zusagen, falls es in einem russischen Vorgehen nach Konstantinopel einen casus belli erblicken zu müssen glaubt, so würden wir die Verantwortlichkeit für etwaige aggressive Pläne des Wiener Kabinetts übernehmen, die Grundlagen unserer bewährten Orientpolitik preisgeben und damit für uns die Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten steigern; wollten wir umgekehrt dem Wiener Kabinett erklären, daß wir Österreich-Ungarn bei einem Kriege mit Rußland aus Anlaß der Meerengenfrage seinem Schicksal preisgeben würden, so hieße dies unsere Verbündeten entmutigen und dem Pessimismus zutreiben.“

Englands Politik, führte Hohenlohe weiter aus, beruhe auf dem

Antagonismus der beiden großen Gruppen der Kontinentalmächte. Die Wahrnehmung, daß dieser Gegensatz sich dank der friedlichen Politik des Deutschen Kaisers allmählich mildere, habe dem Londoner Kabinett seine auf neue Anfachung jener Gegensätze ausgehende Orientpolitik eingegeben. Daß die Politik des Kaisers alle diese Versuche durchkreuzt habe, sei vielleicht mehr als die Transvaalfrage die wirkliche Ursache der noch herrschenden englischen Stimmung gegen Deutschland. Graf zu Eulenburg sollte daher alle Anfragen von politischer und militärischer Seite dahin beantworten, daß, „wenn Österreich-Ungarn aus solchem Anlaß in einen Krieg mit Rußland gerate, es auf eigene Verantwortlichkeit handele, daß wir aber allerdings nicht zugeben würden, daß Österreich-Ungarns Großmachtstellung ernsthaft bedroht werde".

An der inneren Unmöglichkeit, die letztere Bedingung in einem für Deutschland ungefährlichen Sinne zu beantworten, hat sich 1914 der Weltkrieg entzündet. Damals, 1896, hielt man es jedenfalls für Nr. 2672
das beste, von einer „Definierung der wiederholt von österreichischer Seite angeregten Frage, wann wir im konkreten Falle den casus foederis als eingetreten betrachten würden, zurzeit abzusehen".

In Wien war man enttäuscht und beklagte das Sinken des öster- Nr. 2673
reich-ungarischen Einflusses infolge der nicht hinreichenden Berücksichtigung seiner einzigen ernsthaften auswärtigen, sowohl wirtschaftlichen wie politischen Interessen, nämlich der orientalischen. Demgegenüber vertrat Fürst v. Hohenlohe mit Festigkeit als Grundgedanken des Dreibundes, ihn nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Nr. 2674
Österreichs im Orient verwenden zu lassen. „Österreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibundes zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will."

Der Termin der Erneuerung des Dreibundes nahte heran. In Nr. 2675
Berlin mußte man damit rechnen, daß Österreich in gewissem Sinne Deutschland für den Wegfall der englischen Unterstützung im Mittelmeer haftbar machen werde. Man erwog daher, Österreich zu der Anfrage in England zu ermächtigen, ob jenes Österreich als vereinzelte Macht und ohne die Fessel des Dreibundes lieber zum Verbündeten nehmen wolle als mit dieser Fessel. Österreich solle in dem Augenblick, wo es bei Abschluß eines Abkommens mit England einen dahingehenden Wunsch äußere, von den Verpflichtungen des Drei- Nr. 2676
bundes, jedenfalls von denjenigen gegenüber dem Deutschen Reiche entbunden werden. Dabei wurde aber dem Grafen Goluchowski kein Nr. 2677
Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland an seinen Freunden festhalten werde, solange diese sich ebenso verhielten. Als Politik des Dreibundes kennzeichnete Fürst v. Hohenlohe damals: „Zusammenhalten, sich ruhig halten, seiner eigenen Stärke vertrauen und keine anderen Bündnisse suchen, sei es, wo es sei".

Die Verstimmung der österreichischen Staatsmänner war damals so groß, daß sie eine persönliche Aussprache des Grafen Goluchowski in Berlin als erwünscht erscheinen ließ. Der Graf weilte dort vom 10. bis 13. März 1896, und es geschah alles, ihn aus seiner Stimmung
Nr. 2678 „der enttäuschten Hoffnungen und sorgenvollen Ungewißheiten" wieder herauszubringen. Wenn er es schon vor seiner Reise als eine Deutschland und Österreich obliegende Verpflichtung betrachtet hatte, auf Italien in dem Sinne zu wirken, daß es sich beschränkte und nicht „mit ungemessener Eitelkeit von Mißerfolg zu Mißerfolg eilte", so bezeichnet das greifbar die schon damals vorhandene innere Brüchigkeit des Dreibundes.

Der Wunsch des Grafen zu Eulenburg, Graf Goluchowski möge mit dem festen Eindruck einer Beruhigung und nicht dem einer Enttäuschung aus Berlin zurückkehren, wurde schon vor Eintreffen des Ministers in Berlin durch eine Unterredung Kaiser Wilhelms II. mit
Nr. 2679 dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, insofern vorbereitend gefördert, als der Kaiser hierbei über die ablehnende Haltung Englands gegenüber den österreichischen Wünschen einige bedauernde Äußerungen tat[1]).

Über die Aussprache des Grafen Goluchowski mit dem Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe in Berlin unterrichtet uns eine Aufzeichnung des letzteren vom 15. März 1896. Goluchowski betonte
Nr. 2680 dabei seine Befriedigung über die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen und erklärte, er habe nie ernstlich gehofft, mit seinem Londoner Antrage auf Erneuerung und Feststellung des Abkommens von 1887 bei Lord Salisbury durchzudringen.

Kapitel 67

Die Ägyptische Frage und die Mächte
Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern

Vom Februar 1896 bis in den Sommer des Jahres hinein beherrschte die ägyptische Frage die Aufmerksamkeit der Großmächte. Offensichtlich versuchte Frankreich damals in dieser Frage eine Annäherung an England. Besonders der sehr rührige Baron de Courcel,
Nr. 2681, 2682 Frankreichs Botschafter in London, setzte sich dafür ein.

Am 21. Februar 1896 brachten die „Times" die auffallende Nachricht, der neu ernannte türkische Botschafter in London habe die An-

[1]) Vgl. Dokument Nr. 2770, Wegweiser S. 134.

weisung erhalten, die englische Regierung zu ersuchen, die Frage der Räumung Ägyptens mit der Pforte zu regeln. Wenn diese Nachricht auch alsbald widerrufen wurde, so schien es doch, daß irgend etwas Nr. 2684
im Gange war, und in der Tat wurde auch von Pera bestätigt, daß Nr. 2685, 2686
der Sultan Schritte bei der englischen Regierung im Hinblick auf die Regelung der ägyptischen Frage hatte tun lassen.

In London stellte Baron de Courcel den Engländern als Ergebnis Nr. 2687
einer solchen Regelung den freundschaftlichen Anschluß an Frankreich in Aussicht. Deutscherseits verständigte man das Wiener Kabinett Nr. 2688
und machte darauf aufmerksam, daß sich aus diesen Vorgängen als Folge der kurzsichtigen englischen Politik eine Wendung der europäischen Gesamtpolitik ergeben könnte. An den Botschafter in Petersburg ließ der Reichskanzler am 24. Februar 1896 die Weisung er- Nr. 2689
gehen, sich bei Gelegenheit mit dem Fürsten Lobanow in dem Sinne auszusprechen, daß Deutschland die weitere Entwicklung mit Gemütsruhe abwarten könne, denn die neueste Politik Englands habe das Ergebnis gehabt, auch solchen Staaten, die bisher traditionell mit England gingen, die Wahrnehmung näherzubringen, daß die angebliche Freundschaft Englands nur ein einseitiger Begriff sei. Auch dem Wiener Kabinett gegenüber, wo Graf Goluchowski durch die neue Wendung der Dinge gegen die Haltung der englischen Politik tief verstimmt war, wurde darauf hingewiesen, daß vorläufig alle Erörte- Nr. 2690
rungen nutzlos seien. Erst wenn sich aus der türkischen Anregung eine Annäherung Englands an Frankreich wirklich ergebe, würden Besprechungen innerhalb der Dreibundmächte nötig werden.

In der Tat war die erste Anregung zu den englisch-türkischen Verhandlungen nach einer Meldung aus Pera von London ausgegangen, Nr. 2691
während anfangs März 1896 in der englischen und russischen Presse der Versuch gemacht wurde, die deutsche Regierung mit der neuesten Nr. 2692
Anregung der ägyptischen Frage in Verbindung zu bringen.

Am 3. März 1896 ging in Berlin die Nachricht von der vernichtenden Niederlage der Italiener bei Adua ein, über die im 68. Kapitel alle erforderlichen Dokumente mitgeteilt sind [1]). Für das Verständnis der Vorgänge wird es nötig sein, die grundlegenden Aufzeichnungen vom 3. und 4. März 1896 — Dokumente Nr. 2769—2772 — [2]) schon hier in den Zusammenhang einzufügen. Das ist besonders aus dem Grunde wichtig, weil Kaiser Wilhelm II. unter dem frischen Eindrucke der Hiobsbotschaft aus Abessinien in Berlin eine zweistündige Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles gehabt hatte, die für die Haltung der englischen Politik gegenüber Deutschland entscheidend geworden ist. Es ergab sich daraus eine vertrauensvollere Zusammenarbeit Englands mit Deutschland.

---

[1]) Vgl. S. 133 ff.
[2]) Siehe S. 134.

Nr. 2693 In bezug auf die ägyptische Frage teilte am 4. März 1896 Lord
Salisbury dem Botschafter Grafen v. Hatzfeldt mit, die Initiative
wegen Ägyptens sei vom Sultan ausgegangen, und es handele sich
jetzt in keiner Weise um eine politische Verständigung mit Frank-
Nr. 2694 reich, sondern lediglich um koloniale Fragen. Graf v. Hatzfeldt hatte
den Eindruck, daß in der auswärtigen Politik Englands, wenn auch
noch keine Schwenkung zugunsten des Dreibundes, so doch jedenfalls
ein Stillstand in den dreibundfeindlichen Bestrebungen eingetreten sei.
Anscheinend waren die erwähnten Äußerungen in den „Times" auf
Nr. 2695 Veranlassung der englischen Regierung erfolgt, die dadurch die Stel-
lungnahme der öffentlichen Meinung in England hatte ermitteln wollen.

Eine Folge der Vorstellungen Kaiser Wilhelms II. in seinem Ge-
Nr. 2696 spräche mit Sir Frank Lascelles war es, daß das englische Kabinett
sich entschloß, sofort eine Division nach Dongola vorzuschieben.
Daraus ergab sich eine Entlastung für Italien in Kassala. In Paris
rechnete man, nicht ohne Verstimmtheit, damit, daß die Engländer
nunmehr ihre Truppen bedeutend verstärken und wahrscheinlich später
nach Chartum weiter vorrücken würden.

Schwierigkeiten bereitete nunmehr die Aufbringung der für die
Expedition nach Dongola erforderlichen Geldmittel. Der englische
Generalkonsul in Kairo, Lord Cromer, wünschte die Zustimmung der
Nr. 2697 Schuldenkommission, um einen Teil des Reservefonds aus der Schul-
denkasse für den Zug nach Dongola zu verwenden. In Berlin ließ
Salisbury mitteilen, daß die englische Regierung der ägyptischen ange-
deutet habe, sie möge die Expedition nach Dongola durch die Bereit-
Nr. 2698 stellung von 500 000 Pfund aus dem Reservekapital vorbereiten [1]).

Nr. 2700— Über die Bereitstellung dieser Geldmittel wurde dann zwischen
2702 den Mächten hin und her gehandelt, wobei sich ergab, daß Rußland
Nr. 2705 und Frankreich [2]) gegen die Entnahme dieser Summe ernsthafte Ein-
Nr. 2711, wendungen erhoben. In Rußland fand man, der geplante Feldzug
2712 Nr. 2713 nach Dongola sei keine Notwendigkeit zum Schutze Ägyptens, son-
dern eine aggressive und in ihren Folgen unübersehbare Unter-
Nr. 2714, nehmung Englands in angeblichem Interesse Italiens, und verweigerte
2716 glattweg die Zustimmung zur Verwendung des Betrages.

Nr. 2717 Baron de Courcel schien in London zeitweise geneigt, der Ver-
wendung ägyptischer Fonds gegen gewisse Zusicherungen englischer-
Nr. 2719 seits zuzustimmen. Schließlich stimmte Frankreich doch gegen die
Nr. 2720 Entnahme, und in einer Sitzung am 26. März 1896 in Kairo be-
stritten der französische und russische Schuldenkommissar gemeinsam
die Kompetenz der Schuldenkommission zur Bewilligung der Ausgaben
für die Expedition nach Dongola.

---

[1]) Deutsche Übersetzung siehe S. 257/258.

[2]) Deutsche Übersetzung des Dokuments Nr. 2706 siehe S. 258.

Lord Salisbury blieb indes seiner Absicht getreu, wenn auch Nr. 2699
Frankreich sich durch den Plan eines englisch-ägyptischen Vor-
marsches nach Dongola auf das unangenehmste überrascht zeigte. Nr. 2703
Man hätte dort gewünscht, daß England sich mit Frankreich über Nr. 2704
die ganze ägyptische Frage in einer für beide Teile befriedigenden
Weise verständigt hätte. Für Deutschland ergab sich der Vorteil, daß, Nr. 2706
wie Graf Münster am 19. März 1896 aus Paris meldete, eine Ver-
ständigung zwischen Frankreich, Rußland und England auf lange
Zeit nicht mehr zu befürchten war[1]).

Lord Salisbury ließ sich durch die Mißstimmung in Paris nicht Nr. 2707
abhalten, seine Absicht auszuführen. Baron de Courcel erkannte die Nr. 2708
eingetretene Besserung der deutsch-englischen Beziehungen und fand
sich mit der „unerwünschten Überraschung" der Expedition nach
Dongola, so gut es ging, ab. Für die Haltung der englischen Regie-
rung war es mitbestimmend, daß auch der Generalkonsul in Kairo,
Lord Cromer, es im englisch-ägyptischen Interesse für gut hielt, wenn Nr. 2709,
England den Italienern rasch Hilfe brächte. England schien jetzt 2710
ernstlich entschlossen, an Ägypten festzuhalten, ohne auf die Empfind- Nr. 2715
lichkeit Frankreichs in dieser Frage besondere Rücksicht zu nehmen.
Der Gedanke eines Kondominiums mit Frankreich war aufgegeben. Nr. 2718

Eine Folge der verschlechterten französischen Beziehungen zu
England war es, daß in Paris ein Wechsel im Außenministerium
eintrat. Berthelot legte sein Amt nieder, das der Ministerpräsident Nr. 2721
Bourgeois übernahm. „Die Beziehungen zu England sind schlecht,"
meldete Graf Münster am 31. März 1896. „Die Stimmung ist auf
beiden Seiten des Kanals viel feindlicher geworden."

Deutschland verhielt sich trotzdem in der ägyptischen Frage Nr. 2722,
weiter zurückhaltend. War man sich doch seit Januar 1896 völlig 2723
im klaren darüber[2]), daß eine gemeinsame Politik mit Frankreich
gegen England aussichtslos war, denn in Paris blieb jede außen-
politische Erwägung immer dem Revanchegedanken untergeordnet.

Unbestreitbar hatte der Dreibund durch die geschilderten Vor- Nr. 2724
gänge eine Verstärkung erhalten, Frankreich aber eine diplomatische
Niederlage erlitten, da auch seine Versuche, die Türkei zu einem
Protest gegen die Dongola-Expedition zu treiben, ergebnislos geblieben Nr. 2725
waren. Auf Anraten Deutschlands hatte man sich am Goldenen Horn Nr. 2726,
jeder Einmischung in die ägyptische Frage enthalten und zeigte sich 2727 Nr. 2728–
auch nicht geneigt, auf den von Rußland vertretenen Gedanken einer 2732
Konferenz einzugehen.

Den russischen Plan einer europäischen Konferenz über die
ägyptische Frage besprach Kaiser Wilhelm II. Anfang Mai 1896 rück- Nr. 2733

---

[1]) Deutscher Wortlaut eines vom Grafen Münster übersandten Ausschnittes aus dem „Temps" vom 18. März 1896 siehe S. 258.
[2]) Vgl. oben S. 122.

haltlos mit dem englischen Militärbevollmächtigten Obersten Grierson und betonte bei dieser Gelegenheit, er bedauere die fortdauernde feindselige Haltung der englischen Presse gegen seine Person und gegen Deutschland. Lord Salisbury ließ daraufhin mitteilen, ihm fehle jede Möglichkeit, eine Kontrolle über die englische Presse auszuüben.

Mitte Mai 1896 erregte die Nachricht, daß England in Bombay
3000 Mann zu einer Brigade zusammenziehen und diese nach Suakim
Nr. 2734 zur Ablösung der dort stehenden ägyptischen Garnison entsenden
wolle[1]), in Rußland erhebliche Beunruhigung. Man wollte dort die
Nr. 2735 Suezkanalfrage aufwerfen. Die deutsche Regierung erwiderte am
20. Mai[2]), sie verkenne weder die Wichtigkeit der deutschen Interessen am Suezkanal noch die Notwendigkeit, sie zu stützen. Die alleinige Tatsache aber, daß die englische Regierung die ägyptische Garnison von Suakim durch indische Truppen ersetzen wolle, bilde für Deutschland noch keine Veranlassung, aus seiner Zurückhaltung
Nr. 2736 herauszutreten. Auch in der Türkei suchte der Zweibund gegen den
englischen Plan Stimmung zu machen. Lord Salisbury war seiner-
Nr. 2737 seits durchaus nicht geneigt, auf den Wunsch Rußlands nach einer
Konferenz einzugehen.

In Italien hatte die Tatsache lebhafte Beunruhigung erregt, daß
Nr. 2738 Lord Salisbury kurz vor der Expedition nach Dongola dicht vor
einem Abkommen mit Frankreich über Ägypten gestanden haben
Nr. 2739 sollte. Nun stellte allerdings Baron de Courcel es dem Grafen Hatzfeldt gegenüber durchaus in Abrede, mit Lord Salisbury amtlich über die Erledigung der ägyptischen Frage verhandelt zu haben. Eine
Nr. 2740 innere Übereinstimmung der französischen und russischen Politik über
Mittelmeerfragen schien indes nicht zu bestehen.

Nr. 2741 In Berlin blieb man der Erörterung der ägyptischen Frage auf
einer Konferenz durchaus abgeneigt. Wichtig ist in diesem Zusammen-
Nr. 2742 hange ein unbefangenes Urteil des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt
über die deutscherseits einzuschlagende Politik. „Wenn Sie mich fragen,“ schrieb er am 24. Mai 1896 an den Vortragenden Rat v. Holstein, „welche Haltung ich unter diesen Umständen als die allein richtige für uns betrachte, so kann ich nur auf Grund tiefster Überzeugung wiederholen, daß wir stets und unter allen Umständen darauf bedacht sein müssen, uns die Freiheit unserer Entschlüsse zu wahren, was durchaus nicht verhindert, daß unsere beiden Alliierten, wie es ihren Wünschen und ihren Interessen entspricht, intime Beziehungen zu England unterhalten und sich eventuell mit demselben über eine gemeinsame Politik verständigen.“

---

[1]) Deutsche Übersetzung eines vom Fürsten Lobanow am 15. Mai an den russischen Botschafter in Berlin gesandten Telegrammes siehe S. 258/259.

[2]) Deutsche Übersetzung der Erklärung vom 20. Mai siehe S. 259.

Wenn nun auch ein Zusammenwirken Rußlands und Frankreichs
im Sinne einer ägyptischen Konferenz ergebnislos blieb und Frank- Nr. 2743, 2745
reich Deutschland gegenüber wieder mehr einlenkte, so war dennoch Nr. 2744
der vom Grafen Münster am 22. Juli 1896 daraus gezogene Schluß, Nr. 2746
daß zwischen Frankreich und Rußland kein Allianzvertrag bestehe,
aus den damaligen Vorgängen nicht herzuleiten. Unverkennbar war Nr. 2747
aber die erhebliche neue Verstimmung Rußlands gegen England.

Kapitel 68

Italiens Afrikanöte und die Mächte

Im Frühjahr 1895 hatte Italien seine militärischen Operationen in Abessinien abgebrochen. Als es sie anfangs Oktober 1895 wieder aufnahm, stellten sich bald Rückschläge ein. Die Kolonne des Majors Toselli wurde am 7. Dezember im Süden von Makalle umzingelt und aufgerieben. Weitere unglückliche Ereignisse schlossen sich an. In Italien führte man diese Mißerfolge auf die fortdauernde französische Einfuhr von Kriegsgerät nach Abessinien und auf die unfreundliche Haltung der englischen Regierung in der Frage von Zeila und Harrar zurück [1]).

In Deutschland empfand man die Notwendigkeit, für Italien bald Nr. 2748
demonstrativ freundschaftliche Schritte zu tun. Als die italienische
Regierung von England die Erlaubnis zur Landung einiger hundert Nr. 2749
Mann in Zeila zu erhalten wünschte, trat Deutschland diesem Wunsche
nachdrücklich bei. Lord Salisbury knüpfte seine Zustimmung aber Nr. 2750, 2751
an die Genehmigung des India Office. Auch hielt man Zeila als
Operationsbasis nach dem Innern für ungeeignet. Auf einen dauernden Nr. 2752
Verbleib italienischer Truppen dort wollte man jedenfalls nicht ein- Nr. 2753
gehen, erklärte auch, daß eine voraufgehende Verständigung Italiens Nr. 2754—2760
mit Frankreich bezüglich Harrars notwendig sei.

In Rom ließ Lord Salisbury am 21. Januar 1896 mündlich er- Nr. 2761
klären, das Kabinett von St. James sei der Meinung, die Frage von Zeila und Harrar müsse von Italien mit Frankreich verhandelt werden. Der italienische Minister des Äußeren erwiderte [2]), diese Frage bleibe eine theoretische, da die italienische Regierung durchaus nicht die Absicht habe, eine Expedition gegen Harrar zu unternehmen. Aber das Vertrauen Italiens, das sich mit England in naher Fühlung glaubte, würde durch die Tatsache erschüttert, daß Lord Salisbury sich aus Rücksicht für Frankreich von der Stellung zurückziehe, die Lord

---

[1]) Vgl. 54. Kapitel, s. o. S. 69.

[2]) Französischer Wortlaut dieser Erklärung siehe Band XI, S. 224.

Kimberley am 5. Mai 1894 eingenommen habe. „Das ist kein gutes Vorzeichen für die Möglichkeit, wo Italien englischerseits im Orient engagiert wäre, und läßt der Befürchtung Raum, England könne vorkommendenfalls uns dort im ersten Augenblick ebenso verlassen, um unsere Interessen Frankreich zu opfern.“

Die Schwierigkeit der Lage Italiens brachte dort wieder den Gedanken in den Vordergrund, Italien werde von Frankreich weder
Nr. 2762 in großen noch in kleinen Fragen ernstliche Zugeständnisse erlangen,
Nr. 2763 solange es im Dreibunde bleibe. Die Stimmung der dortigen Staatsmänner war dauernd nervös und gedrückt. Man wünschte in irgend-
Nr. 2764 einer Weise aus den afrikanischen Schwierigkeiten herauszukommen, ohne den Dreibund aufzugeben. Eine Aufzeichnung des Reichs-
Nr. 2765 kanzlers Fürsten v. Hohenlohe vom 13. Februar 1896 zeigt aber, daß man in Berlin nicht gewillt war, für Italien die Gefahr eines Weltkrieges auf sich zu nehmen. „Ein europäischer Krieg zu dem Zweck,“ verzeichnete Hohenlohe, „Italien die Eroberung von Abessinien zu ermöglichen, werde weder in Deutschland noch in Österreich auf Zustimmung und Verständnis rechnen können.“ Der Dreibund war nach seiner Auffassung, wie er am 15. Februar dem Botschafter
Nr. 2766 B. v. Bülow schrieb, ein „pacte conservatoire“, aber „keine Erwerbsgesellschaft“, und das Eindringen der Italiener nach Erythräa sei ein aggressiver Akt und stehe als solcher formell nicht unter der Deckung
Nr. 2767 des Dreibundvertrages. Gegen England blieb man in Italien ver-
Nr. 2768 stimmt, erzielte aber eine leichte Annäherung an Rußland.

Am 3. März 1896 ging in Berlin die Nachricht ein, daß General
Nr. 2769 Baratieri am 1. März die Abessinier bei Adua angegriffen habe, jedoch völlig geschlagen worden sei. Kaiser Wilhelm II. gewährte sofort dem italienischen Botschafter, Grafen Lanza, eine Unterredung und sprach sich sodann gegenüber dem englischen Botschafter, Sir
Nr. 2770 Frank Lascelles, eingehend über die Lage aus[1]). Dabei betonte der Kaiser die Unmöglichkeit, daß England sich mit Frankreich verständigen könne, da die Verbindung Frankreichs mit Rußland eine
Nr. 2771 viel zu feste sei. Sir Frank Lascelles berichtete sofort telegraphisch nach London, der Kaiser erwarte, daß England sich dem Dreibunde anschließe oder doch jedenfalls Italien in seiner bedrängten Lage zu Hilfe komme.

Nr. 2772 In der englischen öffentlichen Meinung bestand damals noch wenig Geneigtheit, für Italien einzutreten. Lord Salisbury machte aus seiner
Nr. 2773 Meinung kein Hehl, daß er das abessinische Unternehmen der Italiener stets für unüberlegt und verfehlt gehalten habe. Er sehe sich daher
Nr. 2774 leider außerstande, der italienischen Regierung zu helfen.

Diese Haltung verstimmte in Berlin und Rom aufs äußerste. Nun-

---

[1]) Vgl. S. 129.

mehr lenkte man in England mit Rücksicht auf das Vordringen der Nr. 2775, 2776
Derwische gegen Kassala ein und beschloß eine den Italienern nütz- Nr. 2777
liche militärische Diversion von Ägypten aus nach Dongola, in der
Hoffnung, hierdurch die Derwische zu erschrecken und zum Rückzuge
von Kassala zu bewegen. Das entsprach durchaus dem Rate, den
Kaiser Wilhelm II. dem Botschafter Sir Frank Lascelles gegeben hatte.
In Italien machte das temperamentvolle Eintreten des Kaisers für die Nr. 2778
Sache der Italiener tiefen Eindruck und ließ das Verbleiben Italiens
beim Dreibunde wieder im Werte steigen.

Am 13. März 1896 suchte der englische Botschafter Sir Frank
Lascelles den Staatssekretär Frhrn. v. Marschall auf und erklärte ihm,
Lord Salisbury sei bereit, die durch die Berichterstattung über das
Kaisergespräch vom 3. März[1]) angeregte Frage zu beantworten. Auch
er wünsche, wie in früherer Zeit, mit Deutschland auf dem Fuße
gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen zu stehen. England wolle Nr. 2779
sich an den Dreibund anlehnen, werde aber nie ein Versprechen
übernehmen, das für irgendeine zukünftige Möglichkeit die Verpflich-
tung zum Kriege enthalte. Diese Politik sei der Regierung vor-
geschrieben, einmal durch die öffentliche Meinung, die derartige
Verabredungen gegebenenfalls über den Haufen werfen werde, sodann
aber durch die insulare Lage des Landes. England könne eine Ver-
pflichtung zum Kriege vertragsmäßig nicht übernehmen, da diese für
die Selbstverteidigung des Landes unnötig sei. „Möge diese Politik
verständig sein oder nicht,“ ließ Lord Salisbury sagen, „sie sei die
einzig mögliche in England; während seines letzten Ministeriums
1886 bis 1892 habe er sie konstant befolgt.“ Warum sei nun jetzt
der Deutsche Kaiser mit der englischen Politik nicht zufrieden? Hier-
über sprach sich der englische Botschafter mit Marschall rückhaltlos
aus und schloß mit dem nochmaligen Ausdruck des englischen
Wunsches, daß zwischen den beiden Ländern gegenseitige freund-
schaftliche Beziehungen bestehen möchten.

Seit dem 10. März 1896 war in Italien an Stelle des durch die
abessinischen Vorgänge gestürzten Kabinetts Crispi das Kabinett
di Rudini mit dem Herzog von Sermoneta als Außenminister am
Ruder. Der leitende Gesichtspunkt des neuen Ministeriums war, vor Nr. 2780
allem militärische Mißerfolge und allzu große finanzielle Opfer in
Afrika zu vermeiden. König Humbert sprach dem Botschafter Nr. 2781
B. v. Bülow die Hoffnung aus, daß die neuen Minister eine Formel
finden würden, die Empfindlichkeit des italienischen Nationalgefühls
mit der Notwendigkeit des Rückzuges in Erythräa zu versöhnen.
Die Fortdauer des Dreibundvertrages in unveränderter Form erklärte Nr. 2782
di Rudini als selbstverständlich. In Deutschland wünschte man, daß

---

[1]) S. S. 134.

Nr. 2783 Italien Kassala nicht übereilt räumen möge, zumal auch Lord Cromer
Nr. 2784 das Verbleiben der Italiener in Kassala wünschte.

Schon im März 1896 hatte der Nachfolger des Generals Baratieri in Erythräa, General Baldissera, Friedensverhandlungen mit Menelik
Nr. 2785 angeknüpft, die sich jedoch im April wieder zerschlugen, da sich der Negus aus Gründen der inneren abessinischen Politik vorderhand auf einen normalen Friedensschluß nicht einlassen wollte.

Inzwischen hatte Rußland sich erboten, eine Sanitätskolonne nach
Nr. 2786 Erythräa zu senden. In Italien und Deutschland mißtraute man diesem auf eine russische Einmischung in die afrikanischen Angelegenheiten hinzielenden Wunsche. Man glaubte auch die Abneigung des Negus
Nr. 2787 gegen einen Friedensschluß zum Teil auf französischen und russischen Einfluß zurückführen zu dürfen.

England gegenüber nahm das neue italienische Kabinett eine ruhigere Haltung ein. Rudini ebenso wie der Herzog von Sermoneta erklärten dem deutschen Botschafter, daß sie England gewiß nicht zum Gegner haben, ihm aber auch nicht die Kastanien aus dem Feuer holen oder sich von ihm vorschieben oder ausbeuten lassen möchten.

Nr. 2788 2789 Ein Gegenstand besonderer italienischer Sorge war in dieser Zeit die Freilassung der zahlreichen von den Abessiniern gemachten Gefangenen. Die russische Regierung bot ihre freundschaftliche Vermittlung an. In Italien glaubte man, die Freilassung der Gefangenen eher durch englische Vermittlung erreichen zu können. In diesem
Nr. 2790 Zusammenhange kam das Gerücht auf, die Italiener wünschten Kassala an England abzutreten. Die Friedensverhandlungen mit dem Negus
Nr. 2791 kamen nicht recht von der Stelle. Als Menelik Ende August eine genaue Darstellung des italienisch-abessinischen Verhältnisses dem
Nr. 2792 Deutschen Kaiser übersandte, ließ dieser eine Übersetzung des Schreibens der italienischen Regierung vorlegen. Aus dem Schreiben Meneliks ging hauptsächlich hervor, daß er die Unabhängigkeit Abessiniens anerkannt und gewährleistet wissen wollte, ein Wunsch, auf den einzugehen man auch in Italien bereit war. Die Abessinier wollten
Nr. 2793 indes die italienischen Gefangenen nicht eher herausgeben, ehe sie zu einem günstigen Friedensvertrage gelangt waren.

Am liebsten hätte damals der italienische Ministerpräsident Afrika ganz aufgegeben. Italien sei zu arm und schwach, sagte Rudini im
Nr. 2794 Oktober 1896 zum Botschafter B. v. Bülow, um Kolonialpolitik treiben zu können. Solange Italien Kolonien habe, werde es nie an ehrgeizigen Offizieren fehlen, die trachten würden, dort Lorbeeren zu erwerben. Jedes Engagement ziehe ein anderes nach sich und erfordere neue Opfer an Menschen und Geld. Die Truppensendungen nach Afrika ruinierten nicht nur die italienischen Finanzen, sondern desorganisierten auch die italienische Armee. Die Regierung müsse aber in dieser wie in mancher anderen Frage einstweilen lavieren.

Am 26. Oktober 1896 erfolgte der Friedensschluß. Kaiser Wilhelm II. war der erste, der seinem Verbündeten telegraphisch seine Glückwünsche hierzu aussprach. In Italien glaubte man, daß der Friedensschluß die Stellung des Kabinetts nicht unerheblich befestigen werde, denn letzteres habe alles erreicht, was unter den Nr. 2795
obwaltenden Umständen zu erhoffen gewesen wäre.

Kapitel 69

Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrags 1896

Schon im Februar 1895[1]) tauchten italienischerseits Wünsche auf, den im Jahre 1896 ablaufenden Dreibundvertrag durch Hinzu- Nr. 2796
ziehung Rumäniens und auch Spaniens zu erweitern. In Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt entzog sich der deutsche Botschafter B. v. Bülow jeder Besprechung über eine derartige Erweite- Nr. 2797
rung des Vertrages.

Ein Jahr später nahmen die italienischen Staatsmänner die Frage aufs neue auf und bezeichneten es als wünschenswert, daß bei einer Erneuerung des Dreibundvertrages Österreich-Ungarn im Mittelmeer, Nr. 2798
Deutschland im Orient weitere Verpflichtungen als bisher übernähmen. Bülow erwiderte sofort, daß diese Zumutungen unmöglich seien; der Hauptzweck jedes Vertrages sei, für eine gegebene Zeit eine sichere Grundlage zu gewähren; dieser Zweck werde illusorisch gemacht, wollte man unablässig, noch in der festgesetzten Vertragszeit, über mögliche Änderungen und Neuerungen beraten. Dieser Standpunkt wurde vom Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe unter ausdrücklichem Hinweise darauf gebilligt, daß Deutschlands Dreibundfreunde, wenn Nr. 2799
sie sicher auf die deutsche Unterstützung rechnen könnten, eine gesteigerte Unternehmungslust betätigen würden. Das Ziel des Dreibundes sah er darin, daß er im festen Zusammenschluß in sich und Nr. 2800
mit freier Hand nach außen — also in der bisherigen Rolle Englands — die Ereignisse ruhig abwarten sollte.

Nach dem schweren Rückschlage von Adua[2]) mäßigten die italienischen Staatsmänner ihre Ansprüche. Eine Mitteilung der italienischen Regierung, die der Botschafter Graf Lanza am 30. März 1896 in Berlin überreichte[3]), besagte nur noch, daß die italienische Re- Nr. 2801

---

[1]) Vgl. die synchronistische Zusammenstellung, S. 198/199.
[2]) S. o. S. 134.
[3]) Deutsche Übersetzung siehe S. 259.

gierung für den Fall einer stillschweigenden Weiterverlängerung des
Dreibundvertrages daran erinnern zu müssen glaube, daß die im Mai
1882 in bezug auf England ausgewechselten Ministererklärungen [1])
für dieselbe Dauer wie der Dreibundvertrag in Kraft bleiben sollten.
Die italienische Regierung bat, ihr diese Auffassung zu bestätigen.

Nr. 2802 Der Dreibund sollte also in keinem Falle als gegen England ge-
richtet angesehen werden. Deutschland lehnte aber eine zusätzliche
Erklärung ab, durch die Italiens Stellung zu England nicht günstiger
gestaltet werden könnte, als sie schon war, während Deutschlands
und Italiens Beziehungen zu Rußland sich dadurch verschlechtern
Nr. 2803 konnten. Nunmehr erklärten auch Rudini und der Herzog von Ser-
moneta, daß sie sich von der Nützlichkeit der Fortdauer des Drei-
bundvertrages in unveränderter Form überzeugt hätten. Immer wieder
Nr. 2804 aber wies man in Rom darauf hin, daß Italien wegen seiner lang-
gestreckten Küsten unmöglich gegen ein mit England verbündetes
Frankreich kämpfen könne. Über die wirkliche Bedeutung der schon
erwähnten Abmachung von 1882 fand dann deutscherseits noch ein
Nr. 2805. 2806 Gedankenaustausch mit der österreichischen Regierung statt.

Nr. 2807 Am 28. April übergab Graf Lanza dem Staatssekretär Frhrn. v.
Marschall einen Schriftsatz [2]), in dem nochmals ausgeführt wurde,
daß Italien sich eintretendenfalls in der völligen Unmöglichkeit be-
finden würde, und zwar wegen seiner geographischen Lage, mit
seinen Verbündeten an einem Kampfe gegen die beiden beträcht-
lichsten Seemächte der Welt teilzunehmen; kein Ministerium Italiens
vermöchte die Verantwortung zu übernehmen, das Land in einen
solchen Krieg hineinzuziehen. Das Auswärtige Amt bestätigte am
29. April den italienischen Schriftsatz [3]) unter Hinweis darauf, daß
die deutsche Regierung den italienischen Ausführungen nicht die
Eigenschaft einer Auslegung des Dreibundvertrages beizulegen ver-
Nr. 2808 möge. In Rom fand man sich damit ab.

Am 16. Mai 1896 verstrich der Termin, bis zu dem Italien den
Dreibundvertrag hätte kündigen müssen. Von diesem Tage an bestand
also der Vertrag auf weitere sechs Jahre zu Recht, ohne daß ausdrück-
Nr. 2809 lich ausgemacht worden wäre, daß der einfache Hinzutritt Englands
zu den Feinden des Dreibundes diesen für Italien unverbindlich machen
würde. Als in einer Sitzung der italienischen Deputiertenkammer am
Nr. 2810 1. Juli der Marquis di Rudini eine Äußerung hatte fallen lassen,
wonach er die Dreibundabmachungen zu verbessern beabsichtige,
Nr. 2811 erklärte er auf Anfrage des Botschafters B. v. Bülow, seine Äußerung

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 1, S. 89/90.
[2]) Deutsche Übersetzung siehe S. 260.
[3]) Deutsche Übersetzung siehe S. 260/261.

sei mißverstanden worden und nur eine Erwiderung auf ihm gemachte Vorwürfe gewesen, daß er zweimal die Gelegenheit habe verstreichen lassen, den Vertrag zu verbessern. Er erblicke im Dreibund die Grundlage der italienischen Politik und eine absolute Notwendigkeit für Italien.

Auch der im Juli 1896 das italienische Ministerium übernehmende
Visconti Venosta machte sich diesen Standpunkt zu eigen, wenn auch Nr. 2812
die Beziehungen zu Rußland und Frankreich sorgfältiger gepflegt Nr. 2813
werden sollten, als dies in Italien bisher geschehen sei. Da der Dreibund ein Bund zur Erhaltung des Friedens sei, so hindere er Italien Nr. 2814
nicht, auch mit anderen Mächten freundliche Beziehungen zu pflegen.

Anhang A

Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896

In den Dokumenten Nr. 2815—2824 sind Belegstücke für die Beurteilung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich in den Jahren 1895 und 1896 zusammengestellt.

Diese Dokumente bilden eine wesentliche Ergänzung der Kapitel
67 und 68. Es zeigt sich in ihnen, daß Italien ein freundliches Neben- Nr. 2815
einanderleben mit Frankreich für ausgeschlossen hielt, solange es zum Dreibunde gehörte. In kommerzieller Beziehung suchte es sich mit Frankreich sowohl über den tunesischen Handelsvertrag wie über
die Abgrenzung der gegenseitigen Machtsphäre in Nordostafrika zu Nr. 2816
verständigen. Das italienische Kabinett hatte aber Veranlassung, sich über eine so ablehnende Haltung Frankreichs zu beklagen, daß ein weiteres Entgegenkommen zwecklos erschien. Die französisch-italienischen Beziehungen verblieben „im Zustande latenter Feindseligkeit",
wie Baron Blanc am 1. Februar 1896 dem italienischen Botschafter Nr. 2817
in Paris, Grafen Tornielli, schrieb.

Nach dem Sturze Crispis schien Frankreich einzulenken. Rudini Nr. 2818, 2819
betonte den Wunsch, die Verschärfung in den Beziehungen zu Frankreich durch eine möglichst vorsichtige und versöhnliche Haltung, sowie durch Zugeständnisse in Einzelfragen zu mildern. Solche waren be-
sonders auf handelspolitischem Gebiete vorhanden. Man wünschte in Nr. 2820
Rom vor allem das Aufhören des französisch-italienischen Zollkrieges. Nr. 2821

Die öffentliche Meinung Italiens wandte sich damals schon un-
verkennbar vom Dreibunde ab. Zwar hielten die italienischen Minister Nr. 2822
an ihm ebenso fest wie ihre Vorgänger, aber sie wünschten doch,
durch den Dreibund nicht an „normalen" Beziehungen zu anderen Nr. 2823
Mächten verhindert zu werden. Deutscherseits richtete man alles Nr. 2824
Augenmerk darauf, Italien zu zeigen, daß es nur bei unzweideutigem Festhalten am Dreibunde seine Zukunft wahren werde.

Anhang B

Die Verlängerung des Rumänischen Vertrages 1896 bis 1899

Durch Akzessionserklärungen vom 11./23. November 1892 war Deutschland dem Bündnisvertrage beigetreten, den Österreich-Ungarn und Rumänien am 13./25. Juli 1892 geschlossen hatten[1]). Dieser Bündnisvertrag lief nach Artikel 5 vier Jahre, also bis zum Juli 1896.

Nr. 2825 Rumänien wünschte nunmehr eine Verlängerung des Geheimvertrages um drei Jahre. Die Unterzeichnung des Protokolls sollte
Nr. 2826 während der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in Bukarest am 28. September 1896 erfolgen.

Das deutsche Auswärtige Amt wünschte alles zu vermeiden, was
Nr. 2827 eine unmittelbare Einbeziehung Rumäniens in den Dreibundvertrag zur Folge gehabt haben würde, da es eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland und ein weiteres Hindrängen Rußlands zu
Nr. 2828 Frankreich daraus befürchtete. Man fand den Ausweg, von der Tatsache der Verlängerung nur Kenntnis zu nehmen und den Beitritt, der erst im August 1899 ausgesprochen werden mußte, bis dahin zu
Nr. 2829 verschieben. In Rumänien war man mit einem Aufschub einverstanden.
Nr. 2830–2832 Die Dokumente Nr. 2830—2832 zeigen, daß Deutschland sich von seinem Standpunkte nicht hat abbringen lassen.

Anhang C

Sturdzas Berliner Mission 1896/1897

Schon 1888 hatte der damalige rumänische Ministerpräsident Sturdza dem Fürsten Bismarck anläßlich eines Besuches in Berlin den Wunsch ausgesprochen, ein Gutachten des preußischen Generalstabes über die Befestigungen von Fokschani zu erhalten. Damals fand eine Unterredung zwischen Moltke und Sturdza statt. Anfang Dezember 1896 war Sturdza zurückgetreten, blieb aber in naher Fühlung mit dem neuen Ministerium und übernahm als dessen Vertrauensmann Ende Dezember 1896 eine Mission nach Wien und Berlin. Er sollte in Berlin eine Rücksprache mit dem Chef des Generalstabes, Grafen
Nr. 2833 Schlieffen, über rumänische Landesverteidigungsfragen herbeizuführen suchen.

Nr. 2834 In Berlin hatte man wenig Neigung, sich in derartige innere Verhältnisse Rumäniens allzusehr hineinziehen zu lassen und verwies Sturdza hauptsächlich auf Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Die Mitteilungen, die Sturdza dem Grafen Schlieffen machte, erfüllten
Nr. 2835 diesen mit gewissen Bedenken gegen die österreichischen Mobilmachungsvorbereitungen. Auf gemeinsame deutsch-österreichisch-
Nr. 2836 rumänische Beratungen militärischer Verhältnisse wünschte man aber in Berlin nicht einzugehen.

---

[1]) Vgl. Nr. 1487. Deutscher Wortlaut siehe S. 233/234.

Kapitel 70

Deutsch-Französische Beziehungen
Ein Annäherungsversuch Hanotaux'?

Am 22. Juni 1896 erschien bei dem Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung", Arthur v. Huhn, der während der Amtszeit Nr. 2837
des Botschafters Fürsten v. Hohenlohe jahrelang in Paris gelebt hatte, ein früherer Korrespondent des Pariser „Matin", um mit ihm die Möglichkeit einer Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen Nr. 2838
auf privatem Wege und durch Vermittlung Huhns zu besprechen. Dieser setzte sich sofort mit maßgebenden Persönlichkeiten in Verbindung, die aber der Ansicht waren, daß eine Änderung der deutsch-französischen Beziehungen auf dem Wege privater Besprechungen nicht zu erhoffen sei, zumal Frankreich Deutschland in der Transvaalfrage im Stich gelassen habe.

Kurze Zeit darauf bot sich für Deutschland Gelegenheit, Frankreich einen Dienst zu erweisen. Das französische Schiff „General Chanzy" wurde durch den Kreuzer „Gefion" aus Seenot gerettet. Kaiser Wilhelm II. teilte diese Tatsache dem Präsidenten Faure mit, Nr. 2839
und dieser dankte telegraphisch.

Am 24. Juli 1896 meldete Graf Hatzfeldt aus London, daß der Nr. 2840
dortige französische Botschafter de Courcel sein Möglichstes tue, um ihn von der Notwendigkeit des Zusammengehens zwischen Frankreich und Deutschland in einzelnen Fragen zu überzeugen. Auch in Kopenhagen war von französischen Wünschen nach einer derartigen An- Nr. 2841
näherung die Rede.

Im September 1896 wurde Herr v. Huhn von dem französischen Nr. 2842
Korrespondenten Morre nochmals in gleichem Sinne in Anspruch genommen. Morre schlug ihm vor, nach Kopenhagen zu kommen, wo er mit einem hierzu ermächtigten Vertrauensmanne der französischen Regierung in Verbindung gesetzt werden solle. Huhn ging darauf ein und reiste in Begleitung von Morre nach Kopenhagen, wo er den in verschiedene politische Geschäfte verwickelten bekannten Julius Hansen traf, der nach 1866 als dänischer Agent im Interesse der Nordschleswiger in Paris tätig gewesen war. Zur Zeit Gambettas war er als Franzose naturalisiert worden und als Botschaftsrat in französische Dienste getreten. In dieser Eigenschaft hatte er auf verschiedenen Gebieten gegen Deutschland gewirkt und erzählte auch, daß zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich militärische Vereinbarungen unterzeichnet worden seien[1]. Früher sei er ein ent-

[1]) Vgl. B. Schwertfeger, Zur europäischen Politik. Band V, „Revanche-Idee und Panslawismus". Bearbeitet von Dr. Wilhelm Köhler, S. 27, Anm. 2, S. 121 ff. u. a. a. O. (Band I der im Druck befindlichen neuen Ausgabe.)

schlossener Anhänger des Revanchegedankens gewesen, jetzt aber hielten alle verständigen und zurechnungsfähigen Leute in Frankreich einen solchen Krieg für unmöglich. Die persönliche Haltung Kaiser Wilhelms II. lasse die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß französische Annäherungsversuche an Deutschland dort Verständnis und guten Willen finden würden. Hanotaux habe ihn beauftragt, in privater Weise Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie man sich Deutschland nähern könne. Er müsse aber mit großer Vorsicht vorgehen.

Hansen schlug vor, der Botschafter Graf Münster möge ermächtigt werden, von sich aus ein entgegenkommendes Wort zu Hanotaux zu sprechen. Dann dürfe Frankreich vielleicht auf die diplomatische
Nr. 2843 Unterstützung durch Deutschland in Mittelmeerfragen rechnen, und Frankreich könne Elsaß-Lothringen vergessen. In diesem Sinne hatte sich Hanotaux auch einem russischen Journalisten gegenüber ausgesprochen.

Wenn Kaiser Wilhelm II. auch persönlich geneigt war, jeden ernstlichen Versuch des Ministers Hanotaux zu ermutigen, so begegnete man doch in Berlin diesen französischen Sondierungen mit einem gewissen gebotenen Mißtrauen. „Dadurch wird unsere politische Haltung vorgezeichnet:" schrieb Reichskanzler Fürst v. Hohen-
Nr. 2844 lohe am 8. Dezember 1896 an den deutschen Botschafter in Petersburg, Fürsten v. Radolin, „Wir setzen der Vorsicht Vorsicht entgegen."

Kapitel 71

Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz Zarenbesuche in Deutschland und Frankreich

Das Jahr 1896 war für die Entwicklung der russisch-französischen Beziehungen insofern von besonderer Wichtigkeit, als im Frühjahre die russische Regierung — anscheinend zum ersten Male — die
Nr. 2845 inneren Verhältnisse der französischen Republik, so z. B. die Wahl des Ministers des Auswärtigen, unmittelbar zu beeinflussen suchte. Man war in Petersburg nicht damit einverstanden, daß das Pariser
Nr. 2846 Kabinett Neigung zeigte, sich mit London über Ägypten zu ver-
Nr. 2847 ständigen. Fürst Lobanow empfand mit Mißvergnügen die Unsicherheit der französischen Regierung. Der junge Zar galt als friedlich gesinnt, aber schwach und fremden Einwirkungen zugänglich.

Tatsächlich scheint Rußland bei der Beseitigung des Kabinetts
Nr. 2848 Bourgeois unmittelbar die Hand im Spiele gehabt zu haben. Am 23. April 1896 wurde dieses von der Kammer gestürzt, und Hanotaux

trat als Minister des Äußeren in das neue Kabinett Méline ein. Da er sich zum Grafen Münster in dem Sinne äußerte, Frankreich habe Nr. 2849 an der Meerengenfrage besonderes Interesse, so rechnete man deutscherseits vorübergehend mit einer Gruppierung der Großmächte nach Art der alten Krimkriegsgruppe, d. h. Englands, Italiens, Österreichs und Frankreichs gemeinsam gegen Rußland, ohne diese Gruppierung etwa als nahe bevorstehend anzusehen.

Von besonderem Interesse sind die politischen Vorgänge vom Frühjahr 1896 ab für die Beurteilung der damaligen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland, und für die Frage, was man in Deutschland über die Existenz des Zweibundes damals tatsächlich gewußt hat.

Auffälliger Weise vertrat Graf Münster nach wie vor den Standpunkt, daß eine geschriebene Abmachung, also eine tatsächliche Allianz zwischen den beiden Mächten nicht vorhanden sei. Dabei war wiederholt von anderer Seite betont worden, daß eine derartige Allianz bestehen müsse. Auch in den schon erwähnten — im September 1896, also einige Monate später niedergeschriebenen — Aufzeichnungen des Herrn v. Huhn [1]) war davon die Rede, es sei tatsächlich ein schriftlicher Vertrag — allerdings rein defensiven Charakters — abgeschlossen worden, und ihm wären später zwischen beiden Mächten schriftliche militärische Vereinbarungen gefolgt. In gleichem Sinne berichtete Botschafter Fürst v. Radolin am 14. Mai 1896, daß nach Aussage Nr. 2850 eines Gewährsmannes bereits seit zwei Jahren eine geheime Militärkonvention zwischen Paris und Petersburg bestehe, die angeblich durch den franzosenfreundlichen General Obroutschew zustande gekommen sei. Die Haltung der Kaiserin-Witwe von Rußland Frankreich gegen- Nr. 2851 über bewies gleichfalls alles andere als deutschfreundliche Neigungen.

Nunmehr setzte die persönliche Politik Kaiser Wilhelms II. in dem Sinne ein, die Beziehungen zu Rußland im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens noch weiter zu verbessern. Den ersten greifbaren Anlaß dazu bildete die Krönung des Zarenpaares in Moskau am 26. Mai 1896, zu der als Vertreter des Kaisers Prinz Heinrich entsandt wurde. Er überbrachte dem Zaren ein freundschaftlich gehaltenes Glückwunschschreiben, auf das dieser am 25. Mai 1896 unter Betonung Nr. 2852 der nahen Freundschaftsbeziehungen zwischen beiden Häusern erwiderte [2]).

In Paris wurde die Moskauer Krönung gefeiert, als ob der Zar gleichzeitig französischer Kaiser und Frankreich durch Personalunion Nr. 2853 mit Rußland verbunden wäre. Es war kaum richtig beobachtet, wenn Graf Münster am 3. Juli 1896 berichtete, durch die Krönungsfeste in Nr. 2854 Moskau sei das Band zwischen Frankreich und Rußland nicht fester

---

[1]) Vgl. oben Nr. 2842, S. 141.

[2]) Deutscher Wortlaut des Zarenbriefes siehe S. 261.

geschlungen, sondern gelockert worden, denn die Franzosen sähen immer mehr ein, daß die Russen sie ausnutzten, und daß die Aussicht, Rußland werde Frankreich zur Eroberung von Elsaß-Lothringen verhelfen, immer unwahrscheinlicher werde.

Die Begeisterung des französischen Volkes für den Zweibund wurde jedenfalls noch im Sommer 1896 durch die Nachricht ins Ungemessene gesteigert, daß das russische Kaiserpaar im Anschluß an seine Antrittsbesuche in Wien, Deutschland, England, anfangs Oktober 1896 für mehrere Tage nach Frankreich kommen werde. Noch am
Nr. 2855 21. Juli 1896 führte Graf Münster aus, daß die etwaige Aufgabe der Zarenreise für die zukünftige politische Lage Frankreichs großen Einfluß haben und daß sie für Deutschland nur günstig wirken könne. Aber auch in diesem Falle durfte Deutschland nicht darauf rechnen,
Nr. 2856 daß die Russen jemals ihre Westgrenze entblößen oder dem Zusammengehen mit Frankreich entsagen würden.

Auf der Reise von Wien nach Kiew war am 30. August 1896 der russische Außenminister, Fürst Lobanow, gestorben. Mit ihm ging
Nr. 2857 nach einem Petersburger Berichte des Geschäftsträgers v. Tschirschky der überzeugteste Anhänger der russisch-französischen Entente dahin. Sein Nachfolger wurde vorübergehend Schischkin, an dessen Stelle am 13. Januar 1897 Graf Murawiew zum Verweser des russischen Ministeriums des Äußeren ernannt wurde. Als am 5. September 1896 das russische Kaiserpaar zum Besuche des anläßlich des Kaisermanövers in Schlesien weilenden deutschen Kaiserpaares in Breslau eintraf, befand sich in seiner Begleitung auch Schischkin, und besprach mit dem deutschen Staatsmännern die politischen Fragen. Der Haupt-
Nr. 2858 nachdruck wurde dabei auf die wirtschaftlichen Erörterungen gelegt und die Frage geprüft, wie sich die europäischen Mächte gegen die amerikanischen Absichten wehren könnten, Europa für den Absatz seiner Waren die unbeschränkte Meistbegünstigung zu versagen.

Auf der Reise von Görlitz nach Kopenhagen weilte das Zarenpaar am 7. und 8. September 1896 in Kiel, wo der Zar der deutschen Flotte einen Besuch abstattete, nachdem ihn Kaiser Wilhelm II. am 5. September zum Admiral à la suite der deutschen Marine ernannt
Nr. 2859, 2860 hatte. Die Dokumente Nr. 2859 und 2860 [1]) zeigen den freundschaftlichen Gedankenaustausch der Monarchen in Ausdrücken, die über die bei solchen Anlässen herkömmlichen Beteuerungen zweifellos hinausgingen. Der Kaiser war über den Zarenbesuch in Schlesien sehr
Nr. 2861 erfreut und hatte seinen Gast dazu veranlaßt, bei seinem Besuche in Paris den Gedanken zu vertreten, daß der Deutsche Kaiser bereit sei, mit Frankreich zur Verteidigung des europäischen Kontinents Hand in Hand zu gehen. Gemeint war dabei die Zusammenfassung der euro-

---

[1]) Deutscher Wortlaut der ausgetauschten Telegramme siehe S. 261/262.

päischen Mächte zum Kampfe gegen die von Amerika drohenden Handelsmaßnahmen. Auch mit dem Reichskanzler Fürsten v. Hohen- Nr. 2862
lohe hatte der Zar in Breslau hierüber gesprochen und den Fürsten gefragt, ob er Bedenken gegen den Zarenbesuch in Paris hege. Es erfreute ihn, als Hohenlohe erwiderte, daß ihm der Besuch in Paris unausweichlich erscheine. Bei den vorbereitenden Erörterungen der französischen Festlichkeiten nahm der Zar persönlich eine ganze Nr. 2863
Reihe von Änderungen und Einschränkungen vor.

Das große Ereignis des Zarenbesuches in Frankreich ging programmäßig vonstatten. Am 5. Oktober landete das Kaiserpaar in Cherbourg, weilte vom 6. bis 8. Oktober in Paris und wohnte am 9. Oktober der großen Parade des II., VI. und VII. Armeekorps in Châlons bei.

Der spöttisch ablehnende Bericht des Grafen Münster vom 3. Oktober 1896 wird der wirklichen Bedeutung dieser Festlichkeiten, Nr. 2864
besonders im Hinblick auf die so leicht zu beeinflussende französische Psyche, kaum hinreichend gerecht. Graf Münster betrachtete den Besuch des Zaren als eine Kanossareise und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die unnatürliche Allianz, bei der Rußland allein gewinne, den Franzosen immer unbegründeter erscheinen werde.

Schärfer beurteilte die Lage Graf Goluchowski, der sich dahin Nr. 2865
äußerte, es komme nach seiner Meinung gar nicht darauf an, ob ein Vertrag zwischen Frankreich und Rußland bestehe; die Tatsache sei unumstößlich, daß beide Länder zusammengehen würden, solange die bestehenden Verhältnisse in Europa erhalten blieben. Graf Münster dagegen hielt es für gleichgültig, ob ein Allianzvertrag existierte oder Nr. 2866
nicht, da es jedenfalls nur ein Defensivvertrag sein würde, und Deutschland ja nicht daran denke, Rußland oder Frankreich anzugreifen. Er erkannte in seinen ausführlichen Berichten über die Feierlichkeiten in Frankreich an, daß die Bevölkerung sich musterhaft benommen hatte, und daß chauvinistische Kundgebungen unterblieben waren. Als er am 10. Oktober über die Revue in Châlons berichtete, erwähnt Nr. 2867
er zum ersten Male die Verwendung des von den Franzosen erfundenen neuen Wortes „duplice“ (Zweibund). Wenn auch das Wort „alliance“ in den offiziellen Reden gefehlt habe und umschrieben worden sei, so existiere eine solche aber doch, und Deutschland habe damit zu rechnen.

Im Herbst 1896 ergab sich aus einer Reise des russischen Kaiserpaares nach Darmstadt eine neue Begegnung der Monarchen, am 19. Oktober in Darmstadt und am 20. in Wiesbaden, die beide günstig verliefen. Der Zar teilte mit, daß er in Paris über den von Kaiser Wilhelm II. angeregten Zusammenschluß der Kontinentalmächte gegen Amerika ausführlich gesprochen und großes Interesse dafür gefunden Nr. 2868
habe. Er wünsche nunmehr mit Deutschland in einen regelrechten Notenaustausch über diese Fragen zu treten. Das schien um so er-

freulicher, als auch Graf Goluchowski diesem Gedanken lebhaft zustimmte. Als eine Auswirkung der Annäherung der Monarchen darf es bezeichnet werden, daß der im Sommer 1896 zwischen Rußland Nr. 2870 und Deutschland entstandene „Zollkrieg" durch eine Konferenz in Berlin schnell beigelegt werden konnte.

Nr. 2869, 2871 Die Dokumente Nr. 2869 und 2871 vermitteln uns nochmals zusammenfassend die Urteile über den Zarenbesuch in Frankreich.

Am 24. Oktober 1896 erschien in den „Hamburger Nachrichten" der berühmte Artikel „Fürst Bismarck und Rußland" und enthüllte das bisher sorgfältig gehütete Geheimnis des sogenannten Rückversicherungsvertrages und seiner Nichterneuerung im Jahre 1890. Kurz darauf teilte ein Korrespondent des „Daily Telegraph" im Berliner Auswärtigen Amt mit, er habe eine Information erhalten, wonach der Deutsche Kaiser vom Zaren Verpflichtungen Nr. 2872 gegenüber etwaigen französischen Revanchegelüsten verlangt habe. Der Zar habe dieses Ansinnen höflich, aber bestimmt abgelehnt. Der Ursprung dieser Information sollte auf dieselbe Quelle zurückgehen, von der auch die jüngsten Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" Nr. 2873, 2878 stammten. Wir ersehen aus den Dokumenten Nr. 2873 und 2878, welchen peinlichen Eindruck die Bismarckschen Enthüllungen damals in Rußland gemacht haben.

Von großem Wert für die Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen ist ein ausführlicher, in dem Aktenwerk nicht in ganzem Umfange mitgeteilter Bericht des Militärattachés in Paris, Oberst-Nr. 2874 leutnants v. Schwartzkoppen. Er gab eine ausführliche Herleitung des Revanchegedankens in Frankreich und erwähnte, daß es in den 1894 an der französischen Kriegsakademie gehaltenen Vorträgen über den Krieg von 1870/71 geheißen habe: „Unsere Unglücksfälle haben eine vollständige Umformung unserer militärischen, politischen und sozialen Organisation herbeigeführt; zwei in hervorragendstem Sinne französische Provinzen sind in den Händen des Auslandes geblieben, und es ist unsere Pflicht, sie, koste es, was es wolle, von dem Joche des Unterdrückers zu befreien. Elsaß und Lothringen erwarten ihre Befreiung. Arbeiten wir unablässig an unserer Vervollkommnung: die Sieger von gestern werden vielleicht die Besiegten von morgen sein[1])!" Die allernächste Zukunft sah Oberstleutnant v. Schwartzkoppen nicht als bedrohlich an; Deutschland werde aber gut tun, sich über die Absichten und Ziele des russisch-französischen Bündnisses keine Illusionen zu machen.

Nr. 2875, 2876 Von jeder Erörterung der elsaß-lothringischen Frage während des Zarenbesuches hatten die Franzosen vorsichtig abgesehen.

---

[1]) Französischer Wortlaut siehe Band XI, S. 378.

Deutschlands Dreibundgenossen fühlten sich durch die Vorgänge in Frankreich einigermaßen bedrückt. „Rußland“, sagte Graf Nigra Nr. 2877
in Wien zu dem deutschen Geschäftsträger, „verfügt augenblicklich über zwei Armeen, zwei Marinen, zwei Diplomatien und zwei Börsen!“ Italiens Lage sei schwierig, da es von Frankreich wegen seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde schlecht behandelt werde.

Als in Rußland im Anschluß an die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ die elsaß-lothringische Frage verschiedentlich erörtert Nr. 2878
wurde, ließ das Auswärtige Amt darum bitten, diesen Erörterungen Nr. 2879
entgegenzutreten. Das war schwierig, da die russische Presse über die inneren Fragen nichts schreiben durfte und dafür gewissermaßen Nr. 2880
als Sicherheitsventil für die öffentliche Meinung eine größere Freiheit für die Erörterung auswärtiger Fragen erhielt.

Auffallend wirkt in den mitgeteilten Dokumenten die ungünstige Schilderung, die Kaiser Wilhelm II. dem englischen Botschafter, Sir Frank Lascelles, am Geburtstage der Kaiserin Friedrich — 21. November 1896 — von dem Charakter des Zaren entwarf, der, obwohl von den besten Intentionen beseelt, jedes Rückgrats ermangele und Nr. 2881
unstät umherschwanke.

Auch Kaiser Franz Joseph äußerte in dieser Beziehung schwere Besorgnisse. Die immer mehr hervortretende Willensschwäche des Nr. 2882
Zaren erwecke die Befürchtung, daß trotz seines zweifellos vorhandenen Bestrebens, den Frieden zu wahren, und mit sämtlichen Mächten in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, der junge Kaiser durch die Verhältnisse unter Umständen und gewiß gegen seinen Willen in kriegerische Verwicklungen hineingetrieben werden könnte, wenn irgendein kräftigerer Wille als der seinige es verstände, die Leidenschaften im Volke zu wecken, um ungestüm das Programm der sogenannten russischen Patrioten auszuführen und den Kaiser mit fortzureißen. Es würde dann fraglich sein, ob Kaiser Nikolaus imstande wäre, der gewaltigen Strömung zu widerstehen. Darin erblickte der Kaiser von Österreich die Hauptgefahr für den Weltfrieden, zumal bei den Russen der Gedanke immer stärker werde, Rußland sei berufen, die Welt zu beherrschen. Er fürchtete eine Schwächung des Dreibundes. Die Hamburger Enthüllungen hatten in der Doppelmonarchie einen überaus deprimierenden Eindruck gemacht.

Die Befürchtungen des Kaisers Franz Joseph sind durch die Vorgänge bei Ausbruch des Weltkrieges zum Unglück der Welt überraschend bestätigt worden.

Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

Der zwölfte Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 12. Bandes

Erste Hälfte

Kapitel 72

Ein Vorspiel der Reformfrage 1896

Der zwölfte Band „Alte und neue Balkanhändel 1896—1899“ ist mit seinen in zwei gebundene Abteilungen zerfallenden 638 Seiten Text und einem Namensregister der Bände 7—12 der umfangreichste der bisher vorliegenden Bände.

Das 72. Kapitel führt wieder in die Frage der türkischen Reformen Nr. 2883–2890
zurück[1]) und zeigt die Stellung der Großmächte dazu. Englands Vorschlag, den Sultan gewissermaßen unter europäische Aufsicht zu stellen, fand weder in Rußland noch bei den Dreibundmächten Anklang, da man allgemein England mißtraute. Englands Versuch, die Reformfrage im ganzen aufzurollen, ruhte nun fast dreiviertel Jahre hindurch.

In der öffentlichen Meinung Englands bestand indes dauernd ein erhebliches Interesse an der endlichen Abstellung der armenischen Plagen. Als Ende August 1896 neue Armeniermetzeleien einsetzten, die in England großes Aufsehen machten, sah sich die Regierung zu neuen Schritten genötigt.

Kapitel 73

Die Armenische Frage und die Mächte 1896

Schon im Januar 1896 hatten die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel durch eine von ihnen eingesetzte Kommission stati- Nr. 2891
stische Angaben über die Armenierverfolgungen zusammenstellen lassen. Daraus hatte sich ergeben, daß neben der niederen mohammedanischen Bevölkerung häufig auch die Beamten und die Truppen ihren Anteil an den gegen die Armenier begangenen Schandtaten hatten.

Als im Juni 1896 der aus preußischen Diensten hervorgegangene türkische Marschall Kamphövener Pascha in Berlin weilte, schilderte Nr. 2892
er dem Reichskanzler die Lage in der Türkei sehr schwarz und sah neue Metzeleien der Armenier voraus. Nach der Ansicht des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Frhrn. v. Saurma, beruhte die stille

[1]) Vgl. Kapitel 56.

Nr. 2893 Duldung dieser Vorgänge durch die türkische Regierung darauf, daß sie in den Armeniern Keime der Auflehnung gegen die Staatsgewalt fürchtete, die unschädlich gemacht werden müßten.

Nr. 2894 Die zur Verzweiflung getriebenen Armenier gaben am 26. August 1896 selbst Anlaß zu neuen Ausschreitungen schlimmster Art. Einige mit Bomben bewaffnete Armenier hatten gewaltsam die Ottomanbank besetzt. Der deutsche Botschafter meldete, daß die hierdurch wütend gemachten Türken zweifellos ein größeres Blutbad unter den Armeniern anrichten würden.

Nr. 2895 Kaiser Wilhelm II. verfügte zweimalige tägliche Berichterstattung durch den Botschafter auf telegraphischem Wege. Die daraufhin
Nr. 2896–2900 erstatteten Meldungen zeigen den weiteren Verlauf. Etwa 8000 Armenier wurden hingeschlachtet, ohne daß die türkischen Truppen und die Polizei hinreichend einschritten. Dabei wurden alle in Konstantinopel weilenden Fremden sorgfältig geschont und in keiner Weise
Nr. 2899, 2900 belästigt. Der Bitte des deutschen Botschafters, Kriegsschiffe nach dort zu entsenden, widersetzte sich der Kaiser, da diese unter allen Umständen zu spät kämen und nicht durch die Dardanellen fahren dürften; englische und französische Schiffe seien ja da und würden ausreichen.

Nr. 2901 Am 29. August 1896 sandten die sechs Botschafter der Großmächte in Konstantinopel ein gemeinsames Telegramm an den Sultan [1]), in dem sie den Sultan als Staatsoberhaupt inständigst baten, unverzüglich genaue und durchgreifende Befehle zu geben, die geeignet seien, diesem unerhörten Zustande der Dinge unverzüglich ein Ende zu bereiten, der für sein Reich die furchtbarsten Folgen herbeiführen
Nr. 2902 könne. Die Pforte suchte sich zu entschuldigen, was aber die Miß-
Nr. 2903 stimmung der Botschafter nicht zu beheben vermochte. Schließlich wendete sich der Sultan in seiner Not an den deutschen Botschafter,
Nr. 2904 indem er betonte, daß er den Deutschen Kaiser als seine feste Stütze betrachte, und weitere Ratschläge erbat. „Mein Botschafter ist nicht dazu da," bemerkte der Kaiser hierzu, „dem Sultan sein Reich regieren zu helfen; das soll er füglich dem Großvezir überlassen."

Nr. 2905 Die Einsetzung einer aus zehn höheren Militärpersonen bestehenden Untersuchungskommission durch den Sultan, der auch Kamphövener Pascha angehörte, schien den guten Willen des Sultans zur Abhilfe zu beweisen. Kamphövener Pascha trat aber alsbald aus,
Nr. 2906 da er an dieser „Scheinkomödie" nicht mitwirken wollte, und stellte
Nr. 2907 dem deutschen Botschafter einen ausführlichen Bericht über seine
Nr. 2908 Beweggründe zu. Ernstliche Abhilfe wurde seitens der Türkei nicht geschaffen, und so klangen die Nachrichten aus Kleinasien schon im
Nr. 2909 November 1896 wieder wenig erfreulich. Den Großmächten erschien es zweifelhaft, ob der Sultan imstande sein würde, der überhand

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 262.

nehmenden Anarchie aus eigenem Antriebe zu steuern. Man glaubte nicht an seinen redlichen Willen, die christliche Bevölkerung in den Nr. 2910
armenischen Provinzen ernstlich zu schützen. Dagegen sprach auch das Verhalten des Sultans gegenüber der den Armeniern anläßlich Nr. 2911
ihres letzten Aufstandes in Aussicht gestellten Amnestie, die nur zögernd ausgeführt wurde. Auf Antrag des russischen Botschafters, Nr. 2912
dem sich seine sämtlichen Kollegen anschlossen, wurden hierüber bei der Pforte Anfang Januar 1897 neue Vorstellungen erhoben, die Nr. 2913
in der Forderung gipfelten[1]), allen Behörden Weisungen zur sofortigen Befreiung der festgehaltenen Armenier, zu deren Gunsten die Amnestie verkündet sei, zu erteilen.

Kapitel 74

Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897

Die Dokumente des 74. Kapitels, das die Stellung der Mächte zur Meerengenfrage während der Jahre 1896 und 1897 behandelt, stehen im engsten Zusammenhange mit den armenischen Vorgängen, die im 73. Kapitel geschildert sind. Es empfiehlt sich, überall den zeitlichen Zusammenhang mit den dort gegebenen Aktenstücken herzustellen.

Im Gegensatze zum 73. Kapitel, in dem die Aufeinanderfolge der Aktenstücke den Ablauf einer geschichtlichen Handlung ergibt, behandeln die Dokumente Nr. 2914—2942 nur theoretische Erwägungen und zeigen uns die Stellung der Großmächte zu dem von ihnen allen gefürchteten Problem der eines Tages kommenden Aufteilung der Türkei. Wie würde sich Rußland, das traditionell nach dem Bosporus strebte, wie England, das an der Dardanellenfrage immer auf das höchste interessiert gewesen war, wie schließlich Österreich dazu stellen, das auf dem Balkan sein Hauptaktionsgebiet erblickte? Wie mußte schließlich die Entrollung der Meerengenfrage auf die erst in zweiter Linie interessierten Mächte, insbesondere auf Deutschland, auf Frankreich und Italien zurückwirken?

Für die deutsche Politik stand von vornherein fest, daß die Nr. 2914
Mächte alles vermeiden sollten, was den Zerfall der Türkei beschleunigen könnte; war aber der Zerfall nicht aufzuhalten, so wollte man — nach Marschalls Auffassung — wenn möglich die Balkanvölker unter sich kämpfen und Rußland unbehindert ins Mittelmeer gelangen lassen. Immer war der feste Zusammenhalt der deutsch-österreichischen Gruppe Vorausbedingung.

In Österreich war man entschlossen, die Besetzung Konstantinopels Nr. 2915
durch die Russen nicht zu dulden. Bedenken erregte dort nur die

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 263.

Nr. 2916 hartnäckige Weigerung des Lords Salisbury, für irgendwelche zukünftige Verwicklungen Verpflichtungen zu übernehmen, die England binden könnten. Lord Salisbury hielt sich dauernd zurück, wenn er auch hinsichtlich der von einem Zusammenwirken russischer und
Nr. 2917 französischer Streitkräfte im Mittelmeer für England drohenden Gefahren sich zuversichtlich äußerte.

Nr. 2918 Im August 1896 unternahm Kaiser Wilhelm II. einen bemerkenswerten Schritt, um durch unmittelbare Befragung des englischen Botschafters, Sir Frank Lascelles, herauszubekommen, was England tun würde, falls es in Konstantinopel zum Äußersten kommen werde. Der Botschafter berichtete in diesem Sinne sofort nach London und
Nr. 2919 erhielt die telegraphische Antwort, als Lösung der Frage sei die Öffnung der Meerengen für alle Nationen anzustreben. In dem Ver-
Nr. 2920 halten des Kaisers, der Salisbury vor der ägyptischen Politik des Fürsten Lobanow warnte, lag eine gewisse neue Annäherung an England.

Im August 1896 weilte Fürst Lobanow[1]) in Wien und äußerte
Nr. 2921, 1922 sich dort in ausführlichen Gesprächen mit dem Grafen Goluchowski über die Meerengenfrage. Als er am 30. August auf der Reise von Wien nach Kiew plötzlich starb, blieb die Frage offen, wie die russische Politik sich weiterhin zu der Meerengenfrage stellen würde. Man hielt es dort für das Beste, das jetzige Verhältnis aufrechtzuerhalten und die Türkei als „Portier" an den Dardanellen zu belassen. Der deutsche Reichskanzler betrachtete es gleichfalls nicht
Nr. 2923 als angezeigt, die Frage mit maßgebenden englischen und russischen Persönlichkeiten weiter zu erörtern, wie er — wohl im Hinblick auf den Schritt des Kaisers gegenüber dem englischen Botschafter[2]) — ihm am 26. September 1896 mitteilte. Deutscherseits sollte man, nach seiner Meinung, alles vermeiden, was eine Lösung der Dardanellenfrage zwischen Rußland und England ohne Mitwirkung Österreichs zu befördern vermochte. Der Kaiser erklärte sich einverstanden. Kam
Nr. 2924 es einmal zur Teilung der Türkei, so sollte nach Ansicht des Kaisers Rußland Stambul nicht von England und Frankreich als Äquivalent für Ägypten, sondern von den Dreibundmächten erhalten.

Bei dem Gespräche anläßlich der Anwesenheit des russischen Kaiserpaares in Breslau und Görlitz — 5. bis 7. September 1896[3]) — wurde die orientalische Frage vielfach erörtert. Man einigte sich auf die Erhaltung des vertragsmäßig festgelegten „Status quo" im Orient
Nr. 2925 und auf die Stützung der Autorität des Sultans, und war bereit, wenn nötig, einen kräftigen diplomatischen Druck auf den Sultan auszuüben, um Ruhe und Ordnung in seinem Lande aufrechtzuerhalten.

---

[1]) Vgl. oben S. 144.
[2]) Vgl. oben, Dokument Nr. 2918.
[3]) Vgl. oben S. 144.

Den Angelpunkt aller Erwägungen bildete nach wie vor die voraussichtliche Haltung Englands und Rußlands, über die uns die Dokumente Nr. 2926—2941 ein vielseitig interessantes Material bieten. Nr. 2926—2941
Besonders bemerkenswert ist aus dieser Zeit ein erneuter Versuch Kaiser Wilhelms II., durch unmittelbare Ausfragung eines Engländers, nämlich des Militärattachés Oberstleutnants Grierson, herauszubringen, Nr. 2932
ob etwa England mit Rußland heimlich wegen des Austausches von Ägypten gegen Stambul verhandele oder nicht. Grierson erklärte, England könne nicht für Stambul allein kämpfen, und da die anderen nicht dafür kämpfen wollten, wäre niemand da, ihm zu helfen. Der Kaiser sagte ihm darauf[1], das sei eine grundlegende Änderung der englischen Mittelmeerpolitik und damit des Ecksteins der europäischen Politik der anderen Mächte, und er hoffe, daß England etwas derartiges nicht hinter dem Rücken der anderen Mächte tun werde. Der Reichskanzler sah in den Äußerungen des Militärattachés die englische Absicht, sich unter keinen Umständen vorher binden zu wollen, Nr. 2933
sondern sich bis nach dem etwaigen Ausbruche von Feindseligkeiten freie Hand zu sichern.

Am 18. April 1897 erfolgte die Kriegserklärung der Türkei an Griechenland, über die das 80. Kapitel[2] zahlreiche Dokumente enthält. Die Mächte gewannen als neutrale Zuschauer Zeit zur ruhigen Überlegung. Ein Bericht des Botschafters Grafen Münster vom 20. April 1897 zeigt, daß man in Frankreich strenge Neutralität zu Nr. 2942
halten wünschte. Auch dort war man der Meinung, ehe die Frage der Meerengen nicht endgültig gelöst sei, werde Europa nicht recht zur Ruhe kommen. Noch aber hoffte man, daß es gelingen werde, den Kampf um die Meerengen zu lokalisieren.

Kapitel 75

Das Ende der bulgarischen Frage
Der Dreibund und die Anerkennung Fürst Ferdinands 1896

Die Dokumente beginnen mit einer Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall vom 11. August 1895, die einen guten Nr. 2943
Überblick über die bulgarischen Verhältnisse im Sommer 1895 darbietet. Diese Aufzeichnung war im Anschluß an ein Gespräch des Staatssekretärs mit dem zur Kur in Deutschland weilenden Könige von Rumänien entstanden, der die Hauptschwierigkeiten der Lage auf dem Balkan darin erblickte, daß es neben der offiziellen russischen Politik noch eine nicht offizielle gebe, die vielfach entgegengesetzte Wege gehe und oft einflußreicher sei als die erstere. Rußland arbeite

[1]) Englischer Wortlaut siehe Band XII, erste Hälfte, S. 71.
[2]) Vgl. unten S. 167 ff.

in Ostasien gegen England, in Bulgarien gegen Österreich-Ungarn, in Abessinien gegen Italien, indirekt auch gegen England, indem es die englische Stellung in Ägypten bedrohe.

Bulgariens Stellung zu den Großmächten wurde durch den Glaubenswechsel des Thronfolgers Prinzen Boris entscheidend beein-
Nr. 2944 flußt. Rußland war nunmehr bereit, den Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien anzuerkennen und zur Erlangung des Einverständnisses
Nr. 2945 der Mächte mit dem Sultan in Verhandlungen einzutreten. Deutscherseits war man einverstanden, und auch in Wien, wo man allerdings
Nr. 2946, 2948 über den Glaubenswechsel auf das tiefste verstimmt war, und in Rom war man bereit, mit dem Berliner Kabinett in dieser Frage zusammenzuwirken.

Nr. 2947 Daß Graf Goluchowski Neigung zeigte, sich offen als Gegner
Nr. 2949 Bulgariens zu zeigen und sein Mißfallen durch „schlechte Behandlung“ Bulgariens zu bekunden, erregte Besorgnisse beim Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, der der Ansicht war, man sei in Wien immer schon über die bulgarischen Dinge mangelhaft unterrichtet gewesen und habe sich daher zu unpraktischen Entschließungen verleiten lassen. Fürst v. Hohenlohe teilte daher dem Botschafter Grafen zu Eulenburg zwei Erlasse des Fürsten Bismarck aus den Jahren 1880 und 1882 mit, aus denen hervorging, daß das Wiener Kabinett sich nach Bismarcks Meinung seine Balkanpolitik unnötigerweise durch Mißhandlung der dort neu entstandenen Staaten erschwere; Österreich könne in der Form von der vollendetsten Höflichkeit sein, ohne der Schärfe seines sachlichen Auftretens, wo ein solches durch eigene Staatsinteressen geboten sei, den geringsten Abbruch zu tun. „Österreich-Ungarn sollte es nunmehr vermeiden,“ schrieb Fürst
Nr. 2950 v. Hohenlohe am 12. Februar 1896 an Kaiser Wilhelm II., „durch eine Gefühls- und Empfindlichkeitspolitik gegenüber Bulgarien dem
Nr. 2951 Dreibunde unnötige Schwierigkeiten“ zu schaffen. Österreich erklärte sich denn auch bereit, die Anerkennung des Prinzen Ferdinand in
Nr. 2952 Erwägung zu ziehen, und lenkte ein.

Nr. 2953 Am 15. Februar 1896 stellte die türkische Regierung in Berlin die amtliche Anfrage, ob Deutschland der Anerkennung des Prinzen
Nr. 2954 Ferdinand als Fürst von Bulgarien zustimme. Deutschland war ein-
Nr. 2955 verstanden, wenn man auch befürchtete, daß der ehrgeizige Fürst nunmehr nach der Erlangung von Mazedonien und nach dem Königstitel streben würde.

Nach seiner Anerkennung durch die Pforte, die am 11. Februar 1896 erfolgte, unternahm Fürst Ferdinand eine Rundreise nach Konstantinopel, Petersburg, Paris und Berlin, wo er am 30. April von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde. Während seiner Anwesenheit
Nr. 2956 in Berlin sprach sich der bulgarische Ministerpräsident Stoilow ausführlich mit dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall aus. Danach er-

kannte man in Bulgarien dankbar an, was Rußland zur Befreiung des Landes getan habe, entwickelte aber mehr und mehr den Gedanken der Bildung einer nationalen bulgarischen Partei mit dem Programme, Bulgarien auf der Grundlage des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes selbständig zu regieren. In Wien wurde der Fürst nicht Nr. 2957
empfangen.

Im Sommer 1897 kam anläßlich des bevorstehenden zehnjährigen Regierungsjubiläums des Fürsten Ferdinand das Gerücht auf, man beabsichtige, die Unabhängigkeit Bulgariens zu proklamieren. In Nr. 2958
Bulgarien hielt man sich aber zurück, da es gefährlich schien, neue Verwickelungen im Balkan heraufzubeschwören, während Europa gerade durch die Lösung der türkisch-griechischen Frage in Anspruch genommen war [1]). Für Bulgarien war es wesentlich, zunächst einmal die immer noch nicht behobenen und im Sommer 1897 neu genährten Nr. 2959
Verstimmungen Österreichs gegen Bulgarien zu beseitigen.

Den Abschluß der mitgeteilten Dokumente bildete eine Aufzeichnung des Generalkonsuls in Sofia v. Reichenau vom 29. Juli 1898. Nr. 2960
Danach betrachtete Fürst Ferdinand als sein politisches Programm die innere Festigung und Entwicklung Bulgariens, die Wahrung des Friedens auf der Balkanhalbinsel und die Aufrechterhaltung der Integrität des Türkischen Reiches. Fürst Ferdinand fühlte sich von Deutschland schlecht behandelt, obwohl sich seine Politik doch durchaus im Rahmen und Geiste der türkenfreundlichen deutschen Politik bewegt habe. Er sei sich dessen bewußt, daß er seine nunmehr länger als zehnjährige Existenz weder dem Dreibunde noch Rußland, sondern allein dem Sultan verdanke. Das werde er nicht vergessen und sicher nicht verblendet genug sein, an diesem ihn voll befriedigenden Zustande rütteln zu wollen.

Kapitel 76

Die Mazedonische Gefahr 1896

Im Frühjahr 1895 gewannen die Bestrebungen der Mazedonier Nr. 2961
nach politischer Autonomie ihres Landes eine für die Pforte drohende Gestalt. In Bulgarien war man lebhaft beunruhigt und bekundete Nr. 2962
diese Auffassung bei der Pforte, obwohl nach der Annahme un- Nr. 2963
parteiischer Beurteiler die mazedonische Bewegung hauptsächlich von Bulgarien angestiftet schien. Deutscherseits gab man der Pforte den Nr. 2964
Rat, von jeder Verwendung irregulärer Truppen an der mazedonischen Grenze abzusehen.

[1]) Vgl. Kapitel 80, S. 167 ff.

Zweifellos bestand ein innerer Zusammenhang zwischen der Aufrollung der armenischen Frage und den Bestrebungen der bulgarischen Mazedonier, die ihre Loslösung von der Türkei und den Anschluß an Bulgarien erstrebten. Als die bulgarische Regierung derartigen
Nr. 2965 Wünschen gegenüber nachgiebig zu werden schien, stellte das Wiener Kabinett in Berlin, London und Rom den Antrag, in Sofia einen Druck auf die bulgarische Regierung durch die Mitteilung auszuüben, daß sie auf die Unterstützung der Großmächte in keiner Weise würde zählen können.

In der Türkei glaubte man, mit den in Mazedonien vorhandenen
Nr. 2966 regulären Truppen die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu können,
Nr. 2967 zumal die bulgarische Regierung angesichts der Haltung der Großmächte auch ihrerseits alles aufbot, um die Ruhe zu erhalten, den Übertritt von Banden zu verhindern und die Bewegung im Lande zu
Nr. 2968 unterdrücken. Im August konnte man die Bewegung als beendet ansehen.

Nr. 2969 Im Dezember 1895 bereits glaubte man mit neuen Wirren in Mazedonien im kommenden Frühjahr rechnen zu müssen. Wien schien
Nr. 2970 geneigt, zur Regelung der mazedonischen Frage eine Konferenz vorzuschlagen, worauf einzugehen man in Deutschland wenig Neigung spürte.

Nr. 2971 Auch in Rußland zeigte man sich besorgt, und in Wien kam es
Nr. 2972 zu ziemlich gereizten Auseinandersetzungen zwischen dem russischen Botschafter und dem Grafen Goluchowski, da letzterer die Ansicht hatte, die mazedonische Frage würde vollständig tot sein, sobald Rußland seine Hände davon zurückziehe. Rußland beteuerte, nicht
Nr. 2974 daran zu denken, den „Status quo“ der Türkei zu ändern, und auch
Nr. 2973 in Berlin war man der Meinung, daß Rußland seinen Einfluß aufbieten werde, um einen Ausbruch der Feindseligkeiten auf der Balkanhalbinsel für die nächste Zukunft zu verhindern. In Wien bemühte sich der russische Botschafter Graf Kapnist unausgesetzt in der
Nr. 2975 Richtung, eine Verständigung mit Österreich für den Fall neuer Unordnungen in Mazedonien herbeizuführen.

Als der türkische Armeereformer, General Frhr. v. der Goltz, Mitte Januar 1896 von einer Urlaubsreise nach Berlin wieder in Pera
Nr. 2976 eintraf, brachte er den Auftrag mit, den Sultan vertraulich auf rechtzeitige militärische Vorbereitungen in Mazedonien hinzuweisen. Auch
Nr. 2977 in Rußland trug man Bedenken, dort neue Unruhen entstehen zu
Nr. 2978 sehen, wollte sich aber auch nicht in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmischen.

Im Sommer 1896 bot die Übertragung der Unruhen in Kreta[1]) auf mazedonisches Gebiet dem bulgarischen Exarchen eine günstige Gelegenheit, die Pforte um die Gewährung weiterer bulgarischer

---

[1]) Vgl. Kapitel 77, S. 160/161.

Bischofssitze in Mazedonien anzugehen. Eine Unterstützung dieser Nr. 2979
Forderung durch Deutschland kam nicht in Frage, da man dort annahm, daß die bulgarischen Absichten den russischen Wünschen zuwiderlaufen würden. Ein Bericht des Generalkonsuls in Sofia vom
25. August 1896 gibt einen guten historischen Überblick über die Nr. 2980
damaligen Vorgänge.

Am 30. Januar 1897 kündigte der deutsche Gesandte in Belgrad
das Bevorstehen neuer Wirren in Mazedonien an. Österreich wandte Nr. 2981
sich an die Athener Regierung mit der Bitte, alle Anzettelungen in
Mazedonien zu verhindern. Gemeinsame Schritte Griechenlands, Ser- Nr. 2982
biens und Bulgariens gegenüber der Türkei schienen bevorzustehen, während das Bestreben des Petersburger Kabinetts dahin ging, die Balkanstaaten unter dem Drucke Rußlands und Österreichs stillzu-
halten. In gleichem Sinne ließ Fürst Hohenlohe auch Besprechungen Nr. 2984
mit dem Grafen Murawiew aufnehmen, um es zu verhindern, daß im Anschluß an einen griechischen Angriff auf die Türken an der mazedonischen Grenze bulgarische und serbische Streitkräfte den Türken in den Rücken fielen. Auf eine Förderung der bulgarischen, inzwischen
amtlich geltend gemachten Wünsche bezüglich der Errichtung neuer Nr. 2983
Bistümer in Mazedonien ging die deutsche Regierung nicht ein.
Bulgarien und Serbien waren aber bereit, sich jeder Feindseligkeit Nr. 2985
gegen die Türkei zu enthalten, wenn nur diese Frage erledigt würde.

Am 9. April 1897 begannen die griechisch-türkischen Feindseligkeiten[1]). Ein ausführliches Gespräch, das der damals zum Besuch in Deutschland weilende Fürst Ferdinand von Bulgarien
am 20. April 1897 mit dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall hatte, Nr. 2986
zeigt die Schwierigkeiten der damaligen Lage auf dem Balkan. Auch in Bulgarien bestand eine große nationale Erregung. Man wünschte dort Reformen in Mazedonien und hielt den Augenblick für gekommen, diese Reformen bei dem Sultan durchzusetzen. Marschall betonte mit Schärfe, die beiden nächstbeteiligten Mächte, Österreich-Ungarn und Rußland, seien unbedingt darin einig, irgendeine Störung der Ruhe und Ordnung in Mazedonien seitens irgendeines der Balkanstaaten, auch Bulgariens, nicht zu dulden. Fürst Ferdinand zeigte sich hierüber stark erregt, bat aber schließlich, die deutsche Regierung möge im Sinne der Gewährung weiterer Bischofssitze in Mazedonien die bulgarischen Wünsche bei der Pforte unterstützen. Marschall wich aus.
Ein weiteres Gespräch mit dem Fürsten ließ keinen Zweifel darüber, Nr. 2987
daß Bulgarien und Serbien nicht mehr zu halten sein würden, falls etwa Griechenland aus seinem Kriege mit der Türkei einen Gebietszuwachs davontrug. Marschall ließ von diesen Äußerungen den Grafen Goluchowski sofort verständigen.

---

[1]) Vgl. Kapitel 80, S. 167 ff.

Im April 1897 erregte die Nachricht, daß der bulgarische Agent Markow in Konstantinopel mit der Mobilmachung der bulgarischen
Nr. 2988 Armee gedroht haben sollte, falls nicht die drei neuen Bischofssitze in Mazedonien sofort genehmigt würden, großes Aufsehen. Der deutsche Botschafter, Frhr. v. Saurma, wurde telegraphisch angewiesen, den Sultan zu verständigen, daß Deutschland dem Fürsten von
Nr. 2989 Bulgarien bei seiner neulichen Anwesenheit in Berlin nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen habe, daß er sich unter allen Umständen ruhig zu verhalten habe, falls er sich nicht ohne weiteres den unangenehmsten Eingriffen der Großmächte ausgesetzt sehen
Nr. 2990 wollte. Bald stellte sich heraus, daß die Äußerungen Markows übertrieben weiter gemeldet worden waren.

Anfang Januar 1898 bewilligte die Türkei, nach Auswechslung
Nr. 2991 der Ratifikationen des griechisch-türkischen Friedensvertrages, die drei neuen Bischofssitze. Damit trat in der mazedonischen Frage zunächst eine gewisse Beruhigung ein.

Kapitel 77

Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896

Seit Ende 1895 waren auf der Insel Kreta, die von jeher zu Aufständen gegen die türkische Herrschaft geneigt war, wieder Unruhen ausgebrochen, die sich im Frühjahr verschärften und schließlich im Juni 1896 zu blutigen Kämpfen zwischen türkischen Truppen und der von griechischer Seite unterstützten christlichen Bevölkerung führten.
Nr. 2992 Die erste alarmierende Nachricht seitens der britischen Regierung wurde in Berlin Anfang Mai bekannt, als letztere mitteilen ließ, die türkische Regierung scheine entschlossen, die Nationalversammlung von Kandia nicht einzuberufen; die Stimmung der Inselbewohner sei
Nr. 2993 darüber sehr erregt. Deutschland hielt sich zunächst zurück, da es in dieser Mitteilung die Absicht Griechenlands vermutete, die Verantwortung für die Vorgänge auf Kreta von sich auf andere abzu-
Nr. 2994 wälzen. Ein englisches Kriegsschiff traf am 26. Mai 1896 vor Kanea ein, französische, italienische und russische Schiffe wurden dort erwartet. Nach der Meinung des Botschafters Grafen v. Hatzfeldt waren
Nr. 2995 jetzt energische Versuche angezeigt, die Engländer zur Teilnahme an den in Griechenland zu ergreifenden Schritten zu bewegen.

Die einen Zeitraum von vier Monaten umspannenden, mitgeteilten
Nr. 2996–3063 Aktenstücke Nr. 2996—3063 zeigen das Hin und Her in den Verhandlungen der Großmächte, die sich über das Kreta und Griechenland gegenüber einzuschlagende Verfahren nicht einigen konnten, da Englands Haltung stets zweifelhaft blieb. Für die damalige Beurteilung der englischen Politik sind die aus London gesandten Telegramme und Berichte des deutschen Botschafters Grafen v. Hatzfeldt Nr. 3019,

3021, 3026, 3028, 3031, 3032, 3036, 3040, 3041, 3046, 3055, 3059, 3062 erschöpfend aufschlußreich. Sie zeigen, daß England sich stets in einer vorsichtigen Reserve hielt und insbesondere dem österreichischen Vorschlage einer Blockade Kretas nicht zustimmen wollte. Nr. 3045
Für die deutsche Politik war es infolgedessen erst recht geboten, Zurückhaltung zu üben, zumal man auch nicht so weit gehen wollte, wie es Lord Salisbury als einzige entscheidende Lösung ansah, den Nr. 3040
Sultan abzusetzen.

Das Zusammenspiel und Gegeneinanderwirken der an der Türkei mehr oder weniger interessierten Großmächte geht aus den zahlreichen mitgeteilten Dokumenten deutlich hervor. Deutschlands gänzliche Zurückhaltung ist besonders aus den Dokumenten Nr. 3045, 3047, 3050, 3051 und 3056 erkennbar. „Am besten also," telegraphierte Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe am 12. August 1896 an den Bot- Nr. 3056
schafter Grafen v. Hatzfeldt, „wir halten uns zurück und behalten dadurch freie Hand."

In Therapia hatten im August 1896 die Botschafter der Großmächte ein Programm von vierzehn Punkten ausgearbeitet [1]), das den Nr. 3061
weiteren Mediationsverhandlungen mit der Türkei zugrunde gelegt werden sollte. Auch Lord Salisbury trat diesem Programm bei, und am 5. September 1896 vermochte der deutsche Botschafter Frhr. Nr. 3062
v. Saurma aus Therapia zu melden, die kretensischen Deputierten Nr. 3063
hätten die Mediationsvorschläge angenommen und dankten den Mächten für die von ihnen bewirkte solidarische Intervention.

Der Sultan erließ ein Reform-Iradee, das die kretische Nationalversammlung annahm. Die Ruhe auf Kreta dauerte aber nur kurze Zeit. Anfang Januar 1897 entstanden neue Verwicklungen, die dann zum griechisch-türkischen Kriege führten [2]).

Kapitel 78

Das Europäische Konzert und die Reformfrage
Die Konstantinopeler Botschafterkonferenzen 1896—1897

Die Dokumente Nr. 3064—3113 umfassen einen Zeitraum von genau sechs Monaten, vom 15. Oktober 1896 bis zum 15. April 1897, und machen uns mit den Bemühungen der Mächte vertraut, den immerwährenden Beunruhigungen, die von der Türkei ausgingen, insbesondere von den immer aufs neue gegen die Armenier verübten Grausamkeiten, durch die Schaffung einer durchgreifenden Reform endlich ein Ziel zu setzen.

---

1) Deutscher Wortlaut siehe S. 263/264.
2) Vgl. Kapitel 80, S. 167 ff.

Nr. 3064 Besonders in England wurde diese Notwendigkeit empfunden und führte vorübergehend zu einem Versuche, der von der englischen Presse stark befürwortet wurde, mit Rußland und Frankreich als den Genossen des früheren sogenannten armenischen Dreibundes gemeinsam vorzugehen. Beim Zaren ebenso wie bei seinen Ratgebern war aber das Mißtrauen gegen die englische Politik viel zu groß, als daß eine Annäherung sich hätte verwirklichen lassen.

Nunmehr versuchte England, die Frage der türkischen Reformen mit Hilfe des Dreibundes in Fluß zu bringen. Scheiterte dieser Versuch, so wollte es sich an das „europäische Konzert" wenden.

Deutscherseits wurden die Erörterungen durch die in Berlin erfolgende Mitteilung einer Depesche des italienischen Ministers des Äußeren, Marquis Visconti Venosta, an den italienischen Botschafter
Nr. 3065 in Berlin, Grafen Lanza, vom 9. Oktober 1896 in Fluß gebracht [1]). Staatssekretär Frhr. v. Marschall ließ dem deutschen Geschäftsträger in Rom, Grafen v. Pückler, mitteilen, gesonderte Besprechungen unter den Dreibundmächten mit darauf folgender Initiative könnten leicht den Anlaß zu Mißverständnissen bieten und nach außen hin den Anschein einer Spaltung in dem bisher vorhandenen europäischen Konzert erwecken. Bei der bekannten Feinfühligkeit des Sultans für jede scheinbare oder wirkliche Uneinigkeit unter den Mächten, und bei seiner Geneigtheit, daraus Gründe für den Widerstand gegen erteilte Ratschläge zu entnehmen, schiene es der deutschen Regierung rätlicher, die Besprechungen zu sechs zu beginnen, d. h. nicht nur
Nr. 3066–3070 Österreich-Ungarn und Deutschland neben Italien, sondern auch Rußland, Frankreich und England dazu heranzuziehen.

Gegen Englands Mitwirkung herrschten aber nicht nur in Deutschland, sondern nach Mitteilungen des im November aus Paris durch
Nr. 3071 Berlin kommenden Großfürsten Wladimir auch im Lager des Zweibundes schwere Bedenken. Am 20. November 1896 meldete der
Nr. 3072 Botschafter in Petersburg, Fürst v. Radolin, der Zar habe den sonst annehmbar scheinenden Vorschlag Lord Salisburys, in Konstantinopel gemeinsam vorzugehen, mit der Begründung abgelehnt, er könne sich als Autokrat nicht damit einverstanden erklären, „an etwaigen Koerzitivmaßregeln gegen einen befreundeten autokraten Souverän sich zu beteiligen".

Bemerkenswert ist aus der Reihe der weiterhin mitgeteilten Dokumente der sehr ausführliche und einen guten Überblick vermittelnde
Nr. 3073 Bericht des deutschen Generalkonsuls in Kairo, Grafen v. Metternich, vom 25. November 1896. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß alle an der Türkei interessierten Großmächte, vielleicht mit Ausnahme von England, darin einig seien, die letzte Katastrophe in der Türkei solange wie möglich hinauszuschieben.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 264 ff.

Die weiteren Einzelheiten der Verhandlungen unter den Mächten über die Frage der türkischen Reformen aus den weiter mitgeteilten Nr. 3074–3090
Dokumenten zu entnehmen, darf dem Spezialstudium um so eher überlassen bleiben, als aus diesen Erwägungen so gut wie nichts Positives entstanden ist. In der Türkei bemühten sich wieder einmal die Botschafter der Großmächte um die Ausarbeitung eines Reform- Nr. 3091
programms. Der Sultan legte aber den größten Wert darauf, daß ihm ein solches Programm nicht vorgelegt werden möchte. Einzeln wendete er sich an die Großmächte, besonders an Deutschland, um Nr. 3092
unter der Hand zu erfahren, welche Reformen von ihm erwartet würden. Deutschland ging auf seine Wünsche aber nicht ein, da es Nr. 3093, 3094
bei der Orientfrage zu wenig unmittelbar beteiligt sei. Nr. 3095, 3096

Am 29. Dezember 1896 meldete Botschafter Frhr. v. Saurma, Nr. 3097
die Arbeiten der Botschafterkonferenz seien binnen kurzem beendet, und am 2. Januar berichtete er über den erfolgten Abschluß des Nr. 3098
Meinungsaustausches. Die Reformvorschläge selbst würden noch Nr. 3099
länger auf sich warten lassen. In London kennzeichnete Lord Salisbury den Gang der Verhandlungen als viel zu langsam. Der Sultan Nr. 3100
raffte sich zu einem eigenen Schritte auf und bat die Mächte Ende Nr. 3105
Januar 1897 um die Beendigung der Botschafterkonferenzen.

Der weitere Verlauf bietet nur ein geringes geschichtliches Interesse. Lediglich auf die Beurteilung der Arbeiten der Botschafterkonferenzen in Konstantinopel durch den Botschafter Grafen Münster Nr. 3111
sei noch hingewiesen. Er bezeichnete diese Konferenzen als das größte Fiasko der neueren Diplomatie und als ihren Niedergang. Sie hätten eine Aufgabe übernommen, der sie nicht gewachsen gewesen seien. „Mir wie aus der Seele gesprochen!“ schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Rand. „Sie sind eine wahre Schande für uns Europäer!“

Das Gesamtergebnis der langdauernden und mühseligen Arbeiten ist gewesen, daß die entstandenen Schriftsätze nicht einmal der Pforte Nr. 3113
vorgelegt worden sind.

Kapitel 79

Deutsch-Österreichisch-Russische Erörterungen über das Balkanproblem
Das Österreichisch-Russische Balkanabkommen 1897

Das Kernstück der mitgeteilten Dokumente Nr. 3114—3131 bildet die Berichterstattung über den Besuch des Kaisers Franz Joseph Nr. 3121–3125
beim Zaren Nikolaus II. in Petersburg vom 27. bis 29. April 1897.

Bei dieser Monarchenbegegnung hatten Besprechungen stattgefunden, zu denen später auch die beiderseitigen Auswärtigen Minister zugezogen wurden. In diesen Besprechungen wurden gleich-

lautende Noten der beiden Kaisermächte nach Belgrad, Sofia, Bukarest und Cetinje aufgesetzt und darin betont, beide Souveräne seien fest entschlossen, den allgemeinen Frieden, das Prinzip der Ordnung und den „Status quo" aufrechtzuerhalten. Es hatten auch bestimmte Abmachungen zwischen den beiden Regierungen stattgefunden, über
Nr. 3126 deren Art und Umfang Graf Goluchowski am 5. Mai 1897 den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin zur Mitteilung an den Deutschen Kaiser und die deutsche Regierung unterrichtete. Das zwischen den beiden Kaisern erzielte Einvernehmen war durch einen Notenaustausch „in einer loyalen und jeden Hintergedanken ausschließenden Weise ratifiziert" worden. In Österreich herrschte um so größere Freude über diese Annäherung an Rußland, als gerade
Nr. 3114–3116 Graf Goluchowski nach Ausweis der Dokumente Nr. 3114—3116 gegen die russische Politik stets sehr mißtrauisch gewesen war.

Nr. 3123 Der Deutsche Kaiser nahm an der Annäherung lebhaften und inneren Anteil. Wie man bei den anderen Großmächten darüber
Nr. 3127–3131 dachte, geht aus den weiter mitgeteilten Dokumenten hervor.

Alte und neue Balkanhändel 1896—1899

Der zwölfte Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 12. Bandes

Zweite Hälfte

Kapitel 80

Der Griechisch-Türkische Krieg 1897

Die Dokumente des 77. Kapitels [1]) hatten gezeigt, daß die kretensischen Wirren des Jahres 1896 durch das Reform-Iradee des Sultans einen gewissen Abschluß gefunden hatten.

Seit Anfang Januar 1897 waren auf der Insel neue Aufstände ausgebrochen. In Griechenland flammte die panhellenische Begeisterung auf, Demonstrationen fanden statt, um die Regierung zur Parteinahme für die aufständischen Kreter zu veranlassen. Diese fühlte sich außerstande, der Bewegung Herr zu werden, und entsandte zunächst am 6. Februar ein Kriegsschiff und ein Transportschiff, angeblich zur Rettung der griechischen Einwohner, nach der Insel. Zwei Tage später entschloß sich bereits unter dem Drucke der öffentlichen Meinung die griechische Regierung zur Mobilmachung ihrer Flotte und ließ am 10. Februar die Torpedobootsdivision unter dem Befehl des Prinzen Georg von Griechenland nach Kreta auslaufen. Mit diesem Tage setzen die deutschen Dokumente über den griechisch-türkischen Krieg ein.

„Die Gefahr des Augenblicks", telegraphierte Staatssekretär Frhr. Nr. 3132
v. Marschall am 10. Februar 1897 an den Botschafter Frhrn. v. Saurma nach Konstantinopel, „entspringt aus der früheren Haltung der Türkei und der jetzigen Haltung Griechenlands. Wir werden uns solchen Vorschlägen anderer Mächte, welche geeignet scheinen, die allgemeine Kriegsgefahr zu vermindern, gern anschließen. Eine eigene Initiative mit selbständigen Programmvorschlägen würde der Lage Deutschlands als der einzigen Großmacht, welche keinen Giebel nach dem Mittelmeer zu hat, nicht entsprechen."

Dieser vorsichtig abwägenden Haltung hat, wie die zahlreichen mitgeteilten Dokumente erweisen — Nr. 3132—3253 —, die Politik Nr. 3132–3253
Deutschlands während des ganzen griechisch-türkischen Krieges entsprochen. Sie beleuchten in täglicher Aufeinanderfolge der von den verschiedenen Stellen eingehenden Meldungen und der daraufhin von

[1]) Vgl. oben S. 160/161.

Berlin ergangenen Weisungen die für die bisherige Geschichtsschreibung zum Teil noch in Dunkel gehüllten Phasen dieses kurzen, für Griechenland sehr ungünstig verlaufenen, schließlich aber doch durch das Eingreifen der Großmächte eigentlich zu seinen Gunsten entschiedenen Krieges. Für unsere Zwecke ist es nur nötig, einige für die Beurteilung der deutschen Politik wesentliche Stücke herauszuheben.

Da erscheint von vornherein Deutschlands Zurückhaltung als das bestimmende Merkmal seiner damaligen Politik. Immer wußte es sich in Übereinstimmung mit allen am Orient beteiligten Großmächten zu
Nr. 3138 erhalten. Als am 11. Februar 1897 Graf Münster aus Paris über die Besorgnisse der französischen Regierung berichtete, die nicht im Verdacht stehen wollte, für die Aufständischen auf Kreta Partei zu nehmen, ließ das deutsche Auswärtige Amt dorthin mitteilen, der kaiserliche Gesandte in Athen sei beauftragt, sich auch mit den Vertretern von Rußland und Frankreich über die Art und Weise zu verständigen, wie der griechischen Begünstigung des den Frieden von ganz Europa gefährdenden kretensischen Aufstandes entgegenzutreten sei. „Für uns, die wir weit vom Mittelmeer abliegen, kommt weniger Kreta als der Präzedenzfall in Betracht, wonach ein Staat dritten Ranges wie Griechenland in direktem Widerspruche mit den Intentionen der Mächte eine Frage würde anschneiden können, welche die ernstesten Gefahren für den Frieden in Europa in sich birgt.“

Nr. 3139 Ohne sich voranzustellen, war Deutschland ernstlich in antigriechischer Richtung tätig. Als der russische Minister des Äußeren,
Nr. 3142 Graf Murawiew, am 12. Februar eine an das russische Geschwader im Mittelmeer ergangene Weisung[1]) nach Berlin mitteilte, erklärte die deutsche Regierung ihre Bereitschaft, dem binnen wenigen Tagen an der kretischen Küste anlangenden deutschen Schiffe entsprechende Weisung zu geben.

In Athen entwickelten sich die Dinge unaufhaltsam weiter. Am
Nr. 3148 14. Februar 1897 übergaben sämtliche dortige Vertreter der Mächte dem griechischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten eine gleichlautende Erklärung[2]), wonach das Vordringen griechischer Truppen auf ottomanisches Gebiet die Mißbilligung aller Mächte finden würde; diese müßten der griechischen Regierung die Verantwortung für alle Folgen derartiger Schritte zuschieben. Die griechische Regierung erwiderte ausweichend.

Kaiser Wilhelm II., dessen Schwester bekanntlich mit dem Kronprinzen Konstantin von Griechenland vermählt war, ließ sich durch diese Familienbeziehungen keineswegs zu einer durch die Verhältnisse nicht gebotenen Begünstigung der Griechen hinreißen. Er betonte

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 266.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 266/267.

vielmehr von Anfang an, daß energische Schritte getan werden müßten, und daß es am besten sei, den Piräus zu blockieren. Der
Kommandant von S. M. S. „Kaiserin Augusta“ erhielt die Weisung, sich Nr. 3151
im Verein mit den kommandierenden Offizieren der Seestreitkräfte der übrigen Großmächte in den kretensischen Gewässern über geeignete Maßnahmen zu verständigen, um jedem aggressiven Akte seitens der griechischen Schiffe entgegenzutreten oder vorzubeugen.
Der kaiserliche Wunsch einer Blockade des Piräus fand nicht die Nr. 3152—3154
Zustimmung Englands und Frankreichs, während die Österreicher Nr. 3156,
von vornherein damit einverstanden waren. Auch Italien war der 3159, 3161, 3162
Gedanke einer Blockade der griechischen Häfen nicht sympathisch. Nr. 3153, 3154

Die Ereignisse nahmen ihren weiteren Gang. Wieder hielt sich Nr. 3160
England auffallend zurück, was die russische Regierung zu der Auffassung brachte, ihrerseits die Führung zu übernehmen. Am 22. Fe- Nr. 3168
bruar 1897 überreichte der russische Geschäftsträger in Berlin, Baron v. Budberg, dort folgende Mitteilung seiner Regierung[1]):

„Wir denken, daß die kontinentalen Großmächte, da England sich unter dem Vorwande, die Großmächte müßten das spätere Schicksal Kretas im voraus bestimmen, sich jeder Aktion gegen Griechenland entzieht, sich sofort, ohne energische Maßregeln zur Unterdrückung der griechischen Herausforderungen aufzuschieben, über folgende Grundsätze einigen könnten:

1. In keinem Falle könnte Kreta in der gegenwärtigen Lage Griechenland einverleibt werden.

2. Da die Türkei die Anwendung der vereinbarten Maßregeln und Reformen zurückgestellt hat, entsprechen diese nicht mehr der gegenwärtigen Lage, und die Mächte sind nunmehr entschlossen, Kreta mit einer autonomen Regierung auszustatten, aber unter Aufrechterhaltung der Integrität des Ottomanischen Reiches.

Diese beiden Punkte müßten solidarisch in Athen und in Konstantinopel notifiziert werden.

Gleichzeitig müßte die griechische Regierung durch ein Ultimatum aufgefordert werden, unverzüglich seine Schiffe und Truppen von der durch die Mächte besetzten Insel zurückzuziehen. Im Falle des Widerstandes würden dieser Drohung scharfe, heute vormittag angekündigte Maßregeln folgen.

Wir glauben, daß dies angesichts der philantropischen Initiative, womit England sich zu decken sucht, das einzige Mittel ist, den allgemeinen Frieden und das europäische Konzert aufrechtzuerhalten.

gez. Graf v. Murawiew“

---

[1]) Französischer Wortlaut Band XII, zweite Hälfte, S. 346/347.

Kaiser Wilhelm II. war mit dem russischen Vorschlage völlig einverstanden. „Es geht auch ohne England,“ schrieb er an den Rand des erwähnten Schriftstückes. „Der Kontinent muß endlich mal den Briten zeigen, daß sie denselben nicht zum Besten haben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß Rußland dafür sorgt, daß Frankreich unbedingt mitgeht.“

Das weitere Hin und Her der diplomatischen Verhandlungen
erweist, wie sehr alle Großmächte Veranlassung hatten, das Aufleben
der Orientfrage zu fürchten. Unablässig wechselten die Vorschläge
Nr. 3200 der einzelnen Mächte. So dachte man zeitweise daran, Kreta durch
Rußland, England, Frankreich und Italien gemeinsam besetzen zu
lassen. Am meisten aber fürchtete man das Übergreifen von Kriegs-
handlungen auf den Balkan, weil man sich dessen bewußt war, daß
Nr. 3206 auf ein entschiedenes Vorgehen Englands niemals zu rechnen war.
Nr. 3207 Das zeigte sich auch bei der Blockade von Volo[1]), wo man infolge
Nr. 3208 der englischen Haltung die Zeit verstreichen lassen mußte, innerhalb
deren die Blockade, selbst nach der Ansicht des Lords Salisbury, wirk-
sam gewesen sein würde.

Kaiser Wilhelm II. folgerte aus den Ereignissen bei Kreta haupt-
sächlich, daß für die Abstellung der deutschen Flottenmängel etwas
Durchgreifendes geschehen müsse. „Man sieht hieraus wieder,“
notierte er auf einen Bericht des Gesandten in Athen, Frhrn. v. Plessen,
Nr. 3215 vom 28. März 1897, „wie schwer Deutschland den Mangel einer starken
Flotte empfindet, da es sich im Konzert nicht durchschlagend fühlbar
machen kann. Hätten wir statt eines Schiffes eine starke Kreuzer-
division mit Panzerkreuzern bei Kreta gehabt, so hätte Deutschland
ungesäumt auf eigene Faust im Februar allein gleich Athen blockieren
können und dadurch die anderen Mächte nolens volens zum Mittun
fortgerissen und gezwungen. So ist schließlich nichts geschehen, und
derjenige, der alle Pläne durchkreuzt, alle Tatkraft lähmt, und auf
den schließlich darum Rücksicht genommen wird, ist England! Und
warum? Weil es die stärkste Flotte hat! Uns helfen unsere
1 000 000 Grenadiere dabei nichts!“

Sehr beunruhigt waren die Mächte durch die Sorge, daß die
Griechen im April 1897 zum Angriff auf ottomanisches Gebiet
schreiten könnten. Rußland ließ im Hinblick hierauf am 3. April in
Nr. 3218 Berlin eine Note überreichen, in der es anregte, in Konstantinopel
und Athen erklären zu lassen, daß im Falle eines Zusammenstoßes an
der griechisch-türkischen Grenze der Angreifer für die Folgen ver-
antwortlich gemacht werden würde, und daß außerdem der Angreifer,
wie auch der Ausgang des Kampfes sei, beim Friedensschluß keinen
Vorteil erhalten würde[2]).

---

[1]) Deutscher Wortlaut der russischen Note vom 14./26. März 1897 siehe S. 267.

[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 268.

Trotzdem überschritten am 10. und 11. April irreguläre griechische Truppen, zum Teil unter Führung griechischer Offiziere, die thessalische Grenze und entzündeten damit den griechisch-türkischen Krieg.
Die Türkei sah sich genötigt, nunmehr ihrerseits am 18. April den Nr. 3226
Krieg an Griechenland zu erklären, der von Anfang an für die Griechen den denkbar ungünstigsten Verlauf nahm. Bereits am 25. April fiel Larissa in die Hände der gut geführten und rücksichtslos vorgehenden Türken, die an militärischer Schulung den Griechen weit überlegen waren. Die Griechen ernteten einen Mißerfolg nach dem anderen, und schon im Mai sahen sie sich genötigt, die Vermittlung der Mächte behufs Erlangung eines Waffenstillstandes anzurufen.

Schon Ende April hatte sich die Königin von England an den Nr. 3227
Zaren gewendet und ihn gebeten[1], den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Kriegführenden durch die drei Garantiemächte des Königreichs — Rußland, England und Frankreich — herbeiführen zu lassen. Der Zar war an sich bereit, diesen Schritt zu unterstützen, vertrat aber die Ansicht, daß er von allen Großmächten
getan werden müßte. In Wien war man über das Vorgehen Englands Nr. 3228
wenig erbaut. Deutschland hielt sich zurück. Schließlich einigten sich Nr. 3229
in Athen der russische, englische, französische und italienische Ge-
sandte auf eine der griechischen Regierung zu überreichende Er- Nr. 3230
klärung[2], wonach die Mächte der griechischen Regierung zur möglichst baldigen Erlangung eines Waffenstillstandes ihre Vermittlung anboten.

Deutschland machte seine Beteiligung an der Vermittlungsaktion Nr. 3231
von der vorherigen Anerkennung der Autonomie Kretas durch die griechische Regierung und von dem Versprechen der Zurückziehung der noch auf der Insel weilenden griechischen Truppen abhängig. Dieser Standpunkt wurde auch folgerichtig durchgehalten, selbst als
die Kronprinzessin von Griechenland sich an ihren Bruder, den Kaiser Nr. 3232
Wilhelm II., am 9. Mai mit einer dringenden telegraphischen Bitte wendete, er möge die von den Mächten vorgeschlagene Vermittlung
beschleunigen. Der Kaiser antwortete ihr aus Urville am 9. Mai 1897, Nr. 3233
er könne in der Sache nichts tun, solange Griechenland nicht die Mediation der Mächte nachsuche und sich dabei im voraus der Bedingung unterwerfe, durch Anerkennung der Autonomie Kretas und Zurückziehung der Truppen von dort das verletzte Recht wieder-
herzustellen. Griechenland gab nun die geforderte Erklärung[3], und Nr. 3235
der deutsche Gesandte in Athen wurde daraufhin am 10. Mai er- Nr. 3236
mächtigt, in Besprechungen mit seinen Kollegen und der griechischen Regierung einzutreten.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 268.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 269.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 269.

Schon am 12. Mai aber wendete sich die Kronprinzessin aufs
Nr. 3237 neue an ihren kaiserlichen Bruder mit der Bitte, auch in Konstantinopel für die Einstellung der Feindseligkeiten wirken zu wollen.
Nr. 3238 Diesem Wunsche hatte der Kaiser bereits entsprochen.

Die weiteren Dokumente zeigen dann den Kampf um die Friedensbedingungen und die Einwirkung der Mächte auf die Türkei im Sinne der Mäßigung. So behielten, hauptsächlich auch unter dem
Nr. 3243 Drucke des russischen Eintretens [1]), die Griechen Thessalien, hatten aber der Türkei ihre Kriegskosten zu ersetzen. Dadurch geriet
Nr. 3250–3252 Griechenland in die finanzielle Abhängigkeit der Mächte, die seiner finanziellen Gesundung aber schließlich zum Vorteil gereicht hat.

Als im September 1897 die Friedenspräliminarien abgeschlossen waren — der endgültige Frieden zwischen Griechenland und der Türkei wurde erst am 4. Dezember 1897 in Konstantinopel unter-
Nr. 3253 zeichnet —, wechselte Kaiser Wilhelm II. herzliche Telegramme mit Kaiser Franz Joseph und dem Zaren, in denen er seine Genugtuung darüber aussprach, daß die Großmächte des Kontinents zum ersten Male der Welt das Bild des geschlossenen Eintretens für ihre Interessen und die Sache des Friedens gezeigt hätten.

Kapitel 81

Die Kretafrage 1898
Dissonanzen im Europäischen Konzert

Durch den Abschluß des griechisch-türkischen Krieges im Dezember 1897 fanden weder die griechische noch die kretensische Frage ihre endgültige Lösung. Schon im Dezember 1897 — also im Monat des endgültigen Friedensschlusses — entstanden auf der Insel Kreta neue Unruhen.

Die Botschafter in Konstantinopel hatten sich Anfang Dezember 1897 dahin geeinigt, zunächst für eine gewisse Übergangszeit in Kreta eine provisorische Regierung mit einem von den Mächten zu ernennenden provisorischen Gouverneur einzurichten. Über die Persönlichkeit des künftigen Gouverneurs vermochte man sich nicht zu einigen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut einer Note des Grafen Murawiew vom 12. Juli 1897 siehe S. 269/270.

Ein grundlegender Bericht des nunmehr in Pera als deutscher
Botschafter bevollmächtigten Frhrn. v. Marschall[1]) vom 25. Dezember Nr. 3254
1897 weiht uns in die damals herrschenden Schwierigkeiten ein. Der
Wunsch, den Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur von
Kreta zu machen, bildete nach deutscher Auffassung voraussichtlich
den Ausgangspunkt für die Angliederung Kretas an Griechenland. Nr. 3255
Russischerseits trat man aber für die Kandidatur ein, da keine andere Nr. 3256—3258
geeignete Persönlichkeit vorhanden war.

Um diese Kandidatur wurde nun unter den Großmächten lebhaft
hin und her verhandelt. Deutschland tat das beste, was möglich war,
indem es sich bei diesen Erörterungen auf die Zuschauerrolle zurück- Nr. 3270, 3274, 3285
zog. Schließlich trat auch England lebhaft für die Kandidatur des Nr. 3272, 3273, 3276
Prinzen Georg von Griechenland ein, während der Sultan sich dagegen Nr. 3277
sträubte.

Längere Zeit schien, da man sich über die Kandidatur des Prinzen
nicht zu einigen vermochte, die kretische Frage, wie es der Botschafter
Frhr. v. Marschall am 26. Februar 1898 ausdrückte, „in ein Stadium Nr. 3287
vollkommener Versumpfung“ zu geraten. Deutschland zog sich immer
mehr zurück, ließ sein in Kanea stehendes deutsches Detachement
durch S. M. S. „Oldenburg“ am 16. März 1898 einschiffen, die Flagge
niederholen und das Schiff nach Messina abgehen. Der innerste
Beweggrund Kaiser Wilhelms II. für diese Anordnung war, daß er
nicht dazu beitragen wollte, durch Deutschlands Beteiligung an der
immer mehr versumpfenden Kreta-Angelegenheit für England die
Kastanien aus dem Feuer zu holen. Er ließ aber die russische Regierung wissen, daß es der deutschen Politik fernliege, die diplomatische Tätigkeit Rußlands im Orient dadurch erschweren zu wollen.
Dem über die Abberufung des Schiffes besorgten Sultan wurde mit- Nr. 3291
geteilt, daß diese Maßnahme keineswegs als Symptom eines verminderten deutschen Interesses für die Türkei aufzufassen sei.

Ende August 1898 brachen auf der Insel Kreta, und zwar in Kandia, neue Aufstände der Mohammedaner aus, die sich gegen die englische Besatzung richteten. Mehrere hundert Christen und 21 englische Soldaten fielen als Opfer von Straßenkämpfen. Daraufhin beschossen am 6. September die englischen Kriegsschiffe Kandia, das zum größten Teil in Flammen aufging. Nunmehr schickten Italien, Rußland und Frankreich Verstärkungen nach Kreta.

Der Botschafter Frhr. v. Marschall sah in diesen Vorgängen aus-
weislich seines Berichtes vom 13. September 1898 nur eine logische Nr. 3297
und natürliche Folge der Politik, die seit sechs Monaten von den vier
Kretamächten verfolgt worden sei. Deutschland war durch seinen

[1]) An seine Stelle als Staatssekretär des Äußeren war im August 1897 der bisherige Botschafter in Rom, B. v. Bülow, getreten.

Austritt aus dem Kretakonzert von jeder Verantwortung frei. Es
blieb daher auch den weiteren Versuchen der Großmächte, auf die
Türkei im Sinne der Zurückziehung der türkischen Behörden und
Nr. 3300 Truppen von der Insel einzuwirken, fern.

Nr. 3301 Schließlich richteten am 4. Oktober die vier beteiligten Mächte
an die Pforte eine Note, in der sie die Zurückziehung der türkischen
Nr. 3305 Truppen aus Kreta binnen eines Monats verlangten. Der Sultan rief
Deutschlands Vermittlung an. Der Kaiser hat dem Wunsche des
Sultans durch einen aus Konstantinopel, wo er auf seiner Palästina-
fahrt am 18. Oktober angelangt war [1]), datierten Brief vom 20. Ok-
Nr. 3307 tober 1898 an den Zaren entsprochen. Es hieß darin wörtlich [2]): „Ich
flehe Dich an, dieser Angelegenheit nochmals Deine ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen, und wenn möglich ein Mittel zu finden, wodurch Du den Sultan aus einer gefährlichen und kompromittierenden Lage gegen seine Untertanen befreien und die Kretafrage in einer für ihn annehmbaren Weise lösen kannst. Vergiß nicht, daß sein Heer tapfer und siegreich für Kreta bei Larissa und Domokos gefochten und die Provinz zurückerobert hat . . . Welch glänzende Gelegenheit für Dich, in Erscheinung zu treten und den Sultan vor Schande, die Welt vor blutigem Kriege zu bewahren und die Dankbarkeit aller Mohammedaner zu gewinnen!“

Dieser warmherzige Appell blieb zunächst ohne Erfolg, und erst am 14. Dezember, nachdem die Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissar von Kreta durchgesetzt worden war, beantwortete der Zar dem Kaiser unter Hinweis auf diese Tatsache seinen Brief.

Mit der Ernennung des Prinzen Georg fand, wie Botschafter Frhr.
Nr. 3309 v. Marschall am 28. November 1898 abschließend berichtete, die seit
Jahren schwebende kretische Frage einen vorläufigen formellen Abschluß. Nach seiner Meinung hatte nur England in der kretischen Frage eine klare und zielbewußte Politik verfolgt; es hatte auf der wichtigen Insel festen Fuß gefaßt und sich dort häuslich eingerichtet, um so lange zu bleiben, bis Ruhe und Ordnung dauernd hergestellt seien. „Wenn in nächster Zukunft wieder einmal im Orient blutige Konflikte zwischen Christen und Muselmanen stattfinden, und wie üblich die europäische Christenwelt sich in die Brust wirft bei dem Gedanken, daß wir doch bessere Menschen sind, so wird es nützlich sein, der Behandlung der Kretafrage zu gedenken und ernst zu prüfen, ob der muselmanischen Erbitterung wirklich fanatischer Glaubenshaß oder nicht vielmehr christliche Ungerechtigkeit zugrunde liegt.“

---

[1]) Vgl. S. 178.

[2]) Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914. Herausgegeben und eingeleitet von Professor Dr. Walter Goetz. Berlin, Verlag Ullstein (1920).

Kapitel 82

Die Mazedonische Reformfrage 1898—1899

Im März 1898 ließ die russische Regierung in Sofia darauf aufmerksam machen, daß nach in St. Petersburg eingegangenen Nachrichten die mazedonische Bewegung in Bulgarien nicht energisch genug bekämpft würde, und daß bedrohliche Wendungen daraus zu befürchten seien. Auch Botschafter Frhr. v. Marschall war nicht unbesorgt, da nach seiner Meinung die jüngsten Vorgänge in Kreta auf die unzufriedene Bevölkerung in Mazedonien zurückwirken mußten. Der russische Botschafter aber hatte Marschall gegenüber wiederholt betont, wenn ein Massaker in Mazedonien verübt werde, sei die Intervention der Mächte unausbleiblich. Die Türkei könne aber Mazedonien weniger leicht verlieren als Kreta.

Nr. 3310

Nr. 3311

Auch England und Italien suchten 1899 in Pera für die Abwehr der mazedonischen Gefahr zu wirken. Der erste Anstoß zu dem Versuche, einen Meinungsaustausch über die mazedonische Frage in Gang zu bringen, ging von dem italienischen Admiral Canevaro aus. Darin lag eine große Gefahr, und die deutsche Politik hielt sich von einer Begünstigung dieses Schrittes durchaus fern. Versuche, den Sultan zu Reformen oder Zugeständnissen zu bewegen, konnten nach deutscher Auffassung nur den entgegengesetzten Erfolg haben und dazu beitragen, die nationalen Leidenschaften in Mazedonien noch höher aufflammen zu lassen. Bald aber trat Rußland in den Vordergrund, indem es dem Sultan die Erwartung der russischen Regierung aussprechen ließ, er möge ungesäumt Maßregeln treffen, „um die mazedonischen Christen wirksam zu schützen und ihr Los zu bessern". Der Sultan entschloß sich zum Erlaß eines Iradees in diesem Sinne.

Nr. 3316—3318, 3319, 3322

Nr. 3324

Nr. 3330, 3332

Nr. 3331

Die weitere Entwicklung der mazedonischen Reformfrage, bei der Deutschland dauernd im Hintergrunde blieb, ist aus den Dokumenten Nr. 3333—3337, die bis zum Oktober 1899 reichen, zu entnehmen.

Kapitel 83

Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899

Wichtiger als alle vorhergegangenen Kapitel sind für die Beurteilung der deutschen Politik die im 83. Kapitel enthaltenen Dokumente, die Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn in den Jahren 1898 bis 1899 behandeln, denn die Haltung der deutschen Politik in allen Orientfragen wurde durch Deutschlands Beziehungen zur Türkei maßgebend bestimmt. Für den Leser empfiehlt sich auch

hier wieder die Benutzung der synchronistischen Zusammenstellung, da der im 83. Kapitel erörterte Zeitabschnitt — 1897 bis 1899 — auch in den vorhergehenden Kapiteln bereits behandelt ist.

Zunächst ist einer wichtigen Verschiebung im Personalbestande der deutschen Diplomatie zu gedenken. Im Herbst 1897 war der Botschafter Frhr. v. Saurma von Konstantinopel nach Rom versetzt worden. An seine Stelle trat am 20. Oktober 1897 der bisherige Staatssekretär Frhr. v. Marschall, der die Führung der Geschäfte des Auswärtigen Amts schon vorher an den bisherigen Botschafter in Rom, Bernhard v. Bülow [1]), abgegeben hatte.

Nr. 3338 Schon im November 1897 kam in Pera die Absicht des Deutschen Kaisers zur Sprache, im Jahre 1898 zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkte an der feierlichen Einweihung der neuerbauten Kirche in Jerusalem teilzunehmen. Diese Reise diente in erster Linie religiösen Zwecken, konnte aber naturgemäß auch politische Ergebnisse zeitigen. Sie wurde daher von Frankreich, das sich als Protektor der Christen im Orient fühlte, von ihren ersten Anfängen an mit eifersüchtiger Aufmerksamkeit verfolgt. Nähere Mitteilungen hierüber enthält der den Band abschließende Anhang [2]).

Von großem historischen und politischen Interesse ist die fortlaufende Berichterstattung des Botschafters Frhrn. v. Marschall aus Pera, von dessen politischer Anschauungswelt — außer den schon früher erwähnten Schriftstücken — die Dokumente Nr. 3339, 3340, 3341, 3348 und 3349 ein besonders beredtes Zeugnis ablegen.

Nr. 3339 In einem Berichte vom 5. März 1898 untersuchte Marschall die Gründe für die bedeutende Stellung, die sich Deutschland in der Türkei zu erwerben gewußt hatte. Er erblickte in dem großen Ansehen Deutschlands in der Türkei und in der warmen Sympathie, die sich gerade jetzt nach dem glücklichen Abschluß des Krieges gegen Griechenland kundgebe, kein unverlierbares Gut. Es gelte, meinte er, den Gegnern scharf auf die Finger zu sehen und aufmerksam zu beobachten, nach welcher Richtung ihre Wünsche und Bestrebungen sich bewegten. Einen großen Teil des Ansehens, das Deutschland in der Türkei genieße, schob Marschall den deutschen Offizieren und ihren Leistungen zu, hauptsächlich dem General Frhrn. v. der Goltz, der den Türken den augenfälligen Beweis deutschen Wissens und Könnens geliefert habe.

Nr. 3340 Rußland, berichtete Marschall am 24. Mai 1898, verfolge offenbar immer das Ziel, die Türkei an der Stärkung ihrer Wehrkraft zu hindern. Deshalb mahne es immer wieder, wenn es sich um die

---

[1]) Botschafter B. v. Bülow war am 19. Juni 1897 zum stellvertretenden Staatssekretär des Äußeren bestimmt und am 6. August zum Staatssekretär ernannt worden. Er übernahm die Geschäfte am 14. August 1897.
[2]) Vgl. unten S. 178.

Bestellung von Kriegsmaterial handele, die Türkei an die Bezahlung der alten türkischen Kriegsentschädigung vom Kriege 1877/78 her. Der französische Botschafter aber, der die Türken überall isolieren wolle, schade gerade hierdurch den Interessen seines Landes. „Der Türke", sagt Marschall wörtlich, „hat ein feines Gefühl für das, was wohlanständig ist, und empfindet eine natürliche Abneigung gegen das, was wir ‚parvenu' nennen. Und ‚parvenu' bleibt ihm die französische Republik und die französische Politik trotz der vornehmen Allianz, mit der sie sich brüstet. — Mit dem politischen Einfluß, den ein Staat auf den anderen ausübt, ist es eine eigene Sache; es ist unter Umständen leicht, durch eine momentane Konstellation solchen Einfluß sich zu erwerben, aber recht schwer, ihn auf die Dauer zu erhalten. Menschliche Geistes- und Muskelkraft stärken sich durch häufige Übung, umgekehrt droht der Einfluß, den wir auf andere Menschen ausüben, im Gebrauch sich abzuschwächen und zu verzehren. Das gilt im privaten Leben und noch mehr in den Beziehungen zweier Staaten. Gerade einem schwächeren Staate gegenüber wird man eine einflußreiche Stellung nur dann bewahren, wenn man sie maßvoll und vorsichtig benutzt, und die eigene Superiorität möglichst wenig fühlbar macht."

Das Vertrauen der Türken gründete sich nach Marschalls Ansicht auf die Überzeugung, daß Deutschland, weil es den Frieden wolle, auch für die Erhaltung und die Integrität des Ottomanischen Reiches eintrete. Von deutschem Standpunkte hielt Marschall es daher für
die richtige Politik, das in der Türkei übliche Intrigenspiel zu Nr. 3341
beobachten, aber von einer gewissen Entfernung aus. Auch sollte die Türkei sich stets bewußt bleiben, Deutschland gegenüber der empfangende Teil zu sein.

Anfangs August 1898 reichte der deutsche Militärattaché in Kon-
stantinopel, Hauptmann Morgen, einen Bericht ein, in dem er eine Nr. 3342
wesentliche Verstärkung der türkischen Landesverteidigung forderte und der deutschen Regierung empfahl, dem Sultan einen tüchtigen deutschen Fußartillerieoffizier als Reorganisator der Befestigungen zu „oktroyieren". Der Kaiser, dem der Bericht zuging, war durchaus dagegen, ebenso auch der stellvertretende Staatssekretär, Frhr.
v. Richthofen, der sich dieserhalb an den in Semmering weilenden Nr. 3343
Staatssekretär B. v. Bülow wendete, und vor allem Bülow selbst, der Nr. 3344
sich über die „Morgensche Vielgeschäftigkeit und Eifrigkeit" in einem langen Briefe an den Kaiser aussprach.

Im Oktober erregte die Orientreise Kaiser Wilhelms II. die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Sie begann mit einem Besuche in Konstantinopel, der vom 18. bis 22. Oktober dauerte. Am 29. Oktober kam das Kaiserpaar in Jerusalem an. Am gleichen Tage erfolgte

dort die Einweihung der evangelischen Erlöserkirche, und zwei Tage später überwies der Kaiser das auf seine Veranlassung von der Türkei für ihn erworbene Grundstück „La Dormition de la Sainte Vierge“ in Jerusalem dem „deutschen Verein vom heiligen Lande“ zur freien Nutznießung. Die Orientreise fand in einem Besuche des Kaiserpaares in Damaskus ihren Abschluß, bei dem der Kaiser den berühmten Trinkspruch ausbrachte, der mit den Worten schloß: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche auf der Welt zerstreut lebend in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“ Ein anfangs geplanter Abstecher nach Ägypten wurde aufgegeben, da sich die Lage in Frankreich durch den Faschodakonflikt und durch die Dreyfus-Affäre gefährlich zugespitzt hatte.

Nr. 3346 Die Wirkung der Kaiserreise auf den Sultan, aber auch auf die
anderen Mächte war eine große. Eine für den Prinzen Heinrich be-
Nr. 3347 stimmte Aufzeichnung vom 15. November 1898 zeigt, daß der Staats-
sekretär B. v. Bülow besonders die wirtschaftlichen Errungenschaften
der Reise sehr hoch anschlug. Zwischen Deutschland und der Türkei
Nr. 3348 waren jedenfalls so nahe Beziehungen angebahnt, daß sie die Ein-
wirkung interessierter anderer Mächte überdauerte.

Nr. 3349 Vor allem erblickte der Sultan in Deutschland die festeste Stütze
der monarchischen Gewalt und rechnete auf die bewährte Uneigen-
nützigkeit der deutschen Politik im Orient. Hierbei lag türkischerseits
Nr. 3350 die Hoffnung zugrunde, deutsche Interessen in der Türkei in einem
so weiten Maße engagiert zu sehen, daß im Falle einer Bedrohung
des Bestandes des Ottomanischen Reiches durch Rußland Deutsch-
land zum natürlichen Bundesgenossen der Türkei werden mußte.

Anhang

Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Protektoratsfrage 1898—1899

Nr. 3351–3395 Der Anhang des Bandes 12 stellt in den Dokumenten Nr. 3351 bis 3395 alles zusammen, was die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Frage des Protektorats der im Orient lebenden Christen betrifft. Er bringt hauptsächlich den der Reise vorhergehenden Notenwechsel über die Erwerbung der „Dormition de la Sainte Vierge“ in Jerusalem und die Verhandlungen mit dem Papste über die Ausübung des Protektorats über die im Orient lebenden Christen. Hierbei ergeben sich interessante Streiflichter auf die Stellung Frankreichs, das sich stets als Protektor der Christen im Orient angesehen hatte.

Nr. 3358–3365 Auch die Versuche des Sultans, eine unmittelbare Vertretung beim päpstlichen Stuhle zu erhalten, und die schließlich scheiterten, werden dargelegt.

In der Frankreich lebhaft interessierenden Frage seines Protektorats im Orient setzte sich nach der Orientreise des Kaisers in Deutschland die Auffassung durch, daß Deutschland zwar weit entfernt sei, eine Schutzherrschaft über andere Staatsbürger in Anspruch zu nehmen, daß es aber dem Kaiser über die dortigen Deutschen ohne weiteres zustehe. Ein solches Protektorat sei aber nicht erst durch die Orientreise des Kaisers begründet worden, sondern bestehe bereits seit dem 18. Januar 1871. In diesem Sinne äußerte sich auch Staatssekretär B. v. Bülow in seiner Reichstagsrede vom 13. Dezember 1898. Nr. 3368, 3370—3347, 3387, 3393

Synchronistische Zusammenstellung
der
in den Bänden VII—XII,2 enthaltenen Dokumente

Vorbemerkung

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen Anlagen zu den Aktenstücken

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1880							
3.	Oktober						(2949)	
	1882							
4.	Mai						(2949)	
	1889							
7.	Dez.		1672					
18.	,,		1673					
22.	,,		1674					
	1890							
12.	Februar	1539						
6.	März	1540						
12.	,,			2073				
19.	,,			2074				
20.	,,	1366, 1367						
25.	,,	1368						
26.	,,		1972					
28.	,,	1369						
1.	April	1541						
2.	,,		1775					
3.	,,	1370, 1371	1973	2075				
5.	,,		1777					
8.	,,		1974					
9.	,,		1776					
12.	,,	1542						
14.	,,		1778	2076				
16.	,,	1543						
20.	,,			2077				
22.	,,			2078				
26.	,,			2079				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1890							
29.	April		1779,1780, 1781					
30.	,,		1675	2080				
1.	Mai			2084				
2.	,,		1782	2081,2082, 2083				
6.	,,			2085				
8.	,,			2086				
11.	,,		1975	2087				
14.	,,	(1373)	1676	2089				
15.	,,	1372	1862	2088				
16.	,,	1373						
17.	,,		1677					
19.	,,			2090				
20.	,,	1374,1375 1376, 1377						
22.	,,	1379	1678					
23.	,,	1378	1679	2091				
24.	,,		1863	2092				
25.	,,		1680					
29.	,,	1380	1681					
30.	,,		1682					
31.	,,		1683, 1783					
2.	Juni		1784,1864 1976					
4.	,,	1381, 1382	1684, 1685					
5.	,,		1686					
6.	,,		1687					
8.	,,			2093				
9.	,,	1383						
11.	,,		1688					
14.	,,		1689					
16.	,,		1785					
19.	,,	1489	1690					
24.	,,	1490						
26.	,,		1865					
27.	,,		1866, 1867					
29.	,,		1786					
1.	Juli			2094				
4.	,,		1868					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1890							
12.	Juli		1691					
16.	,,		1869, 1870	2095				
17.	,,		1871, 1872	2096				
18.	,,	1609	1692,1693 1694,1695, 1874					
19.	,,		1873,1875, 1876, 1877					
20.	,,		1696					
21.	,,		1878					
22.	,,		1698,1882					
23.	,,		1697,1879, 1880, 1881					
24.	,,		1699, 1700					
25.	,,		1701,1702, 1703, 1883					
26.	,,	1491						
29.	,,		1884					
30.	,,	1610	1885					
31.	,,			2097				
1.	August		1887	2175				
2.	,,		1886,1888, 1889					
3.	,,		1890,1891	2176				
5.	,,		1892					
7.	,,			2098				
8.	,,			2099, 2100				
9.	,,		1893					
10.	,,		1894					
11.	,,		1895	2101				
19.	,,		1787	2102				
25.	,,	1611						
26.	,,		1896					
29.	,,		1977					
31.	,,			2103				
4.	Sept.			2104				
7.	,,	1613						
8.	,,	1612						
15.	,,			2177				
24.	,,	1614						

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1890							
28.	Sept.			2178				
3.	Oktober		1978					
6.	,,			2179				
9.	,,			2180				
13.	,,	1393						
18.	,,			2105				
21.	,,		1979					
5.	Nov.		1897					
7.	,,	1394						
9.	,,	1615						
10.	,,	1395						
17.	,,		1704, 1705					
20.	,,	1396						
30.	,,	1397						
3.	Dez.	1626						
8.	,,		1980					
11.	,,	1398						
15.	,,		1981					
16.	,,	1399						
25.	,,		1914					
27.	,,		1898					
29.	,,		1899					
	1891							
4.	Januar							
6.	,,	1492, 1544	1900, 1901, 1915					
21.	,,	1400						
30.	,,	1616						
16.	Februar	1401						
17.	,,	1545						
19.	,,	1546						
20.	,,	1627						
26.	,,	1547, 1548, 1552	1788					
27.	,,	1464, 1549, 1553						
28.	,,	1550, 1551						
2.	März	1554		2106				
3.	,,	1555	1982					
4.	,,	1556, 1557		2107				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1891							
5.	März	1493, 1558		2108				
6.	„	1465						
7.	„	1402						
9.	„	1403, 1404						
11.	„	1405						
13.	„		1901					
14.	„		1902					
15.	„			2109				
17.	„	1466						
19.	„	1406, 1407, 1467						
23.	„	1408, 1559, 1617						
25.	„	1468						
26.	„	1469	1706					
30.	„	1470, 1560						
31.	„	1561	1916					
1.	April		1789					
4.	„	1562, 1628						
5.	„	1409						
6.	„	1494, 1563	1790					
12.	„		1707 1903, 1983					
13.	„	1495						
14.	„	1496, 1629						
15.	„	1410						
17.	„	1497	1791					
18.	„		1708					
21.	„	1411, 1630	1709					
23.	„	1412						
24.	„	1413, 1414 1415						
25.	„	1416		2110				
27.	„	1417						
28.	„	1418, 1419						
30.	„	1420, 1421						
1.	Mai	1422						
2.	„	1423, 1498						
4.	„	1564						
5.	„		1792					

Tag	Jahr / Monat	Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1891							
6.	Mai	1424, 1426, 1427, 1631						
7.	,,	1425						
8.	,,	1428						
9.	,,	1565						
10.	,,	1566						
14.	,,	1499						
15.	,,	1567						
18.	,,		1710					
20.	,,		1711					
21.	,,		1984					
23.	,,	1632	1712, 1713					
24.	,,	1500						
25.	,,		1714					
27.	,,	1501, 1568	1715					
28.	,,		1917					
30.	,,		1716					
1.	Juni		1717					
3.	,,		1718					
4.	,,	1431						
5.	,,		1719					
6.	,,		1720, 1793					
7.	,,		1721					
8.	,,		1722					
10.	,,		1723, 1918					
13.	,,		1794, 1919					
18.	,,	1618						
19.	,,	1429	1795					
21.	,,	1569	1796					
26.	,,		1797					
28.	,,		1920					
29.	,,	1430	1798					
30.	,,		1799					
2.	Juli		1780					
6.	,,		1724	2111				
11.	,,		1725					
19.	,,		1726					
20.	,,		1922					
21.	,,	1570	1727, 1921					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1891							
26.	Juli		1985					
28.	,,		1801					
29.	,,	1571						
30.	,,	1502						
3.	August		1802					
4.	,,	1471,1505 1572		2112				
5.	,,	1504						
7.	,,	1472,1503, 1573						
8.	,,	1508						
11.	,,	1473						
19.	,,	1506						
20.	,,	1509						
22.	,,	1507						
24.	,,		1728					
25.	,,	1433						
26.	,,		1729					
27.	,,	1434						
30.	,,	1510	1730					
2.	Sept.	1574						
8.	,,		1923					
15.	,,		1803					
18.	,,	1575						
19.	,,		1804	2113, 2114				
20.	,,		1805					
24.	,,	1576	1806					
2.	Oktober	1577						
5.	,,	1578						
7.	,,			2115				
12.	,,			2116				
14.	,,	1579						
20.	,,		1807(1924)					
21.	,,		1924					
23.	,,		1925					
24.	,,		1926					
25.	,,	1474	1808					
27.	,,		1927					
28.	,,		1928	2117				
29.	,,	1475, 1476						

Jahr		Band VII	BandVIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1891							
30.	Oktober		1929					
31.	,,	1477						
2.	Nov.		1930, 1931					
3.	,,		1932					
4.	,,	1511	1933					
5.	,,		1934					
8.	,,		1935					
10.	,,		1936					
11.	,,		1937, 1938					
12.	,,		1939					
13.	,,		1940					
19.	,,		1941, 1942					
23.	,,	1512						
24.	,,	1513						
25.	,,	1514,1515, 1619, 1633		2118				
30.	,,	1634						
3.	Dez.	1432						
20.	,,		1986					
23.				2119				
25.			1943					
30.	,,	1478						
	1892							
11.	Januar	1479, 1516						
27.	,,			2120				
28.	,,			2121				
30.	,,			2122, 2123				
4.	Februar		1809	2124				
9.	,,	1620		2125				
11.	,,	1621						
12.	,,	1622, 1623						
20.	,,	1624						
3.	März	1480						
8.	,,	1625						
20.	,,	1481						
14.	April	1517						
19.	,,		1944					
23.	,,	1435						
24.	,,	1436	1810					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1892							
29.	April	1437						
30.	,,	1438						
4.	Mai		1945					
8.	,,	1439						
15.	,,	1440						
16.	,,	1482						
21.	,,	1441						
25.	,,	1580,1581, 1584						
26.	,,	1582,1583 1585						
27.	,,	1586						
30.	,,	1587						
8.	Juni	1484,1588 1635						
9.	,,	1636						
10.	,,	1637						
11.	,,	1483						
15.	,,	1485						
22.	,,		1811					
25.	,,		1946					
10.	Juli		1947					
18.	,,		1731					
19.	,,		1732					
20.	,,		1733					
21.	,,	1518						
25.	,,	1486						
27.	,,		1948					
2.	August	1519						
4.	,,		1734					
6.	,,			2126				
10.	,,		1949					
11.	,,		1950					
18.	,,		1735					
20.	,,		1736					
6.	Sept.		1737					
7.	,,	1520	1738,1739,					
11.	,,		1740					
14.	,,		1741, 1951					
19.	,,	1589						

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1892							
20.	Sept.	1521						
26.	,,		1742					
11.	Oktober		1812					
12.	,,		1743					
13.	,,	1522						
11.	Nov.			2127				
15.	,,	1638						
17.	,,		1813					
18.	,,	1639, 1640 1641, 1642	1952					
23.	,,	1487						
24.	,,		1744	2128				
8.	Dez.	1523						
12.	,,	1524						
26.	,,		1814					
28.	,,	1525	1815					
	1893							
5.	Januar		1817					
6.	,,	1643		2129				
7.	,,		1816					
13.	,,	1644						
14.	,,		1818					
18.	,,	1590						
19.	,,	1591, 1592						
22.	,,	1593, 1594	1819					
23.	,,	1595						
24.	,,		1820					
25.	,,	1526						
26.	,,	1596						
27.	,,	1646						
28.	,,		1821					
29.	,,		1822					
30.	,,	1527	1823					
31.	,,	1645, 1647	1824, 1826					
1.	Februar		1825					
2.	,,		1827					
4.	,,		1828					
5.	,,	1648	1829					
6.	,,	1649						

Tag	Monat	Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
Jahr		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1893							
8.	Februar		1830					
9.	,,		1831					
11.	,,	1650						
17.	,,	1651						
10.	März	1652						
17.	,,			2130				
24.	,,	1653						
27.	,,			2131				
29.	,,	1654		2181				
5.	April	1597	1832					
10.	,,			2132				
15.	,,			2133				
18.	,,		1833, 1834					
30.	,,	1528, 1655						
1.	Mai	1656		2134				
26.	,,		1745					
27.	,,		1746, 1835					
31.	,,		1747					
2.	Juni		1904, 2017					
3.	,,		1748					
9.	,,	1657	1906					
10.	,,		1905					
15.	,,		1836					
21.	,,		1953					
8.	Juli		1907					
9.	,,		1837					
11.	,,		1838					
13.	,,		1839, 1841					
14.	,,		1840					
15.	,,	1598	1842					
21.	,,		1843					
22.	,,	1661, 1662						
23.	,,		1844					
24.	,,		1845					
26.	,,		1749					
27.	,,		1750					
28.	,,	1663	1751					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
Tag	Monat							
	1893							
31.	Juli		1752, 1753, 1754					
1.	August		1755					
2.	,,		1756					
4.	,,		1757					
18.	,,		1758					
19.	,,	1446						
20.	,,	1442, 1443, 1444						
21.	,,	1445, 1447						
22.	,,	1448						
23.	,,	1449						
25.	,,	1450						
10.	Sept.		2018					
13.	,,		1759					
19.	,,		1760, 1908, 2019, 2020					
24.	,,	1530, 1664						
27.	,,	1451, 1658	1761					
28.	,,	1529						
6.	Oktober	1452						
8.	,,			2182				
10.	,,	1453		2183				
13.	,,	1531						
16.	,,	1488						
17.	,,	1532, 1599, 1600						
18.	,,	1601						
20.	,,	1602						
24.	,,		1762					
25.	,,	1603						
28.	,,	1665						
30.	,,	1533						
1.	Nov.		1846					
6.	,,			2135				
16.	,,		2021					
27.	,,	1534						
28.	,,			2136				
6.	Dez.			2137				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1893							
7.	Dez.		1954					
20.	,,			2138				
22.	,,			2139, 2141				
23.	,,			2140				
26.	,,	1535						
29.	,,		1763					
30.	,,			2142, 2143				
31.	,,	1454						
	1894							
6.	Januar	1455		2144				
12.	,,							
20.	,,			2145				
27.	,,		1955					
29.	,,	1536						
30.	,,		1987					
12.	Februar	1604						
13.	,,			2146				
14.	,,			2147				
16.	,,		1988, 1989					
18.	,,	1666						
19.	,,		1990					
20.	,,	1456						
27.	,,			2148, 2149				
28.	,,		1956	2150				
8.	März			2151, 2152				
9.	,,		1957					
16.	,,	1667						
17.	,,	1537, 1668						
28.	,,			2153				
31.	,,			2154				
1.	April		1764					
4.	,,	1669						
6.	,,	1670						
14.	,,		2022					
17.	,,		1847, 2023					
18.	,,		2024					
23.	,,		2025	2155				
24.	,,		1991, 2026					
27.	,,		2027					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1894							
1.	Mai		2030					
2.	,,		1848, 2028					
9.	,,	1671	1849					
10.	,,		2029, 2031					
25.	,,		2032					
26.	,,		2033					
27.	,,		2034					
28.	,,		2035					
30.	,,		2036					
31.	,,		2037					
1.	Juni		2038, 2039	2156				
3.	,,		2040					
5.	,,		1992					
7.	,,		2041					
8.	,,		1909, 2042					
9.	,,		2043					
10.	,,			2157				
11.	,,		1910,1958, 1993,2044, 2047					
12.	,,		1959,1994, 2045,2046, 2048	2158				
13.	,,		1911,2049, 2050					
14.	,,		2051, 2052					
15.	,,		1960,2053, 2054,2055, 2057					
16.	,,		2056,2058, 2059	2159				
17.	,,		1765,1912, 2060,2061, 2062,2063, 2064					
18.	,,		1766,2065, 2066,2067, 2068					
20.	,,		1767					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band IX	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1894							
21.	Juni		1961, 1995					
22.	„		1913					
25.	„		2069					
26.	„		2070					
29.	„		1850					
30.	„	1605	2071					
1.	Juli	1606, 1607						
4.	„		1852					
5.	„	1608	1851					
9.	„		1853, 1854					
13.	„			2160				
16.	„			2213				
17.	„		1855					
21.	„		1996					
25.	„		1997					
23.	August		1856					
24.	„		1857					
25.	„		1768					
5.	Oktober		1962					
6.	„		1963	2214				
7.	„		1964	2215				
8.	„		1858, 1965					
9.	„			2216				
14.	„			2217				
23.	„	1660						
24.	„	(Band V) 1143						
30.	„	1659						
31.	„			2329				
11.	Nov.			2161				
12.	„			2218				
16.	„			2162, 2184				
17.	„			2219, 2220				
22.				2163, 2164				
23.	„			2185, 2221				
24.	„		1769					
25.	„		1770					
27.	„	1538		2165				
28.	„			2186				
29.	„			2330				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1894							
30.	Nov.		1771, 1966	2166, 2187				
1.	Dez.			2167, 2188				
4.	,,			2168				
5.	,,			2189				
8.	,,			2190				
11.	,,			2171				
12.	,,			2191				
13.	,,			2169, 2331				
14.	,,			2170, 2192				
18.	,,			2193				
19.	,,			2194				
20.	,,			2196				
21.	,,			2195				
23.	,,			2197, 2198				
30.	,,			2172, 2199				
31.	,,			2200, 2308				
	1895							
2.	Januar			2332				
3.	,,		1998, 1999, 2000					
4.	,,		2001, 2002	2333				
5.	,,			2334				
6.	,,	1457		2335, 2336, 2337				
7.	,,	1458	1967	2338, 2339				
8.	,,		2003	2201, 2340				
9.	,,			2341, 2342				
12.	,,		1968, 2004					
13.	,,		1969, 2005					
21.	,,		1970, 2006					
22.	,,		2007					
24.	,,		2008					
25.	,,		2009					
28.	,,		1971, 2010					
29.	,,			2173				
30.	,,		2011					
31.	,,		2012	2309				
1.	Februar			2222		2577		
4.	,,		2072					

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
6.	Februar		2013	2223				
7.	,,		2014					
8.	,,		2015	2224				
9.	,,					2796		
15.	,,			2310				
16.	,,	1459						
21.	,,			2343		2797		
25.	,,		1859					
3.	März			2225				
4.	,,		1860	2344				
5.	,,		1861					
6.	,,			2226				
8.	,,			2345				
9.	,,			2346				
19.	,,	1460		2227				
21.	,,			2311				
23.	,,			2228				
25.	,,		2016	2229				
26.	,,	1462						
27.	,,			2230				
28.	,,			2174, 2312				
30.	,,	1461						
2.	April			2231				
4.	,,			2232, 2233, 2234				
6.	,,			2235, 2236				
7.	,,			2313				
8.	,,			2237, 2238, 2239				
9.	,,			2240				
10.	,,			2241				
13.	,,			2242				
17.	,,			2202, 2243, 2244, 2245				
18.	,,			2246				
20.	,,			2247				
21.	,,			2347				
22.	,,			2248, 2348				
23.	,,			2249, 2250, 2251				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
24.	April			2252, 2253				
26.	,,			2254, 2255				
27.	,,			2256, 2257				
28.	,,			2349				
30.	,,			2350				
1.	Mai			2258				
3.	,,			2259				
4.	,,			2260				
5.	,,			2261, 2262				
6.	,,			2263				
8.	,,			2264				
9.	,,		1772	2265, 2266				
11.	,,			2267,2268, 2269				
12.	,,			2203,2270, 2271				
13.	,,			2314				
14.	,,			2204				
17.	,,			2272, 2351				
20.	,,			2273				
22.	,,			2352				
23.	,,			2274,2275, 2353			2961	
24.	,,			2354				
25.	,,			2205				
26.	,,			2355				
27.	,,			2356				
28.	,,			2357				
3.	Juni			2206				
7.	,,			2276, 2277				
8.	,,			2207,2278, 2279				
10.	,,			2208				
11.	,,			2358				
12.	,,			2280				
16.	,,			2209				
17.	,,	1463		2210			2962	
18.	,,			2315				
19.	,,			2359				
20.	,,			2316, 2360				

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
21.	Juni		1773					
27.	"			2211, 2212				
29.	"			2281				
30.	"						2963, 2964	
1.	Juli						2965	
2.	"						2966	
4.	"			2282				
6.	"			2283	2394			
7.	"				2395			
10.	"				2396		2967	
13.	"			2361, 2362	2397			
14.	"			2317	2398, 2399			
15.	"				2369			
18.	"				2370			
19.	"			2284				
23.	"				2400			
24.	"			2285				
25.	"				2401			
26.	"				2402			
29.	"				2403			
30.	"			2286, 2318	2371			
31.	"				2372			
1.	August				2373			
2.	"			2287	2374			
3.	"				2375, 2376, 2377, 2404		2968	
4.	"				2378, 2405			
5.	"			2363	2379 bis 2383			
6.	"			2288	2384, 2406			
7.	"				2385			
8.	"				2386, 2488			
9.	"			2289, 2290, 2364				
10.	"				2407, 2408			
11.	"						2943	
12.	"			2291				
13.	"			2292				
14.	"				2387, 2388			
15.	"				2389, 2409			

Tag	Jahr Monat	Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
16.	August				2390			
17.	,,				2410, 2411			
18.	,,				2391			
19.	,,			2293, 2365	2412,2413, 2489			
22.	,,			2294	2415,2416, 2417			
23.	,,				2414			
24.	,,			2295				
27.	,,			2296				
28.	,,				2418, 2490			
30.	,,			2297	2419,2420, 2491			
31.	,,		1774	2298	2392			
1.	Sept.			2299	2421			
2.	,,			2300				
3.	,,				2422			
4.	,,			2301				
11.	,,			2302				
12.	,,			2303, 2319				
18.	,,				2423			
20.	,,			2320				
26.	,,			2366				
30.	,,				2424			
3.	Oktober			2321				
4.	,,				2425, 2426			
6.	,,			2322	2427, 2428			
7.	,,			2304				
9.	,,				2429			
10.	,,				2430,2431, (2444)			
12.	,,				2432, 2433			
13.	,,			2323				
14.	,,			2324				
15.	,,					2578		
17.	,,			2325				
18.	,,			(2305)	2434			
19.	,,			(2305) 2327	2435, 2436			
20.	,,			2305, 2326				
21.	,,				2437			

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
22.	Oktober				2438			
23.	,,				2439, 2440			
24.	,,				2441, 2443			
25.	,,				2393, 2442	2579, 2580		
26.	,,				2444			
29.	,,				2445, 2446	2581, 2815		
1.	Nov.				2447, 2448	2582		
2.	,,				2449,2492,	2583		
					2493			
4.	,,				2494			
5.	,,				2450, 2495			
6.	,,				2496			
8.	,,				2451,2452,			
					2497, 2538			
9.	,,				2453,2498,			
					2502			
10.	,,				2454,2456,			
					2499,2500.			
					2503			
11.	,,				2457,2501,			
					2504, 2505			
12.	,,				2455,2506,			
					2507			
13.	,,				2458, 2459			
					2508,2509,			
					2539			
14.	,,				2460,2540,			
					2541, 2542			
15.	,,				2510, 2511			
					2512,2543			
				2328	2545			
16.	,,				2513,2514,			
					2515, 2520			
17.	,,				2516 bis	2584		
					2519, 2544			
19.	,,				2461,2462			
					2521,2522,			
					2523, 2524			

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
20.	Nov.				2466, 2525 bis 2528, 2546, 2547			
21.	,,				2463,2465, 2529,2548, 2549, 2550			
22.	,,				2464			
23.	,,				2467,2530, 2531			
25.	,,				2468, 2469			
26.	,,				2532,2533, 2534			
29.	,,				2535			
30.	,,				2551			
2.	Dez.				2552,2553, 2554			
3.	,,				2555,2556, 2557			
5.	,,				2557			
6.	,,				2536			
7.	,,				2558			
8.	,,						2969	
9.	,,					2748		
10.	,,				2537, 2559			
11.	,,				2470, 2471			
12.	,,			2367	2560, 2561			
13.	,,				2562	2749, 2750		
15.	,,				2472, 2563	2751		
16.	,,				2473, 2479		2970	
17.	,,				2474 bis 2477,2480, 2564, 2570	2752		
18.	,,				2481	2753		
19.	,,				2482,2565, 2566, 2571			
20.	,,				2478, 2572	2754		
21.	,,				2567,2573, 2574	2755		
23.	,,				2484,2568, 2569, 2574	2757		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1895							
24.	Dez.				2483, 2575	2585, 2756		
25.	,,			2368		2758		
26.	,,				2576			
28.	,,					2586, 2759		
30.	,,					2587, 2588, 2640		
31.	,,					2589 bis 2593(2594)		
	1896							
1.	Januar					2594,2595, 2596,2597, 2604, 2641		
2.	,,					2598 bis 2603		
3.	,,				2485	2605 bis 2611,2642, 2643, 2644		
4.	,,					2612,2613, 2614		
5.	,,					2615		
6.	,,					2616,2617, 2619,2622, 2623		
7.	,,					2618, 2620		
8.	,,					2621,2624, 2625,2645, 2760		
9.	,,					2626,2627, 2628, 2630		
10.	,,					2629, 2631		
11.	,,					2632,2633, 2634		
15.	,,					2646 bis 2649		
16.	,,					2650	2883, 2971	
17.	,,					2635		
19.	,,					2651	2884	
21.	,,					2636, 2761		
22.	,,					2659	2885, 2914	

Tag	Jahr Monat	Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten	Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
	1896							
23.	Januar					2652 bis 2656, 2660, 2762	2887, 2972	
24.	,,						2973	
25.	,,					2661		
27.	,,					2662		
28.	,,						2891, 2974	
29.	,,					2798	2888	
30.	,,					2763	2889, 2915	
31.	,,					2670		
1.	Februar					2817		
2.	,,					2671		
3.	,,					2663		
4.	,,					2799	2886	
5.	,,					2657, 2672	2975	
6.	,,						2890, 2944	
7.	,,						2945 bis 2948	
8.	,,					2664	2976	
9.	,,			2306		2764, 2816		
11.	,,					2800	2949	
12.	,,						2950, 2951	
13.	,,				2486	2765	2952	
15.	,,					2766	2953	
16.	,,					2665	2954, 2955, 2977	
18.	,,					2658, 2666, 2681, 2767	2978	
19.	,,					2682		
20.	,,					2637		
21.	,,					2683		
22.	,,					2638, 2667, 2684, 2685, 2686, 2768		
23.	,,					2687, 2688		
24.	,,					2668, 2669, 2689		
25.	,,					2690		
27.	,,					2691		
29.	,,					(2673)		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1896							
1.	März					2673		
2.	,,					2674		
3.	,,					2692, 2769		
4.	,,					2675,2693, 2770,2771, 2772		
5.	,,					2676,2694, 2773		
6.	,,					2678, 2774		
7.	,,					2677,2695, 2775		
8.	,,					2679, 2776		
12.	,,					2709,2777, 2778		
13.	,,					2696, 2779		
14.	,,					2818		
15.	,,					2639,2680, 2697,2698, 2699, 2780		
16.	,,					2700		
17.	,,					2819		
18.	,,					2701 bis 2704, 2781		
19.	,,					2705,2706, 2707		
20.	,,					2708		
21.	,,					2710 bis 2715		
23.	,,					2782		
24.	,,					2716		
25.	,,					2717, 2718		
26.	,,					2719, 2720		
30.	,,					2801		
31.	,,					2721, 2802		
1.	April					2722, 2724		
2.	,,					2723, 2803		
3.	,,					2725, 2804		
4.	,,					2726		
5.	,,					2805		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1896							
7.	April					2727,2728, 2806, 2845		
11.	,,					2783		
12.	,,					2784		
14.	,,					2729		
15.	,,					2846		
18.	,,				2487	2847		
22.	,,					2785		
23.	,,					2848		
25.	,,					2730, 2786	2916	
29.	,,					(2807)		
30.	,,					2731, 2807		
1.	Mai					2849		
3.	,,						2956	
5.	,,					2732		
6.	,,						2992	
8.	,,					2733		
12.	,,					2808		
13.	,,					2787	2993	
14.	,,					2850		
15.	,,					2734		
19.	,,					2851		
20.	,,					2735,2736, 2788		
21.	,,					2737,2738, 2789		
22.	,,					2739, 2740		
24.	,,					2741, 2742		
25.	,,					2852		
26.	,,					2853	2994	
28.	,,					2743		
29.	,,						2995	
30.	,,					2809	2996	
3.	Juni						2997	
8.	,,						2917, 2998	
9.	,,						2999	
10.	,,						3000	
14.	,,						3001	
15.	,,						3002	

Jahr Tag	Monat	Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
		I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1896							
16.	Juni						3003,3004, 3005	
18.	„					2744	3006	
19.	„						3007	
20.	„						3008	
21.	„						3009, 3010	
22.	„					2837		
23.	„					2838	3011, 3012	
24.	„						3014	
27.	„						3013	
28.	„						2892, 3015	
29.	„						3016	
30.	„						3019	
1.	Juli						3017, 3021	
2.	„					2810	3018, 3020	
3.	„					2811, 2854	3022, 3023	
4.	„						3024	
5.	„					2790	3025	
6.	„						3026, 3029	
7.	„						3027, 3028	
14.	„					2839		
15.	„					2745		
16.	„						3031	
17.	„						3030	
18.	„						3032	
21.	„					2820, 2855	3033	
22.	„					2746,2812, 2821		
24.	„					2840		
25.	„						3034, 3036	
27.	„						3035	
28.	„						3037, 3038 3039	
29.	„						2893,3040, 3041	
30.	„						3042	
1.	August					2825	3043, 3044	
4.	„						3045, 3046	
5.	„						3047, 3050	

Jahr: Tag	Jahr: Monat	Band VII: Die Anfänge des neuen Kurses, I. Der russische Draht	Band VIII: Die Anfänge des neuen Kurses, II. Die Stellung Englands zwischen den Mächten	Band IX: Der nahe und der ferne Osten	Band X: Das türkische Problem 1895	Band XI: Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Band XII,1: Alte und neue Balkanhändel	Band XII,2: Alte und neue Balkanhändel
	1896							
6.	August						3048, 3049, 3051	
10.	,,						3052, 3057	
11.	,,						3053	
12.	,,						3054, 3055, 3056	
13.	,,						3058	
14.	,,						2957	
18.	,,						3059	
20.	,,						2979	
21.	,,					2841	3060	
22.	,,						3061	
23.	,,					2791		
25.	,,						2980	
26.	,,						2894	
27.	,,						2895, 2896, 2897, 2918, 3062	
28.	,,					2747	2898, 2921	
29.	,,					2856	2899, 2900, 2901, 2919	
30.	,,						2902	
31.	,,						2920	
1.	Sept.					2857	2903, 2922	
4.	,,						2923, 2924	
5.	,,						3063	
7.	,,					2858		
8.	,,					2859, 2860		
9.	,,					2861		
10.	,,					2862		
11.	,,					2792		
14.	,,					2826	2925	
19.	,,					2842	2904	
20.	,,						2926	
21.	,,						2927	
30.	,,					2863		
1.	Oktober						2905	
3.	,,					2864		
7.	,,						2906	
8.	,,					2865		

Jahr		Band VII	Band VII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1896							
9.	Oktober					2866	(3065)	
10.	,,					2822, 2867		
15.	,,						3064, 3065	
19.	,,						(2907)	
20.	,,					2868		
21.	,,						2907	
22.	,,					2869, 2870		
23.	,,					2793,2823, 2871	3066	
24.	,,						3067	
25.	,,						2908, 2928	
27.	,,	1384						
28.	,,	1385,1386, 1387				2872, 2875	3068	
29.	,,					2873	3069	
30.	,,	1388				2874		
2.	Nov.					2876	3070	
3.	,,					2794		
4.	,,					2877		
5.	,,					2878		
11.	,,					2827, 2879		
12.	,,						3071	
14.	,,	1389, 1390						
16.	,,					2795		
19.	,,						2909	
20.	,,					2828	3072	
24.	,,					2881		
25.	,,						3073	
26.	,,					2813,2824 2880		
3.	Dez.					2843	3074	
4.	,,						3075	
8.	,,					2844		
9.	,,						3077,3078 3080	
10.	,,						2910,2929, 3076, 3079	
12.	,,						3081,3082, 3083	
15.	,,					2882		

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1896							
18.	Dez.						3084	
21.	”						3085	
22.	”						2911, 3086	
24.	”						3088	
25.	”						3087	
27.	”						2930, 3089, 3090	
28.	”						2912, 3091, 3093	
29.	”						3092, 3097	
31.	”						3094	
	1897							
1.	Januar						3095	
2.	”						3096, 3098	
3.	”						2913, 3099	
4.	”					2829		
6.	”					2833		
7.	”					2834	3100	
11.	”					2830		
12.	”						2931, 3101	
14.	”					2831		
15.	”					2835	2932, 3102	
16.	”					2836	2933, 3114	
17.	”						3103	
20.	”						3104	
21.	”						2981, 3115	
22.	”						2934, 3116	
26.	”						3105	
29.	”						2935, 2936, 3106	
3.	Februar						3107	
4.	”						2937, 3108	
6.	”						2938	
8.	”						3117	
9.	”						2982, 3109	
10.	”							3132 bis 3136
11.	”						3110	3137 bis 3141

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1897							
12.	Februar							3142, 3143
13.	,,							3144
14.	,,							3145 bis 3150
15.	,,							3151,3152, 3153
16.	,,							3155
17.	,,							3154,3156, 3160
18.	,,							3157,3158, 3159,3161, 3162
19.	,,							3163, 3164
21.	,,							3165,3166, 3167
22.	,,						2939	3168
23.	,,							3169,3170, 3171, 3172
24.	,,							3173, 3174
3.	März						2983	
4.	,,						2984	
6.	,,						3118	3175, 3176
8.	,,						2985, 3119	3177
9.	,,							3178, 3179
10.	,,						2940	3180
11.	,,							3181,3182, 3183, 3184
12.	,,							3185, 3186
16.	,,							3187
17.	,,							3188,3189, 3190, 3192
18.	,,							3191,3193, 3194
19.	,,							3195,3196, 3197, 3198
20.	,,							3199,3200,
21.								3201
	,,							3202
24.	,,							3203, 3204
25.	,,							3205

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1897							
26.	März							3206(3207)
27.	,,							3207,3208 3209
28.	,,							3215
29.	,,							3210
30.	,,							3211,3212, 3213
1.	April							3216
2.	,,							3214, 3217
3.	,,							3218
4.	,,						2941	
7.	,,						3111	
9.	,,						3112	
11.	,,							3219, 3220
14.	,,							3221, 3222
15.	,,						3113	
16.	,,							3223
17.	,,							3224
19.	,,							3225
20.	,,						2942, 2986	3226
22.	,,						2987	
23.	,,						2988	
26.	,,						2989	
27.	,,						3120	
28.	,,						2990	
29.	,,						3121	
30.	,,						3122	
1.	Mai						3123, 3125	3227, 3228
3.	,,							3229
5.	,,						3124, 3126	
6.	,,							3230
7.	,,						3127, 3128	3231
9.	,,							3232, 3233
10.	,,							3234,3235, 3236
12.	,,							3237, 3238
25.	,,						3129	
12.	Juni							3239
4.	Juli							3240, 3241
8.	,,							3242

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krügerdepesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1897							
12.	Juli							3243, 3244
13.	,,						3130	3245
14.	,,							3246, 3247
19.	,,					2814		
27.	,,						2958	
16.	August							3248
18.	,,							3249
20.	,,							3250, 3251
24.	,,						2959	
31.	,,							3252
20.	Sept.							3253
3.	Nov.						2991	
20.	,,							3338
25.	Dez.							3254, 3255
28.	,,							3256
30.	,,							3257
31.	,,						3131	
	1898							
1.	Januar							3258
2.	,,							3259, 3260
9.	,,							3261
10.	,,							3351
12.	,,							3262
13.	,,							3263
15.	,,							3264
16.	,,							3266
17.	,,							3267
18.	,,							3265, 3268
19.	,,							3269
20.	,,							3270, 3071
23.	,,							3272
26.	,,							3273
31.	,,							3274
2.	Februar							3275, 3276
8.	,,							3277
9.	,,							3278, 3279
10.	,,							3280, 3281
12.	,,							3282
14.	,,							3283

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1898							
16.	Februar							3284, 3285
20.	,,							3286
22.	,,							3352
23.	,,							3353, 3354
24.	,,							3355, 3356
25.	,,							3357
26.	,,							3287
28.	,,							3288
4.	März							3358
5.	,,							3339
13.	,,							3289
15.	,,							3290,3291
								3292
22.	,,							3310
23.	,,							3293
24.	,,							3294
30.	,,							3359
15.	April							3360
16.	,,							3361
18.	,,							3362
19.	,,							3363
21.	,,							3295, 3296
23.	,,							3366
8.	Mai							3364
20.	,,							3365
24.	,,							3340
28.	,,							3367
4.	Juni							3368
23.	Juli							3369
29.	,,						2960	
4.	August							3342
6.	,,							3341
9.	,,							3343
13.	,,							3344
7.	Sept.							3370
9.	,,							3371
11.	,,							3372, 3373
12.	,,							3374
13.	,,							3297
14.	,,							3298

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	Band XII,1	Band XII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnissystem	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1898							
15.	Sept.							3299
17.	„							3300
18.	„							3301, 3375
20.	„							3302
2.	Oktober							3303, 3376
4.	„							3304
5.	„							3377
7.	„							3305, 3378
9.	„							3379
12.	„							3345
13.	„							3380
14.	„							3382
15.	„							3381, 3383
16.	„							3384
19.	„							3385
21.	„							3386
28.	„							3308
2.	Nov.							3306
3.	„							3307
4.	„							3387
6.	„							3388
7.	„							3389
8.	„							3390
11.	„							3346
15.	„							3347
25.	„							3391
28.	„							3309
29.	„							3392
12.	Dez.							3311
22.	„							3393
27.	„							3394
30.	„					2832		3312
	1899							
1.	Januar							3313
5.	„							3314
7.	„							3315
14.	„							3316
16.	„							3317, 3318
17.	„							3319

Jahr		Band VII	Band VIII	Band IX	Band X	Band XI	BandXII,1	BandXII,2
		Die Anfänge des neuen Kurses		Der nahe und der ferne Osten	Das türkische Problem 1895	Die Krüger-depesche u. das Europäische Bündnis-system	Alte und neue Balkanhändel	
Tag	Monat	I Der russische Draht	II Die Stellung Englands zwischen den Mächten					
	1899							
18.	Januar							3320
19.	,,							3321, 3322
20.	,,							3323
21.	,,							3324,3325, 3326
3.	Februar							3327
8.	,,							3328
16.	,,							3329
21.	,,							3330
4.	März							3331
13.	,,							3332
26.	,,							3333
26.	Mai							3334
12.	Juli							3395
26.	,,							3335
31.	,,							3336
14.	Sept.							3348
23.	,,							3349
25.	Oktober							3337
2.	Dez.							3350
	1904							
3.	Juni	1391						
10.	,,	1392						
	1907							
13.	Juni			2307				

Übersetzungen
der fremdsprachigen Dokumente der Bände 7—12

Nr. 1373

Anlage zum Berichte des Botschafters in Petersburg v. Schweinitz an den Reichskanzler v. Caprivi vom 16. Mai 1890

(Telegramm des Grafen Schuwalow.)
Eigenhändig

St. Petersburg, den 14. Mai 1890

Geheim

Der russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten las mir heute ein Telegramm des Grafen Schuwalow vom 20. oder 21. März d. Js. vor; die nachstehenden Aufzeichnungen, welche ich mir machte, sobald als ich in meine Wohnung zurückgekehrt war, geben die wesentlichen Sätze des Telegrammes wieder, wenn auch ohne Verbindung und vielleicht nicht in der richtigen Reihenfolge [1]).

Persönlich und Geheim — Berlin, 21./9. März 1890

Gestern morgen hat der Kaiser mich eingeladen, zu ihm zu kommen; Seine Majestät sagte mir, daß er sich in der traurigen Notwendigkeit befände, sich vom Kanzler zu trennen. Der Kaiser hatte nicht geglaubt, daß dieser Augenblick so nahe wäre, aber er ist überzeugt, die peinliche Entscheidung nicht mehr aufschieben zu können, weil seit einigen Wochen der Fürst v. Bismarck an einer derartigen Überreizung der Nerven leidet, daß man in jedem Augenblick auf eine schwere Erkrankung gefaßt sein muß.

Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der inneren Politik bestehen keine politischen Gründe für diese Trennung; nur aus Gesundheitsrücksichten, also um ihn zu retten, gibt der Kaiser ihm seine Freiheit. — Seine Majestät fuhr fort: „Ich will, daß Ihr Herrscher, der mein Freund und immer sehr gut zu mir gewesen ist, wisse, daß nichts in unseren Beziehungen geändert werden wird; die Politik, die der Kanzler gemacht hat, war nicht die seinige, es war diejenige meines Großvaters, und es ist die meinige.“ — —

„— Graf Herbert Bismarck hat mir gesagt, daß Sie zögerten, die Verhandlungen über unseren Geheimvertrag im Hinblick auf den sich vollziehenden Wechsel fortzusetzen; lassen Sie Ihren Souverän wissen, daß *ich ganz bereit bin, auf seine Gedankengänge einzugehen.*“

— — Der Botschafter hat geantwortet, daß er tatsächlich geglaubt habe, die Meinung seiner Regierung einholen zu müssen, der er jetzt die liebenswürdigen Versicherungen Seiner Majestät mitzuteilen sich beeilen werde. —

Der Kaiser sagte: „Ich wünsche daß der Graf Herbert Bismarck bleibt; Sie sind mein Freund, suchen Sie ihn zu überzeugen, daß er nicht auf seinem Rücktrittsgesuche bestehen darf; die Ratschläge seines Vaters werden für seine Führung der Geschäfte immer nützlich sein können.“ —

[1]) Zur Kontrolle vgl. den auszugsweise bei Goriainow a. a. O., S. 343 f. in englischer Übersetzung mitgeteilten Wortlaut des Schuwalowschen Telegramms vom 21. März 1890.

„Ich weiß, daß man sich mit den militärischen Konferenzen beschäftigt, zu denen ich meine kommandierenden Generale der Armeekorps zusammenberufen habe; abgesehen von einigen Organisationsänderungen, handelt es sich dabei nur um Maßregeln für den Fall von Unordnungen, die sich aus der Erregung der Arbeiterklasse in einigen Distrikten ergeben könnten.

— — „Bei meiner Thronbesteigung hat man das Gerücht verbreitet, ich sei kriegerisch und strebe nach militärischem Ruhm; damit ist es nichts. Ich will nur den Frieden außen und Ordnung im Innern.“ — —

Hierzu hat Kaiser Alexander die Randbemerkung gemacht: „Das ist genau dasselbe, was ich will.“

Graf Schuwalow schließt sein Telegramm mit der Bitte, instand gesetzt zu werden, auf die allerhöchsten Eröffnungen in geeigneter Weise zu antworten; auf Befehl des Zaren wurde ihm sofort telegraphisch aufgetragen, dessen Dank, Befriedigung und Bereitwilligkeit, die Verhandlung zum Abschluß zu bringen, auszusprechen.

v. Schweinitz

Zu Band VII, S. 45

Nr. 1389

Der Verweser des russischen Ministeriums des Äußern Schischkin an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift am 14. November vom Grafen von der Osten-Sacken überreicht

St. Petersburg, den 2./14. November 1896

Da unser Vertrag mit Deutschland deutlich festsetzt, daß die beiden vertragschließenden Parteien sich verpflichten, das Geheimnis nicht nur hinsichtlich seines Inhalts, sondern auch „hinsichtlich des Vorhandenseins des Vertrages“ zu bewahren, so scheint uns, daß die einzige festzustellende Tatsache die wäre, den besonderen Charakter solcher unter gewissen Umständen unerläßlicher Abmachungen hervorzuheben, die aus Staatsgründen sich nur unter der ausdrücklichen Bedingung abschließen lassen, daß sogar ihr Bestehen durchaus geheim bleibt.

Die vom Fürsten v. Hohenlohe und vom Freiherrn v. Marschall geplanten Erklärungen im Reichstage, die enthüllen würden, daß zu einer nur wenig zurückliegenden Zeit ein derartiger Vertrag bestanden hat, stehen mit der übernommenen Verpflichtung in Widerspruch; ganz abgesehen davon, daß die Verknüpfung der Weigerung der Vertragserneuerung mit der Klausel der Geheimhaltung die Unterstellung bedeuten würde, daß wir besondere Veranlassung hätten, das Geheimnis zu hüten, während es für die beiden Parteien „wechselseitig“ war.

Sie können dem Fürsten v. Hohenlohe und dem Freiherrn v. Marschall sagen, daß ihre Erklärungen im Reichstage den beklagenswertesten Eindruck bei uns machen und nicht verfehlen würden, in Rußland und in der russischen Presse die Anschuldigung hervorzurufen, sie seien ein auf Erzeugung von Mißtrauen abzielendes Manöver. —

gez. Schischkin

Zu Band VII, S. 45/46

Nr. 1390

Schriftsatz, bestimmt für den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Unsigniertes Konzept von der Hand des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall

Berlin, 14. November 1896

Baron v. Marschall leugnet nicht die Verpflichtungen, gerade das Vorhandensein des Vertrages geheimzuhalten, findet aber die Lage durch die

Enthüllungen des Mannes, der bei dieser Sache der Maßgebendste war und der selber den Vertrag unterzeichnet hat, völlig verändert. Das große Erstaunen, das sich in Deutschland und anderwärts daraus ergeben hat, und die Vorwürfe, die der Fürst v. Bismarck der Regierung macht, daß sie blindlings England folge, legen ihr die Verpflichtung auf, zu sprechen und auf die Interpellation zu antworten. Im entgegengesetzten Falle würde sie den Parteigängern des Fürsten Bismarck das Feld überlassen, um ihre Anklagen zu befestigen und ihre Enthüllungen fortzusetzen. Mit dem Augenblick, wo die Verpflichtung vorliegt, zu sprechen, würde eine jede nicht ein formelles Dementi des Bestehens des Vertrages enthaltende Erklärung einem Eingeständnis gleichkommen. Ein formelles Dementi ist wegen des öffentlichen Bekanntseins seiner Existenz unmöglich und würde die Regierung nutzlos bloßstellen.

Weder der Fürst v. Hohenlohe noch der Freiherr v. Marschall haben die Absicht, der russischen Regierung zuzuschreiben, an dem Geheimnis besonders interessiert gewesen zu sein. Die Gründe der Geheimhaltung sollen nicht berührt werden.

Freiherr v. Marschall ist der Meinung, daß man Erklärungen in diesem Sinne abgeben kann, ohne den Argwohn zu erwecken, daß der Wille vorliege, Mißtrauen zu säen; er glaubt im Gegenteil, daß der Versuch der Regierung, sogar die Existenz des Vertrages zu verschleiern, ihr die Beschuldigung eintragen könnte, Mißtrauen zu säen, indem sie annehmen ließe, daß noch Verpflichtungen vorhanden seien. Freiherr v. Marschall glaubt, daß die Sorge, nicht irgendwelches Mißtrauen zu erwecken, ein gemeinsames Interesse der beiden Kabinette sei, denn ein solches zu unserem Schaden zu erwecken würde bedeuten, es anderswo gegen die deutsche Regierung hervorzurufen.

Zu Band VII, S. 72/79

Nr. 1410

Der italienische Minister des Äußern Marchese di Rudini an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen de Launay

Abschrift in französischer Übersetzung, übergeben vom Grafen de Launay am 24. April

Vertraulich Rom, den 15. April 1891

1. Der vertrauliche Gedankenaustausch, den ich in diesen letzten Tagen durch die Vermittlung Euerer Exzellenz und des Grafen Nigra mit dem Berliner und Wiener Kabinett gehabt habe, hat ergeben, daß die drei Regierungen über die folgenden Punkte in Übereinstimmung sind:

daß es angezeigt ist, schon jetzt zur Erneuerung des Vertrages vom 20. Februar 1887 zu schreiten;

daß die Erneuerung substantiell auf der Grundlage der Aufrechterhaltung des schon Bestehenden stattzufinden habe;

daß Berlin der geeignetste Ort für die Verhandlungen ist.

Nachdem die einleitende Phase der Verhandlungen also beendet ist, kommt es darauf an, daß diese von nun an einen amtlichen Charakter annehmen, um sie schnell zu einem günstigen Abschluß bringen zu können. Indem ich, was mich anbetrifft, hierzu unverzüglich beitragen will, beeile ich mich, in dieser Depesche die Gedanken zusammenzufassen, die Euer Exzellenz bei den bevorstehenden Verhandlungen gütigst als Führer nehmen wollen.

2. Vor allem ist nötig, daß Euer Exzellenz dem Reichskanzler die Bereitschaft erklären, ihm die Vorschläge mitzuteilen, die der Königlichen Regierung geeignet erscheinen, eine angemessene Erneuerung des Bündnisses zu erleichtern. Diese Erklärung würde selbstverständlich nicht nur dem Berliner, sondern in gleicher Weise auch dem Wiener Kabinett gemacht

werden, was Seine Exzellenz der Herr Kanzler die Liebenswürdigkeit haben müßte, auch in unserem Interesse vorher zu sondieren. Wenn die beiden Kabinette damit einverstanden sind, wie wir zuversichtlich annehmen, uns die Initiative der ersten Vorschläge zu überlassen, sind Euer Exzellenz schon jetzt ermächtigt, sie in der Fassung bekanntzugeben, die ich in dieser Depesche Ihnen aufzuzeigen mich anschicke.

3. Eine erste Bemerkung unsererseits würde sich auf die Struktur der neuen Abmachungen beziehen. — 1887 ist die Erneuerung des Bündnisses mittels eines Zusatzvertrages[1]) festgestellt worden, in dem der Artikel 1, (dem ein rein formeller zweiter Artikel folgte), erklärt, daß der vorhergehende Vertrag vom 20. Mai 1882 bis zum 30. Mai 1892 bestätigt und in Wirksamkeit erhalten bleibe. — Anläßlich der zweiten Erneuerung, um die es sich jetzt handelt, schiene es vorteilhaft, ohne jedes weitere Wort und textgemäß in dem neuen Vertrage die verschiedenen Artikel des Vertrages von 1882 wieder aufzuführen. Und die Bestätigung der Fortdauer des nun schon zehnjährigen Bündnisses könnte aus der Einleitung des neuen Vertrages hervorgehen, in der zu sagen wäre, daß die drei Regierungen sich zu seinem Abschluß durch den festen Entschluß bewogen gefunden hätten, ihren Staaten die Wohltaten zu erhalten, die sie — sowohl vom politischen wie vom monarchischen und sozialen Gesichtspunkt aus — aus der 1882 geschlossenen und schon 1887 zum ersten Male erneuerten Allianz gezogen hätten.

4. Eine zweite und wichtigere Bemerkung unsererseits bezieht sich gleichfalls auf die Struktur des neuen Abkommens. — Als bei Gelegenheit der Verhandlungen von 1887 man zu den ursprünglichen Abmachungen von 1882 andere Festsetzungen hinzufügte, hinsichtlich deren die Kabinette von Wien und Berlin nicht glaubten, eine völlig gleiche Haltung einnehmen zu können, nahm man zu dem Aushülfsmittel Zuflucht, mit Deutschland und Österreich zwei getrennte Verträge,[2]) als Ergänzung des zu erneuernden Hauptvertrages abzuschließen. Die Verbindung zwischen den drei Verträgen wurde indes in feierlicher Weise in dem Unterzeichnungsprotokoll ausgesprochen, dessen Festsetzungen in dieser Hinsicht tatsächlich nicht ausführlicher und abschließender hätten sein können. — Es scheint mir, daß es gut wäre, statt zu einem ähnlichen Aushilfsmittel Zuflucht zu nehmen, die Festsetzungen der drei Sonderverträge in einen und denselben Vertrag zusammenzufassen. Diese Umwandlung der gegenwärtig gültigen Verträge schiene mir der Absicht zu entsprechen, die sich bei den drei Regierungen immer tiefer einwurzelt, sich für die Bewahrung und den Schutz der gemeinsamen Interessen der Ordnung, des Gleichgewichtes und des Friedens als eine untrennbare Gruppe hinzustellen. Wenn aus berechtigten Gründen die drei Mächte nicht sämtlich in der verbündeten Gruppe eine völlig gleiche Stellung einnehmen, wenn gewisse Bande und gewisse Verpflichtungen für die eine unter ihnen Wert besitzen, während die andere sie nicht hat übernehmen können oder wollen, so glauben wir nicht, daß man deshalb auf die Einheitlichkeit des Vertrages verzichten sollte, denn man kann vollkommen einsehen und zulassen, daß neben gemeinsamen Festsetzungen auch Spezialabmachungen zu Lasten der einen oder der anderen der drei vertragschließenden Parteien vorhanden sind. Der Vertrag von 1882 selbst, auf den sich der Zusatzvertrag von 1887 bezieht, liefert uns bereits ein Beispiel dieser Vielartigkeit von Verpflichtungen innerhalb der Einheitlichkeit des Vertragsinstruments, wovon man sich sehr leicht überzeugen kann, wenn man die Artikel II

---

[1]) Text des zweiten Dreibundvertrages vom 20. Februar 1887 — Band IV, S. 257/258 des Aktenwerkes — siehe Wegweiser, Band 1, S. 280.

[2]) Text des deutsch-italienischen Separatvertrages siehe Band IV des Aktenwerkes, Nr. 859, und in deutschem Wortlaut Wegweiser, Band 1, S. 280ff.

und III des ersten Vertrages liest, die jeder der drei Mächte erheblich verschiedene Pflichten und Rechte zuweisen.

Wenn unser Vorschlag in Berlin und Wien eine günstige Aufnahme findet, müßte man in dem neuen Vertrage außer den Artikeln V und VI, indem man diese Artikel wiederholt — abgesehen von den Änderungen, die ich noch erwähnen will, — die beiden Sonderverträge von 1887 einschieben.

5. Der erste Absatz des Artikels I des zwischen Italien und Österreich-Ungarn gültigen Separatvertrages und der einzige Absatz des Artikels I des zwischen Italien und Deutschland bestehenden Separatvertrages sind wechselseitig identisch, abgesehen von diesem einzigen Unterschiede, daß in dem Vertrage mit Deutschland die Verpflichtung, sich für die Verhinderung irgendeines schädlichen territorialen Wechsels im Orient einzusetzen, sich ausdrücklich auf die ottomanischen Küsten und Inseln der Adria und des Ägäischen Meeres bezieht. Wenn man sich an den Buchstaben dieses Paktes hält, könnte eine derartige Beschränkung nur den einzigen Erfolg haben, Deutschland tatsächlich dazu zu zwingen, über der Aufrechterhaltung des status quo auf den ottomanischen Inseln und an den ottomanischen Küsten des Ägäischen Meeres und der Adria zu wachen, Deutschland aber hinsichtlich der Küsten des Schwarzen Meeres und der inneren Landstriche der Balkanhalbinsel davon zu entbinden. Man darf indessen daran zweifeln, daß der Widerwille der deutschen Regierung in bezug auf alles, was seine Tätigkeit auf der Balkanhalbinsel binden kann, so weit geht. Sich für die Aufrechterhaltung des status quo ohne Unterscheidung der verschiedenen Zonen der Halbinsel einzusetzen, müßte ihm das nicht als eine zu lästige oder mit der Freiheit unvereinbare Verpflichtung erscheinen, die es sich in dieser Hinsicht hauptsächlich im Hinblick auf seine Beziehungen mit Rußland zu bewahren wünscht? Ich würde meinen, daß man nicht ohne Hoffnung auf eine günstige Aufnahme fordern könnte, daß Deutschland für die Klausel, um die es sich handelt, auch die Vertragsformel mit Österreich annehmen möge. Und wenn unsere Forderung angenommen wird, dann würde in dem einzigen Vertrage unmittelbar hinter dem Artikel V ein Artikel VI folgen, der den ersten Absatz des Artikels I des Sondervertrages mit Österreich-Ungarn wiederherstellte.

6. Der gegenwärtige Artikel II des Sondervertrages mit Deutschland würde sodann als Artikel VII folgen. — Österreich-Ungarn kann offenbar keine Schwierigkeit darin finden, seine Unterschrift zu einer derartigen Abmachung zu geben, die seiner Politik nicht weniger wie derjenigen seiner Verbündeten entspricht.

7. Der gegenwärtige zweite Absatz des gegenwärtigen Artikels I des Sondervertrages mit Österreich-Ungarn würde den Artikel VIII bilden, in dem man allein das Wort „toutefois“ wegläßt. Der Inhalt, der eine ausschließlich doppelseitige Verpflichtung zwischen Italien und Österreich-Ungarn ausdrückt, würde dadurch klar und deutlich aufrechterhalten.

8. Die nordafrikanischen Küsten des mittleren und westlichen Mittelmeergebietes werden ausschließlich in dem Sondervertrage zwischen Italien und Deutschland berührt, und wir sollten nicht fordern, daß Österreich-Ungarn hinsichtlich dieser Gebiete, in denen keine unmittelbaren Interessen zu haben es mehrfach erklärt hat, eine gleiche Stellung übernehmen soll. Indessen scheinen die auf diese Gebiete bezüglichen Abmachungen von 1887, selbst zwischen Italien und Deutschland betrachtet, uns nicht völlig mit den gemeinsamen Interessen übereinzustimmen, die sich als Interessen des Gleichgewichtes und des Friedens darstellen. Der Artikel III des italienisch-deutschen Sondervertrages faßt tatsächlich die äußerste Möglichkeit eines durch französische Angriffe herausgeforderten Krieges ins Auge, aber durchaus nicht die Möglichkeit einer friedlichen und diplomatischen, zwischen den beiden Kabinetten ver-

einbarten Handlung. Es scheint mir, daß man im Anschluß an das, was für das ottomanische Reich zwischen Italien und Österreich-Ungarn durch den Sondervertrag vom 20. Februar 1887 und zwischen Italien, Österreich-Ungarn und England durch die Übereinkunft zu Dreien vom 12./16. Dezember 1887 abgemacht ist, bequem entsprechende Pakte zwischen Italien und Deutschland im Hinblick auf Tripolitanien, Tunesien und Marokko abschließen könnte. Dieser Zweck könnte mittels eines wie folgt abgefaßten Artikels IX erreicht werden:

> „Italien und Deutschland verpflichten sich, sich für die Aufrechterhaltung des tatsächlichen und rechtlichen status quo in den nordafrikanischen Gebieten des Mittelmeeres: der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko einzusetzen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden die Anweisung erhalten, möglichst enge Fühlung zu halten und sich wechselseitig beizustehen. Sollte die Aufrechterhaltung des status quo sich unglücklicherweise als unmöglich herausstellen, so verpflichtet sich Deutschland, Italien bei derjenigen Unternehmung zu unterstützen, die dieses unter der Form einer Okkupation oder einer anderen Bürgschaft in einem berechtigten Interesse des Gleichgewichts und der Entschädigung unternehmen müßte."

9. Als natürliche Ergänzung des neuen Paktes würden nunmehr ein Artikel X und ein Artikel XI folgen, die den gegenwärtigen Artikel III und IV des Sondervertrages zwischen Italien und Deutschland enthalten, und zwar mit den einzigen Abweichungen, die nötig sind, um deutlicher ins Licht zu setzen, daß es sich hier um eine ausschließlich zwischen Italien und Deutschland übernommene Verpflichtung handelt.

10. Da die Reihe der Separatpakte nunmehr erschöpft wäre, käme man nun auf die Wiedergabe der Artikel VI, VII und VIII zurück, die aus dem Vertrage von 1882 übrig bleiben und in dem neuen Vertrage die Nummern XII, XIII und XIV zu tragen hätten.

11. Der Artikel XII (VI) könnte nach dem Beispiel dessen, was bereits in den beiden Sonderverträgen von 1887 festgesetzt ist, sich darauf beschränken, die Verpflichtung der Geheimhaltung allein für den Inhalt des Vertrages und nicht auch für sein Vorhandensein festzustellen. Das Vorhandensein der Allianz ist bereits mehrere Male zugegeben und von den leitenden Ministern der drei Staaten öffentlich bekundet worden. Auch in der Zukunft wird es nützlich sein, es bestätigen zu können, und es wäre nicht angebracht, etwas zu tun, was durch den Vertrag ausdrücklich verboten ist.

12. Schließlich könnte man im Artikel XIII (VII) für den neuen Vertrag eine Dauer von fünf Jahren nach dem Erlöschen der gegenwärtigen fünfjährigen Periode festsetzen, oder besser noch eine Dauer von sechs Jahren vom Tage der Unterzeichnung des neuen Vertrages an bestimmen.

13. Während der einleitenden Verhandlungen hat man davon gesprochen, die politischen Abmachungen der Allianz mittels irgendeiner Festsetzung wirtschaftlicher Art zu ergänzen, und man hat die Unmöglichkeit erkannt, auf diesem Gebiete genaue Bindungen einzugehen. Es scheint uns indessen nicht, daß man aus diesem Grunde auf jeden Gedanken dieser Art verzichten sollte. Was uns betrifft — und unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Billigung für die späteren Abmachungen, die das Ergebnis einer grundsätzlichen Zustimmung wären —, so wären wir nicht abgeneigt, an einem Abkommen teilzunehmen, mittels dessen die drei Verbündeten sich wechselseitig versprächen, sich auf wirtschaftlichem Gebiete (Finanzen, Zölle und Eisenbahnen) außer der Behandlung als meist begünstigte Nation alle besonderen Erleichterungen zuzugestehen, die mit den einem jeden Staate eigenen Anforderungen und mit den etwa bestehenden Abmachungen mit dritten Mächten vereinbar sind.

14. Kraft der Abmachungen vom Februar 1887 und vom Dezember desselben Jahres nimmt England tatsächlich an den in Gültigkeit befindlichen Abmachungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn teil, die auf dem Separatvertrage vom 20. Februar 1887 bezüglich des Orients im eigentlichen Sinne, d. h. der unter der Herrschaft des Sultans stehenden Gebiete, beruhen. Es wäre gut, daß Deutschland und Italien, wenn nicht die drei Mächte sich versprächen, sich gemeinsam in einer Form, die die Umstände als die beste erscheinen ließen, dafür einzusetzen, den Zutritt Englands auch zu den zwischen Italien und Deutschland hinsichtlich Tripolitaniens, Tunesiens und Marokkos abgeschlossenen Pakten zu erlangen, derart, daß die Mitwirkung Englands uns gesichert wäre: diplomatisch für die Aufrechterhaltung des status quo in diesen Gebieten, und auch militärisch in den Fällen, wo aus einer Erschütterung des status quo durch eine Handlung Frankreichs ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen diesem und den beiden verbündeten Mächten sich ergeben könnte.

15. Die beiden oben erwähnten Zusatzpakte sollten, wie ich denke, bequemer in einem Sonderprotokoll Platz finden, was uns indes angeht, so hätten wir keine Schwierigkeit, sie auch in den Text des Vertrages selbst aufzunehmen.

16. Um meinen Gedanken besser zu entwickeln, füge ich hier einen Vertragsentwurf [1]) und den Entwurf eines Protokolls bei, die mit den vorhergehenden Vorschlägen übereinstimmen.

17. Die gegenwärtigen Weisungen gehen über Wien. Es liegt eine Kopie für den Grafen Nigra bei, der ermächtigt wird, dem Grafen Kálnoky davon Kenntnis zu geben. Bei jedem anderen späteren Vorschlage werde ich ebenso verfahren. Es gilt jedoch als abgemacht, daß man die Verhandlungen in Berlin zusammenfassen will, und daß es dem Kaiserlichen Kanzler, dem unsere Vorschläge durch Sie vorgelegt werden, zukommt, uns zu antworten und zwar nicht nur für seine eigene Rechnung, sondern auch für die Rechnung des Wiener Kabinetts, das von ihm vorher zu befragen wäre. Diese Methode, die sich schon für die Wiener Verhandlungen von 1882 und für die Berliner Verhandlungen von 1887 bewährt hat, hat ausgezeichnete Ergebnisse geliefert; es ist gut, sie auch für die gegenwärtigen Verhandlungen in Berlin anzunehmen. Eine doppelte Erörterung an zwei verschiedenen Orten über denselben Gegenstand wäre offensichtlich unmöglich.

18. Ich habe die gegenwärtige Depesche in eine Zahl numerierter Paragraphen geteilt. Auf diese Weise werden die etwaigen Bezugnahmen in unserer weiteren Korrespondenz, besonders in der telegraphischen, leichter sein.

19. Ich schließe, indem ich Ihnen auch im Namen Seiner Majestät das vollkommenste Vertrauen ausspreche, mit der festen Hoffnung, daß die erleuchtete und hingebende Tätigkeit Euer Exzellenz gute Resultate zeitigen wird, für das Wohl des Landes und zum Vorteil der Sache des Friedens, auf dem das Wesen unserer Politik beruht.

gez. Rudini.

Anlage

Vertragsentwurf

Artikel VI. Die hohen vertragschließenden Parteien, die nur im Auge haben, den territorialen status quo im Orient so weit irgend möglich aufrechtzuerhalten, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, um jeder territorialen Veränderung zu begegnen, die der einen oder der anderen der Unterschriftsmächte des gegenwärtigen Vertrages schaden könnte. Zu

[1]) Vgl. die folgende Anlage.

diesem Zwecke werden sie sich alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne wie über diejenigen anderer Mächte aufzuklären.

Artikel VII. Die Festsetzungen des vorigen Artikels sollen sich in keiner Weise auf die ägyptische Frage beziehen, hinsichtlich deren die hohen vertragschließenden Parteien wechselseitig ihre Handlungsfreiheit behalten, immer im Hinblick auf die Grundsätze, auf denen der gegenwärtige Vertrag beruht.

Artikel VIII. In dem Falle, wo infolge von Ereignissen die Aufrechterhaltung des status quo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln in der Adria und im Ägäischen Meer unmöglich würde, und wo, sei es infolge der Tätigkeit einer dritten Macht oder auf andere Weise, Italien oder Österreich-Ungarn sich genötigt sähen, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation ihrerseits zu ändern, so soll diese Okkupation nur nach einem vorherigen Abkommen zwischen den beiden Mächten statthaben, das auf dem Grundsatze einer wechselseitigen Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhalten würde, ein Abkommen, welches den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen der beiden Parteien zu entsprechen hätte.

Artikel IX. Italien und Deutschland verpflichten sich, sich für die Aufrechterhaltung des tatsächlichen und rechtlichen status quo in den nordafrikanischen Gebieten am Mittelmeer, nämlich in der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko, einzusetzen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden die Weisung erhalten, sich hinsichtlich ihrer Mitteilungen und wechselseitigen Unterstützung in engster Fühlung zu halten. Sollte unglücklicherweise die Aufrechterhaltung des status quo unmöglich werden, so verpflichtet sich Deutschland, Italien bei jeder Handlung in der Form einer Okkupation oder einer anderen Pfandnahme zu unterstützen, die diese letztere Macht im Hinblick auf das Interesse des Gleichgewichts und einer rechtmäßigen Entschädigung unternehmen müßte.

Artikel X. Sollte es eintreten, daß Frankreich sich zur Ausbreitung seiner Okkupation oder aber seines Protektorats oder seiner Souveränität in den nordafrikanischen Gebieten in irgendeiner Form anschickte, und daß infolge dieser Tatsache Italien glaubte, zur Rettung seiner Stellung im Mittelmeer selbst eine Aktion in den genannten nordafrikanischen Gebieten unternehmen zu müssen oder sogar auf dem französischen Gebiete in Europa zu den äußersten Maßnahmen zu schreiten, so würde der daraus zwischen Italien und Frankreich folgende Kriegszustand ipso facto auf die Forderung Italiens und zu gemeinsamen Lasten Italiens und Deutschlands den casus foederis bilden, der durch die Artikel II und V des gegenwärtigen Vertrages vorgesehen ist, ebenso, als wenn eine derartige Möglichkeit darin ausdrücklich ins Auge gefaßt wäre.

Artikel XI. Wenn die Wechselfälle eines von den beiden Mächten gemeinsam gegen Frankreich unternommenen Krieges Italien dazu führten, territoriale Garantien hinsichtlich Frankreichs für die Sicherheit der Grenzen des Königsreichs und seiner maritimen Stellung, ebenso wie im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Friedens zu suchen, so wird Deutschland dem kein Hindernis entgegensetzen und nach Bedarf und in einem mit den Umständen verträglichen Maße sich dafür einsetzen, die Mittel zur Erreichung eines derartigen Zwecks zu erleichtern.

Artikel XII. Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig die Geheimhaltung des Inhalts des gegenwärtigen Vertrages.

Artikel XIII. Der gegenwärtige Vertrag soll sechs Jahre von der Auswechselung der Ratifikationen ab in Kraft bleiben.

Artikel XIV. Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen

in Berlin binnen einer Frist von fünfzehn Tagen oder früher, wenn es tunlich ist, ausgetauscht werden.

Zu Band VII, S. 94/95

Nr. 1420

Der italienische Botschafter in Berlin Graf de Launay an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 30. April 1891

Durch ein Telegramm, das ich in dem Augenblicke empfing, wo Sie mir Ihren liebenswürdigen Besuch machten, teilt der Marquis di Rudini mir mit, daß er die von mir vorgeschlagene neue Formel für den Artikel IX annimmt. — Er gibt mir lediglich die Anweisung, folgenden Abänderungsvorschlag für die letzte auf England bezügliche Phrase vorzuschlagen:

„Es versteht sich, daß in einem derartigen Falle die beiden Mächte sich gleichermaßen mit England in Verbindung zu setzen suchen würden."

Die Worte „devrait aussi s'établir" [1]) (zustandekommen müßte) wären dann ebenso beseitigt wie die Worte „entente préalable" (vorherige Verständigung). Das schiene aus dieser Verständigung eine einleitende Bedingung für die Unterstützung durch Deutschland zu machen. Das hieße, in gewisser Art den Wert einer die beiden vertragschließenden Mächte verpflichtenden Klausel dem guten Willen einer dritten Macht ausliefern. Eine derartige Kombination wäre nur in dem Falle zutreffend, wo der Hinzutritt Englands zur Allianz bereits eine vollendete Tatsache wäre. —

Nehmen Sie die vorgeschlagene Abänderung an? — Ich wünschte heute noch Ihre Antwort an den Marquis di Rudini telegraphieren zu können. — Was er fordert, scheint mir annehmbar.

Mein Bureau chiffriert gegenwärtig gerade das, was in unserer heutigen Besprechung abgemacht worden ist.

gez. Launay

Zu Band VII, S. 99/102

Nr. 1426

Text des Dreibund-Vertrages vom 6. Mai 1891

Ausfertigung

Ihre Majestäten

der Kaiser von Deutschland, König von Preußen,

der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, und

der König von Italien,

fest entschlossen, ihren Staaten die Fortsetzung der Wohltaten zu sichern, die ihnen ebensowohl in politischer Hinsicht wie vom monarchischen und sozialen Gesichtspunkte aus die Aufrechterhaltung des Dreibundes verbürgt, und von dem Wunsche beseelt, zu diesem Zwecke die Dauer dieses am 20. Mai 1882 geschlossenen und durch die Verträge vom 20. Februar 1887, deren Ablauf

---

[1]) Bezieht sich auf die vom Grafen Launay dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall am 27. April 1891 vorgeschlagene neue Fassung des Artikels IX. Darin hieß der letzte Satz: „Il est entendu, que pour pareille éventualité une entente préalable devrait aussi s'établir avec l'Angleterre." („Es versteht sich, daß bei einem derartigen Falle eine vorherige Verständigung auch mit England zustandekommen müsste.")

auf den 30. Mai 1892 festgesetzt war, bereits einmal erneuerten Vertrages zu verlängern, haben zu diesem Zwecke als ihre Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen:

den Herren Leo von Caprivi, General der Infanterie, Reichskanzler, preußischen Ministerpräsidenten;

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn:

den Herrn Emmerich Grafen Széchényi de Sárvári Felsö-Vidék, diensttuenden Kammerherrn und Geheimen Rat, seinen außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter beim Kaiser von Deutschland, Könige von Preußen;

Seine Majestät der König von Italien:

den Herren Eduard Grafen de Launay, seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland, Könige von Preußen.

Diese haben nach dem Austausch ihrer in guter und schuldiger Form befundenen Vollmachten folgende Artikel verabredet:

Artikel I.

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig Frieden und Freundschaft und werden kein Bündnis und keine Verpflichtung eingehen, die sich gegen einen ihrer Staaten richten.

Sie verpflichten sich, in einen Gedankenaustausch über die politischen und wirtschaftlichen Fragen allgemeiner Art, die sich darbieten könnten, einzutreten und versprechen sich außerdem ihre wechselseitige Unterstützung nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen.

Artikel II.

In dem Falle, wo Italien ohne unmittelbare Herausforderung seinerseits aus irgend einem Grunde von Frankreich angegriffen werden sollte, sollen die beiden anderen vertragschließenden Parteien gehalten sein, der angegriffenen Partei mit allen ihren Kräften Hilfe und Beistand zu leisten.

Diese gleiche Verpflichtung soll Italien im Falle eines nicht unmittelbar herausgeforderten Angriffs Frankreichs gegen Deutschland obliegen.

Artikel III.

Wenn eine oder zwei der vertragschließenden Parteien ohne unmittelbare Herausforderung ihrerseits angegriffen werden und sich in einen Krieg mit zwei oder mehreren Großmächten verwickelt sehen sollten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, so soll der „casus foederis“ gleichzeitig für alle hohen vertragschließenden Parteien eintreten.

Artikel IV.

In dem Falle, wo eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die Sicherheit der Staaten einer der hohen vertragschließenden Parteien bedroht und die bedrohte Partei sich dadurch gezwungen sehen sollte, ihr den Krieg zu machen, verpflichten sich die beiden anderen, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Eine jede behält sich in diesem Falle die Möglichkeit vor, an dem Kriege teilzunehmen, falls sie es für angezeigt hielte, mit ihren Verbündeten gemeinsame Sache zu machen.

Artikel V.

Sollte der Frieden einer der hohen vertragschließenden Parteien unter den Umständen bedroht werden, die in den vorhergehenden Artikeln vorgesehen sind, so werden sich die hohen vertragschließenden Parteien rechtzeitig über die militärischen Maßnahmen verständigen, die im Hinblick auf ein etwaiges Zusammenwirken zu treffen wären.

Sie verpflichten sich, von nun an in allen Fällen einer gemeinsamen Beteiligung an einem Kriege nur auf Grund einer gemeinsamen Übereinkunft Waffenstillstand, Frieden oder einen Vertrag abzuschließen.

Artikel VI.

Deutschland und Italien, die nur die möglichst lange Aufrechterhaltung des territorialen status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß dahin anzuwenden, daß sie an den ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meere jeder Gebietsveränderung entgegenwirken, die der einen oder der anderen der Unterschriftsmächte des gegenwärtigen Vertrages schaden könnte. Zu diesem Zwecke werden sie sich alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne sowie über die der anderen Mächte zu unterrichten.

Artikel VII.

Österreich-Ungarn und Italien, die nur im Auge haben, den territorialen status quo im Orient so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, verpflichten sich, ihren Einfluß dahin anzuwenden, daß sie jeder Gebietsveränderung entgegenwirken, die die eine oder andere Unterschriftsmacht des gegenwärtigen Vertrages schädigen könnte. Sie werden sich zu diesem Zwecke alle Nachrichten mitteilen, die geeignet sind, sich wechselseitig über ihre eigenen Pläne sowie über die anderer Mächte zu unterrichten. Indes soll in dem Falle, wo infolge der Ereignisse die Aufrechterhaltung des status quo in den Gebieten des Balkans oder der ottomanischen Küsten und Inseln in der Adria und im Ägäischen Meer unmöglich würde, und wo, sei es infolge des Verhaltens einer dritten Macht, sei es auf andere Weise, Österreich-Ungarn oder Italien sich gezwungen sähen, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu ersetzen, diese Besetzung nur nach einem vorherigen Abkommen zwischen den beiden Mächten stattfinden, das auf dem Grundsatze einer wechselseitigen Entschädigung für jeden territorialen oder anderen Vorteil beruht, den jede von ihnen über den gegenwärtigen status quo hinaus erhielte, und das den wohlbegründeten Interessen und Ansprüchen der beiden Parteien Genüge zu leisten hätte.

Artikel VIII.

Die Abmachungen der Artikel VI und VII sollen sich in keiner Weise auf die ägyptische Frage beziehen, hinsichtlich derer die hohen vertragschließenden Parteien wechselseitig ihre Handlungsfreiheit behalten, immer unter Berücksichtigung der Grundsätze, auf denen der gegenwärtige Vertrag beruht.

Artikel IX.

Deutschland und Italien verpflichten sich, sich für die Erhaltung des territorialen status quo in den nordafrikanischen Gebieten am Mittelmeer, also in der Cyrenaika, in Tripolitanien und Tunesien, einzusetzen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden die Anweisung erhalten, sich hinsichtlich gegenseitiger Mitteilungen und Hülfeleistung in engster Fühlung zu halten.

Sollten unglücklicherweise auf Grund einer reiflichen Prüfung der Lage Deutschland und Italien beide anerkennen, daß die Aufrechterhaltung des status quo unmöglich würde, so verpflichtet sich Deutschland, nach einer formellen und vorgängigen Übereinkunft Italien bei jeder Aktion in Form einer Besetzung oder anderen Pfandnahme zu unterstützen, die diese letztere Macht in eben diesen Gebieten im Hinblick auf ein Interesse des Gleichgewichts und berechtigter Entschädigung unternehmen müßte.

Es versteht sich, daß bei einer derartigen Möglichkeit die beiden Mächte sich gleicherweise mit England in Verbindung zu setzen suchen würden.

Artikel X.

Sollte es sich ereignen, daß sich Frankreich anschickte, seine Okkupation oder aber sein Protektorat oder seine Souveränität in irgend einer Form auf die nordafrikanischen Gebiete auszudehnen, und sollte infolge dieser Tatsache Italien zur Bewahrung seiner Stellung am Mittelmeer selbst eine Aktion an den genannten nordafrikanischen Gebieten unternehmen zu müssen oder aber auf dem französischen Landgebiete in Europa zu den äußersten Maßregeln greifen zu müssen glauben, so würde der sich daraus ergebende Kriegszustand zwischen Italien und Frankreich ohne weiteres (ipso facto) auf das Verlangen Italiens und zu gemeinsamen Lasten Deutschlands und Italiens den durch Artikel II und V des gegenwärtigen Vertrages vorgesehenen casus foederis ebenso herstellen, als wenn eine derartige Möglichkeit darin ausdrücklich ins Auge gefaßt wäre.

Artikel XI.

Sollten die Wechselfälle eines jeden solchen gemeinsam gegen Frankreich von den beiden Mächten unternommenen Krieges Italien dazu führen, hinsichtlich Frankreichs für die Sicherung der Grenzen des Königreichs und seiner Machtstellung zur See, ebenso auch im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit und den Frieden, territoriale Pfänder zu erstreben, so wird Deutschland dem keinerlei Hindernis in den Weg legen und nach Bedarf und in einem mit den Umständen verträglichen Maße sich anschicken, die Mittel zur Erreichung eines derartigen Zweckes zu erleichtern.

Artikel XII.

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig, den Inhalt des gegenwärtigen Vertrages geheimzuhalten.

Artikel XIII.

Die Unterschriftsmächte behalten sich vor, in den Vertrag später in Form eines Protokolls und einstimmig diejenigen Änderungen aufzunehmen, deren Nützlichkeit durch die Umstände erwiesen wäre.

Artikel XIV.

Der gegenwärtige Vertrag soll für den Zeitraum von sechs Jahren von der Auswechselung der Ratifikationen ab in Kraft bleiben; wenn er aber nicht ein Jahr zuvor durch die eine oder andere der hohen vertragschließenden Parteien gekündigt worden ist, soll er für dieselbe Zeitdauer von sechs weiteren Jahren in Kraft bleiben.

Artikel XV.

Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen in Berlin binnen fünfzehn Tagen oder früher, wenn es angängig ist, ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die wechselseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihr Wappensiegel beigefügt.

Geschehen zu Berlin, in dreifacher Ausfertigung, am 6. Mai 1891.

(Siegel) v. Caprivi.
(Siegel) Széchényi.
(Siegel) Launay

Zu Band VII, S. 103

Nr. 1427.

Protokoll vom 6. Mai 1891

In dem Augenblicke, wo die unterzeichneten Bevollmächtigten der drei Mächte zur Unterzeichnung des an diesem Tage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien abgeschlossenen Vertrages schreiten, erklären sie gegenseitig, hierzu pflichtmäßig bevollmächtigt, folgendes:

1. Unter dem Vorbehalt parlamentarischer Billigung für die tatsächlichen Abmachungen, die sich aus der gegenwärtigen grundsätzlichen Erklärung ergeben könnten, versprechen sich die hohen vertragschließenden Parteien von diesem Augenblicke an auf wirtschaftlichem Gebiete (Finanzen, Zölle, Eisenbahnen) über die Behandlung als meist begünstigte Nation hinaus alle Erleichterungen und alle besonderen Vorteile, die mit den Anforderungen eines jeden der drei Staaten und mit ihren wechselseitigen Verpflichtungen gegenüber dritten Mächten vereinbar sind.

2. Da der Hinzutritt Englands zu den Abmachungen des heutigen Vertrages über den Orient im eigentlichen Sinne, d. h. über die Gebiete des ottomanischen Reiches, grundsätzlich bereits angenommen ist, so werden sich die hohen vertragschließenden Parteien im geeigneten Augenblick und in dem Maße, wie die Umstände es mit sich bringen würden, dafür einsetzen, einen entsprechenden Beitritt hinsichtlich der nordafrikanischen Landstriche des mittleren und westlichen Mittelmeergebietes einschließlich Marokkos hervorzurufen. Dieser Zutritt ließe sich gegen die Annahme des in den Artikeln IX und X des heutigen Tages enthaltenen Programms durch England verwirklichen.

Zu Urkund dessen haben die drei Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll in dreifacher Ausfertigung unterzeichnet.

Geschehen zu Berlin am 6. Mai 1891.

v. Caprivi.
Széchényi.
Launay.

Zu Band VII, S. 181/183

Nr. 1487.

Deutsche Akzessionserklärung zum österreichisch-rumänischen Bündnisvertrag

Ausfertigung

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, und

Seine Majestät der König von Rumänien haben in Sinaia am 25./13. Juli des laufenden Jahres folgenden Freundschafts- und Bündnisvertrag geschlossen: [1])

Artikel 1.

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich Frieden und Freundschaft und werden keine Allianz oder Verbindlichkeit eingehen, die gegen den einen ihrer Staaten gerichtet ist. Sie verpflichten sich, eine freundschaftliche Politik zu verfolgen und sich nach Maßgabe ihrer Interessen Beistand zu leisten.

Artikel 2.

Wenn Rumänien ohne irgendeine Herausforderung seinerseits angegriffen werden sollte, so ist Österreich-Ungarn verpflichtet, ihm rechtzeitig Hilfe und Beistand gegen den Angreifer zu leisten. Wenn Österreich-Ungarn unter denselben Umständen in einem Teile seiner an Rumänien grenzenden Staaten angegriffen würde, wird der casus foederis für letzteres sogleich eintreten.

Artikel 3.

Wenn eine der hohen vertragschließenden Parteien sich von einem Angriffe unter den oben erwähnten Bedingungen bedroht fände, werden

---

[1]) Hier folgt zunächst der ganze Vertrag von 7 Punkten und dann nach dem 1. Absatze des Artikels 7 die Aufforderung Deutschlands zum Beitritt.

sich die wechselseitigen Regierungen über die Maßnahmen verständigen, die im Hinblick auf ein Zusammenwirken ihrer Armeen zu ergreifen wären. Diese militärischen Fragen, hauptsächlich die der Einheit der Operationen und des Durchmarsches durch die wechselseitigen Gebiete, sollen durch eine Militärkonvention geregelt werden.

Artikel 4.

Wenn entgegen ihrem Wunsche und ihrer Hoffnung die hohen vertragschließenden Parteien zu einem gemeinsamen Kriege unter den in den vorherigen Artikeln vorgesehenen Umständen gezwungen wären, so verpflichten sie sich, getrennt weder über einen Frieden zu verhandeln noch ihn abzuschließen.

Artikel 5.

Der gegenwärtige Vertrag soll für die Dauer von vier Jahren vom Tage der Auswechselung der Ratifikationen ab in Kraft bleiben. Wenn ein Jahr vor seinem Ablauf der gegenwärtige Vertrag nicht gekündigt ist, oder wenn seine Revision durch keine der hohen vertragschließenden Parteien verlangt worden ist, soll er als auf die Dauer von drei weiteren Jahren verlängert angesehen werden.

Artikel 6.

Die hohen vertragschließenden Parteien versprechen sich wechselseitig, den Inhalt des gegenwärtigen Vertrages geheimzuhalten.

Artikel 7.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationen im Zeitraume von drei Wochen oder früher, wenn es möglich ist, ausgetauscht werden.

und sodann [1]) Seine Majestät den Kaiser von Deutschland, König von Preußen, eingeladen, den Bestimmungen des oben genannten Vertrages beizutreten.

Demzufolge hat Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen, seinen Vertreter in Bukarest, den Legationsrat Bernhard v. Bülow, zu diesem Zwecke mit seinen Vollmachten versehen, um formell den in dem obenerwähnten Vertrag enthaltenen Festsetzungen beizutreten. In Ausführung dieser Akzessionsakte übernimmt Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reiches gegenüber Ihren Majestäten, dem Kaiser von Österreich, Könige von Böhmen usw. und Apostolischem Könige von Ungarn,

und dem Könige von Rumänien, und gleichzeitig übernehmen Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, und der König von Rumänien gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland, Könige von Preußen, die gleichen Verpflichtungen, zu denen die hohen vertragschließenden Parteien sich wechselseitig durch die Festsetzungen des genannten oben eingefügten Vertrages verpflichtet haben.

Die gegenwärtige Akzessionsakte soll ratifiziert und die Ratifikationen innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen oder früher, wenn es tunlich ist, ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die wechselseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Akzessionsakte unterzeichnet und mit ihrem Wappensiegel versehen.

Geschehen zu Bukarest am 23./11. November des Jahres des Heiles 1892.

(Siegel) B. v. Bülow.
(Siegel) A. Goluchowski.
(Siegel) Al. Lahovari.

---

[1]) Siehe Anmerkung 1 auf voriger Seite.

Zu Band VII, S. 244

Zu Nr. 1527.

Aufzeichnung für den Großfürsten-Thronfolger über die Ziele des Dreibundes

Weit davon entfernt, aggressive Tendenzen zu haben, hat der Dreibund im Gegenteil einen eminent defensiven und friedlichen Zweck; er ist von dem Erhaltungsinstinkt der Unterschriftsmächte diktiert worden.

Bevor sie diesen Bund schlossen, haben sich die drei Mächte von den schweren Gefahren Rechenschaft abgelegt, die heute die Monarchien von seiten der französischen Republik und von seiten der Parteigänger der revolutionären, überall unter verschiedenen Namen ein wenig verstreuten Doktrin bedrohen. Da diese Gemeinsamkeit der monarchischen Interessen eine der hauptsächlichsten Grundlagen des Bundes bildet, könnte jede Macht, die entsprechende Interessen besitzt, ihm beitreten.

Das politische Gebiet ist indes nicht das einzige, wo sich die Interessen der verbündeten Mächte begegnen. Es handelt sich auch darum, durch Abmachungen wirtschaftlicher Art eine Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der materiellen Interessen zu schaffen, mit dem doppelten Zwecke, in Europa die Möglichkeiten eines bewaffneten Konfliktes zu vermindern und den Absichten der großen Republik jenseits des Meeres die Stirn zu bieten, die auf einen vollständigen Abschluß des europäischen Handels in ganz Amerika abzielen.

Zu Band VII, S. 337/338

Nr. 1601.

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Abschrift

Nr. 260 Paris, den 18. Oktober 1893

Habe folgendes Telegramm an Marschallin Mac Mahon gerichtet, da Ort und Zeit der Beisetzung noch nicht bekannt:

„Herzogin von Magenta, Schloß La Forest.

Seine Majestät der deutsche Kaiser hat mich, so wie er von dem grausamen Verluste Kenntnis erhalten hat, den Sie soeben erlitten haben, in tiefem Mitgefühl beauftragt, in seinem Namen einen Kranz auf den Sarg des tapferen und edlen Marschalls niederzulegen. Indem ich Ihnen, Frau Herzogin, meine persönlichen Gefühle des aufrichtigsten Beileides zum Ausdruck bringe, bitte ich Sie, mich gütigst Tag und Ort wissen lassen zu wollen, wo ich die Ehre haben kann, mich dieses hohen Auftrages zu entledigen.

Graf Münster, deutscher Botschafter."

(gez.) Münster.

Zu Band VII, S. 453

Nr. 1667.

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Alexander III. von Rußland

Telegramm in Klarschrift. Konzept

(Berlin, den 16. März 1894)

Mit lebhafter Genugtuung beeile ich mich, Dich zu verständigen, daß der Handelsvertrag heute durch den Reichstag beschlossen worden ist.

Ich hoffe, daß dieses friedliche Werk, das dank Deiner mächtigen ihm gewidmeten Mitwirkung soeben zu gutem Ende geführt worden ist, nicht

[illegible] wird, die traditionellen Bande der Freundschaft, die zwischen unseren beiden Ländern und unseren beiden Häusern bestehen, noch enger zu knüpfen.

Diese von unseren Vätern ehemals auf die monarchischen Grundsätze gegründeten Beziehungen betrachte ich als ein heiliges Vermächtnis[1], das zu bewahren und zum Glücke unserer Völker zu entwickeln wir berufen sind.

Wilhelm

Zu Band VII, S. 453

Nr. 1068

Kaiser Alexander III. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm in Entzifferung. Ausfertigung

St. Petersburg, Palais Anitschkow, den 17. März 1894

Indem ich Dir meinen warmen Dank für den liebenswürdigen Eifer ausspreche, mit dem Du mir die Annahme unseres Handelsvertrages durch den Reichstag mitgeteilt hast, fühle ich mich durch die Gefühle, die Du mir bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringst, tief berührt. Da Du den ganz besonderen Wert kennst, den ich den von Dir angerufenen Traditionen beimesse, darfst Du nicht an der Erwiderung meiner aufrichtigsten Wünsche zweifeln.

Alexander

Zu Band VIII, S. 28/29

Nr. 1092

Der französische Botschafter in Berlin Herbette an den Reichskanzler von Caprivi

Note. Ausfertigung

Berlin, den 16. Juli 1890

In seiner Nummer 10 dieses Monats hat der „Reichsanzeiger" den endgültigen Text eines zwischen Deutschland und England geschlossenen Abkommens veröffentlicht, dessen Artikel 11 sich auf die Anerkennung einer etwaigen Abtretung der Insel Mafia und der vom Sultanat von Sansibar abhängenden Festlandsgebiete an das Deutsche Reich durch den Sultan von Sansibar bezieht.

Die Regierung der französischen Republik glaubt hinsichtlich der Verwirklichung dieses Planes alle Vorbehalte machen zu müssen, bevor auf Grund gegenseitiger Übereinstimmung Deutschland nicht ihr gegenüber sich seiner Verpflichtung entledigt hat, die es durch seinen Beitritt vom 27. November 1885 zu der englisch-französischen Erklärung vom 10. März 1862, die Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar zu respektieren, übernommen hat.

Der unterzeichnete französische Botschafter ist übrigens ermächtigt, für die Regelung dieser Frage in einen Gedankenaustausch mit der Reichskanzler einzutreten.

Jules Herbette

---

1) „Legs sacré". Vgl. Dok. Nr. 484, Wegweiser, Band 1, S. 72.

Zu Band VIII, S. 38

Nr. 1704.

Der französische Botschafter in Berlin Herbette an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Note. Abschrift

Berlin, den 17. November 1890

Im Verlauf der Unterredungen, die wir im August des Jahres über die wechselseitigen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs an der Ostküste Afrikas gemeinsam gehabt haben, haben Euer Exzellenz mir erklärt, die Kaiserliche Regierung sei bereit, das Protektorat Frankreichs über Madagaskar mit allen seinen Folgen anzuerkennen.

Meinerseits bin ich in der Lage gewesen, schon bei unserer Unterredung vom 6. dieses Monats Ihnen die Versicherung zu geben, daß unter diesen Bedingungen die Regierung der französischen Republik gegen die Erwerbung des kontinentalen Teils der Staaten des Sultans von Sansibar und der Insel Mafia durch Deutschland keinen Einwand erheben würde.

Es galt übrigens als abgemacht, daß die der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehenden Persönlichkeiten auf Madagaskar und die entsprechenden französischen in den vom Sultan von Sansibar an Deutschland abgetretenen Gebieten in jeder Hinsicht die Behandlung als meistbegünstigte Nation genießen sollten.

In der Absicht, die vollständige Übereinstimmung der beiden Regierungen über die oben spezifizierten Punkte endgültig zu besiegeln, habe ich die Ehre, Euer Exzellenz diese Mitteilung zu machen, und ich bitte Sie, mir ein bestätigendes Empfangsschreiben zukommen zu lassen.

(gez.) Jules Herbette

Zu Band VIII, S. 51/53

Nr. 1714

Anlage

Entwurf des Marquis di Rudini zu einem Notenaustausch zwischen Italien, Österreich und England

Abschrift von der Hand des Botschafters in Rom, Grafen zu Solms-Sonnenwalde

Notenentwurf, den jeder Minister der äußeren Angelegenheiten den wechselseitigen Botschaftern der drei anderen Mächte zuzustellen hätte.

Die in London am 12. Februar und in Wien am 16. Dezember 1887 zwischen Italien, England und Österreich-Ungarn ausgetauschten Noten regeln in praktischer Art die Haltung und die zu befolgende Linie, die diese drei Mächte hinsichtlich der sich auf die Lage des ottomanischen Reiches beziehenden Fragen für die Gegenwart sowohl wie für die Möglichkeiten der Zukunft angenommen haben.

Nachdem die Kabinette von Rom, Berlin und Wien anläßlich der jüngsten Erneuerung ihres Bündnisvertrages die besondere Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts auf den Vorteil gelenkt haben, den für die Sache des europäischen Friedens der Zutritt Englands zu den Grundsätzen bilden würde, die die drei Verbündeten als Grundlage für ihre wechselseitigen Abmachungen hinsichtlich ihrer Sicherheit und des Gleichgewichts im mittleren und westlichen Teile des Mittelmeeres angenommen haben, hat sich zwischen den vier Kabinetten ein vertraulicher Ideenaustausch darüber entwickelt. Aus dessen Ergebnis haben diese Mächte folgende Punkte festgestellt, die die in den am 12. Februar und am 24. März 1887 zwischen Italien, England und Österreich-Ungarn ausgetauschten Noten enthaltenen Feststellungen ergänzen und genauer bezeichnen.

1. Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in den nordafrikanischen Gebieten des Mittelmeeres: der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko, durch die vereinigten Anstrengungen der vier Mächte. Die Vertreter der vier Mächte in diesen Gebieten sollen als Weisung erhalten, sich hinsichtlich ihrer wechselseitigen Mitteilungen und Unterstützung in engster Fühlung zu halten.

2. Wenn Italien in den obenerwähnten Gegenden, falls die Aufrechterhaltung des status quo unglücklicherweise unmöglich würde, aus einem Interesse des Gleichgewichts und rechtmäßiger Entschädigung seine tatsächliche Aktion in der Form einer Besetzung oder einer anderen Pfandnahme unternehmen müßte, so erklärt sich England schon jetzt bereit, sich nach einer formellen und vorhergehenden Abkunft Deutschland zuzugesellen, um die Aktion Italiens in dem oben angezeigten Sinne zu unterstützen.

3. Die drei verbündeten Mächte werden bei jeder Gelegenheit das Werk Englands in Ägypten unterstützen.

4. Sollte Frankreich sich anschicken, seine Okkupation oder aber sein Protektorat oder seine Souveränität unter irgendeiner Form auf die nordafrikanischen Gebiete auszudehnen, oder sollte es das Werk Englands in Ägypten stören wollen, so würde der Versuch Frankreichs von Deutschland, Italien und England als ein Schlag gegen ihre gemeinsamen Interessen betrachtet werden. Falls eine von diesen Mächten in einem derartigen Falle die Initiative zu einer militärischen Aktion unternähme, würden die beiden anderen nach einem formellen und vorherigen Abkommen diese Aktion militärisch unterstützen.

5. Die vier Mächte tauschen schon jetzt und vorbehaltlich eines vorherigen und formellen Abkommens zu geeigneter Zeit eine gleichlautende Erklärung für den Fall aus, wo der Angriff Frankreichs in Europa gegen eine von ihnen sich vollziehen würde.

Der unterzeichnete Minister der auswärtigen Angelegenheiten (oder anderer Titel) von . . . richtet die gegenwärtige Note an den Botschafter Seiner Majestät . . . und stellt fest, daß die fünf oben aufgeführten Punkte für das Verhalten und die etwaige Stellung seiner eigenen Regierung eine unabweichbare Richtungslinie bilden.

Zu Band VIII, S. 54

Nr. 1715

Anlage

Notenentwurf (Lord Salisbury an Graf Tornielli)

Reinschrift

N. B. eine gleichlautende Note wäre durch den Marquis di Rudini an Lord Dufferin zu richten.

Die in London am 12. Februar und in Wien am 16. Dezember 1887 zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn ausgetauschten Noten regeln in praktischen Ausdrücken die von den drei Mächten für die Gegenwart wie für die Möglichkeit der Zukunft hinsichtlich der sich auf die Lage des ottomanischen Reiches beziehenden Fragen angenommene Haltung und Behandlungslinie.

Nachdem das römische Kabinett die Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts auf den Vorteil gelenkt hat, den es gleichermaßen haben würde, im Interesse der Sicherheit und des Gleichgewichts die auf das mittlere und westliche Mittelmeergebiet bezüglichen Festsetzungen, so wie sie in den zu London am 12. Februar 1887 zwischen England und Italien ausgetauschten Noten niedergelegt sind — ein Notenaustausch, dem Österreich-Ungarn beitrat —, zu ergänzen und besser zu präzisieren, haben die daraufhin erfolgten Besprechungen zu einem völligen Übereinkommen (entente) geführt, dessen hauptsächliche Punkte hier folgen:

1. — Die beiden Mächte werden alle ihre Anstrengungen der Aufrechttung des territorialen status quo in den nordafrikanischen Gebieten am Mittel-

meer, der Cyrenaika, Tripolitanien, Tunesien und Marokko, widmen. Die Vertreter der beiden Mächte in diesen Gebieten werden als Weisung erhalten, sich hinsichtlich der wechselseitigen Mitteilungen und Unterstützung in engster Fühlung zu erhalten;

2. — Wenn Italien in diesen Gebieten, falls die Aufrechterhaltung des status quo unglücklicherweise unmöglich würde, aus einem Interesse des Gleichgewichts und rechtmäßiger Entschädigung eine tatsächliche Aktion in der Form einer Besetzung oder einer anderen Pfandnahme unternehmen müßte, so erklärt sich England schon jetzt bereit, die Tätigkeit Italiens in dem obenbezeichneten Sinne zu unterstützen.

3. — Italien wird seinerseits bei jedem Anlaß das Werk Englands in Ägypten unterstützen.

4. — Sollte Frankreich sich anschicken, seine Okkupation oder aber sein Protektorat oder seine Souveränität unter irgendeiner Form auf die nordafrikanischen Gebiete auszudehnen, so würde der Versuch Frankreichs durch England und Italien als ein Schlag gegen ihre gemeinsamen Interessen angesehen werden. Falls Italien in einem derartigen Falle die Initiative zu einer militärischen Aktion ergriffe, würde ihm England nach einem formellen und vorherigen Abkommen seine tatsächliche Unterstützung leihen.

5. — Gerade so würde es in dem Falle sein, wo der Angriff Frankreichs gegen Italien sich auf dem eigenen Landgebiete des Königreichs auswirken würde.

Indem er feststellt, daß die fünf oben aufgeführten Punkte für die beiden Regierungen einen Anhalt für ihr etwaiges Verhalten und ihre Stellung bilden, ergreift der Unterzeichnete usw.

Zu Band VIII, S. 89

Nr. 1740

Anlage

Aus einem Privatbriefe des Lord Rosebery an den englischen Unterstaatssekretär Sir Philip Currie

Abschrift

Meine persönliche Ansicht war diese, aber sie darf auch für nichts mehr genommen werden, als daß in dem Falle, daß Frankreich grundlos Italien angriffe, die Interessen Englands als Mittelmeer- und indische Macht es naturgemäß zur Hülfeleistung für Italien veranlassen würden, weil seine Sympathie, da es so lange und hartnäckig in der Sache der italienischen Freiheit mitgewirkt hat, es in die gleiche Richtung führen würden. Das war meine persönliche Überzeugung. Aber darüber hinaus kann ich nichts sagen, und in keinem Falle könnte ich eine autoritative Mitteilung an die italienische Regierung als vom britischen Kabinett herrührend machen. Meine Ansicht war einfach diese, daß in der befürchteten und ins Auge gefaßten Eventualität die natürliche Kraft der Dinge die gewünschte defensive Mitwirkung zustandebringen wird.

Zu Band VIII, S. 131

Nr. 1767

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 110 Rom, den 20. Juni 1894

Wie ich telegraphisch zu melden mich beehrte, habe ich Gelegenheit gefunden, mich gegenüber dem Ministerpräsidenten und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten über die Kongofrage eingehend auszulassen.

„Der am 8. November 1884 zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongostaate geschlossene Vertrag," sagte ich beiden Ministern, „ebenso wie die Kongoakte von 1885 haben die Grenzen und die Beziehungen zwischen Deutschland und diesem Staate klar bestimmt. Um diesen Stand der Dinge zu ändern, wäre die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung nötig, eine Tatsache, die selbst England anerkannt hat. Schon bei dem englisch-deutschen Abkommen vom 1. Juli 1890 hatte die britische Regierung dem Berliner Kabinett den Wunsch ausgesprochen, einen Landstreifen zwischen dem deutschen Gebiete und der Grenze des Kongostaates zu besitzen. Die Kaiserliche Regierung wies dies ausdrücklich deshalb zurück, weil ein solches Zugeständnis seine politische Stellung verringert und seine unmittelbaren Handelsbeziehungen mit dem Kongostaate unterbrochen haben würde. Wenn das Londoner Kabinett nichtsdestoweniger durch die Konvention zwischen England und dem Kongo vom 12. Mai des Jahres, Artikel III, den Landstreifen zu erhalten wünschte, der sich von dem nördlichsten Hafen des Tanganyika-Sees bis zum südlichsten Punkte des Albert Edward-Sees erstreckt, so bedürfte es vor allem der Zustimmung der Kaiserlichen Regierung. Wenn England eine so klare Pflicht vernachlässigt und seinen Zweck zum Schaden und ohne Vorwissen Deutschlands zu erreichen sucht, so hat es einen schweren Verstoß gegen die geltenden Verträge begangen. Infolgedessen hat die Kaiserliche Regierung gegen die englische Kongo-Konvention vom 12. Mai des Jahres protestiert, und es wird sie nicht eher anerkennen, ehe nicht ihren Rechten und ihren verletzten Interessen voll und ganz Genüge geleistet ist." . . .

Zu Band VIII, S. 301/302.

Nr. 1924

Anlage I

Italienisches Promemoria

Unsignierte Ausfertigung

Berlin, den 20. Oktober 1891

Der Herzog von Tetuan [1]) hat dem Marquis Maffei [2]) bestätigt, daß, wenn der Sultan von Marokko sich enthält, den Absichten Frankreichs in dem Gebiet südlich von Figuig entgegenzuarbeiten, die französische Regierung die Drohung, die Gebiete von Tuat und Gurara zu besetzen, nicht ausführen wird. In dem entgegengesetzten Falle würde sie sie besetzen. —

Die italienische Botschaft hat den Auftrag erhalten, Seine Exzellenz den Herrn Baron von Marschall zu bitten, sie über die Haltung zu verständigen, die die Kaiserliche Regierung einzunehmen gedenkt, falls die französische Regierung, ohne auf die Vorstellungen der Kabinette von Berlin, Rom und London irgendwie zu achten, ihre Pläne auszuführen sich anschickte. —

Zu Band VIII, S. 334/336

Nr. 1966

Der italienische Minister des Äußern Baron Blanc an den englischen Botschafter in Rom Sir Clare Ford

Unsignierte Abschrift, von dem italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza im Auswärtigen Amt überreicht am 5. März 1895

Rom, den 30. November 1894

Die Königliche Regierung hat ihren Vertretern anbefohlen, in den marokkanischen Angelegenheiten völlig im Einvernehmen mit England vorzugehen,

---

[1]) O'Donell Herzog von Tetuan war spanischer Minister des Äußeren im Kabinett Canovas.

[2]) Marquis Maffei war italienischer Gesandter in Madrid.

und der spanischen Regierung die Überzeugung ausgedrückt, daß sie bei Befolgung derselben Linie die gemeinsamen Interessen Spaniens und Italiens im Mittelmeergebiet sichern würde; Italien könne darauf zählen, daß die Unterstützung seiner Alliierten ihm bei dieser friedlichen und erhaltenden Politik nicht gefehlt haben würde.

Nun hat aber die spanische Regierung einerseits zum Ausdruck gebracht, die marokkanische Frage in der Hauptsache als eine Angelegenheit französisch-spanischer Abmachungen anzusehen, in der sie nur gemeinsam mit Frankreich vorgehen könnte.

Es wäre überflüssig, an unsere Bemühungen zu erinnern, die wir angewandt haben, um die spanische Regierung von einer gemeinsamen Aufsicht über die Zölle und einer Marokko von einem französischen Syndikat als Entschädigung für Melilla angebotenen Anleihe abzubringen. Wenn diese Aufsicht und diese Anleihe haben verhindert werden können, so ist es uns auf der anderen Seite aber nicht gelungen, Spanien zur Teilung des richtigen Standpunktes des Sultans von Marokko zu bringen, der den Mißbrauch politischer Bevormundungen Frankreichs über mächtige Häuptlinge der marokkanischen Stämme als eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos und als einen berechtigten Grund bezeichnet, politische Konsulate, die einen solchen Schutz in Fez ausübten, auszuschließen. Spanien hat sogar tatsächlich lieber sein Recht geopfert, in Fez ebenso wie England einen örtlichen Handelskonsul zu halten, statt sich von Frankreich in der Frage der politischen Protektionen über einflußreiche marokkanische Untertanen zu trennen. Unseren Ratschlägen, eine Verständigung mit England vorzuziehen, haben die spanischen Staatsmänner einen grundsätzlichen Widerstand entgegengesetzt, der, wie die französisch-spanische Presse unterstrich, zwischen den spanischen Interessen in Marokko und denen der Gibraltar besetzt haltenden Macht (immer) bestehen würde, und sie haben nicht verheimlicht, daß ein etwaiger bevormundender Schritt Englands in Tanger von ihnen als den Interessen Spaniens ebensowohl wie Frankreichs zuwiderlaufend angesehen werden würde, während Italien darin ein Element der Sicherheit für die italienisch-spanischen Mittelmeerinteressen gesehen haben würde. In einem Worte: Spanien hat, wie uns scheint, sich sowohl in politischem wie in kommerziellem Sinne von dem Gedanken leiten lassen, sich, wenn auch nicht Gebietsteilungen, so doch wenigstens einen Anteil daran bei Frankreich zu sichern, wenn dieses seine Pläne in den östlichen und südlichen Teilen Marokkos verwirklichen würde. Deshalb wollte es Frankreich, wie uns scheint, tatsächliche Unterpfänder dafür geben, daß Spanien durchaus nicht an die Interessen des Dreibundes gebunden sei, und sich bei seinen Verhandlungen mit Frankreich — um von ihm bessere Bedingungen zu erhalten — sogar der Vorteile bedienen, die ihm die Unterstützung Italiens verschaffte; eine Unterstützung, die das Madrider Kabinett in Paris als eine Grundlage für eine französisch-spanisch-italienische Verständigung vorwies. Unsere Unterstützung drohte daher unter gewissen Umständen von ihrem Zwecke abgelenkt zu werden und der spanisch-englischen Verständigung zu schaden, die wir im Gegenteil zu erleichtern wünschen würden.

Andererseits hat England, als es unserem Wunsche entsprechen wollte, mit ihm vor allem in Marokko gemeinsam vorzugehen, das getan, indem es uns bei mehreren Anlässen Kenntnis von bereits zwischen ihm und Frankreich geschlossenen Übereinkünften gab, denen uns anzuschließen es uns einlud. Es wird uns erlaubt sein, in dieser Hinsicht lediglich zu bemerken, daß Spanien sich hierdurch in seinen Neigungen zu Verhandlungen mit Frankreich selbst nur um so mehr ermutigt fühlen mußte.

Die Königliche Regierung, die von dem Grundsatze, daß der Dreibund und England im Mittelmeergebiet gemeinsame Interessen haben, nicht abweichen wollte, konnte sich den Seitensprüngen (équivoques), die in der spanischen

Politik zum Ausdruck kamen, nicht anschließen. Wir haben das volle Vertrauen, daß früh oder spät die Gemeinsamkeit der Interessen, von der ich soeben sprach, praktisch von dem Kabinett von St. James anerkannt werden wird, und wir haben nicht die Absicht, uns über das zu beklagen, was es in den englisch-französischen Abmachungen in Afrika für Italien Ungünstiges geben konnte; aber die Zukunft der spanischen Politik könnte uns ein gleiches Vertrauen nicht einflößen. Wir wollen uns nicht zu Richtern aufwerfen über die Anschauungen des deutschen und des österreich-ungarischen Botschafters in Madrid, die der Meinung sind, Spanien sei bereits in die sogenannte französische Einflußzone geraten; wir wollen auch diese Tatsache nicht mit der von Konstantinopel durch den englischen Botschafter bezeugten vergleichen, wonach Frankreich die Vorherrschaft im Orient wiedergewonnen hätte, Frankreich, dessen Unternehmungen auf den Handelswegen von Tripolitanien nach Wadei — nach unserer Kenntnis aus Wien — keinem Hindernisse seitens der ottomanischen Regierung begegnen zu sollen scheinen. Was nun Spanien betrifft, so halten wir es indes für nützlich, es freundschaftlich zu warnen, wenn wir es auf einem Wege verpflichtet sehen, auf dem wir ihm ehrlicher Weise nicht zu folgen vermögen; auf dem, in der Erwartung von Entschädigungen, die wir für unsere Rechnung von Frankreich nicht annehmen würden, es indirekt, soweit es von ihm abhängt, die französischen Unternehmungen erleichtert, die sich vom Südatlas bis an die Bai von Tadschura auszudehnen drohen. Wir würden, sowohl als Mittelmeermacht, wie als Mitglied des Dreibundes oder als Mithafter Englands in Afrika, glücklich sein, Lord Kimberley in gerechtem und freundschaftlichem Geiste würdigen zu sehen, was wir pflichtmäßig tun, damit unsere gemeinsamen Interessen aufhören, zu unserem schweren Nachteil sich nach der Seite Frankreichs eher als nach dem Dreibunde hin zu verlagern.

Zu Band VIII, S. 376

Nr. 1999

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Rom, den 3. Januar 1895

Baron Blanc schreibt mir heute, Donnerstag morgens: „Lieber Freund, Baratieri [1]) steht der beharrlichen Drohung eines abessinischen Einbruchs gegenüber, der, wie wir wissen, bereits seit mehreren Monaten in Obock und Dschibuti vorbereitet worden ist, wo man augenblicklich die Verstärkung der russischen Mission erwartet, und wo die französisch-russische Allianz in Ermanglung von etwas Besserem ein Aktionsgelände gefunden zu haben scheint.

Es ist möglich, daß trotz der italienisch-englischen Solidarität, die am 5. Mai für Harrar und seitdem für den Sudan bestätigt worden ist, die in der armenischen Untersuchung offenbarte Übereinstimmung Englands mit Rußland und Frankreich sich vom Schwarzen nach dem Roten Meere ausdehnt. In jedem Falle scheinen die halbamtlichen Einladungen aus Paris, sich vom Dreibunde zu trennen, mit Vorbedacht durch eine schwere Drohung gegen Erythräa gestützt zu werden.

Der Ihrige Blanc."

Bülow.

---

[1]) Baratieri, italienischer General, war 1891—1896 Gouverneur von Erythräa.

Zu Band VIII, S. 378/379

Nr. 2002.

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 3 Rom, den 4. Januar 1895

Baron Blanc ließ mich mit der Bitte um absolute Diskretion Einsicht in das nachstehende Schreiben nehmen, welches er heute an meinen englischen Kollegen Sir Clare Ford gerichtet hat:

„Mein lieber Botschafter!

Es ist nicht nur Spanien, das nicht an die italienisch-englische Verständigung glaubt und gute Gründe dafür zu haben scheint, die Fortdauer der englisch-französischen Abmachungen in ganz Afrika vorauszusehen; auch Menelik teilt diese Ansicht. Diese Persönlichkeit hat die Pariser Zeitungspakete, die unseren Marsch auf Chartum ankündigten, und die ihm französische Agenten mit dem Auftrage überbrachten, ihn wissen zu lassen, England würde nicht betrübt sein, uns unterwegs aufgehalten zu sehen, sehr ernst genommen. Menelik selbst hat, aufgestachelt von denselben Agenten, die ihm über Dschibuti Taler, Munition und Waffen lieferten, es auf sich genommen, uns durch die Häuptlinge von Tigre in dem Augenblicke angreifen zu lassen, wo wir von den Derwischen angegriffen werden würden. Man berichtet uns, daß er bei dem, was er kürzlich unmittelbar nach London hat schreiben lassen, die volle Überzeugung hege, Ihnen damit nicht unangenehm zu sein. Er sieht Sie in Zeila, was nicht mehr mit dem Innern des Landes verkehrt, eingeschlossen und untätig; zum abbessinischen Hafen ist Dschibuti geworden, von wo die Karawanen nach Choa, wenn sie zufällig ausgeplündert werden, mit Denaren von Frankreich bar entschädigt werden. Die Krönung des französisch-abbessinischen Gebäudes ist die russische Mission, die von den Franzosen sorgfältig und sicher von Dschibuti nach Harrar geleitet werden wird, wo sie unsere Erklärungen vom 5. Mai von Grund auf zerstören wird, deren Geheimhaltung Frankreich ausnutzt. Die in Europa ein wenig chimärische französisch-russische Allianz hat also endlich an den Ufern des Golfes von Aden ein Tätigkeitsgebiet gegen Sie und gegen uns gefunden. Das italienische Protektorat über Abessinien, von dem Frankreich und Rußland selbst Akt genommen haben, wird in dem Augenblicke in Aufsehen erregender Weise dementiert sein, wo die halbamtlichen Organe des Quai d'Orsay den König ins Spiel bringen, der „Temps", indem er auffordert, das Ministerium zu wechseln, und die „Débats", indem sie ihm nahelegen, sich vom Dreibunde zurückzuziehen. So, mein lieber Botschafter, ist die Lage in dem Augenblicke, wo ich Ihnen schreibe." . . .

Zu Band VIII, S. 461/462

Nr. 2061.

Anlage

Aide-Mémoire

Vom französischen Botschafter in Berlin Herbette am 17. Juni dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall überreicht

Berlin, den 17. Juni 1894

In Übereinstimmung mit dem Vorschlage, der uns von der Reichskanzlei am 13. dieses Monats gemacht worden ist, sind wir bereit, „die Gemeinsamkeit der Anschauungen der beiden Regierungen über die Not-

wendigkeit zu bestätigen, den gesetzmäßigen status quo in Afrika, so wie er aus den internationalen Abmachungen hervorgeht, zu schützen".

Nach Erledigung dieses Punktes wären wir der Meinung, daß die beiden Regierungen parallel die in London und in Brüssel in Bezug auf die Konvention vom 12. Mai unternommenen Besprechungen fortsetzen sollten. Sie würden nicht gehalten sein, ganz die gleiche Sprache zu führen. Es würde genügen, daß sie wechselseitig jede ihre besonderen Gesichtspunkte verteidigten, aber mit der wechselseitigen, durch die Aufrichtigkeit der ausgetauschten Erklärungen bestätigten Gewißheit, daß die beiden Mächte einer endgültigen Regelung erst zustimmen werden, wenn sie sich über die Anerkennung geeinigt haben, daß sie wechselseitig eine vollkommene Genugtuung erlangt haben. Das würde nur in dem Falle zutreffen, wo eine solchermaßen sowohl in London wie in Brüssel durchgeführte Verhandlung nicht zu dem Ergebnis führen würde, daß etwa gemeinsam mit den anderen interessierten Mächten die Eventualität einer Konferenz zu prüfen wäre.

Unser Programm gegenüber England und dem Kongostaate ist, das Recht zu schützen, indem wir die Interessen versöhnen und die Eigenliebe schonen.

Nun hat Lord Kimberley unserem Botschafter in London erklärt, (und eine Erklärung in diesem Sinne ist gleichermaßen im britischen Parlament abgegeben worden), daß die Regierung der Königin durchaus nicht beabsichtige, die englische Herrschaft vom Kap bis nach Alexandria aufzurichten. „Das ist eine Politik", hat er gesagt, „die man unter die absurden Wahngebilde verweisen muß".

Wenn England aufrichtig diese Verhandlungsgrundlage annehmen will, wäre die Zuflucht zu einer Konferenz für den Augenblick entbehrlich.

Um zu einer zufriedenstellenden Regelung zu gelangen, wäre das bequemste Verfahren sicherlich, vom Könige Leopold den Rücktritt von der Konvention unter folgenden Bedingungen zu erlangen:

1. Der Kongostaat würde anerkennen, daß er sich nicht außerhalb der Grenzen entwickeln kann, die ihm durch die Konventionen von 1884, 1887 und im allgemeinen durch die Akte von Berlin gesetzt sind, d. h. im Norden Ubangi und der vierte Breitengrad bis zur Grenze des Kongobeckens und im Osten die Grenzen, deren Aufrechterhaltung die deutsche Regierung verlangt.

2. Der Kongostaat würde infolgedessen auf jeden Plan verzichten, die außerhalb dieser Grenzen liegenden Gebiete zu pachten oder zu besetzen.

3. Der Kongostaat würde anerkennen, daß er ohne die Zustimmung der Mächte und hauptsächlich Frankreichs hinsichtlich der Vorzugsrechte nicht einer anderen Macht unter irgendeinem Titel, sei es umsonst oder zu Lasten des Betreffenden, die Pachtung oder Verwaltung des Ganzen oder eines Teiles des Gebietes übertragen kann, das ihm in den früheren Akten entsprechend der oben gegebenen Auslegung zugesprochen ist. Er könnte nicht irgendeiner Macht oder irgendeiner Privatperson dem entgegenstehende Vorteile oder Vorrechte einräumen, deren sich nicht in gleicher Weise eine (andere) Macht oder die Angehörigen einer der Unterschriftsmächte der Berliner Akte zu erfreuen vermöchten.

Diese Vorschläge würden offenbar in Brüssel leichter angenommen werden müssen als in London. Aber es ist zu fürchten, daß König Leopold, auf die Unterstützung Englands pochend, dem in diesem Augenblicke von den Protesten der interessierten Mächte auf ihn ausgeübten Drucke Widerstand leistet.

Um diese Widerstände zu besiegen, müßte man sich dann nach London wenden. Die Botschafter Deutschlands und Frankreichs könnten in diesem Sinne einen gemeinsamen Schritt tun und durch ihr gleichzeitiges Handeln die Zustimmung des Londoner Kabinetts zu einer Formel erlangen, die schließlich von dem Souverän des Kongo unterschrieben werden würde.

Das sind die Ansichten der Regierung der Republik über die zur Sicherung des Erfolges der schwebenden Verhandlung geeigneten Bedingungen. Die Gefühle der Mäßigung, von denen sie Zeugnis ablegen, sind ein sicherer Bürge für die Loyalität, mit der wir uns anschicken werden, nichts zu tun, was mit dem feststehenden Rechte und den Interessen der anderen Staaten im Widerspruch stehen könnte.

Zu Band IX, S. 243

Nr. 2215.

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Malet an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Berlin, den 7. Oktober 1894

Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich von dem Staatssekretär Ihrer Majestät für auswärtige Angelegenheiten gebeten worden bin, Euer Exzellenz zu fragen, ob die Kaiserliche Regierung gewillt ist, sich mit England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten zu einer Intervention zwischen Japan und China zu vereinigen. Diese würde als Grundlage eine Entschädigung Japans für seine Kriegsausgaben und die von den Mächten zu garantierende Unabhängigkeit Koreas haben.

Edward Malet.

Zu Band IX, S. 295/296

Nr. 2272.

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 St. Petersburg, den 17. Mai 1895

Fürst Lobanow las mir soeben den von ihm verfaßten Entwurf einer Instruktion für unseren Vertreter in Tokio vor, welchen er mich bat, behufs schleuniger Beendigung der japanischen Angelegenheiten der Kaiserlichen Regierung als Vorschlag zu unterbreiten.

„1. Entschädigung für die Wiederabtretung von Liaotung: Von streng juristischem Standpunkte aus hat Japan seinerseits von China keine Entschädigung für diese Abtretung zu fordern, in Erwägung dessen, daß sie bedingungslos und an die drei Mächte, aber nicht an China erfolgt ist. Man darf eine Entschädigung dieser Art nicht mit der Kriegskontribution verwechseln, die nur die Erstattung der Kriegskosten darstellt, die aber von dem eroberten Gebiet, das der Sieger behalten will, mehr oder weniger unabhängig sind. Sollte indessen Japan auf dieser Entschädigung bestehen, so müßte man versuchen, sie auf eine mäßige Ziffer zurückzuführen.

2. Räumung der Halbinsel Liaotung: hierfür wäre, wenn möglich, ein Termin bald nach den ersten Zahlungen festzusetzen.

3. Fischerinseln: Bürgschaften für die Freiheit der Schiffahrt im Kanal von Formosa wären zu beanspruchen. Sie könnten bestehen: entweder in der Verpflichtung, auf den Fischerinseln keine neue Befestigung

zu errichten, noch diese Inseln an eine dritte Macht abzutreten, oder in einer **allgemeinen strengen Verpflichtung.** Der Vertreter Frankreichs wird in dieser Frage die Initiative ergreifen und von seinen Kollegen unterstützt werden.

4. Diese verschiedenen Punkte werden den Gegenstand einer zwischen der japanischen Regierung und den Vertretern der drei Mächte zu Tokio auszutauschenden Note bilden müssen. Für die hierfür ebenso wie für die Redaktion der Noten zu unternehmenden Schritte müssen die Vertreter der drei Mächte sich untereinander verständigen und diese Besprechungen im Geiste der Einmütigkeit und des wechselseitigen Wohlwollens führen.“

. . . . . .

Zu Band IX, S. 299/300

Nr. 2274.

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 St. Petersburg, den 23. Mai 1895

Fürst Lobanow dankt für Mitteilung Erlasses Nr. 240; [1]) hat mir nachstehendes im Sinne desselben abgefaßtes Telegramm mitgeteilt, welches er nach Tokio sendet, um Vertreter nicht länger ohne Instruktion zu lassen:

„Um ihre Intervention in der chino-japanischen Angelegenheit abzuschließen, sind die drei Mächte übereingekommen, über folgende Punkte in Besprechungen mit der japanischen Regierung einzutreten.

1. Entschädigung für die Wiederabtretung von Liaotung.

Von streng juristischem Standpunkte aus hat Japan seinerseits von China keine Entschädigung für diese Abtretung zu fordern, in Erwägung dessen, daß sie bedingungslos und an die drei Mächte, aber nicht an China erfolgt ist. Man darf eine Entschädigung dieser Art nicht mit der Kriegskontribution verwechseln, die nur die Erstattung der Kriegskosten darstellt, die aber von dem eroberten Gebiet, das der Sieger behalten will, mehr oder weniger unabhängig sind. Sollte indessen Japan auf dieser Entschädigung bestehen, so müßte man versuchen, sie auf eine mäßige Ziffer zurückzuführen.

2. Räumung der Halbinsel.

Hierfür wäre, wenn möglich, ein Termin bald nach den ersten Zahlungen festzusetzen.

3. Fischerinseln.

Grundsätzlich wäre die völlige Freiheit der Durchfahrt durch den Kanal von Formosa festzustellen. Die Vertreter der drei Mächte werden sich untereinander verständigen, um diese Forderung in derselben Art wie die beiden vorhergehenden Punkte in die Verhandlungen einzuführen, und Japan fragen, welche Bürgschaften es bieten kann, um diese Freiheit der Durchfahrt zu sichern. Wenn Japan die Verpflichtung nicht übernehmen will, auf den Fischerinseln keine neue Befestigung anzulegen, noch jemals diese Inseln an eine dritte Macht abzutreten, werden sie sich mit einer scharf gefaßten allgemeinen Erklärung begnügen.

4. Diese verschiedenen Punkte werden den Gegenstand einer zwischen der japanischen Regierung und den Vertretern der drei Mächte zu Tokio auszutauschenden Note bilden müssen. Für die hierfür ebenso wie für die Redaktion der Noten zu unternehmenden Schritte müssen die Ver-

---

[1]) Dokument Nr. 2273.

treter der drei Mächte sich untereinander verständigen und dauernd im Geiste der Einmütigkeit und des wechselseitigen Wohlwollens handeln.

Nach Maßgabe des Vorschreitens dieser Besprechungen, werden Sie mir telegraphisch darüber berichten."

. . . . . .

Zu Band IX, S. 308/309

Nr. 2287.

Promemoria des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Vertraulich (Berlin, den 2. August 1895)

Die Kaiserlich deutsche Regierung, von dem lebhaften Wunsche beseelt, mit der Kaiserlich russischen Regierung in der chino-japanischen Frage übereinstimmend zu handeln, bedauert gleichwohl, die Ansichten des St. Petersburger Kabinetts hinsichtlich der Bedingungen, von denen Japan die Räumung von Liaotung abhängig macht, nicht teilen zu können.

Im besonderen kann die Regierung die von Japan geforderte Summe von fünfzig Millionen Taëls nicht als zu hoch ansehen.

Da Liaotung ein strategischer Punkt von höchster Wichtigkeit ist, würde sein Besitz Japan in die Lage gesetzt haben, in jedem Augenblicke die Stadt Peking zu bedrohen.

Wenn es Liaotung aufgibt, hat Japan sich der wertvollsten Frucht seines Sieges beraubt.

Unter diesen Bedingungen scheint die genannte Summe derart bescheiden, daß die Kaiserliche Regierung es nicht für angezeigt halten würde, gegen diese Forderung Einwände zu erheben, zumal die japanische Regierung sie hauptsächlich gestellt hat, um die öffentliche Meinung ihres Landes zu beruhigen.

Als sie von Japan die Wiederabtretung von Liaotung forderten, waren die drei Mächte darin einig, diesem Kaiserreiche das Recht zuzugestehen, als Entschädigung eine Ergänzung zu der Kriegsentschädigung zu fordern, wie sie durch den Friedensvertrag von Schimonoseki festgesetzt worden war.

Die fünfzig Millionen Taëls bilden also nur eine Erhöhung der Kriegsentschädigung.

Es scheint billig und den Gesichtspunkten, die die drei Mächte geleitet haben, entsprechend, auf die Räumung der genannten Halbinsel sinngemäß die Bedingungen anzuwenden, von denen nach Artikel VIII des fraglichen Vertrages die Räumung von Wei-hei-wei abhängt.

Rotenhan.

Zu Band IX, S. 318

Nr. 2294.

Anlage

Der russische Minister des Äußern Fürst Lobanow an den russischen Geschäftsträger in Berlin von Tscharykow

Telegramm. Abschrift, von Tscharykow am 22. August dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall überreicht

St. Petersburg, den 10./22. August 1895

Antwort auf das vom deutschen Botschafter mitgeteilte Telegramm. Der Kaiser war sehr empfänglich für die Beweggründe, die Kaiser Wilhelm geleitet haben, die von Japan für Liaotung verlangte Entschädigung herabzusetzen. Die Ziffer von 30 statt 50 Millionen wird von uns unter der Bedingung angenommen, daß die Japaner Liaotung alsbald nach der Bezahlung

dieser Entschädigung räumen. Wir verzichten auch auf den Gedanken, die genannte Entschädigung auf die letzten Termine der Kriegskontribution staffelweise zu verteilen. Was diese letztere betrifft, so sehen wir keinen Grund, deren Verfallstage zu ändern und in eine zwischen Japan und China durch den Vertrag von Schimonoseki bereits unmittelbar geregelte Frage einzugreifen; das hieße den Rahmen des zwischen uns in unseren gemeinsamen Weisungen vom 10./22. Mai des Jahres festgesetzten Programms erweitern. Unsere Gesandten in Tokio hätten sich allerdings mit der japanischen Regierung über die Einzelheiten der Räumung von Liaotung zu verständigen.

Wenn Sie die Antwort der deutschen Regierung haben werden, wollen Sie sie uns bitte mitteilen.

(gez. Lobanow.)

Zu Band IX, S. 327/328

Nr. 2305.

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Anlage I

Abschrift

Tokio, den 18. Oktober 1895

Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland hat nicht ermangelt, die beiden Erklärungen zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen, die seine Exzellenz der Herr Marquis Saionzi, bevollmächtigter stellvertretender Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ihm im Namen seiner Regierung abgegeben hat, nämlich:

A. — unter dem Datum des 19. Juli:

„daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Japan den Kanal von Formosa als eine große Seestraße der Nationen ansieht, und daß dieser Kanal sich infolgedessen außerhalb seiner ausschließlichen Überwachung oder Aneignungsmöglichkeit befindet. Er verpflichtet sich, die Inseln von Formosa und die Fischerinseln an keine Macht abzutreten."

und B. — unter dem Datum des 7. Oktober:

„daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Japan beschlossen hat:

1. Die Gesamtsumme der Ausgleichsentschädigung für die Wiederabtretung der Halbinsel Liaotung auf dreißig Millionen Taëls herabzusetzen, und

2. aus dem Abschlusse des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit China keine Bedingung für die Räumung der genannten Halbinsel zu machen und die obenerwähnte Räumung im Zeitraume von drei Monaten vom Tage der völligen Abtragung der genannten Entschädigung von dreißig Millionen Taëls durch China auszuführen."

Der Unterzeichnete ist soeben davon verständigt worden, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, indem sie von den oben erwähnten Erklärungen Kenntnis nimmt, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Japan zu dieser neuen Probe der Weisheit und der Mäßigung nur beglückwünschen kann.

Indem der Unterzeichnete auf Befehl seiner Regierung das Vorstehende zur Kenntnis seiner Exzellenz des bevollmächtigten stellvertretenden Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bringt, bittet er Ihn, ihm den Empfang der gegenwärtigen Note gütigst bestätigen zu wollen, und ergreift die Gelegenheit, um Ihm die Versicherungen seiner sehr hohen Wertschätzung zu erneuern.

(gez.) v. Gutschmid

Noch: Nr. 2305

Anlage II

(Bestätigungsschreiben des Marquis Saionzi vom 19. Oktober 1895)

Ausfertigung

Tokio, den 19. Oktober 1895

Der Unterzeichnete, bevollmächtigte stellvertretende Minister der äußeren Angelegenheiten hat die Ehre, seiner Exzellenz dem Herrn Baron v. Gutschmid, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland, den Empfang seiner vom gestrigen 18. Oktober datierten Note zu bestätigen, in der er ihm die Glückwünsche seiner Regierung in Bezug auf die beiden Erklärungen mitgeteilt hat, die der Unterzeichnete ihm im Namen seiner Regierung abgegeben hatte, nämlich:

A. — unter dem Datum des 19. Juli:

„daß die Kaiserliche Regierung den Kanal von Formosa als eine große Wasserstraße der Nationen ansieht, und daß dieser Kanal sich infolgedessen außerhalb seiner ausschließlichen Überwachung und Aneignungsmöglichkeit befindet. Die Kaiserliche Regierung verpflichtet sich, die Inseln von Formosa und die Fischerinseln an keine Macht abzutreten.“

und **B. — unter dem Datum des 7. Oktober:**

„daß die Kaiserliche Regierung beschlossen hat:

1. die Gesamtsumme der Ausgleichsentschädigung für die Wiederabtretung der Halbinsel Feng-tien auf dreißig Millionen Taëls herabzusetzen.

2. aus dem Abschluß des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit China keine Bedingung für die Räumung der genannten Halbinsel zu machen und die obenerwähnte Räumung im Zeitraume von drei Monaten vom Tage der völligen Abtragung der genannten Entschädigung von dreißig Millionen Taëls durch China auszuführen.“

Der Unterzeichnete ergreift diese Gelegenheit, um Seiner Exzellenz dem Herrn deutschen Gesandten die Versicherungen seiner sehr hohen Wertschätzung zu erneuern.

Marquis Saionzi

Zu Band IX, S. 399

Nr. 2342

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm in Klarschrift. Abschrift

Nr. 12 Paris, den 9. Januar 1895

Die „Agence Havas“ bringt folgende Note: „Da im Anschluß an die Verurteilung des Exkapitäns Dreyfus durch das Kriegsgericht gewisse Blätter fortfahren, die ausländischen Botschaften in Paris ins Spiel zu bringen, sind wir zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung dieser Ansicht ermächtigt, an die schon am 30. November 1894 hierüber mitgeteilte Note zu erinnern. Gewisse Blätter greifen beharrlich in gewissen über die militärische Spionage veröffentlichten Artikeln die ausländischen Botschaften und Gesandtschaften in Paris an. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die auf diese bezüglichen Anschuldigungen jeder Begründung entbehren.“

(gez.) Münster

Zu Band IX, S. 415/416

Nr. 2358

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 119 Paris, den 11. Juni 1895

. . . . Hanotaux verlas einen Passus aus den an den Grafen Montebello erlassenen Instruktionen:

„Frankreich stellt die Berücksichtigung seiner Bündnisse in den Vordergrund seiner Sorgen. Wir sind daher geneigt, mit allem möglichen Nachdruck die Anschauungen der Kaiserlichen Regierung hinsichtlich der Friedensbedingungen zwischen China und Japan zu unterstützen.“

und schloß seine Rede mit folgendem Hinweis auf das russisch-französische Verhältnis:

„Zwei große Mächte, durch den Zug ihrer Empfindungen und ihrer gegenseitigen Interessen aufeinander zugeführt, haben sich die Hand gereicht. Sie haben eine Entente geknüpft, die sie naturgemäß in der unablässigen Arbeit der fortlaufenden Politik einander nähert, und die, immer friedliebend, ihnen eine wechselseitige Sicherheit verbürgt.“

. . . . Die Beantwortung dieser Frage übernahm Herr Ribot, welcher nach dem offiziellen Bericht über das französisch-russische Verhältnis folgendes sagte:

„Ja, wir haben die Interessen Frankreichs mit den Interessen einer großen Nation verbunden; wir haben es getan für den Schutz des Friedens und für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa. Und wenn in den Zielen, in der oberen Leitung, in dem höchsten Zwecke unserer Politik sich auch nichts ändert, so ist doch eine gewisse Veränderung in Europa seit 1891 vorhanden.

Sie haben, Herr Goblet, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in einer schwierigen Epoche gekannt, und nicht ich werde Ihnen irgendeinen Akt der von Ihnen verfolgten Politik vorwerfen. Ich habe immer meinen Vorgängern Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie alle waren aufrichtige Patrioten, sie haben getan, was sie tun konnten, aber Sie waren in einem schwierigen Zeitabschnitt, und Sie hatten nicht die Sicherheit, die wir aus dieser Allianz geschöpft haben, die die Verbürgung für den Frieden der Welt ist und bleiben muß.“

. . . . . .

Zu Band X, S. 3/4

Nr. 2369

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 130 Rom, den 15. Juli 1895
Geheim

Am 12. ds. Mts. erhielt ich von Baron Blanc das nachstehende Billet: „Lieber Botschafter! Ich hoffe, daß wir uns vor Ihrer Abreise noch sprechen werden. Ich werde Ihnen noch eine vollkommen objektive kleine Denkschrift zu überreichen haben. Viele herzliche Grüße. (gez.) A. Blanc.“ Als ich

gestern dem Minister des Äußern vor Antritt meines Urlaubs meinen Abschiedsbesuch machte, übergab mir derselbe das anliegende sekrete Aide-mémoire [1]) . . .

. . . Um Unklarheiten und Übertreibungen vorzubeugen, ersuchte ich den Minister des Äußern um tunlichst präzise Formulierung seines diesbezüglichen Standpunkts und notierte unter seinem Diktat nachstehendes:

„Wenn man den Frieden in Afrika und befriedigende Beziehungen zu den beiden Mächten, Frankreich und Rußland, wünscht, die das italienische Protektorat nicht anerkennen, ist es unvorsichtig, nicht an eine Lösung der äthiopischen Frage zu denken. Diese Lösung besteht nicht in unbegrenzten Kriegen um Tigre in südlicher Richtung und auch nicht in einer unbestimmten und kostspieligen Ausdehnung der italienischen Verwaltung bis nach Choa. Die wahre Lösung ist die, deren Grundlagen wir mit England bereits in den Verhandlungen mit dem Ministerium Rosebery über Zeila und Harrar gelegt haben; wonach, nachdem unser Einfluß einmal tatsächlich gesichert ist, es selbst nicht mehr nötig sein würde, eine militärische Expedition nach Harrar zu unternehmen, damit die Rebellion in Choa vereinzelt sich in sich selbst auflöse. Frankreich erklärt uns, unbeschadet der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung der 1891 vereinbarten Abgrenzung, daß es außerhalb dieser zu bestimmenden Grenzen nicht einen politischen Einfluß darüber hinaus auszuüben wünscht. Rußland erklärt seinerseits, es habe in Abessinien keine anderen als kirchliche Interessen, hinsichtlich deren wir zwischen Popen und Lazaristen gleichgültig sind. England könnte also ohne irgendwelche Gefahr eines internationalen Konfliktes uns die südliche Pforte unseres Protektorats, und das ist Zeila, überlassen. Das würde den Frieden in Abessinien sichern und eine Lage beenden, die wir nicht einen internationalen Charakter annehmen sehen möchten. Für Zeila haben wir uns in Ermangelung einer Abtretung — oder vielmehr eines Kondominiums, das angenehm wäre, da es uns an England bände — letzthin darauf beschränkt, uns mit der Anwesenheit eines Zivilkommissars mit italienischer Flagge in Zeila zu begnügen. Angesichts der wohlbekannten Koalition der Abessinier und der Derwische und angesichts des in der Erklärung vom 5. Mai 1894 bestätigten Rechtes Englands, seine Grenzlinie mit Harrar zu schützen, wäre es natürlich, daß die beiden Mächte solidarisch die eine wie die andere von Zeila aus die Schutzaktion zu leiten vermöchten, die für die Beruhigung von Harrar günstig wäre.“

. . . . . .

Zu Band X, S. 5/8

Noch: Nr. 2369.

Anlage

Aide Mémoire des Barons Blanc

Unsignierter Abdruck, von dem italienischen Minister des Außeren Baron Blanc am 14. Juli dem Botschafter Bernhard von Bülow übergeben

Rußland hat soeben abschließend erklärt, daß es Menelik als unabhängigen Souverän betrachtet, und daß es das Recht habe, unter Nichtanerkennung des italienischen Protektorats mit Menelik solche Beziehungen zu unterhalten, wie es ihm passe.

So verwirklicht sich also der seit langer Zeit in Paris angekündigte Plan, in Abessinien in Ermangelung eines besseren ein Aktionsgelände für die französisch-russische Allianz zu finden; und diese Tätigkeit, die sich in einer moralischen und materiellen Unterstützung derjenigen ausspricht, die von

[1]) Siehe unten.

der französisch-russischen Allianz nicht als in der Rebellion, sondern als in regelrechtem Kriege mit Italien befindlich betrachtet werden, derjenigen, die in Paris und Petersburg die demnächstige Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen uns ankündigen, bildet eine unverhüllte Herausforderung des Dreibundes.

In seiner Eigenschaft als Verbündeter der Mittelmächte — die französische Regierung hat uns das mehrere Male wiederholt — ist Italien tatsächlich zunächst durch Frankreich und jetzt durch Rußland als außerhalb des europäischen Gesetzes stehend bezeichnet worden, und zwar in allem, was die durch die Berliner und Brüsseler Akte festgesetzten Regeln für Afrika betrifft. Und um von Frankreich und Rußland die Wohltaten der internationalen Abmachungen zu erlangen, muß Italien, so ist es ihm wenigstens formell von Frankreich erklärt worden, aus dem Dreibunde ausscheiden.

Man hat es durch den wirtschaftlichen Krieg und durch die radikale Propaganda dazu nicht zwingen können; man hofft, durch diplomatische Isolierung dahin zu gelangen, vermöge wiederholter Erklärungen der Mittelmächte, daß sie für die uns angehenden Fragen im Mittelmeergebiet und in Afrika kein Interesse hätten; und die bevorstehenden Feindseligkeiten in Abessinien bleiben die Erwartung der Gegner des Dreibundes außen und innen, die Hoffnung derjenigen, die eine Revolution in Italien wollen.

Die französisch-russische Gruppe zeigt sich übrigens in allen Punkten zu gemeinsamem Handeln entschlossen, was ihr eine Kraft verleiht, die unsere Gruppe in den Übereinkünften, die in Friedenszeiten als jeder praktischen Anwendbarkeit ermangelnd angesehen werden, nicht findet. Die französisch-russische Gruppe ähnelt einer Armee, die im Angesicht einer nicht manövrierenden Armee manövriert, und während sie gegen unsere auswärtigen Interessen, oder sogar im Inneren durch Mittel gegen uns wirkt, die unsere Verbündeten nicht zu kennen scheinen, und die sich mit einem föderalistischen, vom Vatikan wie von den republikanischen Mächten offen eingestandenen Programm verbinden, hat die tatsächliche Auflösung des Dreibundes in den amtlichen Kreisen zu Paris, Petersburg, Konstantinopel und Madrid angekündigt werden können, ohne daß irgendeine Tatsache, die die Verbündeten in einem greifbaren Interesse wieder verbände, sich als Antwort auf die Tatsachen eingestellt hätte, auf Grund deren sich die französisch-russische Solidarität täglich befestigt.

Die Frage, zu wissen, ob zwischen Frankreich und Rußland schriftliche Verpflichtungen ähnlich denen, die in den Schränken des Dreibundes schlummern, vorhanden seien, scheint angesichts dieser tatsächlichen Lage von einer im praktischen Sinne untergeordneten Bedeutung.

Um die Allianz, der Italien angehört, wieder lebend zu machen, um ihr eine dauerhafte Anziehungskraft für das italienische Gewissen zu sichern, um sie über jeden Wechsel der an der Macht befindlichen Personen hinweg zu befestigen, haben wir gesucht, sie im Frieden auf reale Interessen zu gründen, auf tatsächliche Lagen, in denen das italienische Interesse sich wirklich mit den Interessen der Allianz verbunden fühlt.

Angesichts dessen, was die Gegner der Allianz in Italien als Gleichgültigkeit der beiden Kaiserreiche gegen unsere Interessen bezeichnen, sogar als eine Unterordnung unserer Interessen unter die Kombinationen, die die beiden Kaiserreiche gelegentlich sogar zu unserem Schaden mit Frankreich in Afrika und mit Rußland im Orient getroffen haben, haben wir nicht die Gelegenheit und den Vorwand dieser selben Kombinationen unserer Verbündeten ergreifen wollen, um unsererseits uns in der Richtung auf Frankreich zu entwickeln. Dabei hat uns Frankreich häufig zu einem gemeinsamen Vorgehen in Ägypten eingeladen und uns erklärt, daß Tripolis im Falle einer Komplikation eine der von 1866 ähnlichen Haltung unsererseits büßen müßte. Wir haben uns auch nicht Rußland gegenüber entwickelt, das uns vorwirft,

unsere alte anti-österreichische Solidarität im Orient vergessen zu haben; wir haben den Gedanken verworfen, eine Bürgschaft gegen die Verpflichtungen des casus foederis in einer russischen Vermittlung zu finden; wir haben offen und frei Frankreich und Rußland gegenüber in der Frage unserer Kolonien, ebenso wie in den anderen Fragen im Hinblick auf eine Politik des Friedens und gegenseitiger Achtung unsere Interessen und unsere Rechte klargestellt; und um diesen Frieden in allem zu sichern, ohne den Anspruch zu erheben, daß unsere Verbündeten gegen ihren Willen in unsere berechtigtesten Interessen eingreifen sollen, haben wir — sogar in dem ungünstigen Zeitabschnitt, der durch das letzte britische Kabinett bezeichnet wird —, soviel es von uns abhing, eine Rückkehr zu der wahren Grundlage unserer nationalen Politik vorzubereiten gesucht, d. h. zu einer Verständigung zwischen dem Dreibunde und England.

Wir haben keinen Appell nach London gerichtet, gegen den unsere Würde sich sträubte, im Sinne eines Vertrauens, das allein die Tatsachen wiederherzustellen vermöchten; wir haben von dem Kabinett Rosebery weder Mitwirkung noch Gegenseitigkeit erwartet; wir haben von England weder Verpflichtungen, noch Aufklärungen über seine Politik gefordert, während wir die unsrige einsetzten und außer Zweifel stellten.

Auf unser Risiko und unsere Gefahr haben wir die Kräfte der Derwische auf uns gezogen und die englische Besetzung Ägyptens, wie es der Rapport Cromer anerkannt hat, gegen jeden Angriff noch mehr gesichert; wir haben das Einflußrecht Englands am Nil bestätigt; wir haben einer Koalition von Abessiniern und Derwischen, die von der französisch-russischen Gruppe ermutigt und unterstützt waren, die Stirn geboten, ohne uns über die tatsächliche Ermutigung zu beklagen, die diese Koalition in dem Umstande fand, daß die Pforte unseres Protektorats im Süden, der Hafen von Zeila, uns verschlossen blieb. Wir allein haben bei den spanisch-marokkanischen Zwischenfällen eine Politik verfolgt, die genau die traditionelle Politik Englands war, sogar als das letzte englische Kabinett dort eine Politik nach französischer Art trieb, sogar als es so auf diese Weise Spanien auf Frankreich zu drängte, Spanien, das wir gerade im Gegenteil mit unserer Gruppe und uns zu verbinden versuchten. Wir haben bei Beginn der armenischen Angelegenheiten England die Unterstützung gewährt, um die es uns in Konstantinopel bat, ohne uns darüber zu beklagen, daß es in der Folge uns gegen eine unfruchtbare Verbindung mit Rußland und Frankreich preisgab; wir haben in den Angelegenheiten des äußersten Orients von Anfang an mit England die Pläne zu einem etwaigen gemeinsamen Handeln ausgetauscht, die unsererseits in keiner Weise Lügen gestraft worden sind, selbst als Deutschland es für angezeigt gehalten hatte, sich den französisch-russischen Schritten anzuschließen. Das gegenwärtige Kabinett hat schließlich durch seine unveränderlich gerade Haltung gegen die Verbündeten und gegen England allein auf Italien die Angriffe und Schwierigkeiten gezogen, die die französisch-russische Gruppe ganz naturgemäß gegen Italien lenkt, da es diejenige Seite des Dreibundes bildet, die die Alliierten zu befestigen vergessen haben.

So ist die Lage beim Amtsantritt des Kabinetts Salisbury, das mit der Anwesenheit italienischer Staatsmänner an der Macht zusammenfällt, die allem zum Trotz fortgefahren haben, unsere Politik auf den Dreibund und auf die Solidarität Italiens und Englands zu gründen.

Was das Wiener Kabinett betrifft, so haben wir, obwohl es sich unserem Einverständnisse mit England in der armenischen Frage nicht angeschlossen hat, indem es behauptete, daß diese Frage Österreich-Ungarn nicht interessierte, nicht gezögert, so wie sich die natürliche Verbindung der armenischen und mazedonischen Angelegenheiten zeigte, dem von Österreich-Ungarn an uns gerichteten Appell hinsichtlich eines in Sofia zu unternehmenden Schrittes zu

entsprechen. In diesem Schritte scheint sich die Gruppe der vier Mächte wiederherzustellen, was eine gute Vorbedeutung wäre.

Obwohl Österreich-Ungarn die ganz einfache Erneuerung der mit Spanien geschlossenen Übereinkünfte für ausreichend gehalten hat, die nur dazu gedient hatten, Spanien statt jeder tatsächlichen Solidarität mit uns sich in Pfändern gegenüber Frankreich erschöpfen zu lassen, die unter unseren Nachfolgern den Ausgangspunkt für einen Westpakt bilden könnten, der sich über die Pyrenäen wie unter Ludwig XIV. und über die Alpen wie zu Zeiten der Cisalpinischen Republik hinwegsetzte, haben wir in gewisser Art sogar gegen unsere Verbündeten für den Dreibund gearbeitet, indem wir darauf bestanden, daß die vorgeschlagene italienisch-spanische Verständigung weder eine nur scheinbare noch eine trügerische sein sollte, und daß ein herausfordernder Pakt nicht eine Zweideutigkeit in die Beziehungen der souveränen Häuser bringen sollte, ein Kennzeichen mehr für die Aufopferung unserer Interessen im Mittelmeer und in Afrika.

Unsere Festigkeit ist unveränderlich, aber wir befinden uns in einem historischen Moment, der die Entscheidung darüber bringen muß, ob Italien, indem es seine friedlichen Interessen auf den Dreibund und auf England gründete, zum Spielball einer Utopie geworden ist.

Unsere Diplomatie hat durchaus nicht die Anweisung, an Türen zu klopfen, die sich vor ihr nicht groß auftun. In derselben Weise, wie sie ihre Pflicht getan hat, werden unsere Streitkräfte die ihrige bei den demnächstigen Angriffen tun, die von den Abessiniern in Petersburg und in Paris in Aussicht gestellt worden sind.

Nachdem der casus foederis, den auszusprechen wir niemals die Initiative ergriffen haben, nun von Frankreich und Rußland formell gegen Italien ausgesprochen worden ist, ist der Dreibund nicht durch uns, sondern durch unsere gemeinsamen Gegner auf den Plan gerufen worden.

Für die verbündeten Mächte und für das befreundete England handelt es sich darum, die Befestigung der Allianz durch die tatsächliche und friedliche Bürgschaft für die Rechte und die Sicherheit eines Verbündeten zu sichern oder preiszugeben.

Das ist einer jener entscheidenden Augenblicke, die in der Diplomatie wie im Kriege mitunter nur von kurzer Dauer sind.

Zu Band X, S. 27

Nr. 2386

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den Botschafter in London Grafen Hatzfeldt

Eigenhändig

Persönlich Donnerstag, den 8. August (1895)

Die Königin teilt mir mit, daß Seine Majestät der Kaiser Dienstag nachmittag zwei oder drei Stunden auf mich gewartet habe. Das ist das erste Mal, daß ich von diesem Umstande erfahre, und ich bin unglücklich darüber.

Ich hatte nicht die geringste Ahnung, daß Seine Majestät mit mir plaudern wollte, und als ich um $3^3/_4$ Uhr eine telephonische Mitteilung erhielt, daß er mich um 4 Uhr empfangen wollte, hatte ich mir vorgestellt, daß das eine liebenswürdige Höflichkeit seinerseits sei, — und als ich von der Audienz bei der Königin herauskam, habe ich die Einladung als durch die große Länge meiner Audienz erledigt angesehen.

Ich kann nur mein sehr großes Bedauern für die Unbequemlichkeit wiederholen, die ich, ohne es zu wollen, Seiner Majestät bereitet habe.

Glauben Sie an mich als immer den Ihrigen.

Salisbury

Zu Band X, S. 98

Nr. 2452

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Piesdorf, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm in Klarschrift. Abschrift

Piesdorf, den 8. November 1895

Empfange soeben Nachrichten in Geheimschrift von Stambul, daß neues Ministerium von der mohamedanischen Bevölkerung so wenig gebilligt wird, daß die Erregung im Zunehmen begriffen ist. Truppen mit Ausnahme der Yildiz-Garden sind durchaus nicht mehr zuverlässig. Sie enden mit den Worten: „Katastrophe ist nahe".

Ich würde mich freuen, Ihre Ansicht über weitere Entwicklung der Dinge zu erfahren, bevor ein Zwischenfall eintritt.

Beste Grüße an die liebe Alix.

(gez.) Willy

Zu Band X, S. 98

Nr. 2453

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoë Selo Palais, den 9. November 1895

Dank für die Nachrichten. Ich denke, daß unter „Katastrophe" Entthronung des Sultans verstanden wird, in welche die Mächte sich nicht einmischen sollten, da es eine interne Frage ist. Aber wenn das Leben von Christen bedroht ist, sollten alle Botschafter in Stambul Maßnahmen ergreifen [1]), um weiterem Blutvergießen vorzubeugen. Ich habe derartige Weisungen an meine Vertretung gesandt, da meiner Ansicht nach England jetzt in seinen Forderungen mäßig und vorsichtig sein sollte. Beste Grüße von Alix.

Nicky

Zu Band X, S. 117

Nr. 2467

Anlage

Der englische Geschäftsträger in Berlin Martin Gosselin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Note. Unsignierte Ausfertigung

Englische Botschaft, Berlin, den 23. November 1895

Die Regierung Ihrer Majestät hat mit großer Genugtuung von der Sprache gehört, die der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel Seiner Majestät dem Sultan gegenüber geführt hat. Es scheint, daß diese Sprache eine ausgezeichnete Wirkung hervorgebracht hat, und Lord Salisbury bittet mich, Euer Exzellenz den besten Dank der Regierung Ihrer Majestät für die freundschaftliche Unterstützung Deutschlands auszudrücken.

Seine Lordschaft ist auch erfreut, vom Grafen Hatzfeldt zu hören, daß auch Baron von Saurma Herrn Herbert in seinen Bemühungen, Milde für die Aufständischen von Zeitun zu erlangen, unterstützt hat. Eine sehr ernsthafte Wirkung in der öffentlichen Meinung würde eintreten, wenn es den türkischen Truppen erlaubt würde, dort Grausamkeiten zu begehen.

---

[1]) Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.: „Sie haben das bereits ohne Nutzen getan."

Zu Band X, S. 216/217

Nr. 2555

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 869 Berlin, den 3. Dezember 1895
[Abgegangen am 4. Dezember]

„Telegramm aus Rom [1]) an die italienische Botschaft in Berlin

Wir sind mehr denn je überzeugt, daß wir, wenn wir die Verträge von 1887, das einzige Mittel, den Frieden und das Vorwiegen des schützenden Einflusses im Orient zu sichern, nicht anwenden, wir dann der Gefahr der Anarchie in der Türkei und eines europäischen Krieges auf der Grundlage territorialer Aufteilungen entgegengehen. Wir bekunden vertraulich diese Überzeugung zur Entlastung von der Verantwortlichkeit.

(gez.) Blanc."

Zu Band X, S. 258

Nr. 2574

Anlage

Der englische Premierminister Lord Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm. Unsignierte Abschrift, vom englischen Botschafter am 23. Dezember dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall mitgeteilt

Erhalten 21. Dezember 1895

Stellen Sie bitte in möglichst kategorischer Form in Abrede, daß der Plan eines englisch-russischen Kondominiums in Konstantinopel Rußland gegenüber jemals von der Regierung Ihrer Majestät erwähnt worden sei.

Zu Band XI, S. 23

Nr. 2594

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm. Abschrift
Vom englischen Botschafter in Berlin am 1. Januar 1896 überreicht

London, den 31. Dezember 1895

Das Kolonialamt hat mir eine Erwiderung folgenden Inhalts auf meine Fragen hinsichtlich der von Baron von Marschall zu Euer Exzellenz über die Unruhen in Transvaal gemachten Bemerkungen geschickt.

Indem Herr Chamberlain im allgemeinen auf die Bemerkungen des Barons von Marschall eingeht, verwendet er, in Übereinstimmung sowohl mit Sir Hercules Robinson wie mit Präsident Krüger, seine äußersten Anstrengungen darauf, Gewalt abzuwenden und die Ruhe wiederherzustellen. Der Staatssekretär für die Kolonien ist einer Politik der Gewalt durchaus entgegen und hofft zuversichtlich, daß ihr Ausbruch abgewendet werden kann. Er erkennt völlig an, daß ein derartiger Ausbruch für die verschiedenen europäischen Interessen in Südafrika sehr schädlich sein würde.

[1]) Steht auf S. 217 (Bd. X, Nr. 2555).

Zu Band XI, S. 43

Nr. 2623

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoë Selo Palais, den 6. Januar 1896

Meinen allerbesten Dank für Ihren freundlichen Brief durch Radolin. Ganz einverstanden mit allem, was Sie sagen. Besten Gruß von Alix.

Nicky

Zu Band XI, S. 89

Nr. 2657

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 10 Rom, den 5. Februar 1896

Der Generaldirektor des hiesigen statistischen Amts, Herr Bodio, hatte sich vor einiger Zeit in Angelegenheiten seines Ressorts nach Paris begeben. Herr Bodio ist seit langem mit dem gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten Bourgeois befreundet. Mit Bezug auf diesen Pariser Aufenthalt des Herrn Bodio schrieb mir Baron Blanc gestern abend aus eigenem Antrieb:

„Bodio, der einer Archiv-Angelegenheit halber nach Paris gegangen ist, hat seinen Freund Bourgeois gesehen und ihn gefragt, warum seitens Frankreichs keine Neigung vorhanden sei, in eine Regelung von Sonderfragen, wie die Abgrenzung in Afrika, die Handelsfragen, besonders in Tunis, usw., einzutreten. Die sehr breit und lang ausgeführte Antwort von Herrn Bourgeois an seinen alten Freund Bodio ist folgende gewesen: „Wir können Elsaß-Lothringen nicht eher vergessen, als wir nicht den Krieg machen wollen. Die Ereignisse werden es uns zurückgeben; und hierfür ist nötig, daß alle unsere auswärtigen Angelegenheiten diesem Zwecke untergeordnet werden. Wir können daher keine Angelegenheit mit Ihnen einleiten, solange Sie die Verbündeten von Deutschland sein werden.“ — Das ist immer die Sprache des Herrn Billot, der, wie man sieht, bevollmächtigt ist, so zu sprechen. Natürlich war Bodio weder bevollmächtigt zu sprechen, noch gehalten, uns zu melden, was er gehört hat. Dies bleibt also unter uns.“

Bülow

Zu Band XI, S. 152/153

Nr. 2698

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm

Vom englischen Botschafter dem Auswärtigen Amt übergebene Abschrift

Unsigniert

15. März 1896

Seit einiger Zeit hat die Regierung Ihrer Majestät mit den ägyptischen militärischen Autoritäten sich über die Bewegungen der Derwische beraten, die die Lage der Italiener in Kassala sowohl wie die ägyptischen Posten um die Stadt Suakim herum bedrohen. In der Annahme, daß ein Angriff auf Kassala erfolgreich wäre, oder sogar wenn militärische Gründe die italienische Regierung veranlassen sollten, ihre Truppen von Kassala zurückzuziehen, würde ein

Ausbruch des Fanatismus sich sicherlich ergeben und der Einfluß des Kalifen Abdullah beträchtlich vermehrt werden, während die Derwisch-Truppen ermutigt werden, die Grenzen Ägyptens anzugreifen, deren Verteidigung eine ernsthafte Anstrengung bedeuten würde.

Irgendein sofortiger Schritt wird von den militärischen Autoritäten in England und Ägypten nachdrücklich verlangt, und die Regierung Ihrer Majestät hat nach reiflicher Überlegung entschieden, daß der für die dauernden und gegenwärtigen Interessen Ägyptens vorteilhafteste Schritt ein Vorrücken im Niltal, und daß die Besetzung von Dongola ein Ausweg sein würde.

Zweifellos muß diese Operation früher oder später unternommen werden, und die Regierung Ihrer Majestät hat der ägyptischen Regierung angedeutet, daß sie vorbereitet sein möge, dieser Operation sofortige Unterstützung und Billigung zu verschaffen. Da indessen diese Operation von einem gewissen Umfange ist, wird sie eine größere Ausgabe von Kapital erfordern, als der ägyptischen Regierung ohne weiteres zur Verfügung steht.

Es ist daher die Hoffnung der Regierung Ihrer Majestät, daß eine Summe von 500 000 £, aus dem Reservekapital von 2 500 000 £, von den Verwaltern der Schuldenkasse für diesen Zweck bewilligt werden möge. Dieses Kapital, das sich angehäuft hat, wird für außergewöhnliche Ausgaben verfügbar gehalten.

Zu Band XI, S. 161

Nr. 2706

Anlage

Ausschnitt aus „Le Temps“ vom 18. März 1896

Der Ministerrat hat sich heute morgen im Elysée unter dem Vorsitze des Herrn Felix Faure versammelt.

Die Sitzung war hauptsächlich der Beratung der laufenden äußeren Fragen und besonders der ägyptischen Angelegenheiten gewidmet. Zu diesem Gegenstande geben wir folgende Note wieder, deren Text der Presse mitgeteilt ist:

> „Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat dem Ministerrat mitgeteilt, daß er gestern von dem englischen Botschafter in Frankreich einen Brief erhalten habe, der ihn über den Plan einer militärischen Expedition nach Dongola unterrichtet.
>
> In einer Unterredung, die er daraufhin mit Lord Dufferin hatte, hat Herr Berthelot von ihm Mitteilungen über die Gründe und den Zweck dieses Planes verlangt und seine Aufmerksamkeit auf den Ernst der sich daraus ergebenden Folgen gerichtet.“

Zu Band XI, S. 187

Nr. 2734

Anlage

Der russische Minister des Äußern Fürst Lobanow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, am 15. Mai vom Grafen von der Osten-Sacken überreicht

St. Petersburg, den 3./15. Mai 1896

Nachrichten gemäß, die uns zukommen, und die die von Curzon [1]) am 12. Mai im englischen Parlament gemachten Erklärungen ergänzen, soll eine

[1]) Lord Curzon war 1895—1898 Parlaments-Unterstaatssekretär im Foreign Office.

Brigade von dreitausend Mann bei Bombay vereinigt werden, um nach Suakim befördert zu werden, um dort vom 1. Juni an die ägyptische Garnison bis auf ein Bataillon, das nach dem Nil geschickt wird, zu ersetzen. Da die Interessen Deutschlands in allem, was den Suezkanal und das Rote Meer betrifft, mit den unsrigen völlig übereinstimmen, muß man sich fragen, ob es nicht nötig ist, Rückhalte zu formulieren, die auf die Änderungen abzielen, die durch die erwähnte Maßregel im status quo im Roten Meere verursacht werden. Bitte verständigen Sie sich hierüber mit dem Berliner Kabinett.

(gez.) Lobanow.

Zu Band XI, S. 190

Nr. 2735

Anlage

Aide-mémoire des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Dem russischen Geschäftsträger Baron von Budberg am 20. Mai 1896 übergeben
Undatiertes und unsigniertes Reinkonzept

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland verkennt weder die Wichtigkeit der deutschen Interessen, die mit der freien Durchfahrt durch den Suezkanal verknüpft sind, noch die Notwendigkeit, sie vorkommendenfalls zu schützen. Die alleinige Tatsache aber, daß die englische Regierung die ägyptische Garnison von Suakim durch indische Truppen ersetzt, stellt im Hinblick auf die deutschen Interessen noch keine so drohende Gefahr dar, daß sie uns zwingen könnte, schon heute aus einer Zurückhaltung herauszutreten, welche die aus den jüngsten Erfahrungen gezogenen Lehren uns aufzuerlegen mit beitragen.

Zu Band XI, S. 272

Nr. 2801

Der italienische Botschafter in Berlin Graf Lanza an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Berlin, den 30. März 1896

Ich habe die Ehre, auf Befehl meiner Regierung Euer Exzellenz die folgende Mitteilung zu machen:

„Für den Fall einer stillschweigenden Weiterverlängerung des am 6. Mai 1891 zwischen Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossenen Bündnisvertrages glaubt die Königlich italienische Regierung die beiden hohen vertragschließenden Parteien daran erinnern zu müssen, daß es abgemacht bleibt, daß die im Mai 1882 in Bezug auf England ausgewechselten Minister-Erklärungen, deren Abschrift beigefügt ist, für dieselbe Dauer wie der obenerwähnte Vertrag in Kraft bleiben. Die Königliche Regierung würde Wert darauf legen, von der Kaiserlichen Regierung eine entsprechende Versicherung zu erhalten."

In der Zuversicht, daß Euer Exzellenz mir gütigst diese Versicherung werden zukommen lassen wollen, bitte ich Sie, die Versicherung meiner vollen Hochachtung entgegenzunehmen.

C. Lanza.

Zu Band XI, S. 279/280

Nr. 2807

Anlage I

Der italienische Minister des Äußern Herzog von Sermoneta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Undatierte, unsignierte Ausfertigung
Am 28. April vom Grafen Lanza dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall übergeben

Entwurf einer der Kaiserlichen Regierung mitzuteilenden Depesche

Der vertrauliche Gedankenaustausch, der soeben hinsichtlich der auf England bezüglichen Ministererklärung vom Mai 1882 stattgefunden hat, hat uns in die Lage versetzt, uns zu überzeugen, daß die in dieser Erklärung enthaltene Versicherung auch heute noch der gemeinsamen Anschauung der drei verbündeten Mächte entspricht. Jetzt noch stimmen die drei Kabinette darin überein, England als nicht mit den Kombinationen gemeint anzusehen, im Hinblick auf welche der Dreibund sich gebildet hat und erneuert worden ist. Soweit es uns angeht, vereinigt diese Feststellung die Verpflichtungen, die sich für uns aus dem Wortlaute des Vertrages ergeben, mit den Forderungen unserer besonderen Lage. Italien würde sich tatsächlich eintretendenfalls in der völligen Unmöglichkeit befinden, und zwar wegen seiner geographischen Lage, mit seinen Verbündeten an einem Kampfe gegen die beiden beträchtlichsten Seemächte der Welt teilzunehmen. Kein Ministerium in Italien vermöchte die Verantwortung zu übernehmen, das Land in einen solchen Krieg hineinzuziehen.

Indem wir die Aufmerksamkeit unserer Verbündeten auf diesen Punkt richten, gehorchen wir einem Loyalitätsskrupel, den Sie zweifellos würdigen werden: wir ziehen es vor, Ihnen schon heute die Realität der Dinge vor Augen zu stellen, als den Versuch zu machen, selbst schweigend durch einen geistigen Rückhalt die etwaige Tragweite unserer eigenen Verpflichtungen für uns abzuschwächen. Unser Freimut muß den beiden Kabinetten den Beweis und das Unterpfand für unsere gewissenhafte Treue gegen den Dreibund, so wie er besteht, und wie wir ihn erhalten zu sehen wünschen, liefern.

Wollen Sie bitte, Herr Graf, von dieser Depesche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Kenntnis geben.

Zu Band XI, S. 280

Noch: Nr. 2807

Anlage II

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Unsigniertes Reinkonzept
Antwortsentwurf

Berlin, den 29. April 1896

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland bestätigt dem Herrn Botschafter Italiens die von Seiner Exzellenz gestern gemachte Mitteilung, aus der hervorgeht, daß die italienische Regierung nicht in der Lage zu sein glauben würde, gegen eine englisch-französische Koalition zu handeln, falls eine solche Koalition sich verwirklichen sollte. Die von der italienischen Regierung in den Ausdrücken dieser Erklärung formulierte Reserve berührt die deutschen Interessen nicht, weil diese sich eintretendenfalls durch die neue Gruppierung der europäischen Mächte gesichert finden würden, die eine unmittelbare Folge der obengenannten Koalition sein würde. Nur könnte

die deutsche Regierung dieser Reserve nicht die Eigenschaft einer Interpretation, sei es des Textes der zwischen Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn geschlossenen Verträge, sei es der von der deutschen Diplomatie geführten Sprache, beilegen. Denn der Stachel einer unmittelbaren und vorwiegenden Feindschaft gegen Rußland, die eine derartige Auslegung dem Dreibunde geben würde, würde den in der Hauptsache unpersönlichen Charakter dieses Verteidigungspaktes von Grund auf ändern, der viel mehr auf etwaige Angriffe als auf individuelle Gegner abzielt.

Zu Band XI, S. 347

Nr. 2852

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Moskau, den 25. Mai 1896

Mein Herr Bruder und teuerster Freund!

Mit ganz besonderer Freude habe ich aus den Händen Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich den Brief entgegengenommen, den Eure Majestät die Güte hatten, an mich zu richten. Die Wahl Ihres so geliebten Bruders zur Vertretung Eurer Erhabenen Person bei meinen Krönungsfeierlichkeiten und die gütigen Empfindungen, die Eure Majestät mir bei dieser Gelegenheit ausdrückten, sind in meinen Augen ebensoviele neue und beredte Zeugnisse der unveränderten Fortdauer der intimen Freundschaftsbeziehungen, die traditionell unsere Häuser verbinden. Eure Majestät kennen den ganzen Wert, den ich dem beimesse, und dürfen nicht daran zweifeln, wie sehr es mir immer am Herzen liegen wird, die durch eine ruhmreiche Vergangenheit geschaffenen Bande enger zu knüpfen. Es ist mir eine Genugtuung, die uns beseelenden wechselseitigen Empfindungen als das beste Unterpfand für das Wohl der monarchischen Grundsätze, des Weltfriedens und des Gedeihens der benachbarten Völker zu betrachten, deren Geschicke Gott uns anvertraut hat. Der Prinz Heinrich wird Ihnen mündlich meinen Dank und meine aufrichtigsten Freundschaftswünsche übermitteln, aber ich halte darauf, dem noch die Versicherung meiner hohen Achtung und der unwandelbaren Zuneigung hinzuzufügen, mit der ich bin,

mein Herr Bruder, Eurer Majestät
guter Bruder und Freund
(gez.) Nikolaus.

Zu Band XI, S. 359

Nr. 2859

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Kiel, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz

Telegramm. Ausfertigung

Kiel, den 8. September 1896

Ich habe die Freude gehabt, die schönsten Schiffe Ihrer Flotte und auch die Hohenzollern zu besichtigen. Lassen Sie mich Ihnen sowohl meinen wie auch Alix' wärmsten und tiefsten Dank für alle Ihre Freundlichkeit und Gastfreundschaft ausdrücken und Ihnen wiederum versichern, daß Sie in mir immer einen aufrichtigen und loyalen Freund und Unterstützer der Ideen finden werden, über die wir jetzt gesprochen haben.

Nicky.

Zu Band XI, S. 359/360

Nr. 2860

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Kiel

Telegramm. Abschrift

Görlitz, Ständehaus, den 8. September 1896

Mit meinem wärmsten Danke für Ihre freundlichen Worte bitte ich Sie, den Ausdruck meiner treuesten und loyalsten Freundschaft entgegenzunehmen, die auch von meinem ganzen Lande gefühlt und verstanden wird, wie Sie aus dem Enthusiasmus gesehen haben werden, mit dem Sie überall begrüßt worden sind. Meine Flotte wird stolz gewesen sein, sich dem militärischen Auge des neuen Admirals zu zeigen. Die Ideen, die wir besprochen haben, werden sich unter Ihrer belebenden Behandlung entwickeln und blühen, und ich verspreche, daß ich Sie bei Ihrem Werke mit allem, was in meinen Kräften steht, unterstützen und in der Zeit der Not hinter Ihnen stehen werde. Ich hoffe und vertraue, daß der Himmel unserem Werke seinen Segen geben wird, da Er weiß, daß wir als Monarchen von Seinen Gnaden uns Ihm für das Leben und das Glück unserer Länder und Völker verantwortlich fühlen. Gott befohlen, Gott segne Sie und die liebe Alix.

Willy.

Zu Band XII, 1. Hälfte, S. 21

Nr. 2901

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Barby

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 29. August 1896

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel telegraphiert soeben:

„Nachstehendes Kollektivtelegramm haben die sechs Botschafter angesichts der hier immer gefahrvoller sich gestaltenden Lage der Verhältnisse heute an Seine Majestät den Sultan gelangen lassen:

‚Die Vertreter der sechs Großmächte, zu einer Konferenz über die Lage vereinigt, glauben sich verpflichtet, die ihnen zukommenden ernsten Nachrichten über die Fortsetzung der Unordnung in der Hauptstadt und in der Umgebung der ernstesten Beachtung Eurer Kaiserlichen Majestät zu empfehlen. Unaufhörlich verfolgen und massakrieren straflos Banden bewaffneter Leute die Armenier, und nicht damit zufrieden, sie in den Straßen umzubringen, dringen sie in die Häuser, sogar in solche, die von Fremden besetzt sind, um sich ihrer Opfer zu bemächtigen und sie umzubringen. Derartige Vorgänge haben sich sogar unter den Augen einiger Vertreter und mehrerer Mitglieder ihrer Botschaften ereignet.

Außerhalb der Stadt haben derartige Schreckensszenen noch in dieser Nacht in mehreren Dörfern des Bosporus, so in Bebek, Rumili-Hissar, Kandili und anderen stattgefunden.

Angesichts derartiger Geschehnisse wenden sich die Vertreter der Großmächte im Namen ihrer Regierungen unmittelbar an die Person Eurer Majestät als Staatsoberhaupt, um Euer Majestät inständigst zu bitten, unverzüglich genaue und durchgreifende Befehle zu geben, die geeignet sind, diesem unerhörten Zustande der Dinge unverzüglich ein Ende zu bereiten, der für Ihr Reich die furchtbarsten Folgen herbeizuführen vermag‘.“

Marschall.

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Zu spät!
Die armen Kerls sind tot, und das wollte 'Abdul Hamid!
Man setze ihn ab!

Zu Band XII, 1. Hälfte S. 42/43

Nr. 2913

Anlage

(Erklärung der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel)

(3. Januar 1897)

Die Vertreter der Großmächte machen darauf aufmerksam, daß die Art, in der die Amnestie durch die ottomanischen Autoritäten gehandhabt wird, besonders in Konstantinopel, die Wirkung dieser Maßnahme der Gnade zerstört. Ihre schnelle Ausführung würde eine allgemeine Beruhigung hervorrufen, aber sie wird mit soviel Langsamkeit und Vorbehalten angewendet, daß die Unruhe, die sie zu zerstreuen bezweckt, fortbesteht und sich erhöht. Die Vertreter der Großmächte verlangen demzufolge, daß, den Versprechungen Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans gemäß, allen Behörden Weisungen zur sofortigen Befreiung der festgehaltenen Armenier, zugunsten derer die Amnestie verkündet worden ist, erteilt werden. —

Zu Band XII, 1. Hälfte, S. 205/207

Nr. 3061

Anlage

(Text der Mediationsvorschläge der Botschafter in Konstantinopel, 22. August 1896)

Abschrift

Abgeänderte Vorschläge, die die Botschafter als von der Pforte annehmbar betrachten:

1. Der Generalgouverneur der Insel Kreta wird ein Christ sein und für fünf Jahre durch den Sultan mit Genehmigung der Großmächte ernannt werden.

2. Der Gouverneur wird das Vetorecht für die von der Versammlung verabschiedeten Gesetze haben mit Ausnahme derjenigen, die Veränderungen der konstutitionellen Bestimmungen der Insel (organisches Grundgesetz, Pakt von Halepa und seine Abänderungen) bezwecken; diese sollen der Genehmigung Sr. M. des Sultans unterworfen werden.

Das Vetorecht soll für eine Frist von zwei Monaten gelten, nach deren Ablauf die Gesetze als angenommen betrachtet werden sollen.

3. Der Generalgouverneur wird das Recht erhalten, im Falle von Unruhen auf der Insel für die Wiederherstellung der Ordnung über die Kaiserlichen Truppen zu verfügen, die für gewöhnlich an den bestimmten Punkten Garnison halten.

4. Der Generalgouverneur wird die Angestellten zweiter Ordnung, deren Liste später festgesetzt werden wird, unmittelbar ernennen. Die höheren Anstellungen verbleiben der Ernennung durch den Sultan.

5. Die öffentlichen Ämter sollen zu zwei Dritteln den Christen und zu einem Drittel den Muselmännern zugeteilt werden.

6. Die Wahl zur Generalversammlung und die Sitzungen dieser Versammlung sollen alle zwei Jahre stattfinden. Die Sitzungen werden vierzig bis achtzig Tage dauern. Die Versammlung wird das zweijährige Budget beschließen, die Rechnungen prüfen, und die ihm vom Generalgouverneur oder den Abgeordneten unterbreiteten Gesetzentwürfe und Vorschläge nach der Majorität der anwesenden Mitglieder erörtern und beschließen.

Die Vorschläge der Kretenser, die auf eine Erhöhung der Ausgaben des Budgets abzielen, können nur dann den Gegenstand einer Erörterung der Versammlung bilden, wenn sie durch den Generalgouverneur, den Verwaltungsrat oder die zuständigen Bureaus vorgelegt werden.

7. Jeder Vorschlag, der auf eine Erhöhung der Ausgaben abzielt, kann nur erörtert werden, wenn er durch den Generalgouverneur, den Verwaltungsrat oder die zuständigen Bureaus eingeführt wird.

8. Die Vorschläge des Firman von 1887, das Kreta die Hälfte des Aufkommens der Zölle auf der Insel bewilligt, sollen wieder in Kraft gesetzt werden.

Der Zoll für die Einfuhr von Tabak soll der Insel gehören.

Die Hohe Pforte wird das aus dem nicht von der Versammlung genehmigten Budget sich ergebende Defizit zu ihren Lasten übernehmen, nach Abzug der der Insel vorgeschossenen Summe.

9. Eine Kommission aus europäischen Offizieren wird zur Reorganisation der Gendarmerie schreiten.

10. Eine Kommission aus fremden Rechtsgelehrten wird die in der Organisation der Justiz vorzunehmenden Reformen studieren, unter ausdrücklichstem Vorbehalt der aus den Kapitulationen sich ergebenden Rechte.

11. Die Veröffentlichung von Büchern und Schriften, die Gründung von Druckereien und wissenschaftlichen Gesellschaften sollen durch den Generalgouverneur entsprechend dem Gesetz genehmigt werden.

12. Die aus der Cyrenaika stammenden Einwanderer können sich auf Kreta nicht ohne Genehmigung des Gouverneurs dauernd einrichten. Dieser Beamte erhält das Recht, alle Einwanderer aus diesem Gebiete, die nicht imstande sind, Existenzmittel nachzuweisen, oder deren Anwesenheit ihm für die öffentliche Ordnung gefährlich schiene, auszuweisen.

13. Innerhalb der sechs Monate, die auf die Anerkennung der vorstehenden Vorschläge folgen, soll die Generalversammlung zusammenberufen werden, und die Wahlen sollen entsprechend dem Gesetze von 1889 angeordnet werden. Bis zum Zusammentritt der Versammlung wird der Generalgouverneur in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsrat durch vorläufige Anordnungen die Ausführung der gegenwärtigen Vorschläge regeln.

14. Die Mächte werden sich bei der Hohen Pforte von der Ausführung aller dieser Vorschläge zuverlässig überzeugen.

Zusatz.

Die Vertreter der Mächte sind der Meinung, daß es angezeigt ist, die Forderung der Einrichtung einer Zoll-Übertaxe günstig aufzunehmen, die als Entschädigung für die durch die letzten Ereignisse verursachten Schäden bestimmt sein soll. Aber es ist nach ihrer Meinung wesentlich, deren Verwendung durch die Konsuln überwachen zu lassen. —

Zu Band XII, 1. Hälfte, S. 213/215

Nr. 3065

Der italienische Minister des Äußern Marquis Visconti Venosta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Übersetzung

Abschrift, vom italienischen Botschafter in Berlin am 14. Oktober dem Auswärtigen Amt übergeben

Rom, den 9. Oktober 1896

Die Besorgnisse, die man bis zu diesen letzten Tagen in Bezug auf Konstantinopel hatte, scheinen sich zu verringern. Nach den Berichten des Königlichen Botschafters wäre ein jedes Anzeichen neuer Attentate seitens der armenischen Aufwiegler verschwunden; andererseits sollen die von den Mächten gegebenen Ratschläge im Palast einen ziemlich beträchtlichen Eindruck gemacht haben, so daß man das Vertrauen hegen könnte, daß, falls ein ähnliches Attentat wie im letzten August sich ereignete, die Unterdrückung nicht so blind und grausam sein würde, wie sie es damals gewesen ist.

Aber die gegenwärtige Ruhe könnte in keiner Weise eine Verringerung des Interesses und der Wachsamkeit seitens der Mächte rechtfertigen: diese Ruhe müßte im Gegenteil den Anlaß zu einer vertieften Prüfung der Möglichkeiten gewähren, die sich in einer mehr oder weniger entfernten Zukunft einstellen könnten, und außerdem der Mittel, die zur Vermeidung jeder zukünftigen Gefahr anzuwenden wären.

Der erste zu prüfende Punkt wäre der sich auf die Möglichkeit beziehende, daß in der Hauptstadt des Kaiserreichs die Blutszenen wie vor wenigen Wochen sich erneuern könnten. Wir wissen nicht, ob die anderen Kabinette ihre Anschauungsweise in dieser Hinsicht geändert haben: aber es ist anzunehmen, daß jedes Kabinett auf eigene Rechnung eine derartige Möglichkeit geprüft und bereits die Maßregeln beschlossen hat, die bestimmt wären, seine Landesgenossen und die Interessen der Menschlichkeit zu schützen, ebenso wie es dem Kommandanten seines Geschwaders die notwendigen Weisungen gegeben haben wird. 'Aber diese von der Dringlichkeit des Augenblicks empfohlenen Weisungen könnten vielleicht einer erneuten Prüfung durch jedes Kabinett bedürftig sein, sogar unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen Lage in Europa in diesen Augenblicken verhältnismäßiger Ruhe. Ich wünsche daher, daß Euer Exzellenz über diesen Beweggrund mit Seiner Exzellenz dem Herrn Staatssekretär sprechen und mir über seine Anschauungen möglichst genaue Mitteilungen liefern möchten.

Was ich hierüber gesagt habe, bildet bis jetzt weder die einzige, noch die wichtigste Seite des schweren Problems, das den Orient bedroht. Selbst dann, wenn die Möglichkeit schwerer Unruhen in Konstantinopel durch Übereinkünfte und durch die notwendigen Maßregeln beseitigt wäre, bliebe immer noch die armenische Frage zu lösen, — eine gefährliche Frage, die sich bereits auf alle Teile des Kaiserreiches erstreckt, — falls die verschiedenen Provinzen, hauptsächlich diejenigen Anatoliens, nicht besser und sicherer organisiert werden. Die im vergangenen Oktober den sechs anatolischen Provinzen von der türkischen Regierung aufgezwungenen Reformen haben ihren Zweck in keiner Weise erreicht. Ich prüfe nicht, ob sie im wesentlichen unzureichend waren: ich beschränke mich darauf, die Meinung auszusprechen, daß sie wahrscheinlich praktisch nicht wirksam gewesen sind, weil sie ohne das unmittelbare Zusammenwirken der Mächte angenommen worden sind und eben wegen dieser Tatsache ohne die sichere Bürgschaft, die ein derartiges Zusammenwirken sowohl gegenüber den Bevölkerungen sowie gegenüber den zu ihrer Anwendung berufenen Behörden gebildet haben würde. Bei diesem Stande der Dinge wäre es vielleicht nützlich, daß die Mächte in diesen Augenblicken verhältnismäßiger Ruhe die den Gegenstand der Betrachtung bildende Frage aufs neue prüften, ob es klug sein würde, sich eher mit der Türkei über die zur endgültigen Regelung der Frage geeigneten Maßnahmen zu verständigen, als die Zukunft ihrem Schicksale zu überlassen. Dieses hinsichtlich Kretas mit einem so ausgezeichneten Ergebnis erprobte Verfahren ist einer guten Aufnahme durch die Mächte besonders zu empfehlen: in der Praxis wird es nicht unmöglich sein, ein Verfahren zu finden, das den Mächten erlaubt, in die Entscheidungen der türkischen Regierung einzugreifen, ohne deren Empfindlichkeit zu verletzen oder ihrem Ansehen zu schaden.

Ich habe nur *eine* Betrachtungsweise auseinandergesetzt, — ich mache keinen Vorschlag, — die ich der Würdigung der beiden verbündeten Kabinette unterbreiten möchte: ich spreche daher darüber nur mit Ihnen und Ihrem Wiener Kollegen. Selbst wenn dieser ganz vertrauliche Gedankenaustausch nicht zu einer festen Schlußfolgerung führen sollte, würde es uns immer sehr angenehm und nützlich sein, die innerste Meinung der beiden Regierungen über diesen sehr wichtigen Gegenstand kennen zu lernen, über den ihre Ansicht zu ergründen wir in dieser letzten Zeit keine Gelegenheit gehabt haben.

Sprechen Sie daher bitte mit dem Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten über das Vorstehende: es handelt sich durchaus nicht um einen formellen Schritt unsererseits, sondern um einen ganz einfachen Gedankenaustausch, der uns durch den Wunsch eingegeben ist, gemeinsam mit unseren Verbündeten vorzugehen.

(gez.) Visconti Venosta

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 318

Nr. 3142

Anlage

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, unsigniert und undatiert
Vom russischen Botschafter am 12. Februar 1897 mitgeteilt

Das russische Geschwader im Mittelmeer — Kommandant Admiral Andrew — hat den Befehl erhalten, sich nach Kreta zu begeben und sich mit den Befehlshabern der Seestreitkräfte der Großmächte zu verständigen, um einen Angriff seitens der hellenischen Flotte abzuwehren. Im Dringlichkeitsfalle wären die Kommandanten in der Lage, ihre Detachements auszuschiffen und mit den türkischen Behörden zur Wiederherstellung der Ruhe auf der Insel zusammenzuwirken, die auf diese Weise durch europäische Kräfte vorläufig in Verwahrung genommen würde, bis die Großmächte sich entschlössen, die kretische Frage übereinstimmend zu lösen.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 323/324

Nr. 3148

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Athen, den 14. Februar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 2.

Sämtliche Vertreter der Mächte haben Minister der Auswärtigen Angelegenheiten soeben einzeln nachstehende gleichlautende Erklärung abgegeben:

„Nach der Entsendung der hellenischen Kriegsschiffe nach Kreta, denen die Entsendung der Torpedoboote folgte, haben wir der Königlichen Regierung die Mißbilligung nicht verheimlicht, der seitens der Mächte Handlungen begegnen würden, die ihren gemeinsamen Wünschen nach Aufrechterhaltung des Friedens im Orient so zuwider sind.

Wir erfahren heute, daß die Dinge eine in anderem Sinne ernste Wendung nehmen, daß reguläre griechische Truppen sich anschicken sollen, bewaffnet in einen Punkt des ottomanischen Gebietes einzudringen. Wenn diese Nachricht begründet ist, ist es in einer solchen Lage unsere Pflicht, unter Erwartung der Weisungen, die uns zweifellos binnen kurzer Frist zugehen werden, auf die Mißbilligung [1]) scharf hinzuweisen, die derartige Handlungen seitens aller unserer Regierungen finden, und der hellenischen Regierung zu erklären [2]), daß die Mächte nur ihr die Verantwortung für die Folgen einer Handlung zuschieben, die mit vollem Rechte die lebhafte Besorgnis der europäischen Kabinette erweckt.“

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat darauf folgendes erwidert:

„Die bisherigen Ereignisse in Kreta haben eine Anarchie herbeigeführt, in der die christlichen Familien ebenso wie ihr Hab und Gut der Willkür und der Plünderung der fanatischen und zügellosen Bevölkerung ausgesetzt worden sind.

Die Königliche Regierung konnte diesen jammervollen Zustand nicht länger dulden, in dem sich die mit uns durch die Religion [3]) und durch geheiligte Bande verbundenen Einwohner befunden haben.

Sie hat infolgedessen den Beschluß gefaßt, Truppen zur Besetzung der Insel und zur Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens dorthin zu entsenden."

. . . .

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1]) Da pfeifen die Athener drauf.

[2]) Das Declariren und Desapprobiren nützt nichts. Kanonen vor den Piräus, das ist die richtige Antwort.

[3]) Heiliger Pobedonostzeff!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das ist Krieg! Schnell die Flotten vor den Piräus, ehe es zu spät ist. W.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 388

Nr. 3207

Anlage

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, vom russischen Botschafter am 27. März Freiherrn von Marschall mitgeteilt

Geheim St. Petersburg, den 14./26. März 1897

Wir denken, daß, wenn wir die englische Zurückhaltung hinsichtlich der Blockade von Volo erwägen, nichts übrig bleibt, als die Tatsache der Zustimmung des englischen Kabinetts zur Blockade der griechischen Küste in dem Falle, wo die Admirale diese nötig fänden, zu Protokoll zu nehmen. Tatsächlich hat man die Zeit [1]) verstreichen lassen, wo die Blockade von Volo wirksam gewesen sein würde, wie es auch Lord Salisbury anerkannt hat.

Heute ist die griechische Armee an den Küsten Thessaliens versammelt, und die vorgeschlagene Blockade vermöchte nicht die Ergebnisse zu erreichen, die man sich davon versprach.

Obendrein läßt uns die Enthaltung Englands einerseits und das für die Blockaden der Küsten Griechenlands und Kretas unzureichende [2]) maritime Kontingent Deutschlands befürchten, daß eine getrennte Aktion der vier Großmächte allein in Konstantinopel, in Athen oder anderwärts Zweifel an der allgemeinen und vollständigen Übereinstimmung der Mächte, die doch für die Aufrechterhaltung des Ansehens Europas so unerläßlich ist, entstehen lassen könnte.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1]) Ja, seit dem 14. Februar!

[2]) Das ist doch bisher nicht als „insuffisant" angesehn worden und hat jedenfalls am besten getroffen beim Schießen! Eine schöne Blamage für die eben erfolgte Kreuzer-Ablehnung im Reichstage.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 397/398

Nr. 3218

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift. Vom russischen Botschafter in Berlin am 3. April mitgeteilt

Geheim St. Petersburg, den 21. März/3. April 1897

Im Hinblick auf den bevorstehenden Jahrestag des 28. März [1]), der dank der Erregung der Geister in Griechenland zu neuen Ausschreitungen führen könnte, und wegen der Ausführung der geplanten Blockade müßten die Großmächte ihre Vertreter in Konstantinopel und Athen beauftragen, zu erklären, daß im Falle eines Zusammenstoßes an der griechisch-türkischen Grenze der Angreifer für die Störung verantwortlich gemacht werden würde, die sich daraus für den allgemeinen Frieden ergeben könnte, den zu schützen Europa durchaus entschlossen ist; außerdem ausdrücklich zu erklären, daß der Angreifer, wie auch der Ausgang des Kampfes sei, keinen Vorteil erhalten würde.

Das Kaiserliche Kabinett ist der Meinung, daß diese Erklärung der Presse übergeben und bei den beiden Regierungen zu Konstantinopel und zu Athen ganz offen behandelt werden müßte.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 412

Nr. 3227

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 141 Berlin, den 1. Mai 1897

Der russische Botschafter hat gestern nachstehendes Telegramm des Grafen Murawiew zu meiner Kenntnis gebracht:

„Die Königin von England hat sich an den Kaiser, unseren Erhabenen Herrn, mit der Anregung gewandt, den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Kriegführenden durch die drei Garantiemächte Griechenlands (Rußland, Frankreich und England) herbeiführen zu lassen. Seine Majestät wäre ganz geneigt, einen Schritt zu dem angegebenen Zwecke zu unterstützen, ist aber der Meinung, daß dieser letztere von allen Großmächten getan werden müßte. — Es erschiene uns unerläßlich, vorher die Pläne der griechischen Regierung zu erkunden, die vielleicht eine Vermittlung noch nicht wünschen könnte. Andererseits hören wir von Nelidow, daß der Sultan nicht geneigt sei, eine Vermittelung der Großmächte anzunehmen, sondern einen Schritt seitens der hellenischen Regierung bei ihm vorziehen würde."

. . . .

[1]) Offenbar ist der 6. April, der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Griechenlands, gemeint. Der 28. März würde dem 9. April (neuen Stils) entsprechen.

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 416

Nr. 3230

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

(Entwurf einer der griechischen Regierung zu überreichenden Erklärung)

„Die Vertreter von usw. bitten ihren Kollegen und Doyen, der es übernehmen will, der hellenischen Regierung sowohl in ihrem wie in seinem Namen die Vermittlung der Mächte zur Erlangung des möglichst schnellen Abschlusses eines Waffenstillstandes zwischen Griechenland und der Türkei vorzuschlagen, der einen Schritt vorwärts zur friedlichen und endgültigen Lösung der Schwierigkeiten sein würde.

Herr Onu [1]) wird diese Gelegenheit wahrnehmen, um dem Herrn Minister der Äußeren Angelegenheiten auseinanderzusetzen, daß in einer so kritischen und drängenden Lage Griechenland auf den freundschaftlichen und besorgten Schritt der Mächte nicht besser zu antworten vermöchte, als indem es ihnen die Sorge für seine Interessen überläßt, und ohne Rückhalt ihren Ratschlägen und Ermahnungen beitritt.“ . . .

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 421

Nr. 3235

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Nr. 144 Athen, den 10. Mai 1897

. . . . . .

„Nach der Euer Exzellenz durch mein Büro am 8. Mai des Jahres gemachten Mitteilung über den von der hellenischen Regierung gefaßten Entschluß, dem Wunsche der Großmächte zu entsprechen und die formelle Verpflichtung zur Zurückberufung ihrer auf Kreta stehenden Truppen zu übernehmen, habe ich die Ehre, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich im Augenblick der Verwirklichung dieser Zurückberufung von der Erklärung der Großmächte vom 2. März Kenntnis nehme, der gemäß sie entschlossen sind, Kreta mit einer durchaus tatsächlichen, autonomen Regierung auszustatten, und ich erkläre Ihnen im Namen der hellenischen Regierung, daß sie die Verpflichtung übernimmt, die genannte Regierung anzuerkennen.“

. . . .

Zu Band XII, 2. Hälfte, S. 426/427

Nr. 3243

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 190 Berlin, den 12. Juli 1897

Der russische Botschafter hat hier folgende Note des Grafen Murawiew mitgeteilt:

„In Beantwortung der Mitteilung, die mir der türkische Botschafter über das neue türkische Zirkular gemacht hat, habe ich ihm erklärt, daß die Türkei angesichts der zahlreichen Bezeugungen türkenfreundlicher Gesinnungen Rußlands nicht daran zweifeln könnte; das Kaiserliche

[1]) Onu war russischer Gesandter in Athen.

Kabinett sei daher umsomehr berechtigt, ihm nicht zu verhehlen, daß der Kaiser in der Frage der Grenze in Thessalien fest entschlossen sei, die zwischen den Großmächten hergestellte und in der gemeinsamen Erklärung der Botschafter in Konstantinopel formulierte Übereinstimmung aufrecht zu erhalten. Nachdem wir in jeder Lage und nach Maßgabe der Möglichkeit die Türkei unterstützt haben, könnten wir ihm gegenwärtig nur den aufrichtigen und wahrhaft freundschaftlichen Rat geben, sich unverzüglich den Wünschen der Großmächte anzubequemen, — da jeder verzögernde Widerstand unfehlbar die gefährlichsten Folgen für das ottomanische Reich nach sich ziehen müßte. Wollen Sie bitte dem Berliner Kabinett diese Antwort mitteilen."

. . . .

Verzeichnis

der in den

BÄNDEN 7–12

des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente

*

Vorbemerkung

Die an zweiter Stelle stehenden Seitenzahlen des „Wegweisers“ bezeichnen die deutschen Übersetzungen

7. Band
Die Anfänge des neuen Kurses

I.
Der russische Draht

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			44. Kapitel	Bd. 7	
		1890	**Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 1890**		
1366	Berlin	20. März	Staatssekretär Graf Herbert Bismarck an Kaiser Wilhelm II.	3	3
1367	,,	20. ,,	Staatssekretär Graf Herbert Bismarck an Kaiser Wilhelm II.	4	4
1368	,,	25. ,,	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Graf v. Berchem	4	5
1369	,,	28. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	10	5
1370	Petersburg	3. April	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	11	5
1371	,,	3. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Kaiser Wilhelm II.	15	6
1372	,,	15. Mai	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	17	6
1373	,,	16. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	19	6
	,,	14. ,,	Anlage, betreffend ein Telegramm des Grafen Schuwalow	20	4, 6, 221
1374	Berlin	20. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein	22	6
1375	,,	20. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	23	6
1376	,,	20. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen	24	6
1377	,,	20. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau	27	7
1378	,,	23. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	29	7
1379	,,	22. ,,	,, ,, ,, ,, ,,	30	7
1380	,,	29. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter v. Schweinitz	33	7

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 7	
1381	Wien	4. Juni	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . .	36	7
1382	Petersburg	4. Juni	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	38	8
1383	Therapia	9. ,,	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	41	8
		1896			
1384	Berlin	27. Okt.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	41	8
1385	Essen	28. ,,	Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	43	8
1386	Berlin	28. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus	43	8
1387	Wien	28. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt	44	8
1388	,,	30. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt	44	8
1389			Der Verweser des russischen Ministeriums des Äußern Schischkin an russischen Botschafter Graf v. der Osten-Sacken .	45	8, 222
1390		14. Nov.	Aide-Mémoire, bestimmt für russischen Botschafter Graf v. der Osten-Sacken .	45	9, 222
		1904			
1391	München	3. Juni	Unterstaatssekretär a. D. Graf v. Berchem an Reichskanzler Graf v. Bülow	47	9
1392	Berlin	10. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein	48	9
			45. Kapitel **Erneuerung des Dreibund-Vertrages Erste Versuche Frankreichs, Italien vom Dreibund abzusprengen 1891**		
		1890			
1393	Rom	13. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. Doernberg an Reichskanzler v. Caprivi	53	9
1394	Mailand	7. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	53	9
1395		10. ,,	,, ,, ,, ,, ,,	55	9
1396	Rom	20. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	56	9
1397	Wien	30. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	57	9

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 7	
1398	Wien	11. Dez.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	58	9
1399	,,	16. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	61	9
		1891			
1400	,,	21. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	62	9
1401	Rom	16. Febr.	Österreich-ungarischer Botschafter Frhr. v. Bruck an Graf Kálnoky	62	9
1402	Berlin	7. März	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	64	10
1403	,,	9. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf v. Hatzfeldt	67	10
1404	Rom	9. ,,	Botschafter Graf Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	68	10
1405	Wien	11. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	68	10
1406	,,	19. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	69	10
1407	Berlin	19. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	70	10
1408	Rom	23. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	71	10
1409	,,	5. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	72	10
1410	,,	15. ,,	Italienischer Minister des Äußern Marchese di Rudini an Botschafter Graf de Launay	72	10, 223
			nebst Anlage (Vertragsentwurf)	77	10, 227
1411	Wien	21. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	79	10
1412	Berlin	23. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	81	11
1413	Berlin	24. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen	83	11
1414	,,	24. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	86	11
1415	(,,)	(24. ,,)	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	87	11
1416	Berlin	25. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	88	11
1417	Wien	27. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	90	11
1418	Rom	28. ,,	Militärattaché Oberstleutnant v. Engelbrecht an Kaiser Wilhelm II.	91	11
1419	Berlin	28. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	93	11
1420	Berlin	30. ,,	Botschafter Graf de Launay an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	94	11, 229

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 7	
1421	Berlin	30. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	95	11
1422	„	1. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	97	11
1423	Wien	2. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Auswärtiges Amt	97	11
1424	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	97	11
1425	„	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Solms-Sonnenwalde . . .	98	11
1426	„	6. „	Text des Dreibund-Vertrages vom 6. Mai 1891	99	11, 229
1427	„	6. „	Protokoll	103	11, 232
1428	„	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	103	12
1429	„	29. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß . . .	104	12
1430	Rom	29. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	105	12
			Anhang A.		
			Aufmarsch- und Rüstungsfragen im Dreibund 1891—1892		
		1891			
1431	Wien	4. Juni	Militärattaché Oberstleutnant v. Deines an Preußisches Kriegsministerium	109	12
1432	Berlin	3. Dez.	Chef des Generalstabes Graf Schlieffen an Reichskanzler v. Caprivi	110	12
1433	„	25. Aug.	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	110	12
1434	Wien	27. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	112	13
		1892			
1435	Rom	23. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	114	13
1436	„	24. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	116	13
1437	Berlin	29. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall für Reichskanzler Graf v. Caprivi	118	13
1438	Karlsbad	30. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	119	13
1439	Rom	8. Mai	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	121	13

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1892		Bd. 7	
1440	Berlin	15. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . .	122	13
1441	,,	21. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . .	122	13
			Anhang B.		
			Der erneuerte Dreibund und das italienisch-französische Verhältnis 1893—1895		
		1893			
1442	Berlin	20. Aug.	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	127	14
1443	Rom	20. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	127	14
1444	,,	20. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	128	14
1445	Berlin	21. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß .	128	14
1446	Paris	19. ,,	Stellvertretender Geschäftsträger Graf Arco an Reichskanzler Graf v. Caprivi	128	14
1447	Wien	21. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	129	14
1448	Rom	22. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	130	14
1449	Paris	23. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt	130	14
1450	,,	25. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi	131	14
1451	,,	27. Sept.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	133	14
1452	,,	6. Okt.	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt	134	15
1453	Berlin	10. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Schoen	135	15
1454	Paris	31. Dez.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	135	15
		1894			
1455	,,	6. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	135	15
1456	Rom	20. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	136	15
		1895			
1457	,,	6. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	139	15
1458	Berlin	7. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	139	16

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 7	
1459	Rom	16. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	140	16
1460	Berlin	19. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	141	16
1461	Wien	30. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	143	16
1462	Rom	26. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	145	16
1463	„	17. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	147	16
			46. Kapitel **Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1892**		
		1891			
1464	Bukarest	27. Febr.	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	151	17
1465	„	6. März	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	153	17
1466	„	17. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	155	17
1467	Wien	19. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	155	17
1468	„	25. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	156	17
1469	Berlin	26. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	158	17
1470	Wien	30. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	160	17
1471	Sinaia	4. Aug.	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	163	17
1472	„	7. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	165	17
1473	„	11. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	167	18
1474	Berlin	25. Okt.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen	168	18
1475	„	29. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	170	18
1476	„	29. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	171	18
1477	Sinaia	31. „	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	172	18
1478	Bukarest	30. Dez.	Gesandter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	172	18

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1892		Bd. 7	
1479	Wien	11. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	173	18
1480	,,	3. März	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	174	18
1481	Bukarest	20. ,,	Gesandter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	176	18
1482	,,	16. Mai	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	177	18
1483	Wien	11. Juni	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	177	18
1484	Bukarest	8. ,,	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	178	18
1485	Sinaia	15. ,,	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	180	18
1486	,,	25. Juli	Geschäftsträger Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	181	19
1487	Bukarest	23. Nov.	Deutsche Akzessionserklärung zum österreich-rumänischen Bündnisvertrag . . .	181	19, 233
		1893			
1488	Sinaia	16. Okt.	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi nebst 2 Anlagen	183	19
			47. Kapitel **Französisch-Russischer Zweibund 1890—1894**		
		1890			
1489	Petersburg	19. Juni	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi	191	19
1490	Paris	24. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	193	19
1491	Paris	26. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	194	20
		1891			
1492	,,	4. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	195	20
1493	Petersburg	5. März	Militärbevollmächtigter General v. Villaume an Kaiser Wilhelm II.	196	20
1494	Paris	6. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	200	21
1495	,,	13. ,,	Bericht des Militärattachés Rittmeister v. Funcke	201	20
1496	Berlin	14. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz	202	21
1497	Petersburg	17. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	203	21

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 7	
1498	Bukarest	2. Mai	Gesandter v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	205	21
1499	Berlin	14. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz	205	21
1500	Petersburg	24. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	206	21
1501	,,	27. ,,	Desgl.	207	21
1502	,,	30. Juli	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	207	22
1503	Berlin	7. Aug.	Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. Rotenhan an Botschafter v. Schweinitz	210	22
1504	Petersburg	5. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	211	22
1505	Sinaia	4. ,,	Gesandter B. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	215	22
1506	Berlin	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz	216	23
1507	Petersburg	22. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	217	23
1508	,,	8. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	217	23
1509	Paris	20. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler v. Caprivi	218	23
1510	,,	30. ,,	Bericht des Militärattachés Rittmeisters v. Funcke	224	23
1511	Wien	4. Nov.	Bericht des Militärattachés Oberstleutnants v. Deines	225	24
1512	Paris	23. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	226	24
1513	Berlin	24. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	226	24
1514	,,	25. ,,	,, ,, ,, ,, ,,	227	24
1515	,,	25. ,,	,, ,, Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	228	24
		1892			
1516	Paris	11. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	231	24
1517	,,	14. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	231	24
1518	Petersburg	21. Juli	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	232	24
1519	Paris	2. Aug.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi	233	24
1520	,,	7. Sept.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi	234	24

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 7	
1540	Paris	6. März	Botschafter Graf Münster an Fürst Bismarck	263	28
1541	,,	1. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	264	28
1542	Berlin	12. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	266	29
1543	,,	16. ,,	Vortragender Rat im Auswärtigen Amt v. Kiderlen an Gesandten Graf Eulenburg	267	29
		1891			
1544	Paris	4. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	270	29
1545	Berlin	17. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	271	29
1546	Paris	19. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	271	29
1547	Berlin	26. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	274	29
1548	Paris	26. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	275	29
1549	,,	27. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	275	29
1550	Berlin	28. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	279	30
1551	Paris	28. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	279	30
1552	Wien	26. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	282	30
1553	London	27. ,,	Botschafter Graf v. Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	283	30
1554	Berlin	2. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	284	30
1555	Paris	3. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	285	30
1556	Berlin	4. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	286	30
1557	,,	4. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	286	30
1558	Paris	5. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	287	30
1559	,,	23. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	289	30
1560	Berlin	30. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein	290	30
1561	,,	31. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	290	30

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 7	
1562	Paris	4. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	291	30
1563	,,	6. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	291	30
1564	,,	4. Mai	Desgl.	293	31
1565	Darmstadt	9. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	295	31
1566	Berlin	10. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau	296	31
1567	Freiburg i. B.	15. ,,	Major im Generalstabe Frhr. v. Hoiningen gen. Huene an Auswärtiges Amt . . .	299	31
1568	Paris	27. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	300	31
1569	,,	21. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	302	32
1570	Berlin	21. Juli	Reichskanzler v. Caprivi an Statthalter v. Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe . . .	304	32
1571	Paris	29. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler v. Caprivi	306	32
1572	Berlin	4. Aug.	Reichskanzler v. Caprivi an Geschäftsträger v. Schoen	307	32
1573	,,	7. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	308	32
1574	,,	2. Sept.	Reichskanzler v. Caprivi an Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe . . .	309	32
1575	,,	18. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	310	32
1576	Paris	24. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler v. Caprivi	310	32
1577	,,	2. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	312	33
1578	,,	5. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	314	33
1579	,,	14. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	316	33
		1892			
1580	Berlin	25. Mai	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Botschafter Graf Münster	318	33
1581	Paris	25. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	318	33
1582	,,	26. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	321	33
1583	,,	26. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	321	33
1584	Berlin	25. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	322	33
1585	,,	26. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	322	33

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1892		Bd. 7	
1586	Berlin	27. Mai	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Kaiser Wilhelm II.	324	33
1587	Paris	30. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Graf v. Caprivi	325	33
1588	,,	8. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	326	33
1589	Berlin	19. Sept.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	329	34
		1893			
1590	Paris	18. Jan.	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	330	34
1591	Berlin	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	330	34
1592	Paris	19. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	331	34
1593	,,	22. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	331	34
1594	,,	22. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	332	34
1595	,,	23. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	332	34
1596	Berlin	26. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Kiderlen für Staatssekretär Frhr. v. Marschall	333	34
1597	Paris	5. April	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	334	34
1598	Berlin	16. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an französischen Botschafter Herbette	335	34
1599	Hubertusstock	17. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt .	336	35
1600	Berlin	17. ,,	Vortragender Rat im Auswärtigen Amt v. Holstein an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	337	35
1601	Paris	18. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	337	35, 235
1602	,,	20. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	338	35
1603	,,	25. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	338	35
		1894			
1604	Paris	12. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	339	35
1605	Kiel	30. Juni	Kaiser Wilhelm II. an Botschafter Graf Münster	340	35
1606	Paris	1. Juli	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	341	36

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 7	
		1890	**B. Handelspolitische Beziehungen**		
1626	Berlin	3. Dez.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	389	38
		1891			
1627	Petersburg	20. Febr.	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	392	38
1628	Berlin	4. April	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	394	38
1629	,,	14. ,,	,, ,, Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	394	38
1630	,,	21. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	396	38
1631	,,	5. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz	398	38
1632	,,	23. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	400	38
1633	,,	25. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	401	38
1634	,,	30. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt v. Holstein	402	39
			50. Kapitel		
			Der Draht nach Rußland 1892—1894		
		1892	**A. Äußere Politik**		
1635	Kopenhagen	8. Juni	Gesandter Frhr. v. den Brincken an Reichskanzler Graf v. Caprivi	407	39
1636	Berlin	9. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz	408	39
1637	Wien	10. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	409	39
1638	,,	15. Nov.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	410	39
1639	Neues Palais (Potsdam)	18. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi	412	39
1640	Berlin	18. ,,	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Kaiser Wilhelm II.	413	39
1641	Göhrde	18. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi	413	39
1642	Gatschina	18. ,,	Kaiser Alexander III. an Kaiser Wilhelm II.	414	39
		1893			
1643	Wien	6. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	415	40
1644	Petersburg	13. ,,	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	416	40

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1893		Bd. 7	
1645	Petersburg	31. Jan.	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	418	40
1646	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder	419	40
1647	Petersburg	31. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	420	40
1648	Wien	5. Febr.	Kaiser Franz Joseph an Kaiser Wilhelm II.	421	41
1649	Petersburg	6. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	422	41
1650	„	11. „	Desgl.	423	41
1651	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Botschafter v. Werder	425	41
1652	Wien	10. März	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	428	41
1653	Petersburg	24. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	429	41
1654	Berlin	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder	430	41
1655	Petersburg	30. April	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	432	41
1656	Wien	1. Mai	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	434	42
1657	„	9. Juni	Geschäftsträger Prinz Max von Ratibor an Reichskanzler Graf v. Caprivi	436	42
1658	„	27. Sept.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	437	42
		1894			
1659	Neues Palais (Potsdam)	30. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	439	42
1660	Kassel	23. „	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler Graf v. Caprivi	439	42
		1893	**B. Handelspolitische Beziehungen**		
1661	Petersburg	22. Juli	Botschafter v. Werder an Auswärtiges Amt	443	42
1662	Berlin	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder	444	43
1663	Petersburg	28. „	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	444	43
1664	Karlsbad	24. Sept.	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	446	43
1665	Petersburg	28. Okt.	Geschäftsträger Graf Rex an Reichskanzler Graf v. Caprivi	447	43
		1894			
1666	Berlin	18. Febr.	Kronratsprotokoll vom 18. Februar 1894 .	447	43
1667	(„)	(16. März)	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Alexander III.	453	43, 235
1668	Petersburg	17. „	Kaiser Alexander III. an Kaiser Wilhelm II.	453	43, 236

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 7	
1669	Wien	4. April	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	453	43
1670	Petersburg	6. ,,	Geschäftsträger Graf Rex an Reichskanzler Graf v. Caprivi	454	43
1671	Kiew	9. Mai	Konsul Schäffer an Reichskanzler Graf v. Caprivi	455	43

8. Band
Die Anfänge des neuen Kurses

II.
Die Stellung Englands zwischen den Mächten

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			51. Kapitel	Bd. 8	
		1889	**Erster Annäherungsversuch Deutschlands. Der Helgoland-Sansibarvertrag. Frankreichs Gegenwirkung. 1890.**		
1672	London	7. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Fürst Bismarck	3	47
1673	Berlin	18. ,,	Staatssekretär Graf Herbert Bismarck an Botschafter Graf Hatzfeldt	4	47
1674	London	22. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Fürst Bismarck	6	48
		1890			
1675	,,	30. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	8	48
1676	,,	14. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	11	48
1677	Berlin	17. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	14	48
1678	London	22. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	15	48
1679	Berlin	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	16	48
1680	,,	25. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	16	48
1681	,,	29. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	17	48
1682	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	19	48
1683	Berlin	31. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	20	48

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 8	
1684	Berlin	4. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	21	48
1685	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	21	48
1686	London	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	22	48
1687	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	23	48
1688	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	24	48
1689	„	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	25	49
1690	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	26	49
1691	„	12. Juli	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	27	49
1692	Berlin	18. „	Französischer Botschafter Herbette an Reichskanzler v. Caprivi	28	49, 236
1693	„	18. „	Aufzeichnung des stellvertretenden Staatssekretärs v. Holstein	29	49
1694	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Dirigenten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Kayser	30	49
1695	„	18. „	Der stellvertretende Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	30	49
1696	„	20. „	Der stellvertretende Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Münster	31	49
1697	„	23. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Münster	31	49
1698	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	33	49
1699	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an das Auswärtige Amt	34	49
1700	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an das Auswärtige Amt	34	49
1701	Berlin	25. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	35	49
1702	Paris	25. „	Botschafter Graf Münster an das Auswärtige Amt	36	49
1703	„	25. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	36	49
1704	Berlin	17. Nov.	Französischer Botschafter Herbette an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	38	50, 237
1705	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an französischen Botschafter Herbette	39	50

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 8	
			52. Kapitel		
			Auf dem Wege zur Quadrupelallianz: Der Dreibund und die Entente à trois		
			A. Unter dem Kabinett Salisbury 1890—1892		
		1891			
1706	London	12. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	43	50
1707	Rom	12. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	43	50
1708	Berlin	18. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	44	50
1709	Wien	21. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	45	51
1710	London	18. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	46	51
1711	Berlin	20. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	47	51
1712	London	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	48	51
1713	,,	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	48	51
1714	Rom	25. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	49	51
			Anlage	51	51, 237
1715	Rom	27. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	53	51
			Anlage. Projet de Note (Lord Salisbury au Comte Tornielli)	54	51, 238
1716	Berlin	30. ,,	Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	55	51
1717	London	1. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	55	51
1718	,,	3. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	56	51
1719	,,	5. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	57	51
1720	,,	6. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	57	51
1721	Paris	7. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	58	52
1722	London	8. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	59	52
1723	Wien	10. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	61	52

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 8	
1724	Windsor Castle	6. Juli	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	62	53
1725	London	11. „	Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi	64	53
1726	Petersburg	19. „	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	64	53
1727	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	66	52
1728	Wien	24. Aug.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	69	53
1729	London	26. „	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi	71	53
1730	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Mutzenbecher	72	52
			B. Unter den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892—1895		
		1892			
1731	Berlin	18. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	75	54
1732	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	75	54
1733	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Raschdau	76	54
1734	Cowes	4. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	80	54
1735	Rom	18. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	80	54
1736	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	82	54
1737	„	6. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	82	54
1738	„	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	84	54
			Nachschrift	84	54
1739	„	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	85	54
1740	„	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	87	54
			Anlage	89	54, 239
1741	Rom	14. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	90	54
1742	„	26. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	90	55
1743	Paris	12. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	91	55

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 8	
1744	London	24. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	93	55
		1893			
1745	London	26. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	96	55
1746	,,	27. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	100	55
1747	,,	31. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	101	55
1748	Berlin	3. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	102	55
1749	London	26. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	103	55
1750	Berlin	27. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	105	55
1751	,,	28. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	106	55
1752	Cowes	31. ,,	Rat im Kaiserlichen Gefolge v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	107	56
1753	,,	31. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	108	56
1754	London	31. ,,	Geschäftsträger Graf Metternich an Auswärtiges Amt	110	56
1755	Rom	1. Aug.	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	112	56
1756	Berlin	2. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	113	56
1757	,,	4. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	115	56
1758	Wien	18. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	116	57
1759	London	13. Sept.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	117	57
1760	,,	19. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	119	57
1761	,,	27. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	122	57
1762	Berlin	24. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	124	57
1763	London	29. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	127	57
		1894			
1764	Berlin	1. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	128	57
1765	Rom	17. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	129	58

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 8	
1766	Rom	18. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	130	58
1767	,,	20. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	130	58, 239
1768	,,	25. Aug.	Geschäftsträger v. Müller an Reichskanzler Graf v. Caprivi	133	58
1769	Berlin	24. Nov.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	134	58
1770	Rom	25. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	136	58
1771	,,	30. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	138	58
		1895			
1772	,,	9. Mai	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	140	58
1773	,,	21. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	141	58
1774	London	31. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	141	59
			53. Kapitel		
			Die Bedeutung der Mittelmeerfragen für die Gruppierung der Mächte		
		1890	**A. Die Ägyptische Frage**		
1775	Pera	2. April	Geschäftsträger v. Winckler an Auswärtiges Amt	145	59
1776	,,	9. ,,	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	146	59
1777	Berlin	5. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	148	59
1778	London	14. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	149	59
1779	,,	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	151	59
1780	Paris	29. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	152	59
1781	London	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	153	59
1782	Pera	2. Mai	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	154	59
1783	,,	31. ,,	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	154	59
1784	Berlin	2. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	156	59

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 8	
1785	Therapia	16. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	156	59
1786	London	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	157	59
1787	Therapia	19. Aug.	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	158	59
		1891			
1788	Paris	26. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	159	59
1789	Pera	1. April	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	161	59
1790	Berlin	6. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	162	59
1791	,,	17. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	163	59
1792	Pera	5. Mai	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	164	59
1793	London	6. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	166	59
1794	Berlin	13. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	171	59
1795	,,	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	172	59
1796	,,	21. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	172	59
1797	Pera	26. ,,	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	173	59
1798	Berlin	29. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	174	59
1799	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	174	60
1800	,,	2. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	175	60
1801	Therapia	28. ,,	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	175	60
1802	London	3. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	176	60
1803	Berlin	15. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	176	60
1804	London	19. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	177	60
1805	Berlin	20. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	179	60
1806	London	24. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan	179	60

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 8	
1807	London	20. Okt.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	180	60
1808	Berlin	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	181	60
		1892			
1809	„	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	181	60
1810	Pera	24. April	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	182	60
1811	Therapia	22. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	182	60
1812	Berlin	11. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	183	60
1813	London	17. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	184	60
1814	Berlin	26. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	184	60
1815	London	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	184	60
		1893			
1816	Berlin	7. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	185	60
1817	Kairo	5. „	Generalkonsul Graf Leyden an Reichskanzler Graf v. Caprivi	186	60
1818	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	187	60
1819	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	187	60
1820	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	188	60
1821	„	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	188	60
1822	Pera	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf v. Caprivi	189	61
1823	London	30. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	190	61
1824	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	191	61
1825	London	1. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	192	61
1826	Berlin	31. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	193	61
1827	London	2. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	193	61

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1893		Bd. 8	
1828	London	4. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	194	61
1829	,,	5. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	195	61
1830	,,	8. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	199	61
1831	Berlin	9. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	199	61
1832	London	5. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	200	61
1833	,,	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	202	61
1834	Berlin	18. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	203	61
1835	London	27. Mai	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	203	61
1836	,,	15. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	205	61
1837	Berlin	9. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	205	62
1838	Therapia	11. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	207	62
1839	London	13. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	207	62
1840	Berlin	14. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	208	62
1841	London	13. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	210	62
1842	,,	15. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	212	62
1843	Berlin	21. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	213	62
1844	,,	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	213	62
1845	London	24. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	214	62
1846	,,	1. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	214	62
		1894			
1847	,,	17. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	215	62
1848	Berlin	2. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	217	62
1849	London	9. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	219	62

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 8	
1850	Berlin	29. Juni	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking	221	62
1851	,,	5. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking	222	62
1852	London	4. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	223	62
1853	Berlin	9. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking	226	62
1854	,,	9. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	227	62
1855	,,	17. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul Frhr. v. Heyking	228	63
1856	London	23. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	228	63
1857	,,	24. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	229	63
1858	,,	8. Okt.	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler Graf v. Caprivi	230	63
		1895			
1859	Kairo	25. Febr.	Generalkonsul Frhr. v. Heyking an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	231	63
1860	Berlin	4. März	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Generalkonsul Frhr. v. Heyking	233	63
1861	Kairo	5. ,,	Generalkonsul Frhr. v. Heyking an Auswärtiges Amt	234	63
			B. Die Tunis- und die Tripolisfrage		
		1890			
1862	Berlin	15. Mai	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	237	63
1863	,,	24. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	238	63
1864	London	2. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	240	64
1865	Berlin	26. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	241	64
1866	Paris	27. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	242	64
1867	London	27. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	242	64
1868	,,	4. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	243	64
1869	,,	16. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	243	64
1870	,,	16. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	244	64

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 8	
1871	Berlin	17. Juli	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	244	64
1872	,,	17. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	245	64
1873	,,	19. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Kaiser Wilhelm II.	248	64
1874	London	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	250	64
1875	Berlin	19. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	251	64
1876	,,	19. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	251	64
1877	London	19. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	252	64
1878	Berlin	21. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an den Geschäftsträger Grafen Monts	254	64
1879	,,	23. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	255	65
1880	,,	23. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Münster	256	65
1881	Rom	23. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	256	65
1882	London	22. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	257	65
1883	Paris	25. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	259	65
1884	Berlin	29. ,,	Stellvertr. Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	259	65
1885	Rom	30. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	260	65
1886	Berlin	2. Aug.	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	261	65
1887	London	1. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	262	65
1888	Berlin	2. ,,	Stellvertretender Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	263	65
1889	,,	2. ,,	Desgl.	264	65
1890	,,	3. ,,	,, ...	264	66
1891	London	3. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	265	66
1892	Berlin	5. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	266	66
1893	London	9. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	269	66
1894	Berlin	10. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	270	66

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 8	
1895	Rom	11. Aug.	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	271	66
1896	,,	26. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	272	66
1897	Berlin	5. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	273	66
1898	,,	27. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	273	66
1899	Pera	29. ,,	Botschafter von Radowitz an Auswärtiges Amt	275	66
		1891			
1900	London	6. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	275	66
1901	Pera	13. März	Botschafter von Radowitz an Auswärtiges Amt	279	66
1902	Berlin	14. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	280	66
1903	Rom	12. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	280	66
		1893			
1904	Therapia	2. Juni	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf v. Caprivi	281	66
1905	Berlin	10. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	283	66
1906	Rom	9. ,,	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . .	284	66
1907	Therapia	8. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	285	66
1908	,,	19. Sept.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Graf v. Caprivi	286	67
		1894			
1909	Berlin	8. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	287	67
1910	,,	11. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	287	67
1911	Rom	13. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	288	67
1912	,,	17. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	289	67
1913	,,	22. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	289	67
			C. Die Marokkofrage		
		1890			
1914	Berlin	25. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	293	68

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 8	
1915	London	6. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	293	68
1916	Berlin	31. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	294	68
1917	Tanger	28. Mai	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Reichskanzler v. Caprivi	296	68
1918	London	10. Juni	Sekretär bei der Botschaft Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi	296	68
1919	Berlin	13. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	297	68
1920	Madrid	28. ,,	Botschafter Frhr. v. Stumm an Reichskanzler v. Caprivi	298	68
1921	Berlin	21. Juli	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Stumm	299	68
1922	,,	20. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	299	68
1923	,,	8. Sept.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	300	68
1924	,,	21. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	301	68
	,,	20. ,,	Anlage I. Italienisches Promemoria	301	68, 240
	,,	20. ,,	Anlage II. Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	302	68
1925	London	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	303	68
1926	Berlin	24. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	304	68
1927	London	27. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	305	68
1928	Berlin	28. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	306	68
1929	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	306	68
1930	Berlin	2. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	307	68
1931	,,	2. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Stumm	308	68
1932	,,	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	309	68
1933	,,	4. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde	309	68
1934	,,	5. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Stumm	311	68
1935	,,	8. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	311	68

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1891		Bd. 8	
1936	Madrid	10. Nov.	Botschafter Frhr. v. Stumm an Auswärtiges Amt	312	68
1937	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	313	68
1938	Rom	11. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	314	68
1939	„	12. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	314	68
1940	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	314	68
1941	Rom	19. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Auswärtiges Amt	315	68
1942	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	316	68
1943	Tanger	25. Dez.	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	316	68
		1892			
1944	„	19. April	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Graf v. Caprivi	317	68
1945	Berlin	4. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Ministerresidenten Graf v. Tattenbach .	318	68
1946	London	25. Juni	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler Graf v. Caprivi	319	68
1947	Rom	10. Juli	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi . . .	320	68
1948	Tanger	27. „	Ministerresident Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	320	68
1949	Berlin	10. Aug.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Ministerresident Graf v. Tattenbach	322	68
1950	„	11. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	323	68
1951	„	14. Sept.	Stellvertr. Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Ministerresident Graf v. Tattenbach	323	68
1952	London	18. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	324	68
		1893			
1953	Berlin	21. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	324	68
1954	London	7. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	325	68
		1894			
1955	Rom	27. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	325	68
1956	„	28. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	326	68

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 8	
1957	Rom	9. März	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	328	68
1958	London	11. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	329	68
1959	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	329	68
1960	„	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach	330	68
1961	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	330	68
1962	Tanger	5. Okt.	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	331	68
1963	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach	332	68
1964	Rom	7. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	332	68
1965	„	8. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	333	68
1966	„	30. Nov.	Italienischer Minister des Äußern Baron Blanc an den englischen Botschafter Sir Clare Ford	334	68, 240
		1895			
1967	Tanger	7. Jan.	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	336	68
1968	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach	337	68
1969	„	13. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	337	68
1970	Tanger	21. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	338	68
1971	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Tattenbach	339	68
			54. Kapitel		
			Die Bedeutung der Kolonialfragen für die Gruppierung der Mächte		
			A. England und Italien		
		1890	**Massaua—Kassala—Zeila**		
1972	London	26. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	343	69
1973	Berlin	3. April	Reichskanzler v. Caprivi an Graf zu Solms-Sonnenwalde	345	69
1974	Rom	8. „	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	347	69

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 8	
1975	Rom	11. Mai	Geschäftsträger Frhr. v. Doernberg an Reichskanzler v. Caprivi	350	69
1976	Berlin	2. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	350	69
1977	London	29. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	351	69
1978	,,	3. Okt.	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler v. Caprivi	352	69
1979	,,	21. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	352	69
1980	Berlin	8. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde . .	353	69
1981	London	15. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	353	69
		1891			
1982	Rom	3. März	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	354	69
1983	,,	12. April	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	355	69
1984	Paris	21. Mai	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler v. Caprivi	355	69
1985	Rom	26. Juli	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler v. Caprivi	356	69
1986	,,	20. Dez.	Botschafter Graf zu Solms-Sonnenwalde an Reichskanzler Graf v. Caprivi	357	68
		1894			
1987	,,	30. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	358	68
1988	,,	16. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	360	69
1989	,,	16. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	360	69
1990	,,	19. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	361	69
1991	,,	24. April	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	362	69
1992	,,	5. Juni	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	363	69
1993	Berlin	11. ,,	Aufzeichnung des Dirigenten Kayser . . .	365	69
1994	,,	12. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	369	69
1995	Rom	21. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Graf v. Caprivi	371	69
1996	,,	21. Juli	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	374	69

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 8	
1997	London	25. Juli	Geschäftsträger Graf Metternich an Reichskanzler Graf v. Caprivi	375	69
		1895			
1998	Berlin	3. Jan.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	375	69
1999	Rom	3. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	376	69, 242
2000	Berlin	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	377	69
2001	Rom	4. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	377	69
2002	,,	4. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	378	69, 243
2003	Berlin	8. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	380	69
2004	London	12. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	380	69
2005	Rom	13. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	381	69
2006	Berlin	21. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	383	69
2007	London	22. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	384	69
2008	Berlin	24. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	385	69
2009	London	25. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	386	69
2010	,,	28. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	387	69
2011	,,	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	389	69
2012	,,	31. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	390	69
2013	,,	6. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	391	69
2014	,,	7. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	392	69
2015	Rom	8. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	393	69
2016	London	25. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	393	69
			B. England und Deutschland		
		1893	**Samoa—Kongo**		
2017	,,	2. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	397	70

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1893		Bd. 8	
2018	Berlin	10. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	402	70
2019	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	405	70
2020	„	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	409	70
2021	Berlin	16. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	412	70
		1894			
2022	London	14. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	413	70
2023	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	414	70
2024	„	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	416	70
2025	London	23. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	419	70
2026	„	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	423	70
2027	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	425	70
2028	Berlin	2. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	425	70
2029	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	426	71
2030	Brüssel	1. „	Gesandter Graf v. Alvensleben an Reichskanzler Graf v. Caprivi	427	71
2031	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	428	71
2032	„	25. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Alvensleben	429	71
2033	Brüssel	26. „	Gesandter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	429	71
2034	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Alvensleben	430	71
2035	„	28. „	Reichskanzler Graf v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	430	71
2036	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	432	71
2037	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	433	71
2038	„	1. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Staatssekretär Graf v. Grelle-Rogier . .	434	71
2039	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	435	71

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 8	
2040	London	3. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Staatssekretär Lord Kimberley	439	72
2041	Paris	7. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	440	72
2042	Berlin	8. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	440	72
2043	,,	9. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	442	72
			Anlage. Entwurf einer Note	442	72
2044	London	11. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	444	72
2045	Berlin	12. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	445	73
2046	,,	12. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	446	72
2047	Neues Palais	11. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi	446	72
2048	London	12. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	448	72
2049	Berlin	13. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	450	72
2050	,,	13. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Graf v. Alvensleben	451	72
2051	,,	14. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	452	72
2052	Neues Palais	14. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf v. Caprivi	452	72
2053	Berlin	15. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	454	72
2054	Wien	15. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	455	72
2055	Berlin	15. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	455	72
2056	London	16. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	456	72
2057	Brüssel	15. ,,	Gesandter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt	457	72
2058	,,	16. ,,	Gesandter Graf v. Alvensleben an Auswärtiges Amt	458	72
2059	Berlin	16. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	458	73
2060	Wien	17. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	459	73

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 8	
2061	Berlin	17. Juni	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	459	73
	,,		Anlage. Aide-Memoire	461	73, 243
2062	,,	17. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	462	73
2063	Rom	17. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	463	73
2064	London	17. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	464	73
2065	Berlin	18. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	465	73
2066	,,	18. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	465	73
2067	London	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	466	73
2068	Wien	18. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Graf v. Caprivi	467	73
2069	Paris	25. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Graf v. Caprivi	469	73
2070	London	26. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	471	73
2071	,,	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	472	73
		1895			
2072	Berlin	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	474	73

9. Band

Der nahe und der ferne Osten

			55. Kapitel	Bd. 9	
			Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte		
		1890			
2073	Pera	12. März	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Bismarck	3	77
2074	Wien	19. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Fürst Bismarck	4	77
2075	,,	3. April	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	5	77

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 9	
2076	London	14. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	7	77
2077	Wien	20. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	9	77
2078	Pera	22. ,,	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	11	77
2079	Berlin	26. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	13	77
2080	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	14	77
2081	Berlin	2. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	14	77
2082	London	2. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	16	77
2083	,,	2. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	18	77
2084	Petersburg	1. ,,	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler v. Caprivi	21	77
2085	Berlin	6. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Kiderlen	23	77
2086	London	8. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	26	78
2087	Berlin	11. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	28	78
2088	,,	15. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	33	78
2089	London	14. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	34	78
2090	Berlin	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	35	78
2091	London	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	36	78
2092	Wien	24. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	37	78
2093	Therapia	8. Juni	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	40	78
2094	,,	1. Juli	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	41	78
2095	London	16. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	42	78
2096	Berlin	17. ,,	Stellvertretender Staatssekretär v. Holstein an Botschafter v. Radowitz	43	78
2097	,,	31. ,,	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	44	78
2098	Osborne	7. Aug.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	45	78

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 9	
2099	Berlin	8. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	45	78
2100	„	8. „	Reichskanzler v. Caprivi an Botschafter Graf Hatzfeldt	46	78
2101	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	47	78
2102	„	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	48	78
2103	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	49	78
2104	Wien	4. Sept.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	52	78
2105	Berlin	18. Okt.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	54	78
		1891			
2106	London	2. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	56	79
2107	Berlin	4. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Caprivi	57	79
2108	„	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	58	79
2109	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler v. Caprivi	58	79
2110	Berlin	25. April	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	61	79
2111	Windsor Castle	6. Juli	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	63	79
2112	Sinaia	4. Aug.	Gesandter v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	66	79
2113	Berlin	19. Sept.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	68	79
2114	Petersburg	19. „	Geschäftsträger A. v. Bülow an Reichskanzler v. Caprivi	71	79
2115	Berlin	7. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Radowitz	72	79
2116	Wien	12. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler v. Caprivi	72	79
2117	London	28. „	Aufzeichnung des Botschafters Graf Hatzfeldt	73	79
2118	Berlin	25. Nov.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	77	80
2119	London	23. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	78	80
		1892			
2120	Berlin	27. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	78	80

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1892		Bd. 9	
2121	Berlin	28. Jan.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	79	80
2122	,,	30. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	80	80
2123	Wien	30. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	83	80
2124	Petersburg	4. Febr.	Botschafter v. Schweinitz an Reichskanzler Graf v. Caprivi	86	80
2125	Berlin	9. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Schweinitz	87	80
2126	,,	6. Aug.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Geschäftsträger A. v. Bülow	87	80
2127	,,	11. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	88	80
2128	London	24. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	90	80
		1893			
2129	Wien	6. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	94	80
2130	Petersburg	14. März	Botschafter v. Werder an Reichskanzler Graf v. Caprivi	95	80
2131	Berlin	27. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Werder	96	80
2132	,,	10. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Kiderlen	97	80
2133	Wien	15. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	98	80
2134	,,	1. Mai	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	99	80
2135	Berlin	6. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	101	81
2136	,,	28. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	102	81
2137	London	6. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	102	81
2138	München	20. ,,	Preußischer Gesandter Graf zu Eulenburg an den Preußischen Minister Graf v. Caprivi	105	81
2139	Berlin	22. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	109	81
2140	,,	23. ,,	Desgl.	110	81
2141	Wien	22. ,,	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	111	81
2142	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	114	81

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1893		Bd. 9	
2143	London	30. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	117	81
		1894			
2144	Wien	6. Jan.	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	123	81
2145	„	20. „	Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß an Reichskanzler Graf v. Caprivi	124	81
2146	„	13. Febr.	Geschäftsträger Prinz v. Ratibor an Reichskanzler Graf v. Caprivi	126	81
2147	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	127	81
2148	„	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	129	82
2149	„	27. „	Österreich-ungarischer Botschafter Graf Deym an Minister des Äußern Graf Kálnoky	130	82
2150	„	28. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	131	82
2151	Berlin	8. März	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	134	82
2152	„	8. „	Desgl.	134	82
2153	„	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	138	82
		—	Anlage 1. Österreich-ungarischer Minister Graf Kálnoky an Botschafter v. Szögyény	139	82
	„	28. „	Anlage 2. Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	141	82
2154	Abbazia	31. „	Gesandter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	142	82
2155	Berlin	23. April	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	144	82
			Anlage. Aufzeichnungen des Ministers Graf Kálnoky	144	82
2156	„	1. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	146	82
2157	„	10. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf v. Caprivi	147	82
		—	Anlage 1. Aufzeichnung des Botschafters v. Szögyény	147	82
		—	Anlage 2. Aufzeichnung des Botschafters v. Szögyény	149	82
2158	„	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	151	82
2159	Wien	16. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	152	82

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1894		Bd. 9	
2160	London	13. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	153	82
2161	London	11. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	153	82
2162	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	160	83
2163	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	164	83
2164	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	166	83
2165	Paris	27. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	168	83
2166	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	171	83
2167	„	1. Dez.	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan für Staatssekretär Frhr. v. Marschall	171	83
2168	Wien	4. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	172	83
2169	Berlin	13. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	176	83
2170	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	179	84
2171	Rom	11. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	182	84
2172	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Grafen Metternich für Reichskanzler Fürst Hohenlohe	182	84
		1895			
2173	Wien	29. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	184	84
2174	„	28. März	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	184	84
			56. Kapitel **Der Armenische Dreibund** **Das Zusammenwirken von England, Rußland und Frankreich 1890—1895**		
		1890			
2175	Therapia	1. Aug.	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	189	84
2176	„	3. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	191	84
2177	Petersburg	15. Sept.	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi	193	84
2178	Therapia	28. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler v. Caprivi	194	84

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1890		Bd. 9	
2179	Berlin	6. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger Graf v. Pourtalès	195	84
2180	Petersburg	9. „	Geschäftsträger Graf v. Pourtalès an Reichskanzler v. Caprivi	196	84
		1893			
2181	London	29. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Graf v. Caprivi	197	85
2182	Berlin	8. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	198	85
2183	„	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	199	85
		1894			
2184	Pera	16. Nov.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	201	85
2185	„	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	204	85
2186	„	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	205	85
2187	„	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	208	85
2188	Berlin	1. Dez.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	209	85
2189	Pera	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	209	85
2190	Petersburg	8. „	Botschafter v. Werder an Auswärtiges Amt	212	85
2191	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	213	85
2192	Berlin	14. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	214	85
2193	Rom	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	215	85
2194	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	215	85
2195	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	216	85
2196	Pera	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	219	85
2197	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	220	85
2198	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	221	85
2199	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	221	85
2200	Rom	31. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	222	85

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2242	London	13. April	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	268	88
2243	Petersburg	17. ,,	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	269	88
2244	Berlin	17. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	270	89
2245	Berlin	17. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	270	89
2246	,,	18. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	271	89
2247	Petersburg	20. ,,	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	271	89
2248	London	22. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	272	89
2249	,,	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	273	89
2250	Berlin	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	274	89
2251	Tokio	23. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	274	89
2252	,,	24. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	275	89
			Anlage	278	89
2253	Berlin	24. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten v. Kiderlen	279	89
2254	Tokio	26. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	279	89
2255	,,	26. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	280	89
2256	,,	27. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	281	89
2257	Berlin	27. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	281	89
2258	,,	1. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	282	89
2259	,,	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	283	89
2260	,,	4. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	284	89
2261	,,	5. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	285	89
2262	,,	5. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	285	89
2263	,,	6. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. Schenck zu Schweinsberg	286	89

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2264	Petersburg	8. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	286	89
2265	,,	9. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	287	89
2266	Berlin	9. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	288	89
2267	,,	11. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	289	89
2268	,,	11. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	290	89
2269	,,	11. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	292	89
2270	Petersburg	12. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	293	89
2271	Berlin	12. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	294	89
2272	Petersburg	17. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	295	89, 245
2273	Berlin	20. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	296	89
2274	Petersburg	23. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	299	89, 246
2275	Berlin	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	300	89
2276	,,	7. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	301	89
2277	Tokio	7. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	301	89
2278	Berlin	8. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	302	89
2279	,,	8. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	302	89
2280	,,	12. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	303	89
2281	,,	29. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid . . .	304	89
2282	Tokio	4. Juli	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	305	89
2283	Berlin	6. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin	305	89
2284	Tokio	19. ,,	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	306	89
2285	(Berlin)	(24. ,,)	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	307	89

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2286	Berlin	30. Juli	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	308	89
2287	(„)	(2. Aug.)	Promemoria des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	308	89, 247
2288	(„)	(6. „)	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	309	89
2289	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	310	89
2290	„	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	311	89
2291	Berlin	12. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin	314	89
2292	Petersburg	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	315	89
2293	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	315	89
2294	„	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	316	89
	Petersburg	22. „	Anlage. Russischer Minister Fürst Lobanow an den russischen Geschäftsträger v. Tscharykow	318	89, 247
2295	„	24. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	318	89
2296	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	319	89
2297	Paris	30. „	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt	320	89
2298	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe	321	89
2299	Werki	1. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	322	89
2300	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	323	89
2301	„	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	323	89
2302	Tokio	11. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	324	89
2303	Berlin	12. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Gutschmid	324	89
2304	Tokio	7. Okt.	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Auswärtiges Amt	325	89
2305	„	20. „	Gesandter Frhr. v. Gutschmid an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	326	89
	„	18. „	Anlage 1. Abschrift	327	89, 248
	„	19. „	Anlage 2. Ausfertigung	328	89, 249

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2324	Berlin	14. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	375	93
2325	Petersburg	17. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	377	93
2326	Berlin	20. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter B. v. Bülow	378	93
2327	Petersburg	19. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	378	93
2328	Berlin	15. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	379	93
			59. Kapitel **Deutsch-französische Beziehungen Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895**		
		1894			
2329	Paris	31. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	385	94
2330	,,	29. Nov.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	387	94
2331	,,	13. Dez.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	389	94
		1895			
2332	,,	2. Jan.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	392	94
2333	Berlin	4. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	393	94
2334	Paris	5. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	393	94
2335	Berlin	6. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	394	94
2336	Paris	6. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	394	94
2337	,,	6. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	395	94
2338	Berlin	7. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	396	94
2339	Paris	7. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	397	94
2340	Berlin	8. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	397	94
2341	Paris	9. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	398	94
2342	,,	9 ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	399	94, 249

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2343	Paris	21. Febr.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	399	95
2344	,,	4. März	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	400	95
2345	,,	8. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Auswärtiges Amt	402	95
2346	,,	9. ,,	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	403	95
2347	Berlin	21. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Frhr. Mumm v. Schwarzenstein	405	95
2348	Paris	22. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	405	95
2349	,,	28. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	406	95
2350	,,	30. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	408	95
2351	,,	17. Mai	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	408	95
2352	,,	22. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	410	95
2353	Prökelwitz	23. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	410	95
2354	Berlin	24. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	411	95
2355	Paris	26. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	411	95
2356	Berlin	27. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	412	95
2357	Paris	28. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	412	95
2358	,,	11. Juni	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	415	95, 250
2359	Berlin	19. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	417	95
2360	London	20. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	417	95
2361	Berlin	13. Juli	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Münster	418	95
2362	Paris	13. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	418	95
2363	,,	5. Aug.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	419	96
2364	Cowes	9. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	420	96

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 9	
2365	Paris	19. Aug.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	421	96
2366	,,	26. Sept.	Geschäftsträger v. Schoen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	421	96
2367	,,	12. Dez.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	422	96
2368	,,	25. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	423	96

10. Band

Das türkische Problem 1895

			60. Kapitel	Bd. 10	
		1895	**Salisburys Aufteilungsplan. Cowes 1895**		
2369	Rom	15. Juli	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	3	99, 250
			Anlage Aide Mémoire	5	99, 251
2370	Berlin	18. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	9	99
2371	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	9	99
2372	,,	31. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	10	99
2373	Berlin	1. Aug.	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	13	
2374	,,	2. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	15	99
2375	London	3. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	16	99
2376	Berlin	3. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	19	100
2377	,,	3. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an den Gesandten v. Kiderlen	19	100
2378	,,	4. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen	20	100
2379	,,	5. ,,	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	21	100
2380	Cowes	5. ,,	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	22	100
2381	,,	5. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Vortragenden Rat v. Holstein	22	100
2382	Berlin	5. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	23	100

61. Kapitel

Salisbury und die Armenische Frage
Juli bis Dezember 1895

A. Vom Antritt des neuen Kabinetts Salisbury bis zur Annahme des Armenischen Reformplanes. Juli bis Oktober 1895

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2400	London	23. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	44	101
2401	Berlin	25. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma	44	101
2402	Therapia	26. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	45	101
2403	London	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	45	101
2404	Berlin	3. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	45	101
2405	Alt-Aussee	4. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	46	101
2406	Therapia	6. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	47	101
2407	,,	10. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	48	101
2408	,,	10. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	49	101
2409	,,	15. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	50	101
2410	,,	17. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	51	101
2411	,,	17. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	53	101
2412	Berlin	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	54	101
2413	Therapia	19. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	54	101
2414	(Berlin)	(23. ,,)	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm v. Schwarzenstein	56	101
2415	Therapia	22. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	57	101
2416	,,	22. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	59	101
2417	,,	22. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	61	101
2418	,,	28. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	61	101
2419	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	62	101
2420	Berlin	30. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	63	101

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2421	Werki	1. Sept.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	64	101
2422	Therapia	3. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	65	101
2423	„	18. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	65	101
2424	„	30. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	66	101
2425	„	4. Okt.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	67	101
2426	„	4. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	68	101
2427	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	69	101
2428	Therapia	6. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	69	102
2429	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	71	102
2430	„	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	72	102
2431	Wien	10. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	72	102
2432	Berlin	12. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky . .	73	102
2433	Therapia	12. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	73	102
2434	„	18. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	74	102
2435	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	75	102
2436	Petersburg	19. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	75	102
2437	München	21. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Auswärtiges Amt	76	102
2438	Therapia	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	78	102
2439	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	79	102
2440	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	80	102
2441	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt für den Vortragenden Rat v. Holstein	81	102
2442	„	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	81	102

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2443	Petersburg	24. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	83	102
2444	Therapia	26. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	84	102
	Trapezunt	10. „	Anlage. Österreich-ungarischer Generalkonsul Zagorski an Botschafter Frhr. v. Calice	85	102
			B. Das Fiasko des Armenischen Dreibundes		
2445	Therapia	29. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	91	102
2446	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	91	102
2447	Therapia	1. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	94	103
2448	„	1. „	Desgl.	94	103
2449	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	95	103
2450	Therapia	5. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	96	103
2451	„	8. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	97	103
2452	Piesdorf	8. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	98	103, 255
2453	Zarskoë-Selo Palais	9. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	98	103, 255
2454	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	98	103
2455	„	12. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	99	103
2456	Pera	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	101	103
2457	„	11. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	102	103
2458	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	103	103
2459	„	13. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	104	103
2460	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	105	103
2461	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	107	103
2462	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	107	104
2463	Rumpenheim	21. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	109	104

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2464	Berlin	22. Nov.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	112	104
2465	Wien	21. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	114	104
2466	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	115	104
2467	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	116	104
	„	23. „	Anlage. Englischer Geschäftsträger Martin Gosselin an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	117	105, 255
2468	„	25. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	117	105
2469	Pera	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	118	105
2470	„	11. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	118	105
2471	„	11. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	119	105
2472	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	121	105
2473	„	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	121	105
2474	„	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	122	105
2475	Wien	17. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	123	105
2476	Rom	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	123	105
2477	Wien	17. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	124	105
2478	Rom	20. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	125	105
2479	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	127	105
			Anhang: **Die Episode von Zeitun**		
2480	„	17. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	131	106
2481	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	132	106
2482	Pera	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	133	106
2483	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	133	106

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2484	Pera	23. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	133	106
		1896			
2485	,,	3. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	134	106
2486	,,	13. Febr.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	135	106
2487	,,	18. April	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	135	106
			62. Kapitel		
			Versuche einer Neugruppierung der Mächte. Graf Goluchowskis Fiasko 2. Hälfte 1895		
		1895	**A. Goluchowskis Balkanpolitik**		
2488	Ischl	8. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	139	107
2489	Berlin	19. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	141	107
2490	Wien	28. Okt.	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	144	107
2491	,,	30. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	147	107
2492	,,	2. Nov.	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	148	107
2493	London	2. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	149	107
2494	Berlin	4. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	151	107
2495	,,	5. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	155	107
2496	,,	6. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	157	108
2497	Wien	8. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	157	108
2498	,,	9. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	159	108
2499	,,	10. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	160	108
2500	,,	10. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II.	162	108
2501	Berlin	11. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	164	108

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			B. Österreichs Vorstoß in der Orientfrage und Englands Zurückweichen	Bd. 10	
		1895	**Flottendemonstration und Stationärfrage**		
2502	Rom	9. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	169	108
2503	Berlin	10. "	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	170	108
2504	Rom	11. "	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	171	108
2505	Wien	11. "	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	172	108
2506	Pera	12. "	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	173	109
2507	Berlin	12. "	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	173	109
2508	Wien	13. "	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	174	109
2509	Rom	13. "	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	175	109
2510	Berlin	15. "	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	176	109
2511	"	15. "	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	176	109
2512	Rom	15. "	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	178	109
2513	Berlin	16. "	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	179	109
2514	Wien	16. "	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	180	109
2515	Petersburg	16. "	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	181	109
2516	London	17. "	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	182	109
2517	Pera	17. "	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	182	109
2518	Petersburg	17. "	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	183	109
2519	Wien	17. "	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	184	109
2520	Petersburg	16. "	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	185	109
2521	Rom	19. "	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	185	109
2522	Pera	19. "	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	186	109

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2523	Pera	19. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	187	109
2524	,,	19. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	187	109
2525	London	20. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	188	109
2526	Pera	20. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	189	109
2527	Paris	20. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	189	109
2528	Pera	20. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	190	109
2529	Berlin	21. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	190	109
2530	Göhrde	23. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	191	109
2531	Berlin	23. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	192	109
2532	Pera	26. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	193	109
2533	Berlin	26. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	194	109
2534	(,,)	(26. ,,)	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	195	109
2535	,,	29. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	195	109
2536	,,	6. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	196	109
2537	Pera	10. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	197	109
			C. Versuche einer Aktivierung der Entente à trois		
2538	Rom	8. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	201	109
2539	,,	13. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	201	109
2540	Berlin	14. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	202	109
2541	,,	14. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	202	109
2542	,,	14. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	203	110
2543	,,	15. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	204	110

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2544	Berlin	17. Nov.	Österreich-ungarischer Botschafter v. Szögyény an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	205	110
2545	Wien	15. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	206	110
2546	Berlin	20. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	207	110
2547	,,	20. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	208	110
2548	,,	21. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	209	110
2549	,,	21. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	210	110
2550	Rom	21. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	211	110
2551	London	30. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	213	110
2552	Berlin	2. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	213	110
2553	,,	2. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	214	110
2554	London	2. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	215	110
2555	Berlin	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	216	110, 256
2556	Rom	3. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	218	110
2557	,,	5. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	223	110
	,,	3. ,,	Anlage. Italienischer Minister des Äußern Baron Blanc an Botschafter Ferrero . .	224	110
2558	,,	7. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	226	110
2559	Berlin	10. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	227	111
2560	Paris	12. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	228	111
2561	London	12. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	229	111
2562	,,	13. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein	230	111
2563	Berlin	15. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	231	111
2564	,,	17. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	232	111

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 10	
2565	Berlin	19. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	237	111
2566	Petersburg	19. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	238	111
2567	Wien	21. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	239	111
2568	,,	23. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	241	111
2569	Berlin	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	242	111
			Anhang: **Ein Russisch-Englisches Kondominium in Konstantinopel?**		
2570	,,	17. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	249	111
2571	,,	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	249	111
2572	,,	20. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	251	112
2573	,,	21. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	255	112
2574	,,	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	257	112
		21. ,,	Anlage. Englischer Premierminister Lord Salisbury an Botschafter Sir Frank Lascelles	258	112, 256
2575	Petersburg	24. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	258	113
2576	Wien	26. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	259	113

11. Band

Die Krügerdepesche und das europäische Bündnissystem 1896

			63. Kapitel	Bd. 11	
		1895	**Die Krüger-Depesche und ihre Rückwirkungen auf das Deutsch-Englische Verhältnis 1896**		
2577	Berlin	1. Febr.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	3	117
2578	,,	15. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	5	117

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 11	
2579	Neues Palais	25. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	8	118
2580	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	12	118
2581	Berlin	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	12	118
2582	London	1. Nov.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	13	118
2583	„	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	14	119
2584	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	14	119
2585	Pretoria	24. Dez.	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	15	119
2586	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	15	119
2587	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff	16	119
2588	Pretoria	30. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	16	119
2589	Berlin	31. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	17	119
2590	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff	19	119
2591	„	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	19	119
2592	Pretoria	31. „	Die Deutschen in Pretoria an Kaiser Wilhelm II.	20	119
2593	„	31. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	21	119
		1896			
2594	Berlin	1. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	21	119
		1895			
	London	31. Dez.	Anlage. Englischer Premierminister Marquess of Salisbury an Botschafter Sir Frank Lascelles	23	119, 256
		1896			
2595	„	1. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	23	119
2596	„	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	24	119
2597	„	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	24	119
2598	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	25	119
2599	„	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	26	119

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2600	Berlin	2. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	27	119
2601	,,	2. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	27	119
2602	London	2. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	28	119
2603	Berlin	2. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	28	119
2604	Pretoria	1. ,,	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	29	119
2605	London	3. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	29	119
2606	,,	3. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	29	119
2607	Berlin	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	30	119
2608	,,	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	30	119
2609	,,	3. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff	31	119
2610	,,	3. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Präsident Krüger .	31	119
2611	London	3. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	32	120
2612	Berlin	4. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	33	120
2613	London	4. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	33	120
2614	Pretoria	4. ,,	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	34	120
2615	Berlin	5. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Konsul v. Herff	35	120
2616	Pretoria	6. ,,	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	36	120
2617	Neues Palais	6. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	36	120
2618	Berlin	7. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	37	120
2619	,,	6. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	39	120
2620	London	7. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	40	120
2621	Berlin	8. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	41	120
2622	Petersburg	6. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	42	120
2623	Zarskoë Selo	6. ,,	Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.	43	120, 257

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2624	Petersburg	8. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	44	120
2625	London	8. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	44	120
2626	Berlin	9. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf zu Eulenburg	45	120
2627	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	46	120
2628	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	47	120
2629	„	10. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	48	120
2630	Pretoria	9. „	Konsul v. Herff an Auswärtiges Amt . .	49	120
2631	London	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	49	120
2632	„	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	50	120
2633	Berlin	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	51	120
2634	„	11. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	52	120
2635	London	17. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	52	120
2636	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein	53	120
2637	Berlin	20. Febr.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	56	120
2638	„	22. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	59	120
2639	London	15. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	61	120
			64. Kapitel		
			Kontinentalliga gegen England? 1896		
		1895			
2640	Berlin	30. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	67	121
		1896			
2641	„	1. Jan.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	69	121
2642	Rom	3. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	72	122
2643	Berlin	3. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter v. Bülow	73	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2644	Berlin	3. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	74	122
2645	Meran	8. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	75	122
2646	Berlin	15. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	75	122
2647	Rom	15. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	76	122
2648	Berlin	15. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter v. Bülow	76	122
2649	Rom	15. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	77	122
2650	Paris	16. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	80	122
2651	Berlin	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	82	122
2652	Petersburg	23. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	84	123
2653	Berlin	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	84	123
2654	Petersburg	23. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	84	123
2655	Berlin	23. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	86	123
2656	Rom	23. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	88	123
2657	,,	5. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	89	123, 257
2658	,,	18. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	89	123
			65. Kapitel		
			Englands Absage an die Entente à trois		
2659	London	22. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	95	124
2660	Berlin	23. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	95	124
2661	,,	25. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	96	124
2662	Rom	27. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	97	125
2663	London	3. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	99	125

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2664	London	8. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	99	125
2665	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	102	125
2666	Rom	18. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	103	125
2667	Berlin	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	104	125
2668	London	24. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	104	125
2669	Wien	24. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	105	125
			66. Kapitel		
			Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen		
		1896			
2670	Wien	31. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II.	109	125
2671	Berlin	2. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	112	126
2672	„	5. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	114	127
2673	Wien	1. März	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	115	127
	„	29. Febr.	Anlage. Aufzeichnung des ersten Sekretärs der Botschaft Prinz v. Lichnowsky	116	127
2674	Berlin	2. März	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	119	127
2675	„	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	120	127
2676	„	5. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	122	127
2677	„	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	125	127
2678	Wien	6. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	126	128
2679	„	8. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	129	128
2680	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	130	128

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			67. Kapitel	Bd. 11	
		1896	**Die Ägyptische Frage und die Mächte. Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern**		
2681	Berlin	18. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	135	128
2682	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	135	128
2683	Berlin	21. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	136	129
2684	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	137	129
2685	London	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	137	129
2686	Pera	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	138	129
2687	Berlin	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	139	129
2688	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	139	129
2689	„	24. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	140	129
2690	Wien	25. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	143	129
2691	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	145	129
2692	„	3. März	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	146	129
2693	London	4. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	147	130
2694	„	5. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	147	130
2695	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	150	130
2696	Paris	13. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	151	130
2697	Kairo	15. „	Generalkonsul in Kairo Graf Metternich an Auswärtiges Amt	151	130
2698	—	15. „	Lord Salisbury an Botschafter Sir F. Lascelles	152	130, 257
2699	London	15. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	153	131
2700	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	155	130

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2701	Rom	18. März	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	155	130
2702	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	156	130
2703	Paris	18. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	156	131
2704	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	157	131
2705	Berlin	19. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	157	130
2706	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	158	131, 258
2707	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	161	131
2708	„	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	162	131
2709	Kairo	12. „	Generalkonsul Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	163	131
2710	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	165	131
2711	Rom	21. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	166	130
2712	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	166	130
2713	Petersburg	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	167	130
2714	London	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	168	130
2715	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	169	131
2716	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	170	130
2717	London	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	170	130
2718	„	25. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	171	131
2719	„	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	172	130
2720	Kairo	26. „	Generalkonsul Graf Metternich an Auswärtiges Amt	173	130
2721	Paris	31. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	174	131
2722	„	1. April	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	175	131
2723	Berlin	2. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	176	131

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2724	Wien	1. April	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	177	131
2725	Pera	3. "	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	178	131
2726	Berlin	4. "	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	179	131
2727	Pera	7. "	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	179	131
2728	Berlin	7. "	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	180	131
2729	"	14. "	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	181	131
2730	Paris	25. "	Botschafter Graf Münster an den Vortragenden Rat v. Holstein	181	131
2731	Wien	30. "	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	182	131
2732	Petersburg	5. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	184	131
2733	Berlin	8. "	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	184	131
2734	"	15. "	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	185	132
	Petersburg	15. "	Anlage. Fürst Lobanow an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken	187	132, 258
2735	Berlin	20. "	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	188	132
			Anlage. Aide-mémoire	190	132, 259
2736	Pera	20. "	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	190	132
2737	London	21. "	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	191	132
2738	"	21. "	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	193	132
2739	"	22. "	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	195	132
2740	Rom	22. "	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	198	132
2741	Berlin	24. "	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	200	132
2742	London	24. "	Botschafter Graf Hatzfeldt an den Vortragenden Rat v. Holstein	201	132
2743	Kairo	28. "	Generalkonsul Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	204	133
2744	London	18. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	205	133

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2745	London	15. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	207	133
2746	Paris	22. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	208	133
2747	Wien	28. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	209	133
			68. Kapitel		
		1895	**Italiens Afrika-Nöte und die Mächte**		
2748	Rom	9. Dez.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	213	133
2749	Berlin	13. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	214	133
2750	London	13. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	215	133
2751	,,	15. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	216	133
2752	,,	17. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	216	133
2753	,,	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	217	133
2754	Berlin	20. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Münster	218	133
2755	Rom	21. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	219	133
2756	,,	24. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	220	133
2757	London	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	221	133
2758	Berlin	25. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	222	133
2759	,,	28. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	223	133
		1896			
2760	London	8. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	223	133
2761	Rom	21. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	224	133
2762	,,	23. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	224	134
2763	,,	30. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	225	134
2764	,,	9. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	228	134

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2787	Rom	13. Mai	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	250	136
2788	„	20. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	253	136
2789	Berlin	21. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	254	136
2790	„	5. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	254	136
2791	Rom	23. Aug.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	255	136
2792	„	11. Sept.	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	258	136
2793	„	23. Okt.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	260	136
2794	„	3. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	261	136
2795	„	16. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	263	137
			69. Kapitel **Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrages 1896** Anhänge: **A. Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis** **B. Verlängerung des Rumänischen Vertrages** **C. Sturdzas Berliner Mission**		
		1895			
2796	Berlin	9. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	267	137
2797	„	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	268	137
		1896			
2798	Rom	29. Jan.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	268	137
2799	Berlin	4. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	270	137
2800	„	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	271	137
2801	„	30. März	Italienischer Botschafter Graf Lanza an Staatssekretär Frhr. v. Marschall . . .	272	137, 259
2802	„	31. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	273	138
2803	Rom	2. April	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	275	138

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2804	Rom	3. April	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	276	138
2805	Wien	5. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	277	138
2806	Berlin	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky	278	138
2807	„	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	278	138
	—	—	Anlage 1. Italienischer Minister Herzog von Sermoneta an den italienischen Botschafter Graf Lanza	279	138, 260
	Berlin	29. „	Anlage 2. Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den italienischen Botschafter Graf Lanza	280	138, 260
2808	Rom	12. Mai	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	281	138
2809	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter B. v. Bülow	282	138
2810	„	2. Juli	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter B. v. Bülow	282	138
2811	Rom	3. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	283	138
2812	„	22. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	285	139
2813	„	26. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	285	139
		1897			
2814	„	19. Juli	Geschäftsträger Graf Pückler an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	286	139
			Anhang A: **Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896**		
		1895			
2815	„	29. Okt.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	287	139
		1896			
2816	„	9. Febr.	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	288	139
2817	„	1. „	Italienischer Minister Baron Blanc an den italienischen Botschafter Graf Tornielli	289	139
2818	London	14. März	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	291	139
2819	Rom	17. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	293	139
2820	„	21. Juli	Desgl.	294	139
2821	„	22. „	Desgl.	296	139

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2856	Wien	29. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	353	144
2857	Petersburg	1. Sept.	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	354	144
2858	Breslau	7. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	357	144
2859	Kiel	8. ,,	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	359	144, 261
2860	Görlitz	8. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	359	144, 262
2861	,,	9. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	360	144
2862	Berlin	10. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	361	145
2863	,,	30. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	363	145
2864	Paris	3. Okt.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	363	145
2865	Wien	8. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	366	145
2866	Paris	9. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	367	145
2867	,,	10. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	368	145
2868	Wiesbaden	20. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	369	145
2869	Paris	22. ,,	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	370	146
2870	Petersburg	22. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	372	146
2871	Wien	23. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	373	146
2872	Berlin	28. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	375	146
2873	Petersburg	29. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	375	146
2874	Paris	30. ,,	Bericht des Militärattachés Oberstleutnant v. Schwartzkoppen	376	146
2875	Petersburg	28. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	380	146
2876	Berlin	2. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	381	146
2877	Wien	4. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	381	147
2878	Petersburg	5. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	383	147
2879	Berlin	11. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Fürst Radolin	383	147

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 11	
2880	Petersburg	26. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	384	147
2881	Berlin	24. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	385	147
2882	Petersburg	15. Dez.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	386	147

12. Band
Alte und neue Balkanhändel 1896—1899
Erste Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
			72. Kapitel	Bd. 12, 1	
		1896	**Ein Vorspiel der Reformfrage 1896**		
2883	Petersburg	16. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	3	151
2884	Berlin	19. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	4	151
2885	,,	22. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	4	151
2886	,,	4. Febr.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	6	151
2887	Petersburg	23. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	7	151
2888	London	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	8	151
2889	Wien	30. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	9	151
2890	Petersburg	6. Febr.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	11	151
			73. Kapitel		
			Die Armenische Frage und die Mächte 1896		
2891	Pera	28. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	15	151
2892	Berlin	28. Juni	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	17	151
2893	Therapia	29. Juli	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	17	152
2894	,,	26. Aug.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	18	152

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 12, 1	
2895	Berlin	27. Aug.	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	19	152
2896	Therapia	27. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	19	152
2897	„	27. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	19	152
2898	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	20	152
2899	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	20	152
2900	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	21	152
2901	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	21	152, 262
2902	Therapia	30. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	22	152
2903	„	1. Sept.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	23	152
2904	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	24	152
2905	„	1. Okt.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	26	152
2906	„	7. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	28	152
2907	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	30	152
	Konstantinopel	19. „	Anlage. Türkischer Marschall Kamphövener Pascha an Botschafter Frhr. v. Saurma	30	152
2908	Therapia	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	37	152
2909	„	19. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	39	152
2910	Pera	10. Dez.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	39	153
2911	„	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	40	153
2912	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	41	153
		1897			
2913	„	3. Jan.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	42	153
			Anlage	42	153, 263

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 12, 1	
			74. Kapitel **Die Meerengenfrage und die Mächte 1896—1897**		
		1896			
2914	Berlin	22. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	47	153
2915	Wien	30. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	49	153
2916	Paris	25. April	Botschafter Graf Münster an den Vortragenden Rat v. Holstein	50	154
2917	London	8. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	51	154
2918	Neues Palais	27. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Frhr. v. Marschall	52	154
2919	Berlin	29. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	55	154
2920	,,	31. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	55	154
2921	Wien	28. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	55	154
2922	,,	1. Sept.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	58	154
2923	Breslau	4. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	60	154
2924	Arnsdorf	4. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Auswärtiges Amt	61	154
2925	Wien	14. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	62	154
2826	Therapia	20. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	63	155
2927	Wien	21. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	64	155
2928	Therapia	25. ,,	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	64	155
2929	London	10. Dez.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	65	155
2930	Petersburg	27. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	67	155
		1897			
2931	London	12. Jan.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	69	155
2932	Berlin	15. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	71	155
2933	,,	16. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	72	155

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 12, 1	
2934	Berlin	22. Jan.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	74	155
2935	London	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	76	155
2936	Wien	29. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	76	155
2937	London	4. Febr.	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	78	155
2938	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	78	155
2939	Petersburg	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	81	155
2940	„	10. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	81	155
2941	„	4. April	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	82	155
2942	Paris	20. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	83	155
			75. Kapitel		
			Das Ende der Bulgarischen Frage Der Dreibund und die Anerkennung Fürst Ferdinands 1896		
		1895			
2943	Neuershausen	11. Aug.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	91	155
		1896			
2944	Petersburg	6. Febr.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	94	156
2945	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	95	156
2946	Wien	7. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	96	156
2947	Rom	7. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	96	156
2948	Wien	7. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	97	156
2949	Berlin	11. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	99	156
		1880			
	Friedrichsruh	3. Okt.	Anlage 1. Reichskanzler Fürst Bismarck an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	102	156
		1882			
	Berlin	4. Mai	Anlage 2. Botschafter Graf v. Hatzfeldt an Botschafter Prinz Heinrich VII. Reuß	103	156

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 12, 1	
2950	Berlin	12. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	104	156
2951	Wien	12. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	104	156
2952	„	13. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	105	156
2953	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Kaiser Wilhelm II.	106	156
2954	„	16. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	107	156
2955	„	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	107	156
2956	„	3. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	109	156
2957	Wien	14. Aug.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	112	157
		1897			
2958	Sofia	27. Juli	Verweser des Generalkonsulats Haering an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	113	157
2959	„	24. Aug.	Generalkonsul v. Voigts-Rhetz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	114	157
		1898			
2960	Berlin	29. Juli	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	115	157
			76. Kapitel		
			Die Mazedonische Gefahr 1896		
		1895			
2961	Pera	23. Mai	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmarck an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	121	157
2962	Therapia	17. Juni	Geschäftsträger Graf Henckel v. Donnersmarck an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	122	157
2963	Berlin	30. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Generalkonsul v. Voigts-Rhetz	123	157
2964	„	30. „	Unterstaatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma	124	157
2965	„	1. Juli	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	124	158
2966	Therapia	2. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	126	158
2967	Wien	10. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	127	158
2968	Therapia	3. Aug.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	128	158

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1895		Bd. 12, 1	
2969	Wien	8. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe	129	158
2970	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	129	158
		1896			
2971	Petersburg	16. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	130	158
2972	Wien	23. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	131	158
2973	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	132	158
2974	Wien	28. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	132	158
2975	„	5. Febr.	Botschafter Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe	133	158
2976	Pera	8. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	134	158
2977	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	134	158
2978	„	18. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	135	158
2979	Therapia	20. Aug.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	135	159
2980	Sofia	25. „	Generalkonsul v. Voigts-Rhetz an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	136	159
		1897			
2981	Berlin	21. Jan.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	138	159
2982	Wien	9. Febr.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	138	159
2983	Pera	3. März	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	139	159
2984	Berlin	4. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	141	159
2985	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	142	159
2986	Berlin	20. April	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	142	159
2987	„	22. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf zu Eulenburg	145	159
2988	Sofia	23. „	Generalkonsul v. Voigts-Rhetz an Auswärtiges Amt	146	160
2989	Berlin	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	147	160

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd 12, 1	
2990	Pera	28. April	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	148	160
2991	„	3. Nov.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	149	160
			77. Kapitel		
			Die Kretensischen Wirren und die Mächte 1896		
		1896			
2992	Berlin	6. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an den Gesandten Frhr. v. Plessen	153	160
2993	Athen	13. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	154	160
2994	London	26. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	155	160
2995	„	29. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	155	160
2996	Berlin	30. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	156	160
2997	Pera	3. Juni	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	156	160
2998	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	157	160
2999	„	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	157	160
3000	Therapia	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	157	160
3001	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	158	160
3002	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	158	160
3003	Therapia	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	159	160
3004	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	159	160
3005	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	160	160
3006	Athen	18. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	161	160
3007	Paris	19. „	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	161	160
3008	Therapia	20. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	161	160
3009	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	162	160

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 12, 1	
3010	Berlin	21. Juni	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	162	160
3011	Therapia	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	163	160
3012	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	163	160
3013	Berlin	27. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	164	160
3014	Therapia	24. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	164	160
3015	„	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	165	160
3016	„	29. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	165	160
3017	„	1. Juli	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	166	160
3018	Berlin	2. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Fürst Radolin	166	160
3019	London	30. Juni	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	167	160
3020	Therapia	2. Juli	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	170	160
3021	London	1. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	170	160
3022	Therapia	3. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	171	160
3023	Petersburg	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	172	160
3024	Berlin	4. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten Frhr. v. Plessen	173	160
3025	Petersburg	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	174	160
3026	London	6. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	175	160
3027	Athen	7. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	175	160
3028	London	7. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	177	160
3029	Berlin	6. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Fürst Radolin	177	160
3030	„	17. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Rat Gesandten v. Kiderlen	178	160

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 12, 1	
3031	London	16. Juli	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	178	160
3032	,,	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	180	160
3033	Alt-Aussee	21. ,,	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe	181	160
3034	Berlin	25. ,,	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	181	160
3035	,,	27. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Rat Gesandten v. Kiderlen	183	160
3036	London	25. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	184	160
3037	Bergen	28. ,,	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	187	160
3038	Berlin	28. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Geschäftsträger v. Tschirschky	187	160
3039	,,	28. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Rat Gesandten v. Kiderlen	188	160
3040	London	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	189	161
3041	,,	29. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	190	161
3042	Wien	30. ,,	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Auswärtiges Amt	191	161
3043	Wilhelmshöhe	1. Aug.	Aufzeichnung des Gesandten v. Kiderlen	192	161
3044	Berlin	1. ,,	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	192	161
3045	,,	4. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Plessen	193	161
3046	London	4. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	193	161
3047	Berlin	5. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Graf Hatzfeldt	194	161
3048	,,	6. ,,	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	195	161
3049	Ischl	6. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	196	161
3050	Berlin	5. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen	197	161
3051	Wilhelmshöhe	6. ,,	Aufzeichnung des Gesandten v. Kiderlen	198	161
3052	Wien	10. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	198	161
3053	Berlin	11. ,,	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an den Gesandten v. Kiderlen	199	161

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 12,1	
3054	Wilhelmshöhe	12. Aug.	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	200	161
3055	London	12. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	200	161
3056	Berlin	12. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	201	161
3057	Therapia	10. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	202	161
3058	Wien	13. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	203	161
3059	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	204	161
3060	Therapia	21. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	205	161
3061	„	22. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	205	161
			Anlage	205	161, 263
3062	London	27. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	207	161
3063	Therapia	5. Sept.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	207	161
			78. Kapitel		
			Das Europäische Konzert und die Reformfrage. Die Konstantinopeler Botschafterkonferenzen 1896—1897		
		1896			
3064	London	15. Okt.	Geschäftsträger Prinz v. Hohenlohe-Oehringen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	211	162
3065	Berlin	15. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger Graf Pückler	212	162
	Rom	9. „	Anlage. Italienischer Minister Marquis Visconti Venosta an Botschafter Graf Lanza	213	162, 264
3066	„	23. „	Botschafter B. v. Bülow an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	215	162
3067	Wien	24. „	Geschäftsträger Prinz v. Lichnowsky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	216	162
3068	London	28. „	Geschäftsträger Prinz v. Hohenlohe-Oehringen an Auswärtiges Amt	218	162
3069	Petersburg	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	218	162
3070	Rom	2. Nov.	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	219	162

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1896		Bd. 12, 1	
3071	Neues Palais	12. Nov.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	220	162
3072	Petersburg	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	222	162
3073	Kairo	25. „	Generalkonsul Gesandter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	222	162
3074	Wien	3. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	230	163
3075	Petersburg	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	231	163
3076	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	232	163
3077	London	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	232	163
3078	„	9. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	233	163
3079	„	10. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	234	163
3080	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	235	163
	„	10. „	Nachschrift	237	163
3081	Wien	12. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	237	163
3082	Paris	12. „	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	238	163
3083	Petersburg	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	239	163
3084	London	18. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	239	163
3085	„	21. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	241	163
3086	„	22. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	241	163
3087	Pera	25. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	243	163
3088	„	24. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	244	163
3089	Wien	27. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	246	163
3090	Petersburg	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	248	163
3091	Pera	28. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	249	163
3092	„	29. „	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	250	163

12. Band
Zweite Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 12, 2	
3152	Berlin	15. Febr.	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	326	169
3153	Wien	15. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	328	169
3154	Berlin	17. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	329	169
3155	,,	16. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	330	169
3156	London	17. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	331	169
3157	,,	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	333	169
3158	,,	18. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	334	169
3159	Berlin	18. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	334	169
3160	Rom	17. ,,	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	335	169
3161	Paris	18. ,,	Botschafter Graf Münster an Auswärtiges Amt	336	169
3162	Berlin	18. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Münster	337	169
3163	,,	19. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	338	169
3164	,,	19. ,,	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Hatzfeldt	340	169
3165	Petersburg	21. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	342	169
3166	Berlin	21. ,,	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	342	169
3167	,,	21. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf zu Eulenburg	345	169
3168	,,	22. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	346	169
3169	Hubertusstock	23. ,,	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	348	170
3170	Berlin	23. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	349	170
3171	,,	23. ,,	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Münster	350	170
3172	London	23. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	351	170
3173	Berlin	24. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Botschafter Graf Hatzfeldt	353	170
3174	,,	24. ,,	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen	354	170

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 12, 2	
3218	Petersburg	3. April	Russischer Minister Graf Murawiew an Botschafter Graf v. der Osten-Sacken . .	397	170, 268
3219	London	11. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	398	170
3220	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	401	170
3221	Wien	14. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	403	170
3222	London	14. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	404	170
3223	Berlin	16. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Graf Hatzfeldt	407	170
3224	„	17. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall	408	170
3225	„	19. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	409	170
3226	„	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Botschafter Frhr. v. Saurma	411	171
3227	„	1. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Marschall an Geschäftsträger v. Tschirschky	412	171, 268
3228	Petersburg	1. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	412	171
3229	Berlin	3. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen	415	171
3230	Athen	6. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	416	171, 269
3231	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	417	171
3232	Athen	9. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	418	171
3233	Urville	9. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	418	171
3234	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Geschäftsträger v. Tschirschky	419	171
3235	Athen	10. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	421	171, 269
3236	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an den Gesandten Frhr. v. Plessen	421	171
3237	Athen	12. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	422	172
3238	Urville	12. „	Gesandter v. Kiderlen an Auswärtiges Amt	422	172
3239	Berlin	12. Juni	Reichskanzler Fürst Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.	423	172

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1897		Bd. 12, 2	
3240	Berlin	4. Juli	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Frhr. v. Rotenhan	425	172
3241	„	4. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma	425	172
3242	Semmering	8. „	Botschafter B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	426	172
3243	Berlin	12. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma	426	172, 269
3244	„	12. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Frhr. v. Saurma	427	172
3245	„	13. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	428	172
3246	„	14. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Rotenhan an Botschafter Frhr. v. Saurma	429	172
3247	Petersburg*	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	430	172
3248	Berlin	16. Aug.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm v. Schwarzenstein	430	172
3249	Petersburg	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	432	172
3250	Berlin	20. „	Stellvertretender Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	433	172
3251	Petersburg	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	435	172
3252	Berlin	31. „	Stellvertretender Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	436	172
3253	Budapest	20. Sept.	Stellvertretender Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	438	172
			81. Kapitel		
			Die Kretafrage 1898. Dissonanzen im Europäischen Konzert		
		1897			
3254	Pera	25. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	441	173
3255	Berlin	25. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	447	173
3256	Petersburg	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	448	173
3257	„	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	449	173

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 12, 2	
3258	Wien	1. Jan.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	450	173
3259	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs B. v. Bülow	451	173
3260	Wien	2. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	452	173
3261	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	453	173
3262	Athen	12. „	Gesandter Frhr. v. Plessen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	455	173
3263	London	13. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	457	173
3264	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	458	173
3265	„	18. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf zu Eulenburg	461	173
3266	Pera	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	465	173
3267	Berlin	17. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	466	173
3268	Pera	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	469	173
3269	London	19. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	471	173
3270	Berlin	20. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	472	173
3271	London	20. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	472	173
3272	Pera	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	473	173
3273	„	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	474	173
3274	Berlin	31. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	475	173
3275	„	2. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Graf Hatzfeldt	476	173
3276	London	2. „	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	476	173
3277	Pera	8. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	477	173
3278	Petersburg	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	477	173
3279	Pera	9. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	478	173

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 12, 2	
3280	Berlin	10. Febr.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	478	173
3281	,,	10. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	479	173
3282	,,	12. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Saurma	480	173
3283	Wien	14. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Auswärtiges Amt	481	173
3284	London	16. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	482	173
3285	Petersburg	16. ,,	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	482	173
3286	Pera	20. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	484	173
3287	,,	26. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	486	173
3288	London	28. ,,	Botschafter Graf Hatzfeldt an Auswärtiges Amt	489	173
3289	Petersburg	13. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	489	173
3290	Berlin	15. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Fürst Radolin	491	173
3291	Pera	15. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	493	173
3292	Berlin	15. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	494	173
3293	Athen	23. ,,	Gesandter Frhr. v. Plessen an Auswärtiges Amt	494	173
3294	Wien	24. ,,	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	495	173
3295	Berlin	21. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	496	173
3296	,,	21. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	497	173
3297	Therapia	13. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	498	173
3298	,,	14. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	501	174
3299	Rom	15. ,,	Geschäftsträger Graf Pückler an Auswärtiges Amt	502	174
3300	Berlin	17. ,,	Stellvertretender Staatssekretär v. Derenthall an Botschafter Graf zu Eulenburg	502	174
3301	Semmering	18. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	503	174

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 12, 2	
3302	Berlin	20. Sept.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Derenthall	504	174
3303	Petersburg	2. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	504	174
3304	„	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	505	174
3305	Therapia	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	508	174
3306	Berlin	2. Nov.	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	508	174
3307	Jerusalem	3. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	509	174
3308	Rom	28. Okt.	Botschafter Frhr. v. Saurma an Auswärtiges Amt	510	174
3309	Pera	28. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	510	174
			82. Kapitel **Die Mazedonische Reformfrage 1898—1899**		
		1898			
3310	Sofia	22. März	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	515	175
3311	Pera	12. Dez.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	516	175
3312	Berlin	30. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	520	175
		1899			
3313	Pera	1. Jan.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	522	175
3314	Wien	5. „	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	522	175
3315	Pera	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	523	175
3316	„	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	524	175
3317	„	16. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	526	175
3318	Berlin	16. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Geschäftsträger v. Tschirschky	527	175
3319	Petersburg	17. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	528	175
3320	Pera	18. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	529	175

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1899		Bd. 12, 2	
3321	Sofia	19. Jan.	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	529	175
3322	Berlin	19. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	530	175
3323	Pera	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	532	175
3324	Berlin	21. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	533	175
3325	Pera	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	533	175
3326	„	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	534	175
3327	„	3. Febr.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	536	175
3328	Petersburg	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	537	175
3329	Belgrad	16. „	Gesandter Frhr. v. Waecker-Gotter an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	538	175
3330	Pera	21. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	540	175
3331	„	4. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	541	175
3332	Petersburg	13. „	Geschäftsträger v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	541	175
3333	Pera	26. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	543	175
3334	Therapia	26. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	544	175
3335	Sofia	26. Juli	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	548	175
3336	Berlin	31. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul v. Reichenau	549	175
3337	Sofia	25. Okt.	Generalkonsul v. Reichenau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	550	175
			83. Kapitel		
			Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899		
		1897			
3338	Pera	20. Nov.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	557	176
		1898			
3339	„	5. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	559	176

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 12, 2	
3340	Pera	24. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	562	176
3341	Neuershausen	6. Aug.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	566	177
3342	Therapia	4. „	Geschäftsträger v. Schlözer an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	571	177
3343	Berlin	9. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	572	177
3344	Semmering	13. „	Staatssekretär B. v. Bülow an den Stellvertretenden Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	575	177
3345	London	12. Okt.	Geschäftsträger Graf zu Kastell-Rüdenhausen an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	575	178
3346	Pera	11. Nov.	Geschäftsträger v. Schlözer an Auswärtiges Amt	577	178
3347	Malta	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Generalkonsul v. Müller	578	178
		1899			
3348	Therapia	14. Sept.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	580	178
3349	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	581	178
3350	Wien	2. Dez.	Botschafter Graf zu Eulenburg an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	584	178
			Anhang: **Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Protektoratsfrage 1898—1899**		
		1898			
3351	Berlin	10. Jan.	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	589	178
3352	„	22. Febr.	Preußischer Staatsminister B. v. Bülow an den Gesandten O. v. Bülow	590	178
3353	„	23. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	591	178
3354	Pera	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	591	178
3355	Berlin	24. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	592	178
3356	Pera	24. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an den Vortragenden Rat Mumm v. Schwarzenstein	593	178
3357	„	25. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	594	178

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 12, 2	
3358	Pera	4. März	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	598	179
3359	,,	30. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	598	179
3360	Berlin	15. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	602	179
3361	Pera	16. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	603	179
3362	,,	18. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	604	179
3363	Berlin	19. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	605	179
3364	Pera	8. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	606	179
3365	,,	20. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	606	179
3366	Berlin	23. April	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter Frhr. v. Marschall	607	179
3367	Pera	28. Mai	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	608	179
3368	Berlin	4. Juni	Staatssekretär B. v. Bülow an Kaiser Wilhelm II.	610	179
3369	,,	23. Juli	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Schlözer	611	179
3370	Paris	7. Sept.	Geschäftsträger v. Below-Schlatau an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	612	179
3371	Rom	9. ,,	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe	614	179
3372	Therapia	11. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	616	179
3373	,,	11. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	616	179
3374	Berlin	12. ,,	Stellvertretender Staatssekretär v. Derenthall an Botschafter Frhr. v. Marschall	617	179
3375	Semmering	18. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	618	179
3376	Therapia	2. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	619	179
3377	Berlin	5. ,,	Staatssekretär B. v. Bülow an Botschafter schafter Frhr. v. Marschall	620	179
3378	Therapia	8. ,,	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	620	179
3379	Berlin	9. ,,	Staatsminister B. v. Bülow an den Geschäftsträger v. Below-Rutzau	621	179

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1898		Bd. 12, 2	
3380	Pera	13. Okt.	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	621	179
3381	Kephalonia	15. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	622	179
3382	Rom	14. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	622	179
3383	„	15. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	624	179
3384	„	16. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	625	179
3385	Konstantinopel	19. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	625	179
3386	Rom	21. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	626	179
3387	Paris	4. Nov.	Botschafter Graf Münster an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	627	179
3388	Beirut	6. „	Staatssekretär B. v. Bülow an Auswärtiges Amt	628	179
3389	Berlin	7. „	Stellvertretender Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Staatssekretär B. v. Bülow	628	179
3390	Rom	8. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe	629	179
3391	„	25. „	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe	631	179
3392	Pera	29. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Reichskanzler Fürst Hohenlohe	631	179
3393	Rom	22. Dez.	Geschäftsträger v. Below-Rutzau an Fürst Hohenlohe	635	179
3394	„	27. „	Gesandter Frhr. v. Rotenhan an Auswärtiges Amt	637	179
		1899			
3395	„	12. Juli	Gesandter Frhr. v. Rotenhan an Fürst Hohenlohe	637	179

Synchronistische Zusammenstellung der in den Bänden 1—6 des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke

Nachtrag

zum „Wegweiser“, Band 1

Dokumente der Bände 1—6 in geschichtlicher Folge

Datum des Schriftstückes	Band I	Band II
1870*		
9. Sept. bis 28. Nov.		215—225
1871		
26. Februar	1	
14. März		226
8. April bis 30. Dez.	2—63	
1872		
13. Januar	64	
15. „	65	
31. „	66	
16. April	67	
17. „	120	
6. bis 26. Mai	68—78	
1. bis 29. Juni	79—88	
16., 20., 29. Juli	121—123	
15. August	89	
10., 11. September	124, 125	
3., 14. Oktober	90, 91	
23. November	92	
3., 10. 20. Dez.	93—95	
1873		
2. bis 7. Februar	96—99	
10. Februar	126	
17. Februar bis 15. März	100—113	
6. Mai	127	
2., 10., 19., 25. Juni	114, 115, 116, 128	
3. September	131	
4. „	117	

Datum des Schriftstückes	Band I	Band II
1873		
12. Sept.	132	
15. „	118	
20. „	133	
22. „	119	
29. „	134	
10., 17. Oktober	135, 136	
22. „	129	
30. „	137	
10., 13., 20. Nov.	138, 139, 140	
8. Dezember	130	
31. „	141	
1874		
6. Jan. bis 31. Dez.	142—154	
1875		
10. Januar	194	
28. Febr. bis 28. Juli	155—191	
28. Dezember	195	
1876		
4. Januar		227
10., 17. März	192, 193	
21. April	197	
22. „	196	
14. Aug. bis 23. Okt.		228—251
1. November	198	
1. Nov. bis 14. Nov.		252—259
15. November	199	
16. bis 29. Nov.		260—264
9. Dezember	200	

* Für die Jahre 1870 bis 1884 einschließlich ist die Zusammenfassung größerer Gruppen von Schriftstücken möglich, da die Kapitel sich zeitlich aneinander anschließen.

Datum des Schriftstückes	Band I	Band II
1876		
18. Dezember		267
20. "		268
30. "		265
1877		
6. bis 14. Januar		269—271
15. Januar		266
17. bis 25. Januar		272—274
27. Januar	201	
4. Februar		275
6. "	202	
3. März	203	
4. bis 8. März		276—279
12. März	204	
13. März bis 28. April		280—292
8. bis 26. Mai	205—210	
6. Juni		293
15. "	211	294
28. "		295
29. "	212	
2. Juli	213	
10. "		296
31. "		297
21. Oktober	214	
25. November		298
15. Dezember		299

Datum des Schriftstückes	Band II	Band III
1878		
3. bis 20. Januar	300—302	
26. Januar.		650
28. Jan. bis 4. März	303—333	
4. März		651
5. "		652
6. "	334	
7. "		653
8. März bis 22. Juli	335—433	
28. August		654

Datum des Schriftstückes	Band II	Band III	Band IV
1879			
2. bis 6. Januar		655—658	
11. April bis 27. Juli	434—439		
8. bis 15. August		440—446	
15. August		514	
24. August bis 10. September		447—466	
10. September		659	
12. bis 14. Sept.		467—470	
14. September			709
15. bis 16. Sept.		471—477	
16. September			710
17. September		478	
18. September		479	711
19. bis 26. Sept.		480—486	
27. September			712
28. Sept. bis 8. Okt.		487—504	
8. Oktober			713
10. "		505	
14. "			714
17. "		506	715
18. Okt. bis 14. Nov.		507—512	
21. November		660	
23. "		661	

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
1880		
29. Januar	513	
3. bis 6. Februar	515—518	
8. April	662	
9. "	663	
30. "		716

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
1880		
6. Mai	664	
12. „		717
27. „	665	
10. Juni	666	
27. „		718
4. August	519	
17. Oktober	533	
2. November	534	
7. „		719
8. „	535	
14. „		720
18. Dezember	520	
22. „	521	
25. „	522	
1881		
14. Januar	523	
16. „	(524)	
17. „	524	
20. „		721
1. Februar	525	
8. „		722
15. März	526, 527	
2. Mai	528, 529	
13. „	536	
17. „	530	
19. „	537	
26. „	667	
15. Juni	531	
18. „	532	
16. Juli	668	
15. November	669	
16. „	670	
16. Dezember	538	
21. „	539	
22. „	671	
23. „	540	
26. „		723
31. „	541	
1882		
7. Januar	542	724
15. „		725

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
1882		
19. Januar	543	
29. „	544	
31. „	545	
14. Feb. bis 22. Mai	546—572	
4. September		726
7. „		727, 728
		729
13. „		730
16. „	672	
22. Oktober		731
31. „		732
2. November		733
4. „		734
24. „	673	
30. Dezember	573	
1883		
14. Januar		735
22. „	674	
5. Februar	600	
6. „	599	
10. Feb. bis 6. März	574—580	
9. März	601	
11. u. 22. März	581, 582	
30. März	602	
29. April	603	
28. Juni	604	
19. u. 21. Aug.	583, 584	
25. August	605	
6. September	675	
8. „	585, 606	
11. u. 12. Sept.	607, 608	
15. September	586, 609	
18. „	610	
26. September bis 30. Oktober	587—598	
16. November	611	
18. „	676	
19. „	612	
6. Dezember	677	
20. „	613	
28. „	614	

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
1884		
21. Jan. bis 27. März	615—630	
4. April		736
6. „	678	
8. „	(678)	
29. „		737
5. bis 11. Mai		738—740
20. bis 22. „	631—633	
24. Mai	634	742
25. „		741
1. bis 17. Juni		743—746
17. Juni	637	
19. „	635	
22. „		747
26. „	679	
29. „	638	
2. Juli	639	
9. „		748
21. „	640	
5. August	641	
7. „	642, 680	
11. „	681	

Datum des Schriftstückes	Band III	Band IV
1884		
12. August		749
14. bis 17. August	682—685	
20. August		751
21. „	643	
23. „	686	750
25. „	687	
30. „	688	752
5. September	644	
7. „	689	
17. „	690	
19. „	645, 646	
22. „	691	
23. „	647	
24. „	692	753
29. „	648	
1. Oktober		754
3. „	649	
5. „	693	755
6. „	694	
7. „	695	
5. Dezember		756

Datum	Band III	Band IV	Band V
1885			
4. Jan.	696		
24. „	697	757	
25. „		758	
27. „	698		
3. Febr.		759	
7. März		760	
15. „		761, 762	
30. „	699		
31. „	700		
3. April	701		
8. „		763	
9. „		764, 765	

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1885			
13. April		766, 767	
14. „		(767), 768	
15. „		769	
23. „		770	
24. „		771	
28. „		772	
1. Mai		773	
4. „		774	
6. „		775	
17. „		776	
25. „	702		
26. „	703		

Datum	Band III	Band IV	Band V
1885			
27. Mai		777	
4. Juni	704		
24. „	705		
26. „		779	
29. „		780, 781	
2. Juli		782	
8. „		783	
16. „		778	
19. Aug.		784	
26. „	706		
21. Sept.	707		
25. „	708		
28. „			956
29. „			957

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1885			
3. Okt.	785	958	
9. „		959	
10. „	820		
14. „	821		
9. Nov.	786		
10. „		962	
13. „	787		
19. „		963	
22. „		960, 964	
23. „		961	
24. „		965	
29. „		966	
30. „		967	
5. Dez.	788	968	
6. „		969	
7. „	861		
9. „	789, 862	970, 971	
13. „		972	
1886			
28. Febr.			1223
19. März	790		
2. April	791		

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1886			
21. April	792		
22. „	793		
29. „			1224
8. Mai			1225
12. „			1198
25. „			1226
2. Juni	794		
23. „		973	
27. „		974	
4. Juli		975	
13. „		976	
22. „			1199
31. „		977	
5. Aug.	822	978	
10. „		979, 980, 981	
12. „		982	
13. „	795, 863		
15. „		983	
17. „		984	
20. „	864		
2. Sept.		985	
9. „		986	
13. „		987	
20. „	865	1008	
22. „	796	988	
23. „		1009	
24. „	866	1010	
27. „	867	1013	
28. „	868		1227
29. „	797	1012	
30. „		1011	
1. Okt.	869		1200
2. „	798		
3. „		1014	1228
4. „	870		
5. „	823		
6. „		1015	
7. „	799	1016	1201
8. „			1229
11. „	824		
12. „		1017	
14. „	800, 825		1230
15. „	826		

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1886			
16. Okt.	827		
17. „	828	989, 1018	
18. „			1231
19. „	801		
20. „	802, 829		
22. „	803, 830, 831	1019	1232
26. „	804, 832 871		1202
30. „	833		
31. „	834		
5. Nov.			1203
6. „		1020	
7. „	835		
9. „			1204,1205 1206
13. „			1233
15. „		990	
16. „		991	1207, 1234
18. „	805		
19. „	806		
22. „		992	
23. „	(836)	993, 995	
24. „	807, 872		
27. „	873	1021	
30. „	(836)		
1. Dez.	836		
2. „		994	
3. „		1022	
4. „	837		
5. „	874		1235
6. „	875		
8. „	838	997	
9. „		996, 998	
10. „		1023, 1024	
12. „			1290
14. „	876	1001, 1028	
16. „		1025	
17. „		1000	
18. „			1236
19. „		1002, 1029	
20. „	839		1208, 1237
21. „	877	1060	1238
22. „		999	

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1886			
23. Dez.	840		1209
24. „		1003	1210
27. „	841		
28. „	842		
30. „		1061	1239, 1240
1887			
1. Jan.	(843)		1211
3. „	843	1004	
4. „			1241
5. „	844	1005	
6. „		1030, 1062	
7. „		1064	
9. „		1065	
10. „		1063	
11. „	878		
15. „		1027	
16. „	845	1026, 1032	
17. „		1066	
22. „		1031, 1067	1242
24. „	846	1006	
26. „	847, 887		
27. „			1243
30. „		1033	
31. „	879		1244
1. Febr.	848		1248
2. „	880		1245
3. „	881, 882, 883		
4. „			1246
5. „	884		
6. „	849, 885, 886		
7. „	887, 888		
8. „	850		1247
10. „	889, 890		
12. „	851, 891		
13. „	892		
16. „	852, 893		1249, 1250
17. „	853	1007, 1068	
18. „	854, 895		
19. „	855, 856, 857		

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1887			
20. Febr.	858, 859		1251
21. „		1069	
23. „	894		1252
24. „	896		
25. „			1253
28. „	897	1070	
2. März	808		
5. „	898		1254
6. „	899		
9. „			1212
10. „			1255
11. „	860, 900, 901		
15. „	902		
17. „	903		
18. „	904		
19. „		1071	1256
23. „	905, 906		
26. „	809, 810		
14. April		1034, 1072	
22. „			1257, 1258, 1259
24. „			1260, 1261
25. „	811	1073	1262
27. „	812		1263
28. „	813, 814		1264
29. „	815		
30. „		1074	
2. Mai	816		
4. „		1075	
8. „		1101	
9. „		1035	
11. „		1077, 1102	1265
12. „		1076	
15. „		1078, 1103	
16. „			1266
18. „		1079	1267
19. „		1036	
21. „		1037	

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1887			
23. Mai		1080, 1081, 1104, 1105	
24. „		1038	
25. „		1137	
26. „		1106	
1. Juni			1213
3. „			1268
6. „		1082, 1083	
8. „			1269
9. „		1039	
10. „			1214
12. „		1084, 1085, 1087	
13. „		1040, 1086, 1088, 1107	
14. „		1041	
15. „		1089	
16. „		1090	1270
17. „		1042, 1091	
18. „		1092, 1108	
23. „		1093	
29. „		1094	
30. „		1095	
1. Juli		1043	
4. „		1096	
5. „			1271
6. „			1272
8. „	817	1044	
9. „			1273
11. „			1274
13. „		1097	
14. „		1138	
17. „		1139	1275
20. „		1098	
28. „		1099, 1100	
1. Aug.		1045	
3. „	907		
5. „		1046	
6. „		1047, 1048	

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1887			
8. Aug.	908		
10. ,,	909		
12. ,,	910		
14. ,,	911		
15. ,,		1049	
18. ,,	912		
19. ,,		1050, 1051	
23. ,,	913	1052	
24. ,,	818		
29. ,,		1053, 1054	1215
2. Sept.			1216
3. ,,		1055	
4. ,,	914		
6. ,,		1056	
13. ,,	915		
21. ,,		1117	
24. ,,	916		
28. ,,		1118	1217
3. Okt.			1291
9. ,,		1119	
11. ,,		1140	
12. ,,	917	1120	
15. ,,	921		1292
19. ,,		1121	
20. ,,	918, 921		1218, 1293
21. ,,	919		
24. ,,	920		
27. ,,		1122	
1. Nov.		1123, 1124	
3. ,,		1125	
4. ,,	921	1126	
6. ,,		1141	
7. ,,	922		1150
8. ,,	923		
9. ,,			1151
10. ,,	924	1127, 1142	
11. ,,	925		
12. ,,	926, 927		
13. ,,	928		
16. ,,	929		1153
1887			
17. Nov.		1128	1152
18. ,,			1154
19. ,,		1129—1132	1155
22. ,,	930, 931		
23. ,,	933	1133	1156,1294, (1295)
24. ,,	932	1134, 1144	1157, 1296
26. ,,	934		
27. ,,		1135	
29. ,,	935		
30. ,,	936		1158, 1297
1. Dez.	937		1159,1160, 1298
2. Dez.		1136,1145, 1146	
4. ,,			1299, (1300)
5. ,,	938		
6. ,,			1161
8. ,,			1162
9. ,,	939		
10. ,,	940	1146	
11. ,,			1178
13. ,,			1301
14. ,,		1057, 1146	1166, 1302
15. ,,			1163,1164, 1165,1167, 1219
16. ,,			1179
17. ,,			1168
18. ,,			1169, 1180
19. ,,		1058	1181, 1182
20. ,,			1183, 1184
22. ,,			1185
23. ,,		1147	
27. ,,			1186
28. ,,			1303
29. ,,			1172,1173
			1187
30. ,,			1170
31. ,,		1059	1171, 1188

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1888			
2. Jan.			1304
4. „			1189
5. „			1174,1276, 1305
7. „			1306
8. „			1190
12. „			1192
13. „			1220
14. „		1109	1191
17. „			1193, 1195
18. „		1110	
19. „			1175,1194, 1196
21. „		1111	
22. „		1112	
23. „			1307
24. „			1197
25 „			1177, 1308
27. „			1176
28. „		1113	
30. „		1114	1309
31. „		1115	
2. Feb.			1310
3. „		1116	
6. „			1311
11. „	941		
1. März			1312
5. „			1278
15. „			1277
20. „			1313
27. „			1314
31. „			1279, 1328
2. April			1315
3. „			1331
4. „			1330, 1332
5. „			1329,1333, 1334
7. „			1335
8. „			1336
10. „			1316

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1888			
12. April			1280, 1337
14. „			1317
27. „			1338
28. „			1281, 1339
1. Mai			1282
3. „			1340
9. „			(1341)
10. „			1341
20. „			1283
21. „			1284
28. „			1285
24. Juni			1342
4. Juli			(1343)
13. „			1344
18. „			1286
22. „			1345
25. „			1346, 1347
30. „			1348
2. Aug.			1349
19. „			1350
21. „	942		
20. Sept.			1351
5. Okt.			1352
9. „			1353
11. „			1354
19. „			1287
1. Dez.			1355
1889			
11. Jan.	943		
12. „			1221
16. „	944		
2. März			1318
7. „			1288

Datum	Band IV	Band V	Band VI
1889			
10. März			1319
16. ,,			1320
22. ,,	945		
27. ,,	946		
28. ,,	947		1321
29. ,,	948		
5. April			1322
13. ,,	949		
4. Juni			1356
21. ,,	950, 951, 952		
22. ,,			1222
23. ,,	953		
24. ,,	954		
30. ,,			1357
22. Juli			1323
23. ,,			1324
27. ,,			1325
30. Juli			1326
5. Aug.			1327
18. ,,	955		
15. Okt.			1358, 1359
1890			
23. Jan.		1149	
26. Febr.		1148	
3. März			1289, 1360
17. ,,			(1361), 1362
25. ,,			1363
10. April			1364
28. ,,			1365
1894			
24. Okt.		1143	

